G 1800 E

Blätter für deutsche und internationale Politik

Karl D. Bredthauer
Zur Lage der CDU/CSU nach den Parteitagen

Martin Kempe
SPD und Bundeswehr

Martin Hall
Repression und Widerstand in den Gefängnissen der USA

Hans-Jochen Gamm
Parteilichkeit als Bildungsprinzip

Hellmuth Lange
Wissenschaftlich-technische Intelligenz in Frankreich

11'71

November 1971 Einzelheft 4,00 DM im Abonnement 3,00 DM,
für Studenten, Wehrpflicht- und Ersatzdienstleistende 2,50 DM

Pahl-Rugenstein Verlag Köln

November 1971

CHRONIK DES MONATS OKTOBER 1971 1109

KOMMENTARE UND BERICHTE

Etat-Sieger Schmidt . . . . . *Gerhard Kade* 1112

Die türkische Krise . . . . . *Eberhard Rondholz* 1113

Zur Lage in Marokko . . . . . *Klaus Elliesen* 1115

HAUPTAUFSÄTZE

Zur Lage der CDU/CSU nach den Parteitagen in Saarbrücken und München . . . . . *Karl D. Bredthauer* 1118

Zur multilateralen Vorbereitung der Europäischen Sicherheitskonferenz . . . . . *Gunnar Matthiessen* 1131

SPD und Bundeswehr . . . . . *Martin Kempe* 1137

Repression und Widerstand in den Gefängnissen der USA . *Martin Hall* 1152

Parteilichkeit als Bildungsprinzip . . . . . *Hans-Jochen Gamm* 1161

Zur Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes . . . *Regine Meyer* 1170

Italien im Spätherbst 1971 . . . . . *Wilfried Schilling* 1181

Gewerkschaftliche Aktion und politisches Bewußtsein der wissenschaftlich-technischen Intelligenz in Frankreich . *Hellmuth Lange* 1188

BÜCHER

Autorenkollektiv unter Leitung von Otto Reinhold, Der Imperialismus der BRD . . . . . *Jörg Goldberg* 1198

Thomas J. Watson jr., IBM. Ein Unternehmen und seine Grundsätze. / William H. Rodgers, Die IBM-Saga . . . . . *Gerd Peter* 1202

Eberhard Jäckel, Hitlers Weltanschauung . . . . . *Wolfgang Ritter* 1204

Neuerscheinungen / Eingesandte Bücher 1206

DOKUMENTE ZUM ZEITGESCHEHEN

Sowjetisch-jugoslawische Erklärung vom 25. September 1971 (Wortlaut) . 1208

Abkommen zwischen UdSSR und USA zur Verringerung der Gefahr eines Atomkrieges vom 30. September 1971 (Wortlaut) 1212

Vertrag über Frieden, Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen Indien und der UdSSR (Wortlaut) 1214

Kommentare und Berichte

Etat-Sieger Schmidt

Mit einem ungetrübten Sinn für Sprachvaleurs, denen ein Maximum an apologetischer Leistung abverlangt werden kann, kommentiert das „Handelsblatt", Sprachrohr jener Kreise, die „unsere Wirtschaft" sagen, wenn sie von sich und ihren Profiten reden, den diesjährigen Etatentwurf: „Helmut Schmidt ist aus der Schlacht um den Haushalt 1972 als der große Sieger hervorgegangen. Sein Etat steigt um 11 % von 21,8 Mrd. Mark auf 24,2 Mrd. ... Zusätzlich zu den 24,2 Mrd. ist ihm vom Eventualhaushalt in Höhe von 2,5 Mrd. eine Milliarde zugebilligt worden." (13. 9. 1971) Etwa einen Monat später wurde, was hier noch als Entwurf vorgelegt wurde, zur traurigen Gewißheit. Als am 19. Oktober Bundeswirtschafts- und Finanzminister Schiller im Bundestag Haushaltsgesetz 1972 und mittelfristige Finanzplanung 1972—75 erläuterte, konnte „Sieger Schmidt" einer zunehmend entpolitisierten Öffentlichkeit endgültig präsentiert werden. Auch hier mußte Mißbrauch der Sprache für die Erzeugung von Gefühlslagen herhalten, die einer ständigen Ausweitung des Verteidigungshaushaltes günstig gestimmt sind. Das Rezept ist so einfach wie wirksam: Man benutze den in vielen Wahlkampagnen strapazierten Begriff „Sicherheit" und verkaufe dem verdutzten Wähler und seinen vermeintlichen Repräsentanten ein ganzes Sicherheitspaket. Dann kann die Erhöhung des Verteidigungsetats unschwer im Schatten der „inneren" und der „sozialen Sicherheit" segeln. Wer soziale Sicherheit will — und wer wollte sie, die bisher stets zu knapp geratene nicht —, wird folgerichtig auch der „äußeren Sicherheit" zustimmen müssen. Sollte sich jedoch jemand daran stoßen, daß der Verteidigungsetat im Jahre 1972 auf ca. 26 Mrd. DM ansteigen wird und damit bereits 24,4 % der Gesamtausgaben des Bundes ausmachen wird; daß im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung weitere Ausgabensteigerungen vorgesehen sind, und zwar bis auf 28,2 Mrd. im Haushaltsjahr 1975; sollte darüber hinaus vielleicht noch jemand gemerkt haben, daß der Verteidigungsetat gerade im Verhältnis zu den Bildungsausgaben eine merkbare Steigerung aufweist (1,2 Mrd. Anstieg der Ausgaben im Bildungssektor) und läßt dieser jemand sich auch nicht durch eine geschickt eingesetzte Prozentzahl (30 %) über den geringen Ausgangswert hinwegtäuschen (1971: ca. 4,1 Mrd. DM), so werden vordergründige Rechtfertigungsargumente bemüht, vor allem die steigenden Personalkosten, die durch die „größere Wehrgerechtigkeit" verursacht werden. Was diese wohlklingende Formel kaschieren soll, ist inzwischen hinlänglich diskutiert worden.

Wenn jedoch bereits die großbürgerliche FAZ (12. 10. 1971) ihr, wenn auch geringfügiges, Unbehagen am Sieger Schmidt nicht ganz verbergen kann und schreibt: „Für den gesamten Verteidigungsbereich wird bereits 1972 ... mehr Geld zur Verfügung gestellt, als in der letzten Finanzplanung für 1974 vorgesehen war", so muß man die vordergründigen Zahlenvergleiche — die sicher für sich genommen bereits eine Menge aussagen — hinterfragen und versuchen, die Ursachen aufzudecken.

Bei der unerwarteten Offenheit der Kapitaleigner und ihrer Interessenvertreter fällt das nicht einmal schwer. So kann man im Jahresbericht des BDI 1970/71 lesen, daß moderne Waffensysteme notwendig seien, daß das „ständig steigende Kosten" verursache und daß „die Notwendigkeit gleichzeitig soziale Maßnahmen durchzuführen"

bedauerlicherweise „zur Überprüfung und teilweise zu einschneidenden Reduzierungen geplanter Vorhaben" geführt habe; und dann mit klarem Hinweis auf die eigentlichen Interessenlagen: „Die von diesen Maßnahmen betroffenen Bereiche der Industrie sehen diese Entwicklung nicht ohne Sorge."

Nun, die Sorgen waren verfrüht oder, wenn man so will, die mahnenden Worte haben geholfen. Der militärisch-technische Komplex blüht und gedeiht. Die verantwortlichen Politiker haben ebenso wie die Industrielobby längst erkannt, daß sich der Rüstungskomplex vorzüglich zur Stabilisierung der Kapitalverwertungschancen eignet und damit zur entscheidenden Selbsterhaltungsstrategie des Systems zählen kann. Deshalb ist auch nicht der vordergründige Vergleich mit den erschreckend geringen Bildungsausgaben, wie er im Mittelpunkt reformistischer Kritik steht (etwa: Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft) so entscheidend; vielmehr muß man sich fragen, ob diese Rüstungsgigantomanie in die politische Landschaft paßt, ob die ständig steigenden Rüstungsausgaben nicht den Bemühungen um eine europäische Friedensordnung im Wege stehen, ob nicht, wenn der Sieger Schmidt heißt, der Verlierer Brandt heißen könnte.

Gerhard Kade

Die türkische Krise

Als die Regierung Nihat Erim am 26. Oktober Staatspräsident Sunay ihre Demission einreichte, hatte es den Anschein, als sei der Versuch endgültig gescheitert, die am 12. März dieses Jahres vollzogene stille Machtübernahme der türkischen Militärs weiterhin durch die Aufrechterhaltung einer parlamentarisch-demokratischen Fassade zu kaschieren. Vor der Alternative der offenen Militärdiktatur zog Erim sein Rücktrittsgesuch einen Tag später noch einmal zurück, nachdem ihn die Streitkräfte ihres vollen Vertrauens versichert hatten, aber das bedeutet keineswegs ein Ende der türkischen Dauerkrise.

Das Kabinett des Volksrepublikaners Erim, das nach dem von den Militärs erzwungenen Rücktritt des Führers der rechtskonservativen Gerechtigkeitspartei (AP), Süleyman Demirel, unter Beteiligung von fünf Ministern der AP gebildet worden war, konnte zwar in dem von heftigen Arbeitskämpfen und blutigen Studentenunruhen erschütterten Land unter Zuhilfenahme massiver Repression wenigstens äußerlich „Ruhe und Ordnung" wiederherstellen, die von der Generalität in ihrem Memorandum vom 12. März gleichzeitig mit der inneren Befriedung geforderten sozialen Reformen wurden jedoch bisher kaum in Angriff genommen. Insbesondere die seit Jahrzehnten verschleppte Bodenreform scheiterte bisher am zähen Widerstand der AP, die in der Nationalversammlung weitgehend die Interessen der Großgrundbesitzer vertritt. Als Ministerpräsident Erim schließlich versuchte, die Bodenreform unter Umgehung der Nationalversammlung und unter Zuhilfenahme der durch die Verfassungsrevision vom September geschaffenen weitgehenden Vollmachten der Exekutive durch Dekrete einzuleiten, beschloß die AP, ihre fünf Minister aus dem Kabinett zurückzuziehen. Damit war Nihat Erim de facto die parlamentarische Basis entzogen, denn die Partei Demirels verfügt über 224 der 450 Sitze im Parlament.

Erim revanchierte sich mit der Androhung neuer Enthüllungen über finanzielle Begünstigungen der Demirel-Brüder während der Regierungszeit der AP. Lediglich die Furcht vor einer direkten Machtübernahme durch das

Militär führte schließlich einen vorläufigen Waffenstillstand zwischen AP und Volksrepublikanern herbei.

Nach Ansicht vieler Beobachter kommt allerdings bereits jetzt die Situation in der Türkei einer offenen faschistischen Militärdiktatur nach griechischem Vorbild ziemlich nahe. Die am 9. Oktober vom Militärtribunal in Ankara verkündeten Todesurteile gegen 18 Mitglieder des Revolutionären Jugendverbandes (Dev-Genç) waren nur ein spektakulärer Höhepunkt einer Welle von Terrorjustiz und Repression, Massenverhaftungen und Folter, die griechischen Vorbildern durchaus ebenbürtig ist, von der bundesdeutschen Presse bisher allerdings kaum zur Kenntnis genommen wird. Seit dem 26. Oktober stehen in Ankara in einem neuen Mammutprozeß insgesamt 142 Personen unter der Anklage „kommunistischer Umtriebe" vor dem Militärgericht; ihnen allen droht unter dem herrschenden Kriegsrecht die Todesstrafe. Ein weiterer Prozeß findet in Istanbul statt.

Es wird in diesen Prozessen gar nicht erst versucht, auch nur den Anschein der Rechtsstaatlichkeit zu wahren. Aussagen der Angeklagten über in der Untersuchungshaft erlittene Folterungen (vor allem Elektroschocks und Bastonnade) werden vom Gericht als nicht zur Sache gehörig unterbrochen. Die Verteidigung der Angeklagten wird für die Rechtsanwälte zu einem unkalkulierbaren Risiko. Wenn sie sich nicht darauf beschränken, lediglich die Staffage abzugeben für einen scheinbar der türkischen StPO korrekt folgenden Prozeß, drohen Berufsverbot, Strafverfahren und Verhaftungen. Im Prozeß gegen die Mitglieder der Dev-Genç in Ankara wurde gegen 11 Anwälte durch die Militärstaatsanwaltschaft wegen „Beleidigung der Regierung und der Armee" Anklage erhoben. Charakteristisch ist ein Vorfall im Militärgericht Istanbul: Einer der Angeklagten hatte in seiner Verteidigungsrede Worte von Kemal Atatürk zitiert. Als der Militärstaatsanwalt behauptete, die Zitate stammten von Lenin und nicht von Atatürk, erhob der Angeklagte lautstarken Protest und wurde aus dem Gerichtssaal entfernt. Fünf Anwälte zogen daraufhin mit den Worten: „Hier wird Atatürk verurteilt!" ihre Robe aus und verließen das Gericht. Alle fünf wurden einige Tage später verhaftet.

Die Zahl der ohne richterlichen Haftbefehl in den türkischen Gefängnissen und bei der Sicherheitspolizei festgehaltenen Personen wird auf mehrere tausend geschätzt, darunter fast alle Führer der seit August verbotenen Arbeiterpartei (TIP), zahlreiche Gewerkschaftler, Journalisten, Studenten und Professoren. Wenn überhaupt, so wird die Festnahme zumeist mit versuchtem Umsturz begründet; so auch im Falle der Frau des bekannten Schriftstellers Yasar Kemal, die seit Juli festgehalten wird — ihr „Vergehen": sie hatte wegen der Verhaftung ihres Mannes Kontakt zu der Organisation „Amnesty International" aufgenommen. Kemal selbst wurde wegen der Übersetzung von Emil Burns' „Basic Book of Marxism" ins Türkische zu 18 Monaten Gefängnis verurteilt.

Alle linken Zeitungen und Zeitschriften mußten ihr Erscheinen einstellen, Vertrieb und Herstellung zahlreicher Bücher wurden verboten. Bei einer Reihe von Verlagen beschlagnahmte das Militär ganze Auflagen und transportierte die Bücher mit Lastwagen ab, um sie anschließend zu verbrennen. Vom Ausland kaum beachtet ging im September die Revision von insgesamt 36 Artikeln der Verfassung von 1961 über die Bühne, die nach Ansicht der Opposition nichts anderes darstellt als die Legalisierung des Ausnahmezustandes auf Dauer. In der Regierungserklärung im Anschluß an seinen Amtsantritt hatte Nihat Erim, selbst von Beruf Verfassungsrechtler, eine Verfassungsänderung noch kategorisch von sich gewiesen, und auch die Generalität hatte gerade die ausgebliebene Realisierung

der Reformverheißungen der Verfassung von 1961 als den eigentlichen Grund ihrer Intervention bezeichnet. Bereits zwei Monate später las man's anders: Erim bezeichnete die Verfassung von 1961 als „einen Luxus für die Türkei" und machte sich daran, sie von den allzu luxuriösen Bestandteilen des bürgerlichen Rechtsstaates zu befreien. Die jetzt verabschiedeten Änderungen betreffen den gesamten Grundrechtskatalog, das Gesetzgebungsmonopol der Nationalversammlung sowie u. a. die Unabhängigkeit der Rundfunkanstalten und die Universitätsautonomie. Als die wohl einschneidendste Änderung ist die Revision des Artikels 11 anzusehen, der ursprünglich die Unantastbarkeit der Grundrechte in ihrem Wesensgehalt betraf, jetzt aber bezeichnenderweise unter der Überschrift „Die Beschränkung der Grundrechte und -freiheiten" figuriert und die Verhängung von Sanktionen gegen Grundrechtsmißbrauch ohne Inanspruchnahme des Verfassungsgerichts ermöglicht.

Wenn die Erim-Regierung nicht allen Boden unter den Füßen verlieren will, wird sie ihre Reformversprechen bald einlösen müssen. Das enorme Ansteigen der Preise für Grundnahrungsmittel und Massenkonsumgüter seit dem letzten Jahr macht die Lage der arbeitenden Bevölkerung immer unerträglicher und auf die Dauer wird sich das Industrieproletariat der städtischen Zentren auch durch Kriegsrecht und Streikverbot von neuen Lohnkämpfen nicht abhalten lassen. Und ob die Regierung eine Wiederholung der Massenstreiks von 1969 und 1970 überleben würde, erscheint mehr als fraglich.

Eberhard Rondholz

Blätter
für deutsche
und internationale
Politik

entschieden demokratisch

Blätter
für deutsche
und internationale
Politik

Zur Lage in Marokko

Der marokkanische Monarch, König Hassan II., sitzt doch nicht mehr so fest im Sattel, wie es lange Zeit den Anschein hatte. Die beiden wichtigsten Parteien des Landes, die in der Nationalen Front zusammenarbeitende Istiqlal-(Unabhängigkeits-)Partei und die UNFP (Nationale Union der Volkskräfte) hat er gegen sich. Seine Hauptstütze bilden die Armee und die Geheimpolizei, der sein bewährter Freund Oufkir vorsteht. Am 11. Juli, bei der Feier seines 42. Geburtstages, mußte der Monarch freilich erleben, daß zumindest ein Pfeiler seiner Macht, die Armee, schon stark angenagt ist. Wenngleich der Putsch damals scheiterte, so zeigte sich doch, daß gerade ein großer Teil des Armeeführungscorps von ihm erfaßt war. Merkwürdig bleibt in diesem Zusammenhang, daß die Vorbereitung des Putsches von der sonst allgegenwärtigen Geheimpolizei nicht bemerkt wurde.

Seit seiner Inthronisierung sieht sich König Hassan vor das Problem gestellt, einerseits seine persönliche Macht zu erhalten, zugleich aber sein Land zu modernisieren. Letzteres bedingt jedoch eine Reform der politischen und gesellschaftlichen Struktur. Dieses Problem blieb bisher ungelöst.

Marokko erhielt 1962 erstmals eine Verfassung. Sie schien den Weg zu einer konstitutionellen Monarchie zu ebnen. Aber sie konnte nicht funktionieren, weil sie, als die auf ihrer Basis abgehaltenen Parlamentswahlen nicht zur Zufriedenheit des Königs und der hinter ihm stehenden Kreise ausfielen, von ihnen sofort ausgehöhlt wurde. Man behalf sich fürs erste mit der Verhaftung des größten Teils der UNFP-Fraktion noch vor dem Zusammentritt des Parlaments. Die ersten Schauprozesse wegen angeblichen Hochverrats wurden inszeniert. Als auch das nichts half, suspendierte König Hassan die Verfassung und regierte wieder absolut.

Besonders verfolgt wurden in jener Zeit der ins Exil getriebene und dort ermordete Vorsitzende der UNFP, Mehdi Ben Barka, sowie seine engsten Mitarbeiter. Ben Barka machte aus seiner Überzeugung kein Hehl, daß dem marokkanischen Volk nur durch eine entschlossene Hinwendung zum nichtkapitalistischen Entwicklungsweg zu einem höheren Lebensniveau verholfen werden könne. Das Regime sah in ihm eine ernste Gefahr, weil er sich erfolgreich bemühte, das Landproletariat und die Arbeitslosen in den Slums um seine Partei zu sammeln. Deren Leitung hat in der Zwischenzeit der Rechtsanwalt und Gewerkschaftsführer Abderrahim Bouabid übernommen. Trotz seiner gegenüber der Ben Barkas eher gemäßigten Haltung hat — wie der jüngste Monsterprozeß in Marrakesch zeigt — die Verfolgung gegen prominente Mitglieder der UNFP nicht aufgehört.

Ebenso makaber verfuhr man mit den Kommunisten. Ihre Partei wurde schon 1960 mit der Begründung verboten, sie sei antireligiös und daher rechtswidrig. Ihr Generalsekretär, Ali Yata, gründete vor drei Jahren die „Partei der Befreiung und des Sozialismus". Etwa ein Jahr blieb sie relativ unbehelligt, um dann als Nachfolgeorganisation der KP aufgelöst zu werden. Ali Yata erhielt für die Führung der bis dahin legal existierenden Partei zehn Monate Gefängnis.

Seit etwas über einem Jahr ist nun die zweite Verfassung in Kraft. Darin hat sich der Monarch fast perfekt abgesichert. Seine eigenen Kompetenzen wurden erweitert, so daß er notfalls die Meinung des Parlaments auch überhören kann. Dieses wird überdies nach einem Modus gewählt, der es den sozialistischen Kräften nahezu unmöglich macht, eine parlamentarische Mehrheit zu erringen. Nur 90 der insgesamt 240 Mandate werden in allgemeinen Wahlen vergeben. Die Ermittlung der

restlichen 150 erfolgt auf indirekte Weise, teils durch die Gemeinderäte, teils durch die Kammern für Landwirtschaft, Industrie, Handel und Handwerk sowie durch die Verbände der Arbeitnehmer.

König Hassan steht hier jedoch wieder einem Dilemma gegenüber. Um die politische Unruhe in seinem Land nicht zu stark werden zu lassen, ist er — in den von ihm gezogenen engen Grenzen — um die Mitarbeit der beiden großen Oppositionsparteien bemüht. Die bisherigen Manipulationen und Pressionen Hassans besonders gegenüber der UNFP, weniger stark gegenüber der Istiqlal-Partei, haben jedoch eine grundsätzliche Gegnerschaft entstehen lassen. Die Opposition ist erst mit der Einführung einer echten konstitutionellen Monarchie zur Mitarbeit bereit. Die Wahlen zum gegenwärtigen Parlament und auch schon früher die Kommunalwahlen wurden von ihr deshalb boykottiert. So sitzen im Parlament ausschließlich Vertreter, die dem Regime König Hassans unbedingt ergeben sind. Allein 158 der 240 Abgeordneten firmieren als „Unabhängige".

Die gemeinsame Opposition gegen das Regime König Hassans ließ Istiqlal-Partei und UNFP wieder soweit zusammenrücken, daß die Bildung der Nationalen Front möglich wurde. Die UNFP ist das Ergebnis einer 1959 erfolgten Spaltung der Istiqlal-Partei. Der von der „Marokkanischen Arbeiterunion (UMT)", der führenden Gewerkschaftsbewegung des Landes, getragene linke Flügel machte sich selbständig, weil sich die Mehrheit der Parteiführung nicht bereit fand, für notwendige soziale Reformen einzutreten. Zurück blieb der nationalreligiöse und chauvinistische Flügel um Allal el-Fassi, der nach wie vor ein großmarokkanisches Reich fordert, welches außer der spanischen Saharabesitzung auch Mauretanien sowie weite Teile Algeriens und Malis umfassen soll.

Im Verlauf der letzten Jahre hat sich die Istiqlal-Partei insofern gewandelt, als sie ebenso wie die UNFP den ausländischen Grundbesitz entschädigungslos enteignen sowie auch den marokkanischen Großgrundbesitz (auch den des Klerus) an die Bauern verteilen möchte. Beide Parteien bezeichnen sich heute als sozialistisch. Diese Standortbezeichnung hindert die Partei el-Fassis jedoch nicht daran, radikal antimarxistisch zu sein.

Wie auch der mißglückte Militärputsch vom Juli gezeigt hat, ist es König Hassan nicht gelungen, mit seiner Verfassung der Opposition den Wind aus den Segeln zu nehmen und die politische Situation in seinem Land zu entspannen. Im Gegenteil: durch die Bildung der Nationalen Front hat sich die Konfrontation zwischen Anhängern und Gegnern seines Regimes noch verschärft. Die Unruhe nimmt besonders in den Reihen der Arbeiterschaft und der Intelligenz zu. Es ist dem Regime nicht gelungen, der übergroßen Arbeitslosigkeit Herr zu werden. In den Städten haben wenigstens 40 % der Arbeitsfähigen keine Beschäftigung, und zwar vier Fünftel von ihnen länger als zwei Jahre. Trotzdem hält der Zustrom aus den Landgebieten an, da dort die Arbeitslosigkeit noch größer ist.

Wenn sich das Regime des Königs Hassan bis jetzt halten konnte, so auch durch die Unwissenheit des größten Teils der Bevölkerung. Mehr als drei Viertel der rd. 15 Millionen Marokkaner sind nach wie vor des Lesens und des Schreibens unkundig. Etwa zwei Drittel der Bevölkerung leben auf dem Land. Aufgrund ihrer Unwissenheit, ihrer traditionalistischen Religiosität und ihrer Abhängigkeit läßt sie sich dort leichter im Sinne des Regimes kontrollieren — und notfalls auch mobilisieren. Es ist wenig verwunderlich, daß sich unter diesen Bedingungen Hoffnungen auf eine progressive Wende nach dem Beispiel anderer arabischer Staaten auf Kreise der Armee richten.

Klaus Elliesen

Zur Lage der CDU/CSU nach den Parteitagen in Saarbrücken und München

Von Karl D. Bredthauer

I

Nachdem sich die CDU Anfang dieses Jahres in Düsseldorf ein neues Programm gegeben hatte, als Fortschreibung des „Berliner Programms" vom November 1968 bezeichnet, wählte sie am 4. Oktober 1971 in Saarbrücken Rainer Barzel zum neuen Parteivorsitzenden. Als Nachfolger Kurt Georg Kiesingers im Parteivorsitz hat Barzel nun, das noch abzuwartende Placet Straußens vorausgesetzt, die besten Aussichten, auch der Kanzlerkandidat der Unionsparteien im Bundestagswahlkampf 1973 zu werden. Zwei Jahre nach der erstmaligen Ablösung in der Bundesregierung, die sie zwanzig Jahre lang ununterbrochen geführt hatte, nach zwei Jahren Opposition mit ziemlich allen Mitteln gegen jeglichen Neuansatz in der Politik der Regierung Brandt/Scheel, nach erfolgreicher Mobilisierung fast der gesamten Rechten, die alt- und neofaschistischen Strömungen eingeschlossen, unter den Unionsfahnen, nach im einzelnen geglückten, im ganzen bisher gescheiterten Versuchen, die Mehrheit der Bundesregierung durch Abwerbung von Abgeordneten zu liquidieren — nach solcherlei enttäuschten Illusionen einerseits, erfolgverheißenden Formierungsbestrebungen andererseits, orientiert sich die Union Barzels nun mit konzentrierter Kraft auf die Ablösung der Brandt/Scheel-Regierung in den Wahlen von 1973, ohne die Hoffnung auf eine noch frühere Chance gänzlich fahren zu lassen.

Die Wahl Barzels ist in der Öffentlichkeit als ein Programm verstanden, der Schatten des Franz Josef Strauß über der CDU nicht übersehen worden. Strauß, der 1970 seine Partei als „Sammlungsbewegung zur Rettung des Vaterlands" proklamierte, sich somit als Führer des „Rechtskartells" offen an die Spitze verschärfter Rechtsbewegung setzte [1]), hat sich in Saarbrücken wie München erneut als der heute beherrschende Kopf der CDU/CSU erwiesen. Daß der wiederholte Nachweis der Korruption, des Amtsmißbrauchs, der Unwahrheit dieser Rolle keinen Abbruch tut, daran hat man sich hierzulande nachgerade schon gewöhnt. Jedenfalls gehen moralische und fachliche Bedenken inzwischen fast unter, gemessen an der politischen Herausforderung, die für alle Demokraten darin liegt, daß in einer innen- wie außenpolitisch in Bewegung geratenen Zeit ein massiver Rechtsblock unter der politischen Führung des Franz Josef Strauß, eines Vertrauensmannes der reaktionärsten industriellen, insbesondere rüstungsindustriellen Kräfte, und seines wendigen Managers Rainer Barzel massiven Einfluß zu gewinnen sucht, um die weitere Entwicklung unseres Landes in den Griff zu nehmen.

Den Anachronismus nicht offenbar werden zu lassen, sich vielmehr als zeitgemäße Alternative zu einer Bonner Politik, deren unübersehbare Mängel, Schwächen und Widersprüche mit Eifer aufgegriffen werden, zu präsentieren — dies Bemühen charakterisiert Tenor und Stil aller maßgeblichen Äußerungen von Unionspolitikern in Saarbrücken und München. Nachdem die rechte Basis der Partei voll ausgebaut und im Bündnis mit traditionell auf ultrarechte Politik orien-

1) Vgl. dazu Friedhelm Baukloh, Die Verräter stehen rechts, „Blätter", 7/70, S. 672—677.

tierten Kräften der Großindustrie fest abgesichert ist, muß die CDU/CSU jetzt über den traditionellen Rechtsblock hinausgreifend ihre Massenbasis erweitern, ihre Bündnispolitik auf neue, rasch an Bedeutung gewinnende Sozialgruppen wie „neuen Mittelstand", leitende Angestellte [1a]), wissenschaftlich-technische Intelligenz ebenso ausdehnen wie verstärkt auch auf die ihr bisher verschlossenen Teile der Arbeiterschaft und die Gewerkschaften [1b]). Denn nur wenn die Barzel/Strauß-Partei einen, dem der SPD/FDP annähernd vergleichbaren, Masseneinfluß gerade auch unter Arbeitern und Angestellten gewinnt, kann sie unter den gegenwärtigen inneren und internationalen Bedingungen für die ausschlaggebenden Konzernkreise eine praktikable Alternative zur heutigen SPD-geführten Regierung werden; daher rührt das groteske Schauspiel des Balanceaktes, mittels dessen Strauß wie Barzel die scheinbare Auflösung eines prinzipiellen Widerspruchs suggerieren wollen: des Widerspruchs zwischen reaktionärer Zielsetzung, bedingungsloser Durchsetzung großindustrieller Interessen im Bündnis mit den irrationalsten Kräften des rechten Ultrakonservatismus und dem Neofaschismus einerseits und auf der anderen Seite den unausweichlichen Reformerfordernissen, den Strukturveränderungen der wissenschaftlich-technischen Revolution und den Erwartungen der Menschen, dem Streben nach Frieden, sozialer Sicherheit, nach mehr Demokratie, mehr Freiheitsspielraum, mehr Menschenwürde.

Die Reihen des Rechtskartells fest geschlossen, im Dauerangriff auf jeden noch so bescheidenen Ansatz realer Entspannung und Demokratisierung, versucht man gleichzeitig mit Macht den Eindruck einer großangelegten Öffnung nach links zu suggerieren, sich als Partei der progressiven „Mitte", der Rationalität [2]) gleichermaßen wie moralischer Verwurzelung [3]), des Fortschritts gleichermaßen wie der Beharrung und Restauration, als Anwalt der „Unterprivilegierten" nicht minder denn als sicherster Garant der bestehenden Eigentums- und Herrschaftsordnung, als harter Verfechter von „law and order" [4]) ebenso wie als Wegbereiter zu mehr Freiheitsspielraum und Selbstverwirklichungsrechten des Einzelnen und der Gesellschaft zu präsentieren [5]): Die rechtskonservative Blockpartei der bestehenden Herrschaftsverhältnisse als junge, dynamische, ebenso soziale wie liberale Kraft des Fortschritts, das geht nicht ohne faustdicke Demagogie und unbekümmertste Spekulation auf die totale Vergeßlichkeit des augenzwinkernd für „mündig" erklärten Wählers ab, wie im einzelnen zu illustrieren sein wird.

Die seit wenigen Jahren den weiterblickenden Unionspolitikern in die Glieder

---

1a) Besonders *Helmut Kohl* wies wiederholt auf die Bedeutung dieser ja auch in den Blickpunkt der FDP geratenen Gruppe hin: „Haben wir die neuen Gruppen hinreichend begriffen? Ich denke an die leitenden Angestellten, um nur eine von vielen zu nennen." H. Kohl, Diskussionsbeitrag auf dem 19. Bundesparteitag der CDU, Saarbrücken, 4./5. 10. 1971; zitiert nach dem unkorrigiert vervielfältigten Manuskript; im Abdruck des Diskussionsbeitrages im *CDU-Organ „Deutsches Monatsblatt" fehlt diese Passage.*

1b) „Wir müssen über unsere Präsenz am Arbeitsplatz, über die Frage der Betriebsgruppenarbeit sprechen, ferner etwa über die Frage, was wir zu tun beabsichtigen, um das, was in den letzten Jahren immer unsere Chance war, nämlich, daß die Mehrheit der Frauen in diesem Lande CDU wählte, auch morgen und übermorgen zu erhalten, auch in jener inzwischen auf weit über 10 Millionen angestiegenen Gruppe der Berufstätigen." H. Kohl, Diskussionsbeitrag auf dem Parteitag in Saarbrücken, abgedruckt in „Deutsches Monatsblatt", 10/71, S. 8. Auch R. Barzel verweist in seinem — nur als unkorrigiertes Manuskript vorliegenden — Diskussionsbeitrag auf dem Saarbrücker Parteitag auf die Notwendigkeit, sich um die Betriebsrätewahlen im kommenden Frühjahr zu kümmern.

2) „Wir stützen unsere Politik auf vorurteilslose Analysen, betrachten diese mit kritischer, praktischer Vernunft und orientieren uns an den bleibenden Maßstäben des Rechts, der Humanität und des Friedens. Und ein Schuß Erfahrung kann auch dabei nicht schaden!" R. Barzel, Rede als Parteivorsitzender auf dem 19. Bundesparteitag der CDU, Saarbrücken, 4./5. 10. 1971, abgedruckt in: „Deutsches Monatsblatt", 10/71, S. 6.

3) „. . . die jungen Menschen sollen und müssen wissen, daß die Politik dieser Union aus der Position des moralischen Rigorismus lebt und deshalb Opportunismus in Grundsatzfragen nicht zuläßt." R. Barzel, ebenda; vgl. auch die in Anm. 2 zitierte Äußerung über die „bleibenden Maßstäbe".

4) „Demokratie ist nicht schlapper Staat" heißt das in Barzels Rede als Parteivorsitzender, a.a.O., S. 5.

5) „Fortschritt ist da, wo die Menschenrechte und ihre gesellschaftliche Basis („Eigentum"?! — d. Verf., vgl. dazu den innenpolitischen Abschnitt dieses Artikels) mehr zur Alltagswirklichkeit werden . . ." R. Barzel, a.a.O., S. 4.

gefahrene Furcht, von der Entwicklung der Zeit endgültig überholt zu werden, wie auch die Hoffnung, nach der „harten Schule der Opposition" (Kohl) verjüngt, gestählt und flexibler für weitere zwanzig Jahre die Regierungsmacht in Bonn übernehmen zu können — beides prägt die Selbstdarstellung der CDU/CSU in Saarbrücken und München. „Wir sind — anders als überwiegend erwartet — nicht zerbrochen, seit wir in der Opposition sind. Wir sind weder zu Linksanpassern geworden, noch in die rechte Ecke abgewandert. Unsere Alternativen zu Politik und Gesetzgebung sind in den Protokollen des Bundestages nachzulesen. Und wir sind außenpolitisch nicht isoliert, sondern gesuchte Partner — auch im Osten" [6]) — so möchte Barzel die CDU/CSU als attraktive Alternative der „konsequenten Mitte" verstanden wissen. Für Strauß ist die CSU „eine Reformpartei und die SPD eine reaktionäre Partei (ist). Die CSU ist eine junge Partei und hat in all ihren Programmen, abgesehen von den der Lösung von Tagesfragen zugedachten Formulierungen, das monumentale Gebäude einer säkularen politischen Konzeption errichtet", sich dabei aber nicht etwa „im Reiche Utopia verloren, hat niemals geglaubt, den Himmel auf Erden versprechen zu dürfen, hat unter Fortschritt das sichere, bedächtige Gehen des Bergsteigers" verstanden [7]). Damit seine Zuhörer die sichere Basis der „jungen Partei" und „Reformpartei" nicht aus den Augen verlieren, betont Strauß als Anhänger „sicheren, bedächtigen Gehens" ausdrücklich, die Partei sei „auch konservativ, nicht nur aber auch konservativ", zugleich „liberal im Sinne des liberalen Gedankenguts, das heute Allgemeingut aller wirklich modernen und fortschrittlichen Kräfte" [8]) sei. Dies Strauß'sche „nicht nur aber auch" könnte geradezu das Markenzeichen sein für den politischen Supermarkt, der im Stil der neuen Zeit von Haifischflossen bis Schwarzbrot und Margarine für jeden das seine bietet, ohne über die als bekannt voraussetzbaren Zahlungsbedingungen und Kaufkraftverhältnisse viele Worte zu verlieren.

Um die vielen Ungereimtheiten in ihrem Programm, um ihre von immer mehr Menschen im Grunde verworfenen wirklichen Zielstellungen dennoch „verkäuflich" zu machen, greifen Strauß und Barzel auf ein seit Adenauer von der Union für unfehlbar gehaltenes Mittel zurück: sie schüren mit markigen Worten ebenso wie mit geheimnisvollen Andeutungen eine Atmosphäre der Angst vor allgegenwärtigen, aber nur noch mit Hilfe des starken Mannes faß- und bannbaren Feinden und Fährnissen. Furcht und Unsicherheit sollen die Menschen veranlassen, nach der CDU/CSU zu greifen wie nach dem rettenden Strohhalm, der allein Halt bietet vor dem Untergehen in reißenden Zeitströmungen. „Bei uns floatet alles zur Zeit" — das ist die von Strauß geprägte, kürzeste Formel [9]).

„Ich bin besorgt um unser Gemeinwesen" ruft Barzel aus [10]) und Strauß, gleichermaßen furchtlos wie klassisch gebildet, läßt sich „nicht einschüchtern, die Frage zu stellen: Quo Vadis Germania?" [11]) Nach dem Vorbild des Adenauerschen „Die Lage war noch nie so ernst" soll hier die berechtigte Sorge der Bevölkerung vor den Auswirkungen von Inflation und Währungskrise, das Unverständnis für unklare und widersprüchliche Aussagen der Bundesregierung zur Entspannungspolitik auf die Mühlen der Rechtskräfte gelenkt werden, indem eine ebenso vage wie allgemeine Angstkampagne den nach zwanzig CDU-Kanzler-Jahren gründlich bekannten Bankrott der Politik der Restauration und des

6) In: „Deutsches Monatsblatt", 9/71, S. 26.
7) F. J. Strauß, Rede auf dem Parteitag der CSU, München, 16./17. 10. 1971, abgedruckt in: „Bayernkurier", v. 23. 10. 1971, S. 17.
8) A.a.O., S. 18.
9) F. J. Strauß, a.a.O., S. 18.
10) Rede als Parteivorsitzender auf dem CDU-Parteitag in Saarbrücken, a.a.O., S. 5.
11) Rede auf dem CSU-Parteitag, a.a.O., S. 17.

Kalten Krieges vergessen machen, das Gedächntis der Menschen und ihre Fähigkeit, Versprechungen und Taten gegeneinander abzuwägen, lähmen soll. Dabei läßt Strauß andererseits für die, die es hören sollen, keinen Zweifel an der fortdauernden Gültigkeit des historisch gescheiterten Adenauer-Kurses für die CDU/CSU-Politik. Auf die selbst gestellte Frage: „Was würden wir, mit den Erkenntnissen und Erfahrungen der letzten fünfunzwanzig Jahre ausgestattet, aber noch einmal zur Ausganssituation zurückgekehrt, heute tun?" antwortet Strauß mit einem felsenfesten Ja zur Wiederholung bzw. Fortsetzung der zwanzig Jahre lang in Bonn demonstrierten Rechtspolitik [12]).

Diese Feststellung ist für die verschiedenen Einzelbereiche und Schwerpunkte der Politik zu überprüfen und zu präzisieren. „Sicherheit — Europa — Bildung — Eigentum, das sind unsere Prioritäten, auch für die praktische Politik", katalogisierte Barzel nach seiner Wahl zum Parteivorsitzenden in Saarbrücken, wobei er ausdrücklich festgehalten wissen wollte, diesen Prioritätenkatalog verdanke man nicht etwa demoskopischen Erhebungen vom Tage, sondern der grundsätzlichen Orientierung seiner Partei [13]). Zu den hier mit vier Reizworten berufenen Schwerpunkten der inneren und äußeren CDU-Politik präzisiert Barzel, „nächst der Sicherung der äußeren Freiheit" sei „Gesellschaftspolitik der Kern unserer Politik" [14]). Ohne die Wechselwirkung von äußerer und innerer Politik, auf die bei der Analyse des gesellschaftspolitischen Kerns der CDU/CSU-Konzeption (Stichworte „Bildung" für individuelle Aufstiegshoffnung und „Eigentum" für Erhaltung der bestehenden spätkapitalistischen Machtstruktur) noch

12) Ebenda.
13) A.a.O., S. 4.
14) Ebenda.

Kritische Sachbücher

Das Konzept der deutschen Rechten
Aus Reden und Schriften des F. J. Strauß

Herausgegeben von Dieter Halfmann, Kleine Bibliothek, Bd. 14, 239 Seiten, engl. br. DM 9,80

Inhalt: Vorwort; 1. Staat und Wirtschaft; 2. Autoritäre Grundhaltung; 3. Strategie des Kalten Krieges; 4. NATO- und Westeuropapolitik im Dienste der antikommunistischen Zielsetzung; 5. Militärpolitik; 6. Hauptstoßrichtung: die sozialistischen Länder; 7. Die ‚deutsche Frage'; 8. Nationalismus; 9. Im Bunde mit Unterdrückern und Aggressoren in aller Welt; 10. Ein reaktionäres Geschichtsbild im Dienste der Europaideologie; 11. Sammlung rechts — F. J. Strauß unter der SPD-FDP-Regierung.

„Am Ende unserer Generation darf es keinen Kommunismus mehr geben." F. J. Strauß, am 7. 3. 1965 beim Schwabinger Fischessen der CSU. Der Kurier, Westberlin, 9. 3. 1965.

Pahl-Rugenstein

zurückzukommen sein wird, hier aus den Augen zu verlieren, wollen wir uns zunächst der Barzel-Straußschen Art der „Sicherung der äußeren Freiheit", der von Barzel unter die Leitworte „Sicherheit" und „Europa" gesetzten Außenpolitik zuwenden.

II

Jeder Analyse heutiger Programmsätze der CDU/CSU ist die Erinnerung an zwanzig Jahre Praxis voranzustellen, d. h. an Adenauer-Dulles'sche Politik des „roll back", des Kalten Kriegs und der Konfrontation bis an den Rand des heißen Krieges, der Abschnürung der Bundesrepublik von den Ländern des Ostens — es gilt also, sich jene Politik und ihre heute noch keineswegs überwundenen Konsequenzen konkret zu vergegenwärtigen, der 1969 mit dem Wahlvotum für jene, die neue Ostpolitik, Friedenspolitik und Entspannung versprachen, eine Mehrheit der bundesdeutschen Bevölkerung das Urteil sprach. Dies ist ausdrücklich vorauszuschicken, denn ungeachtet ihres tagtäglichen lautstarken Nein zu jeder konkreten Entspannungsmöglichkeit und -notwendigkeit, insbesondere zur Ratifizierung der Verträge von Moskau und Warschau und zur Normalisierung der staatlichen Beziehungen mit der DDR, spekuliert die Strauß/Barzel-Partei auch auf außenpolitischem Gebiet darauf, als ehrlicher Makler für eine Politik wirklicher Entspannung, begründeten Realismus' und des Interessenausgleichs ernstgenommen zu werden; entsprechend empört man sich, wenn CDU-Politik nicht ganz allgemein als synonym mit „Friedenspolitik" gilt: „Wir alle arbeiten für den Frieden — was anderes haben Adenauer, Erhard und Kiesinger, und zwar mit Erfolg, getan?" (Barzel) [15])

Zwei Jahre, nachdem der wachsende Wunsch der Bevölkerung nach Entspannung, nach Überwindung des Kalten Krieges verbunden mit dem offenkundigen Streben einflußreicher Wirtschaftskreise nach einer flexibleren, die Bundesrepublik aus drohender weltpolitischer und wirtschaftlicher Isolierung herausführenden Regierungslinie zur Ablösung der CDU/CSU in Bonn geführt hatte, preisen Barzel und Strauß sich heute als die seriöseren, vertrauenswürdigeren, geeigneteren Partner für West wie Ost an. Deshalb das beschwörende „... wir sind außenpolitisch nicht isoliert, sondern gesuchte Partner — auch im Osten" [16]). Deshalb auch die ungewohnten Schalmeientöne bei Strauß: „Es wird auch in einer von der CDU und CSU gestellten Regierung eine versöhnungsbereite, nüchterne, für Zusammenarbeit auf allen sich eignenden Gebieten bereite Bundesregierung geben. Es wird eine Ostpolitik der CDU/CSU geben, die einen uneingeschränkten Gewaltverzicht abzuschließen bereit ist und die Zusammenarbeit auf allen sich anbietenden Gebieten wissenschaftlich, technisch, wirtschaftlich und welche andere Gebiete sich dafür eignen. Wir werden nur nicht bereit sein, etwas mehr als einen modus vivendi, denn modus vivendi heißt, daß man für die Lösung einer heute nicht lösbaren aber später zur Lösung vorgemerkten Frage eine Übergangsregelung des miteinander Auskommens und des miteinander Zurechtkommens findet. Zu dieser Ostpolitik sind wir bereit, aber nicht zu einer Aufgabe grundsätzlicher Rechte und Freiheiten ... Das deutsche Volk und die Sowjetunion sollen wissen, daß unsere Ostpolitik auf seriösem Boden steht, daß wir nur Verträge schließen, die in Moskau und Bonn im Text und in Bedeutung gleichermaßen interpretiert werden. Sie sollen wissen, daß wir als Partner für ein Zusammen- und Miteinanderauskommen ernster zu nehmen sind und auf die Dauer wertvoller sind als die, die ... versuchen, ein schlechtes Vertragswerk aus opportunistischen Gründen unter Dach und Fach zu bringen" [17]).

15) Rede als Parteivorsitzender auf dem CDU-Parteitag in Saarbrücken, a.a.O., S. 5.
16) Vgl. Anmerkung 6.
17) F. J. Strauß, Rede auf dem CSU-Parteitag, a.a.O., S. 19.

Diese Schlüsselstelle der Strauß'schen Parteitagsrede enthält in nuce das komplette, ebenso illusionäre wie gefährliche Konzept, nach dem Strauß und Barzel die Fortsetzung der Konfrontationspolitik als „konkrete Ostpolitik" [18]) aufschminken wollen. Neben der Bereitschaftserklärung zum „uneingeschränkten Gewaltverzicht", der eigenen und der internationalen Öffentlichkeit gefällig ins Ohr gesprochen (Barzel erhebt sogar das Urheberrecht an Gewaltverzichtsverträgen für die CDU/CSU: „... Aus diesen Gründen kamen — vo uns — die Initiativen der Gewaltverzichtsverträge ...") [19]), fällt besonders der Hinweis auf, der Union gehe es nicht minder als anderen um wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit „auf allen sich anbietenden Gebieten". Im Zusammenhang mit der Frage des Moskauer Vertrages wird hierauf gleich zurückzukommen sein.

Was hier als „konkrete Ostpolitik" angeboten wird, ist der aussichtslose Versuch, mögliche Ergebnisse einer Politik der friedlichen Koexistenz auf das Konto der Kalten Krieger gutschreiben zu lassen, d. h. Entspannung, Ausgleich und Zusammenarbeit zu versprechen, ohne doch abzugehen von der längst gescheiterten Adenauer-Politik der Nichtanerkennung des Status quo in Europa, ohne also die Grundlage friedlicher, wechselseitig nützlicher Beziehungen zwischen den Staaten im Sinne des modernen Völkerrechts, der UNO-Charta und -Deklarationen zu schaffen: d. h. vorbehaltlose völkerrechtliche Anerkennung der existierenden Staaten und ihrer Grenzen, in Verbindung mit Gewaltverzicht und Kooperationsbereitschaft. Diese notwendige Grundlage aller weiteren erstrebten Entspannungsergebnisse ist in präziser Weise in dem Moskauer Vertragswerk vom 12. August vergangenen Jahres umrissen, das seiner Verwirklichung, zunächst also seiner Ratifizierung harrt. Nach wie vor ist bereits diese Frage die Gretchenfrage, die die CDU/CSU zwingt, Farbe zu bekennen: Barzels Formel für „unsere Alternative zur Ostpolitik. Sie heißt Grenzen aufmachen und nicht zementieren" [20]), läßt keine Illusionen zu, zumindest für jeden, der sich von der Verbindlichkeit völkerrechtlicher Prinzipien leiten läßt (Völkerrecht für belangloses Papier zu halten, hat freilich gerade in der herrschenden Politik dieses Landes eine fatal wirksame Tradition!).

Wir haben in dieser Zeitschrift seit je — und wie ich meine mit Nutzen — zwischen friedens- und entspannungspolitischen Worten und Taten immer dann genau zu unterscheiden gesucht, wenn Programmformeln und Praxis in der konkreten Entscheidung einander nicht deckten. Als entspannungspolitische Hauptaufgaben und -chancen der gegenwärtigen Phase sind die Ratifizierung der Ostverträge und die Normalisierung der Beziehungen zwischen BRD und DDR, als ganz besonders unser Land betreffende Probleme, und im internationalen Zusammenhang die unverzögerte Vorbereitung der gesamteuropäischen Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit und der Verhandlungen über Truppenverminderung (MBFR im NATO-Jargon) zu erkennen. Was ist, konkret, die Einstellung der CDU/CSU?

Von der Ablehnung der Vertragsratifizierung war bereits die Rede. Nach wie vor betrachten Barzel und Strauß dies Problem als einen Hebel, die Regierung Brandt/Scheel zum Sturz oder doch zur völligen Aufgabe entspannungspolitischer Ansätze zu bringen. Die Politik des Alles-oder-nichts in dieser Schlüsselfrage versucht man, wie bei Strauß gehört, mit demagogisch-vagen Versprechungen zu verkleiden, man selbst werde bessere Verträge aushandeln, man sei

[18]) F. J. Strauß, ebenda.
[19]) Rede als Parteivorsitzender in Saarbrücken, a.a.O., S. 5.
[20]) R. Barzel, Rede auf dem Parteitag der CSU, München, 16./17. 10. 1971, a.a.O., S. 20.

auch ohnehin der gefragtere Partner, zudem werde man der Großindustrie blühende Ostgeschäfte vermitteln können, ohne dabei irgendwelche Abstriche am antikommunistischen und grenzrevisionistischen Kurs machen zu müssen. Diese widersprüchlichen Versprechungen von Strauß und Barzel kann man als eine unfreiwillige Manifestation der Interessenwidersprüche nehmen, die ein solcher Kurs unter den heutigen internationalen Kräfteverhältnissen und Entwicklungsbedingungen innerhalb der Parteien des Großkapitals notwendig virulent werden läßt. Daß bei allen temporären Sprachschwierigkeiten und Schwankungen die Linie der totalen Konfrontation bisher noch stets die Oberhand behalten hat, ist ein deutlicher Gradmesser für das heutige politische Übergewicht des miltärisch-industriellen Komplexes und seiner Verbündeten in der CDU/CSU. Nachdem die Hoffnungen, die Ratifizierung werde bereits an dem vielbeschworenen „Berlin-Junktim" scheitern, sich mit dem Abschluß des Viererabkommens vom 3. September 1971 in Nichts aufgelöst haben — denn mit Straußens Diktum „Dieses Berlin-Abkommen ist ein Abkommen politischer Dummheit" [21]) wird die CDU/CSU wohl kaum besondere politische Wirksamkeit erzielen — nach dem unerwarteten Scheitern dieses Junktims zieht Barzel sich jetzt vollends auf todsichere, weil unerfüllbare Vorbedingungen zurück: „Der Kern jeder deutschen Ostpolitik — Selbstbestimmung und Lage der Deutschen in Deutschland — ist noch nicht erreicht. Sollte die Bundesregierung gleichwohl ihr Vertragswerk — einen Torso also — vorlegen, so wird eben eine neue Bundesregierung dafür sorgen müssen, daß durch Geduld und Beharrlichkeit ein Vertragswerk entsteht, das nicht aufhört, wo das Problem beginnt . . ." [22]) — im Klartext, der sich in Kenntnis der CDU/CSU-Praxis diesen Worten, so staatsmännisch-abgewogen sie klingen sollen, entnehmen läßt: „Geduld und Beharrlichkeit" sind weiterhin auf die Liquidierung der DDR angesetzt; ein Vorhaben, das heute von der BRD-Reaktion üblicherweise mit „Selbstbestimmung" umschrieben wird. Da ist es nur folgerichtig, wenn die Frage der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten in der Saarbrücker Rede des Vorsitzenden Barzel so gut wie überhaupt keine Rolle spielt. Die gewichtigste Äußerung zur — konsequenterweise mit Anführungszeichen als „Phänomen" à la Kiesinger gekennzeichneten — DDR ist Barzels Randbemerkung, es sei „unmöglich, wenn in manchen Schulen mehr über Griechenland und Vietnam als über das totalitäre kommunistische System in der ‚DDR' zu lernen ist" [23]). Auch Strauß zieht es bemerkenswerterweise auf dem Münchener CSU-Parteitag vor, die drängende Notwendigkeit der Herstellung korrekter diplomatischer Beziehungen zu Berlin/DDR schlicht zu ignorieren.

Wie sieht es mit den beiden anderen, international hochbedeutsamen Schlüsselfragen gegenwärtiger Entspannungspolitik aus? Strauß, der freilich immerhin einen „Entwurf für Europa" zu verlieren hat, erspart sich in der Abneigung gegen die Europäische Sicherheitskonferenz selbst jene Zurückhaltung, die Barzel, um Flexibilität bemüht und der Gefahr einer Isolierung Rechnung tragend, Zuflucht bei NATO-Auffangpositionen suchen läßt: „Wir stimmen dem abgewogenen Urteil und dem behutsamen Verfahren der NATO zu diesen Fragen zu und verstehen insbesondere (!) sehr gut die bedächtige französische Haltung in Sachen MBFR" [24]).

---

21) Rede auf dem CSU-Parteitag a.a.O., S. 19.
22) R. Barzel, Rede als Parteivorsitzender in Saarbrücken, a.a.O., S. 6.
23) A.a.O., S. 4.
24) R. Barzel, Rede als Parteivorsitzender in Saarbrücken, a.a.O., S. 5; fast wörtlich auch auf dem CSU-Parteitag vom 16./17. 10. in München, wo Barzel zudem die Haltung Frankreichs zur europäischen Sicherheitskonferenz fälschlich mit der Großbritanniens gleichsetzt. Strauß rühmt die britische Haltung, in Würdigung des kürzlichen Londoner Agenten-Spektakels, indem er der Bundesregierung „nur einen kleinen Funken britischer Nüchternheit" wünscht. Vgl. „Bayernkurier", v. 23. 10. 71, S. 20 (Barzel) bzw. S. 19 (Strauß).

Seine Prioritäten entwickelt Barzel in einer Argumentation, die der Brandt/Scheel-Regierung Einsichten und Zielsetzungen unterstellt, welche deren unermüdlich beschworener NATO- und Konzerneuropa-Treue entgegengesetzt wären: „Wir können der Bundesregierung nicht folgen, wenn sie — im Angesicht des verworrenen Bildes, das die westliche Welt zur Stunde bietet — nicht nur auf westliche Initiativen verzichtet, nicht nur das Devisenausgleichsproblem mit den USA höchst leichtfertig behandelt, sondern auch noch das Moskauer Projekt einer europäischen Sicherheitskonferenz zu ‚beschleunigen' sich verpflichtet" [25]). Unter dem Aspekt der Gefahr, der Isolierung anheimzufallen, dürften beispielsweise die jüngsten Vereinbarungen zwischen der Sowjetunion und dem von Barzel wegen seiner Haltung zu MBFR-Plänen hoffnungsvoll gelobten Frankreich wenig ermutigend für die CDU/CSU sein. Dramatische Prognosen sollen da dem In- wie Ausland die Augen öffnen: „Diese Politik lockert nach Westen und bindet nach Osten. Ich spreche das aus, denn nicht immer haben alle um uns herum rechtzeitig und voll verstanden, was in Deutschland vorgeht" [26]).

Stellenwert und Zusammenhang der außenpolitischen Aussagen der CDU/CSU kommen exemplarisch zum Ausdruck, wenn Strauß formuliert: „Wir wünschen zwar (!) sehnlichst Entspannung und größere europäische Zusammenarbeit, werden aber sorgsam darauf achten, daß die westeuropäische Einigungspolitik nicht nur als Tarnvorhang für ostpolitische Absichten vorgeschützt wird" [27]). Die Flexibilität führender SPD- und FDP-Politiker beim Versuch, gegenwärtig mögliche Verbesserungen der Beziehungen mit sozialistischen Ländern zu nutzen, ohne von NATO- und EWG-Zielen abzurücken, versagt sich die CDU/CSU, auch wenn Barzels Einschätzung der NATO und der Bindung an die USA ebensogut beispielsweise von Helmut Schmidt hätte formuliert werden können: „Das westliche Bündnis gibt uns gesicherte Freiheit. Es ist, allem voran die Freundschaft mit den USA, durch nichts zu ersetzen. Also bedarf es besonderer Pflege" und „Ohne die hier anwesenden alliierten Truppen und ohne die Bundeswehr, denen wir danken, gibt es für uns keine Sicherheit durch das Bündnis" [28]). In diesem Kontext reduzieren sich Straußsche Parolen, es gelte die Unabhängigkeit Europas von nichteuropäischen Großmächten zu überwinden" [28a]), (so auch wieder in seiner Münchener Parteitagsrede [29])) auf konventionellen Antisowjetismus, denn während „die Russen" dem antisowjetischen Kalkül zuliebe als „nichteuropäische Macht" deklariert werden, konstruiert man eine abendländisch-atlantische Seelen- und Interessengemeinschaft mit den USA, die diese geradezu zu Europäern honoris causa ernennt.

Welch eminent innenpolitische Rolle aber die NATO und die Präsenz US-amerikanischer Besatzungstruppen neben ihrer antisozialistischen Rolle im Konzept der CDU/CSU spielen, enthüllt eine geradezu schockierend freimütige, bisher allgemein überhörte Drohung Barzels auf dem Saarbrücker Parteitag: „Viele fragen uns, ob wir frei seien, die Verträge dieser Bundesregierung abzulehnen, weil sie unseren Maßstäben nicht entsprechen. Die Antwort heißt — und ich sage das nicht nur so dahin —: Das Bündnis schützt eine Demokratie, nicht nur ein Territorium, und also Meinungs- und Entscheidungsfreiheit" [30]). Man präge sich

25) R. Barzel, Rede als Parteivorsitzender in Saarbrücken, a.a.O., S. 5. Strauß beruft sich auf eine geschlossene Unterstützung der Westmächte, wenn er Brandts Verpflichtung von Oreanda kritisiert, für „eine Beschleunigung der von den Westmächten mit immer größerer Skepsis betrachteten Europäischen Sicherheitskonferenz" einzutreten. F. J. Strauß, Rede auf dem CSU-Parteitag, a.a.O., S. 19.
26) R. Barzel, Rede als Parteivorsitzender in Saarbrücken, a.a.O., S. 5.
27) Rede auf dem CSU-Parteitag, a.a.O., S. 18.
28) R. Barzel, Rede als Parteivorsitzender in Saarbrücken, a.a.O., S. 5.
28a) Stellenwert und Funktion solcher Äußerungen lassen sich beispielsweise im Kapitel „NATO- und Westeuropapolitik" der Strauß-Dokumentation Halfmanns leicht verifizieren (D. Halfmann, Das Konzept der deutschen Rechten. Aus Reden und Schriften des F. J. Strauß, Köln 1971).
29) A.a.O., z. B. S. 17.
30) A.a.O., S. 5.

das rechtzeitig ein — es ist in der Tat „nicht nur so dahin" gesagt: dieser Fingerzeig sagt über das Verhältnis der Barzel-Strauß-Partei zur „begrenzten Souveränität", der BRD als NATO-Territorium und zum innenpolitischen Spiel mit der Interventionsmöglichkeit amerikanischer Truppen ebenso Denkwürdiges aus wie über das Verhältnis zu Staatsstreich und Demokratie.

III

Die Schwerpunkte der inneren wirtschafts- und gesellschaftspolitischen CDU/CSU-Konzeption möchte Barzel, wie oben bereits kurz erwähnt, unter den Stichworten „Bildung—Eigentum" präsentieren. Er führt das weiter aus, wenn er als „unsere Markenzeichen" die Slogans „Eigentum für jeden" und „Aufstieg durch Bildung" rühmt, „Soziale Sicherheit, besser verteiltes und breiter gestreutes Eigentum sowie ein chancengerechtes, durchlässiges Bildungssystem — das sind unsere Prioritäten" [31]). Wer die innen- und gesellschaftspolitischen Äußerungen der Unionsführer genauer verfolgt, wird — sicherlich ohne große Überraschung — feststellen, daß die Schlagworte „Bildung" und „Eigentum" nicht etwa disparate, im übrigen gleichrangige Ziele bezeichnen, sondern daß das, was hier als „Eigentum" firmiert (schon dieser Begriff ist hier demagogisch gezielt), die elementare und zentrale Zielstellung der Industriepartei, nämlich Verteidigung und Expansion der bestehenden, spätkapitalistischen Besitz- und Machtverhältnisse meint; und diese Machtverhältnisse sind eben heute im Zeichen der geballten Konzentration des Produktivvermögens in den Händen einer „kleinen radikalen Minderheit" keineswegs mehr geprägt durch jenes „breit gestreute Eigentum", das altliberalem Urteil zufolge Bedingung politischer Freiheit und Mitbestimmung war.

Die Spekulation auf solche, aus vergangenen Stadien der Wirtschafts- und Gesellschaftsentwicklung überständigen Assoziationen von Freiheit und sozialer Sicherheit durch „Eigentum" ist deshalb demagogisch, weil ihre Urheber sehr wohl die gegenwärtigen Besitzmacht- und Wirtschaftsbedingungen kennen (und ihre forcierte Weiterentwicklung wünschen), die mehr Freiheit, mehr Demokratie, mehr Rechte und mehr Sicherheit auf keinem anderen Wege, als über das breite, organisierte Ringen um umfassende Mitbestimmungsrechte und Demokratisierung in allen gesellschaftlichen Bereichen erreichbar machen, die individuell-isolierten Aufstiegs- und Sicherungshoffnungen Einzelner aber, von eng begrenzten Ausnahmen abgesehen, zum Scheitern verurteilen.

Die Versuche, durch „Vermögensbildungs"-Pläne, durch die massenhafte Erzeugung individualistisch-isolierter Aufstiegsillusionen mittels macht- und wirkungsloser Spurenelemente sogenannter „Eigentums"-Streuung, die Bevölkerung vom politischen und gewerkschaftlichen Kampf um Mitbestimmung und Demokratisierung abzulenken, ist wiederholt untersucht worden [32]); ich möchte hier deshalb nicht auf Einzelheiten dieses Problems eingehen, sondern nur noch deutlicher herausarbeiten, mit welcher Betonung die CDU/CSU sich als erfahrene Partei der Konzerninteressen der Rolle dessen widmet, was sie „Eigentum" nennt. Dabei wird sich zeigen, daß der von der CDU gegenwärtig besonders hervorgehobene Bereich „Bildung" nicht anders als „Reformen", „Umweltschutz", „Infrastrukturverbesserung" und fast alle Posten des im innen- und gesellschaftspolitischen Raum besonders verführerisch ausstaffierten Wahlkatalogs nur im Bezug auf die zentrale Fragestellung „nutzt oder schadet es dem bestehenden

31) Rede als Parteivorsitzender in Saarbrücken, a.a.O., S. 4.
32) Vgl. in dieser Zeitschrift z. B. Wilhelm M. Breuer, Vermögenspolitik. Zu Illusion und Wirklichkeit des „Volkskapitalismus", „Blätter", 4/70, S. 359—377.

Herrschaftssystem" („Eigentum") für die Union der Großkonzerne interessant ist. Im Bestreben, sich von der SPD, deren Führer das Lob auf die sogenannte Soziale Marktwirtschaft zweifellos auch nicht vernachlässigen, abzusetzen und als noch verläßlicher zu profilieren, kultivieren Strauß und Barzel alle einschlägigen Ängste und Sorgen, daß auch in der Bundesrepublik breitere Kreise davon abkommen könnten, die bestehenden wirtschaftlich-gesellschaftlichen Machtverhältnisse als naturbedingt und als der Weisheit letzten Schluß anzusehen: „Wie kann denn unsere Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung gestärkt werden", mahnt Barzel, „wenn denjenigen Mut gemacht wird, die im Gewinn etwas anrüchiges und in der Sozialen Partnerschaft nur eine Einschläferung des Klassenbewußtseins sehen?" [33]) und Strauß folgert: „Zu erkennen, daß freie Marktwirtschaft nicht ein Instrument ‚kapitalistischer' Gesellschaft ist, nicht Mittel zur Ausbeutung und Unterdrückung, ist das Gebot der Stunde ..." [34]). „Man soll zur Kenntnis nehmen, daß für uns Marktwirtschaft, parlamentarische Demokratie und Rechtsstaat nach zwingenden Sinn- und Sachzusammenhängen eine Einheit bilden" [35]), so präzis benennt Franz-Josef Strauß das Bedingungssystem der Unionspolitik, dessen bestimmende Größe wir als „Eigentum" oder „Soziale Marktwirtschaft" kennengelernt haben; man tut dem CSU-Führer dabei gewiß kein Unrecht, wenn man seinen „Rechtsstaat" mehr im Sinne von „rechts" als von „Recht" versteht.

Daß wesentliche Kräfte der Großwirtschaft gegenwärtig nicht nur der Außenpolitik der Regierung Brandt/Scheel erheblich, wenn man so sagen darf, positiver gegenüberstehen, als dem Parteiinteresse der CDU/CSU mit Blick auf die Wahlen 1973 wünschbar erscheint — dies Dilemma versuchen Strauß und Barzel durch die steigernde Kombination außen- und innenpolitischer Hiobs- und Schauerprognosen anzugehen: „Unsere wirtschaftliche Unsicherheit, die Angst vor dem, was werden wird, verdoppelt sich in Anbetracht außenpolitischen Risikos", tönt Strauß [36]) und wendet sich damit zweifellos nicht zuletzt an jene Wirtschaftskreise, für deren Erwägungen hier eine kurze Notiz der „Welt" [37]) als Beispiel stehen mag. Unter der, sagen wir „tendenziösen", Überschrift „Otto A. Friedrich sieht Gefahr für Marktwirtschaft" referiert die Zeitung eine Rede des Präsidenten der BDA, also eines der drei Spitzenverbände der Wirtschaft: „Die Annäherung zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion" (ferner Nixons neue China-Politik) „hätten eine weltpolitische Kräfteverschiebung eingeleitet ... Dieser Prozeß erscheine von Deutschland aus gesehen auch außenpolitisch wohlbegründet, erklärte der Arbeitgeberpräsident", innenpolitisch werde jedoch die gesellschaftskritische Unruhe sich verstärken. In diesem Zusammenhang sprach sich Friedrich für das „deutsche Modell" eines „reformierten und fortschrittlichen Kapitalismus" aus.

Mit diesem Zitat ist zugleich der Hinweis auf die gegenwärtige Beliebtheit der Begriffe „Reform" und „Fortschritt" bei den Parteitagsrednern der „auch konservativen" (Strauß) Unionsparteien zu verbinden. Es wäre zweifellos verfehlt, den Eifer, die konservative Rechtspartei als „jung", „modern", „fortschrittlich", „reformiert" und reformbereit zu präsentieren, als bloße Demagogie abzutun. Spätestens der Schock, SPD-Politiker ihre Plätze in Bonn einnehmen sehen zu müssen, hat der CDU/CSU klarwerden lassen, daß sich verändernde wirtschaftliche und wissenschaftliche, innenpolitisch-gesellschaftliche und internationale Bedingungen neue Anforderungen an ihre politische Konzeption und soziale

---

33) Rede als Parteivorsitzender in Saarbrücken, a.a.O., S. 5.
34) Leitartikel im „Bayernkurier" v. 23. 10. 1971.
35) F. J. Strauß, Rede auf dem CSU-Parteitag, a.a.O., S. 18.
36) Leitartikel im „Bayernkurier" v. 23. 10. 1971.
37) „Die Welt" v. 16. 9. 1971, S. 1.

Struktur stellen, wenn sie nicht als Regierungspartei für die ausschlaggebenden Kräfte der Großwirtschaft unbrauchbar werden soll. Heute liegt die Chance der CDU/CSU, um die sie kämpft, darin, sich als ebenso flexibel wie die SPD zu erweisen, möglichst auch als nahezu ebenso breit ausgreifend in Arbeiter- und Angestelltenbereiche, unbeschadet der Absicherung und Weiterentwicklung ihres Einflusses unter „altem Mittelstand" und Bauern; gleichzeitig kommt es der Union darauf an, sich bei aller Flexibilität und Reformbereitschaft den Wirtschaftsmächtigen als die für sie verläßlichere Regierungspartei anzubieten.

Die notwendigen Grenzen der Reformbereitschaft werden somit bestimmt durch den Widerspruch zwischen der im Interesse der Produktionsentwicklung unerläßlichen rapiden Ausbreitung von Bildung und Ausbildung, verbunden mit partiellen Einblick- und Entscheidungsmöglichkeiten für eine immer größere Zahl von Arbeitern und Angestellten, und der im Interesse der bestehenden Besitz- und Herrschaftsverhältnisse notwendigen Integration einer zunehmend qualifizierten, zunehmend zur Einsicht in ihre wahre Interessenlage gedrängten Bevölkerung in ein System, das ihren grundlegenden Interessen widerspricht. Dieser prinzipielle Widerspruch muß vernebelt, von ihm muß durch ein umfassendes System von Freiheits-, Humanitäts- und Fortschrittsdemagogie und Bewußtseinsmanipulation die Aktivität der Menschen auf ungefährliche Spielräume abgelenkt werden; und zugleich wird für den Fall, daß all diese Sicherungen versagen sollten, die weitere Konzentration aller wesentlichen Entscheidungszentren betrieben, im Hintergrund dabei stets parat „Notstandsverfassung" und -apparat (und NATO und USA-Truppen), die jeder Einflußnahme und Kontrollmöglichkeit systemkritischer Kräfte entzogen bleiben sollen. In diesem Zusammenhang muß die fortlaufende Aushöhlung des Föderalismus, der Rechte der Gemeinden, der Parlamente gesehen werden ebenso wie der wachsende gesellschaftliche Einfluß der Bundeswehr, die versuchte Illegalisierung konsequenter Oppositionsgruppen, Disziplinierung der Gewerkschaften, Ausdehnung der bundespolizeilichen Kompetenzen, Verfassungsreform usw.

Nur in diesem Rahmen kann Barzel proklamieren: „Wir glauben nicht, daß die Grenze des freiheitlichen und sozialen Rechtsstaates erreicht ist und wir schon die beste aller möglichen politischen Wirklichkeiten erreicht haben. Wir sind offen für Neues: bereit, vieles in Frage zu stellen, weil nur so der Weg für das Bessere frei wird" [38]). Es gibt freilich Dinge, die, bei allem progressiven Wortgeklingel, keinesfalls in Frage gestellt werden dürfen, auch wenn dadurch „der Weg für das Bessere" blockiert wird: „Wer denkt wie wir, kann nicht und wird nie gegen Privateigentum, Unternehmer-Initiative, Gewinn und Wettbewerb" sein, statuiert Barzel, ohne, eingedenk der Integrationsaufgabe der Partei, die Ergänzung zu vergessen: „oder gegen Gewerkschaften und funktionsgerechte Mitbestimmung". Allerdings folgt zu letzterem gleich noch die Klarstellung: „Freilich wissen wir, daß unsere Ordnung nur Bestand haben wird, wenn wir in den zwei Bereichen einen besonderen Schwerpunkt setzen . . ." [39]). Und dieser mit dem unverfänglichen Stichwort „Eigentum" kaschierte Schwerpunkt war bereits Gegenstand unserer Betrachtung.

Dieser Schwerpunktsetzung entspricht das Barzelsche Reform-Rezept: „Wenn wir uns besinnen . . . auf die mit Erfolg erprobten Möglichkeiten, zu finanzieren durch eine Mischung von Privatinitiative, steuerlichen Anreizen und direkten Hilfen der öffentlichen Hände, dann wird es nicht unmöglich sein, die drängen-

38) Rede als Parteivorsitzender in Saarbrücken, a.a.O., S. 4.
39) R. Barzel, Rede als Parteivorsitzender in Saarbrücken, a.a.O.

den Fragen z. B. der sozialen Dienste, des Umweltschutzes, der Technologie, der Forschung und der Stadterneuerung, der Gesundheitspolitik, der Energiepolitik schrittweise und nach einem Dringlichkeitskatalog, der mit dem Möglichen übereinstimmt, zu lösen" [40]). Sollte dieses Reformkonzept aber dennoch als „nicht möglich" statt als „nicht unmöglich", wie Barzel bescheiden formuliert, befunden werden, trotz aller Besinnung darauf, daß in diesem System grundsätzlich der Steuerzahler zahlt und der Großunternehmer nimmt, dann kann sich die CDU/CSU auf zahlreiche „rechtzeitige Warnungen" berufen: „Aber ich sage es rechtzeitig, es wird mehrere Jahre dauern, bis wir aus dem Zustande der durch politische Drogen herbeigeführten überschwenglichen Zukunftserwartungen, hinter denen gar nichts steckt, wieder auf den schweiß- und mühebeladenen Weg des langsamen aber stetigen Aufstieges werden zurückkehren können" heißt das bei Strauß [41]), und bei Barzel: „Ich muß aber uns alle — ebenso wie die Öffentlichkeit — bitten, sich das Bild der innenpolitischen Lage noch illusionsloser klarzumachen ... Wir werden teuer zu bezahlen haben in der Mitte der siebziger Jahre, für alle jetzt unterlassenen Investitionen, für alle jetzt falsch gestellten Weichen" [42]). Solcher Eifer, sich unbeschadet aller Sozialdemagogie bereits heute einen Blankoscheck für politisch-ökonomische Roßkuren zu verschaffen, sollte zu denken geben. Heute schon wettert Strauß gegen eine Rückzahlung des Konjunkturzuschlages an die Steuerzahler. „... was man heute bräuchte, das wäre allgemeine Sicherheit in der Wirtschaft und Ansporn für Investitionen und nach wie vor Zurückhaltung im Konsum. Sonst zahlen wir das ganze" [43]). Wäre nur zu fragen: Wer ist „wir"?

Was da also bei flüchtigem Hinhören, und viel Vergeßlichkeit vorausgesetzt, den Eindruck fast grenzenloser Liberalität, Fortschrittlichkeit und Reformbereitschaft, bei allem Pochen auf die „bleibenden Maßstäbe" der „nicht nur aber auch konservativen" Partei, hervorrufen soll, zeigt doch im Konkreten schnell seine Grenzen und Fallgruben. Ebenso kompromißlos, wie man auf die bestehenden Besitz- und Machtverhältnisse eingeschworen ist, ebenso nachtwandlerisch sicher bleibt die Orientierung auf die „bleibenden Maßstäbe" des Antikommunismus in der Außenpolitik — hier ganz besonders als Antisowjetismus und prinzipieller Existenzkampf gegen die DDR als sozialistischen deutschen Staat — wie in der Innenpolitik. Hier endet auch sehr schnell alles Gerede von „mehr Demokratie": Wer da von Demokratisierung spreche, „den wollen wir doch sehr nachdrücklich befragen, ob er etwa in Wahrheit die sogenannte ‚Volksdemokratie', also die Diktatur meint" [44])! Antikommunismus, sei es als Totalitarismus-Doktrin oder in beliebiger sonstiger Variante, man kann heute unter einer rasch wachsenden Zahl gröberer wie feinerer Spielarten wählen, macht's möglich, immer noch. Und hier rechnen sich Barzel und Strauß die vorteilhaftesten Gelegenheiten aus, SPD und FDP in die für demokratischen Fortschritt und Entspannung tödliche Umklammerung der großen „Gemeinsamkeit" zu nehmen. „Was mich betrifft, so werde ich immer bereit bleiben, mit allen Demokraten auch Gemeinsames zu suchen und damit könnte es besser aussehen, wenn SPD und FDP sich z. B. entschließen könnten, unser Angebot anzunehmen, gemeinsam Front zu machen auch gegen den Radikalismus von links außen, wie wir es vorher gegen den von rechts außen erfolgreich getan haben" [45]). Zur Erinnerung daran, wie die CDU/CSU den „Radikalismus von rechts außen" bekämpft, genüge hier der Hinweis auf die Schröder/Thadden-Koalition gegen Heinemann

[40]) Ebenda.
[41]) Rede auf dem CSU-Parteitag, a.a.O., S. 18.
[42]) Rede als Parteivorsitzender in Saarbrücken, a.a.O., S. 4.
[43]) F. J. Strauß, Rede auf dem CSU-Parteitag, a.a.O., S. 18.
[44]) R. Barzel, Rede als Parteivorsitzender in Saarbrücken, a.a.O., S. 4.
[45]) R. Barzel, Rede auf dem CSU-Parteitag, a.a.O., S. 20.

bei der letzten Bundespräsidentenwahl; von der „Vaterländischen Sammlungsbewegung" des Franz Josef Strauß ganz zu schweigen.

Für alle in SPD und FDP, denen es um mehr Demokratie und Entfaltung konsequenter Friedenspolitik zu tun ist, enthält dies „Angebot" Barzels nicht mehr als die freundliche Einladung, allen seit Jahren gewonnenen Einsichten in die Funktion des Antikommunismus zuwider dem Rechtskartell bei der Institutionalisierung und Ausbreitung einer „grauen Zone" behilflich zu sein, die nach McCarthy-Adenauerschem Muster, ausgehend von der Tabuisierung und Illegalisierung kommunistischer Ideen, in schnell wachsendem Maße jede demokratische Alternative als „linksextrem" abqualifiziert und bedroht. Jeder, der in diese „graue Zone" gerät, soll mit stillschweigender Außerkraftsetzung seiner verfassungsmäßigen Grundrechte rechnen müssen. „Wir wünschen weder als Lehrer, noch sonst im öffentlichen Dienst jemanden zu sehen, der angetreten ist, die freiheitlich-demokratische Grundordnung zu zerstören" [46]), sagte Barzel in München und in Saarbrücken: „Wer sich einer Organisation anschließt, die unsere freiheitliche Grundordnung beseitigen will, hat im öffentlichen Dienst nichts zu suchen" [47]). Daß hier auf die verfassungswidrige Diskriminierung legaler Organsationen und Gruppen gezielt wird, läßt sich an der bereits entfesselten Kampagne gegen die beruflichen Grundrechte marxistischer Studenten, Lehrer, Juristen ablesen; die vielfach kritisierten „Münchner Beschlüsse" [48]) des SPD-Vorstands entsprechen hundertprozentig diesem Kalkül der Rechten, die es mit Genugtuung verfolgt, wenn die SPD sich durch Maßnahmen gegen den sozialdemokratischen Hochschulbund [49]) oder etwa gegen Sozialdemokraten, die an Bürgerinitiativen für die Ratifizierung der Ostverträge oder an „Roter Punkt"-Aktionen teilnehmen, selbst schwächt, statt die Attacken der Rechtskräfte konsequent zurückzuweisen.

Eine besonders groteske Aktion sozialdemokratischer „Selbstverleugnung" ist die offenbar mögliche Zustimmung dazu, daß mit dem exponierten Notstandspolitiker Ernst Benda [50]) ein CDU-Vertreter Präsident des Verfassungsgerichts werden soll, ein Mann jener Partei, die die Ostverträge der SPD-geführten Bundesregierung verfassungsgerichtlich zu Fall zu bringen gedenkt. Die Verwirrung, die solche Widersprüche in der Bevölkerung auslösen, nutzen Politiker vom Schlage Barzels unverzüglich zu neuen demagogischen Volten gegen jede etwaige „Abweichung" der Politik vom CDU-Kurs: „Ich glaube nicht mehr an Fehler und Dummheiten, sondern daran, daß die SPD mit anderen Wert- und Zielvorstellungen arbeitet, also etwas anderes will als wir!" [51]) Dieser Ausspruch demonstriert, wie kurz die Wegstrecke zwischen „Gemeinsamkeit" und „grauer Zone" sein kann. Es bestätigt sich: Wer mehr Demokratie, wer Entspannungspolitik will in diesem Land, der kann dies nicht durch „Gemeinsamkeit" mit der CDU/CSU, sondern ausschließlich durch konsequente Auseinandersetzung mit dieser Partei erreichen, die sich auf ihren jüngsten Parteitagen in Saarbrücken und München erneut als die Kampfformation der politisch gefährlichsten Kräfte der BRD erwiesen hat. Dabei versteht es die Strauß/Barzel-Partei, wie gezeigt, Widersprüchlichkeiten und Versäumnisse Bonns in virtuoser Weise für sich nutzbar zu machen. Welche politische Kräftekonstellation die Rechtspartei heute fürchtet, das geht aus einem Ausbruch Straußens gegen das Auftreten von Bundeskanzler Brandt auf dem Gewerkschaftstag der IG Metall hervor: hier würden die Gewerkschaf-

46) Ebenda.
47) Rede als Parteivorsitzender in Saarbrücken, a.a.O., S. 4.
48) Vgl. dazu Karl D. Bredthauer, SPD-Abgrenzung, „Blätter", 3/71, S. 234 ff.
49) Vgl. den Beitrag von Stephan Albrecht, SHB und SPD, „Blätter", 10/71, S. 1003 ff.
50) Vgl. Friedhelm Baukloh, Ernst Benda — Theoretiker und Praktiker des Obrigkeitsstaates, „Blätter" 5/68, S. 486—494.
51) R. Barzel, Rede als Parteivorsitzender in Saarbrücken, a.a.O., S. 5.

ten aufgerufen als Helfer „zum Kampf um die Rettung der demokratischen Ordnung. Hier werden die Fronten verschoben, hier werden die Gewichte vertauscht, hier wird mit gezinkten Karten gespielt ... Und gerade dieser Stil ist entwickelt worden im Zusammenhang mit der sogenannten neuen Ostpolitik. Hier nähern wir uns offensichtlich einer Lage, über die man nur mit größtem Ernste und größter Besorgnis sprechen kann" [52]).

Eben dies sind die beiden Alpträume der Reaktion: erstens, daß die Kraft der Gewerkschaften politisch wirksam werden und im Zusammenwirken aller demokratischen Kräfte das volle Gewicht der Bevölkerungsinteressen auf die politischen Waagschalen kommen könnte; und zweitens, daß der folgenschwere Widersinn zwischen verschärftem Antikommunismus im Innern und äußerer Normalisierung der Beziehungen zu den Ländern des Sozialismus allgemein erkannt und die Chance nutzbar gemacht werden könnte, die Entspannung und Rüstungsverminderung gerade auch für Demokratisierung und sozialen Fortschritt im Innern eröffnen. Bei Politikern wie Franz Josef Strauß wird das Interesse daran, daß Rüstungsmilliarden auch künftig Milliarden für die Rüstungskonzerne bleiben, statt im Zeichen konsequenter Friedenspolitik für dringende Reformen freigesetzt zu werden, bekanntlich ganz persönlich und sozusagen privat-ökonomisch greifbar. Aber die Ängste des Militär-Industrie-Politikers Strauß gelten ja nicht etwa gefährdeten Interessen der Bevölkerung. Daß der Gemeinsamkeit der demokratischen Kräfte die größte Furcht der Strauß/Barzel-Partei gilt, könnte als nützlicher Hinweis dienen: dafür nämlich, auf welchem Wege der nicht zu bagatellisierenden Rechtsgefahr, deren bedrohlichste Konzentration sich unter Strauß und Barzel in CDU und CSU vollzogen hat, wirksam entgegengetreten werden kann.

Zur multilateralen Vorbereitung der Europäischen Sicherheitskonferenz

Von Gunnar Matthiessen

Die Chance, eine neue politische Ära der europäischen Nachkriegsgeschichte zu beginnen, ist wesentlich größer geworden. Die jüngsten Ereignisse und die regen diplomatischen Aktivitäten, insbesondere der Sowjetunion, haben ein außenpolitisches Fundament und Klima geschaffen, das den Übergang zu einer neuen Etappe der internationalen Beziehungen, in eine Zeit der friedlichen und freundschaftlichen Zusammenarbeit in Europa ermöglicht. Es bestehen realistische Aussichten, die Periode des Kalten Krieges und des Wettrüstens zu verlassen und auf einem Weg voran zu schreiten, in dessen Perspektive sich ein dauerhaftes und garantiertes europäisches Sicherheitssystem eröffnet. Die jüngsten Vereinbarungen und Initiativen sind wesentliche Beiträge dazu, heute und zukünftig mehr die

[52]) Rede auf dem CSU-Parteitag, a.a.O., S. 18.

internationalen politischen Streitfragen auf friedlichem Wege zu erörtern und zu lösen, die Beziehungen zwischen den Staaten unterschiedlicher Systeme weiter zu normalisieren und auf eine friedliche Grundlage zu stellen.

Nach diesen vielfältigen Ansatzpunkten auf bilateraler Ebene ist nun die Einberufung einer Europäischen Sicherheitskonferenz aktueller und auch realistischer denn je geworden. Die positive Entwicklung, die sich in den zweiseitigen Beziehungen der europäischen Staaten in den letzten beiden Jahren vollzogen hat, ist ein nachdrücklicher Beweis dafür, daß der multilateralen Lösung europäischer Probleme keine prinzipiellen Schwierigkeiten mehr im Wege stehen müssen, wenn alle beteiligten Staaten guten Willens sind. Den bilateralen, zum Teil schon freundschaftlichen Beziehungen der Staaten Europas eine stabile politische Grundlage zu verschaffen, ist die bedeutsame Aufgabe dieser Europäischen Sicherheitskonferenz, die aller Voraussicht nach 1972 stattfinden kann. Allein ihr Stattfinden wäre schon ein wesentliches Kriterium dafür, daß in naher Zukunft bereits mit der Entwicklung eines europäischen Sicherheitssystems, das an die Stelle der Militärblöcke tritt, praktisch begonnen werden kann. Wenn alle europäischen Staaten auf der Grundlage des kollektiven Gewaltverzichts, wie er auf einer gesamteuropäischen Sicherheitskonferenz zu vereinbaren wäre, völkerrechtlich verbindlich bekunden, daß sie in ihren internationalen Beziehungen von den Realitäten ausgehen werden, dann kann in der Tat ein neuer Abschnitt in der europäischen Geschichte begonnen werden. In ihm müßten endlich auf unserem Kontinent die völkerrechtlichen Prinzipien verwirklicht werden, die in der UNO-Charta bereits dargelegt sind.

I

Bislang äußerte die Bundesregierung eine Reihe von Vorbehalten, die den Fortgang der positiven europäischen Entwicklung erschwerten und die Einberufung einer Europäischen Sicherheitskonferenz behinderten. Ihre Überlegung war, als zentralen Tagesordnungspunkt die Frage der Truppenreduktion zu behandeln, ohne zu den anderen Tagesordnungspunkten kollektiver Gewaltverzicht und multilaterale Zusammenarbeit eindeutig Stellung zu nehmen. Sie machte geltend, daß erst das Verhältnis der beiden deutschen Staaten zueinander geklärt sein müsse und danach verlangte sie, daß erst das Westberlin-Problem geregelt sein müsse, bevor mit der multilateralen Vorbereitung der Konferenz begonnen werden könne. Schließlich betonte sie wiederholt, daß diese Konferenz gut vorbereitet werden müsse, ohne aber zugleich auf Grund ihrer Einwände bereit zu sein, aktiv an einer multilateralen Vorbereitung teilzunehmen. Nun haben Bundeskanzler Brandt in einem Interview mit der sowjetischen Zeitschrift „Neue Zeit" (41/71) und Außenminister Scheel in einem Interview mit dem „Deutschen Allgemeinen Sonntagsblatt" (v. 17. 10. 1971) die Bereitschaft angedeutet, eine generell zustimmende Haltung zu den Vorschlägen der sozialistischen Länder und Finnlands zur Tagesordnung und zum Modus der Einberufung einzunehmen. Dies ist sicherlich bereits als Ergebnis der veränderten Situation in Europa einzuschätzen. Erste Schritte, die auf der Grundlage der Realitäten unternommen und international honoriert werden, müssen gerade eins nachdrücklich bewußt machen: heute haben Staaten nur durch eine Politik im Sinne der friedlichen Koexistenz und nicht mehr durch eine Politik der Stärke, des Hegemoniestrebens und der Rüstung eine Chance, international ihre Stimme zur Geltung zu bringen.

Außenminister Scheel spricht sich dafür aus, nach den zahlreichen bilateralen Kontakten jetzt zur „Multilateralisierung der Vorbereitung" überzugehen. „Dann müssen einmal alle an einer Stelle zusammen kommen, die daran interessiert

sind. Es gibt die Idee, in Helsinki damit zu beginnen und für Helsinki spricht einiges ... Nun wird man zunächst einmal auf der Ebene der in Helsinki vertretenen Missionschefs zusammenkommen und wird über den mehr technischen Teil einer solchen Konferenz sprechen."

Nach dem Angebot von Leonid Breschnew in Tiflis, Verhandlungen über die Frage der Truppenreduktion aufzunehmen und nachdem einige NATO-Mitgliedstaaten Brosio beauftragten, Sondierungsgespräche zu führen, ist auch dieses Problem im Rahmen der Vorbereitung der Europäischen Sicherheitskonferenz ausgeräumt. Selbstverständlich sind die Fragen der Rüstungsverminderung und Abrüstung von ihr nicht ausgeschlossen. Und es bietet sich auch die Möglichkeit, eigens auf dieser Konferenz ein Organ zu schaffen, das diese Fragen künftighin diskutieren und regeln kann. Aber die Kompliziertheit dieser Frage macht sie ungeeignet, auf einer solchen Konferenz zentral behandelt zu werden. Willy Brandt stellt dazu fest: „Die Fragen der Rüstungsbegrenzung und der Truppenreduktion — ohne Nachteil für die Beteiligten — sind wichtige Fragen, die auf einer Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa besprochen werden können ... Fragen der Truppenreduktion können auch vor einer solchen Konferenz bereits erörtert werden. Es handelt sich um sehr komplizierte Fragen, über die es keine Ergebnisse über Nacht geben kann." Ebenso auch Scheel: „... ich meine, daß der Komplex der Reduzierung von Truppen und Rüstung auch nie aus dem politischen Zusammenhang der Entspannung in Europa herausgerissen werden soll. Darüber hinaus gibt es aber noch das technische Problem der Reduzierung — und zwar der beiderseitigen ausgewogenen Reduzierung — von Truppen und Rüstungen in Europa. Die militärisch/technische Seite kann man auf einer solchen Riesenkonferenz nicht sinnvoll diskutieren."

Auch die sogenannten „querelles allemandes" sollen nicht länger den europäischen Entspannungsprozeß behindern. Scheel lehnt „einen zeitlichen Zusammenhang" zwischen der Einberufung einer Europäischen Sicherheitskonferenz und den Verhandlungen der beiden deutschen Staaten ab. Es handele sich hier vielmehr um „parallele Entwicklungen oder anders ausgedrückt, ich kann mit der Eröffnung einer Konferenz über europäische Sicherheitsfragen und der Zusammenarbeit nicht warten, bis wir so weit sind. Wir sollten auch nicht warten." Allerdings, obgleich die Westberlin-Frage jetzt durch die Vereinbarungen der vier Mächte prinzipiell aus den internationalen Streitfragen ausgeklammert ist, möchte Scheel nach wie vor die aktive Teilnahme der Bundesregierung an multilateralen Vorbesprechungen „abhängig machen von einer endgültigen Regelung zum Berlin-Problem". „Wenn Berlin geregelt ist, wird auch unmittelbar anschließend die multilaterale Vorbereitung begonnen." Was auch immer das Motiv hierzu sein mag, es gibt keinen hinreichenden Grund, die Methode der Parallelität, die Scheel bei den anderen Fragen nachdrücklich fordert, nicht auch auf diese Frage anzuwenden. Es ist nicht ersichtlich, was durch die Festlegung auf eine zeitlich so starre Abfolge der politischen Ereignisse erreicht werden soll. Bestimmt kein Klima des Vertrauens. Eine solche Politik impliziert vielmehr immer noch das alte Denken in machtpolitischen Kategorien. Da von allen Seiten bestätigt wird, daß die Europäische Sicherheitskonferenz stattfinden wird, und zwar im nächsten Jahr, warum dann diese Komplikationen, die weder einem selbst noch der Sache nützen und auch dann, wenn sie von keinen tragischen Auswirkungen sind, die laufenden Verhandlungen mit unnötiger Spannung belasten? Es ist gut, sich der Flexibilität des finnischen Memorandums vom 24. November 1970 zu erinnern, das zu multilateralen Vorbesprechungen nach Helsinki einlädt. „Im Laufe dieses Jahres hat die finnische Regierung Mittel und Wege geprüft, multilaterale Kon-

takte zusätzlich zu den bilateralen zu benutzen, um zu Fortschritten in Richtung auf ein gemeinsames Einvernehmen zu gelangen. Nach unserer Ansicht haben die Diskussionen bezüglich einer Konferenz über die europäische Sicherheit ein Stadium erreicht, in dem es angebracht erscheint, daß die interessierten Regierungen als Teil ihrer Bemühungen um die Förderung der europäischen Sicherheit die Chefs ihrer Missionen in Helsinki oder andere Vertreter anweisen, mit dem finnischen Außenministerium Konsultationen über das Arrangement einer Sicherheitskonferenz zu führen und dies — falls sie einverstanden sind — in multilateralen Zusammenkünften in Helsinki zu tun. Der Zweck dieser Konsultationen sollte sein, in unverbindlicher Form den Austausch relevanter Informationen zu intensivieren, die Teilnahme an diesen Konsultationen würde als solche keine Stellungnahme zu Fragen der Abhaltung der Konferenz über europäische Sicherheit darstellen. Diese Konsultationen könnten also den interessierten Regierungen ermöglichen, die notwendigen Informationen zu erlangen, die es ihnen gestatten, letzten Endes ihren Standpunkt zur Möglichkeit der Einberufung einer solchen Konferenz festzulegen."

Außenminister Scheel selbst verweist darauf, daß die Bundesregierung sich nicht festgelegt hat auf einen bestimmten Modus der Vorbereitung der Konferenz und ihres Ablaufs. So bleiben die Möglichkeiten eines echten Einvernehmens mit allen europäischen Staaten offen. Es würde erschwert, wenn ein Staat oder eine Militärkoalition mit bereits fixierten Vorstellungen in diesen multilateralen Informationsaustausch eintreten würde. Scheel fragt: „Wann kann sie stattfinden, muß man eine Vorkonferenz haben und eine Hauptkonferenz oder eine Vorkonferenz und eine Serie von Konferenzen, die sich daran anschließen. Auf welcher Ebene wird eine Vorkonferenz stattfinden können. Der Bundeskanzler hat in einem Gespräch mit Herrn Breschnew einmal für eine solche Vorkonferenz die Ebene der stellvertretenden Außenminister vorgesehen. Wer soll die Hauptkonferenz eröffnen, die Regierungschefs, die Außenminister? All diese Fragen werden zunächst besprochen werden müssen. Einer Vorkonferenz wird es dann überlassen bleiben, die politischen Inhalte zu diskutieren. Danach würde man dann langsam in eine Vorkonferenz bis zu einer eigentlichen Konferenz überleiten. Diese könnte sich ihrerseits wieder in Teilkonferenzen auflösen, um dann nachher wieder zusammengefaßt zu werden. Aber das ist dann eine spätere Sorge." Was also könnte es politisch schaden, wenn die Bundesregierung der finnischen Regierung eine positive Antwort gibt und sich zu einem multilateralen Gedankenaustausch in Helsinki bereit erklärt? Es geht zuerst einmal um Informationen über die Vorstellungen der anderen Länder, ohne sich in irgendeiner Weise schon politisch festlegen zu müssen. Und ein solcher Austausch von Meinungen kann politisch nur fruchtbar sein und zur Klärung offener Fragen beitragen.

II

Es ist nützlich, wenn sich jetzt in der Bundesrepublik die an der europäischen Sicherheit interessierten Kräfte aktiv in die öffentliche Diskussion einschalten und erörtern, aus welchen konkreten Elementen ein europäisches Sicherheitssystem bestehen muß, damit es den Interessen und Bedürfnissen der europäischen Völker gerecht wird. Dies heißt nicht, daß man über diese Diskussion die aktuellen politischen Fragen aus dem Blick verlieren muß: die Notwendigkeit einer schnellen Ratifizierung der Verträge von Moskau und Warschau, der Eintritt der beiden deutschen Staaten in die UNO und ihre Unterorganisationen, die multilaterale Vorbereitung der Konferenz und die Forcierung der Abrüstungsgespräche. Die Entwicklung aber auf unserem Kontinent, speziell in der Bundesrepublik, hat

einen Punkt erreicht, an dem sich die Frage nach der Perspektive und den konkreten politischen, sozialen, ökonomischen Ergebnissen einer europäischen Entspannung immer nachdrücklicher stellt. Außenminister Scheel hat in seinem Interview eine sehr interessante Bemerkung gemacht, die, falls man sie in ihrer Kürze richtig interpretiert, bislang nicht unbedingt Grundlage der Außenpolitik der Bundesregierung war. „Kooperation heißt nicht Annäherung der Systeme. Das ist ganz ausgeschlossen. Wenn ich mit Kooperation Annäherung der Systeme im Auge hätte, würde ich nach Lage der Dinge die Kooperation unmöglich machen." Dies in der Tat wäre eine fruchtbare Grundlage, auf der ein europäisches Sicherheitssystem aufbauen könnte: Die Anerkennung des territorialen und politischen Status quo, der Verzicht, sich in die inneren Angelegenheiten des anderen Systems einzumischen und auch darauf, Entspannungspolitik mit unter dem Blickwinkel zu sehen, wie durch sie der Status quo offengehalten und schließlich doch noch geändert werden kann. In seinem Interview hat Willy Brandt ansatzweise darauf verwiesen, welches die wesentliche Perspektive einer Entspannungspolitik in Europa sein muß. Es geht darum, „den Staaten und Völkern unseres Kontinents einen Frieden zu sichern, der nicht auf Angst und Abschreckung beruht". Dies nun impliziert Abrüstung, Auflösung der Militärblöcke ebenso wie eine Politik, die die bestehenden territorialen Verhältnisse garantiert.

Er spricht hier zugleich aus, was schon die Sozialistische Internationale in Helsinki zum Ausdruck brachte, daß nämlich die Frage der europäischen Sicherheit unmittelbar Angelegenheit auch der Völker ist. Allerdings scheint die Regierung konkret noch nicht bereit, sich in ihrer Außenpolitik auf die Aktivität der gesellschaftlichen Kräfte zu stützen. Aber auf welcher Grundlage sonst kann eine stabile Entspannungspolitik aufbauen, welches kann ihr innenpolitisches Fundament sein, welche Ideen und Vorstellungen sollen in einem europäischen Sicherheitssystem verwirklicht werden? Die chauvinistischen und nationalistischen Kräfte in der Bundesrepublik formieren sich immer nachdrücklicher in der CDU/CSU. Dies gilt auch, wenn sie dabei unterschiedliche Methoden, aggressive und flexible anwenden. Soll eine Gemeinsamkeit mit der Politik dieser Parteien, die das exakte Gegenteil von Entspannung wollen, eine Grundlage für die europäische Sicherheit sein? Sollen die Ideen und Interessen der Rüstungsindustrie Bausteine für das Sicherheitssystem werden oder aber sollen die Generäle, denen Entspannung berufsfremd ist, den Marschtritt bestimmen, in dem wir zum garantierten Frieden auf unserem Kontinent kommen?

III

Der Einfluß und die Teilnahme der gesellschaftlichen Kräfte an der Bestimmung der Politik sind im Laufe der Jahre immer größer geworden. Sie stellen heute einen qualitativ neuen Faktor im politischen Geschehen dar, dem jede Regierung Rechnung tragen muß. Sicherlich ist die öffentliche Meinung noch keineswegs überall dominierend, aber sie bildet doch allerorts das einzig tragfähige Fundament, auf das sich jede Regierung auf die Dauer nur stützen kann, will sie den neuen historischen Bedingungen für jede erfolgreiche Politik entsprechen. Das aktive Eingreifen weiter Kreise der Öffentlichkeit, von Vertretern unterschiedlicher politischer und sozialer Herkunft entscheidet über die Fragen von Krieg und Frieden, denn sie berühren ihre unmittelbaren Lebensinteressen. Ohne die Aktivität aller gesellschaftlichen Schichten, das heißt ohne innenpolitische Absicherung, bleibt jede Außenpolitik an die taktischen Überlegungen der Kräfte gebunden, die nicht unmittelbar an einer Entspannung interessiert sind. Nicht also das nachdrückliche Eingreifen der Bevölkerung in die Außenpolitik, sondern

ihr Fernbleiben schadet dieser. Ohne ihre Mitwirkung und ohne ihre Ideen steht sie auf äußerst labilen und zweispältigen Grundlagen. Dies muß insbesondere für die Bundesrepublik gelten, in der die über zwanzigjährige Politik des Kalten Krieges tiefe Spuren hinterlassen hat und in der vehementer denn je die nationalistischen Kräfte zum Generalangriff auf die Anerkennung der Grenzen, die Normalisierung der Beziehungen zu den sozialistischen Staaten und die Schaffung eines europäischen Sicherheitssystems antreten. Von ihnen sind ernste und gefährliche Hemmnisse auf dem Wege zur Abrüstung, zum Ausbau der sozialen Sicherheit und zum kollektiven Frieden mehr denn je zu erwarten. Der Friedensnobelpreis, den Bundeskanzler Brandt erhielt, impliziert nicht nur eine außenpolitische Erwartung, sondern zugleich auch eine innenpolitische: Entspannung nach außen erfordert eine radikale Absage an die Kräfte der Vergangenheit. Ihr Agieren und der Handlungsspielraum, der ihnen hierbei noch von der Regierung belassen wird, wird zunehmend nicht allein in der BRD, sondern auch im Osten wie Westen aufmerksam beobachtet und zum Maßstab der Beurteilung herangezogen, auf einer wie konsequenten Innenpolitik die Entspannung eigentlich aufbaut.

Es ist eine Verpflichtung der Kräfte der öffentlichen Meinung, die die Notwendigkeit erkannt haben, daß man bei der Lösung der gesamteuropäischen Probleme von den Prinzipien der friedlichen Koexistenz ausgehen und die friedliche Zusammenarbeit in Europa verwirklichen muß, daß sie aktiv in die politische Auseinandersetzung eingreifen und ihre Vorstellungen und Interessen als die einzig stabile Grundlage für jegliche Entspannungspolitik formulieren. Es gibt eine Reihe von Problemen, die ohne ihre intensive Teilnahme nicht zu lösen sind. Ein Klima der Verständigung und freundschaftlichen Beziehungen kann nur auf der Ebene der vielfältigen Kontakte zwischen den unterschiedlichen gesellschaftlichen und politischen Kräften aller Länder herbeigeführt werden. Dies gilt für die Politik gleichermaßen wie für Wissenschaft, Technik und Kultur. Die Verwirklichung der friedlichen und freundschaftlichen Zusammenarbeit in ganz Europa bedarf über die regierungsamtliche Ebene hinaus der politischen Verständigung der gesellschaftlichen Kräfte. In diesem Sinne haben repräsentative Vertreter der Politik und der öffentlichen Meinung in Belgien eine Initiative ergriffen und Beratungen durchgeführt, wie man unter den neuen, günstigen Bedingungen in Europa eine Konferenz der europäischen Öffentlichkeit einberufen kann, auf der die verschiedenen Impulse und Ideen dazu, wie die friedliche Koexistenz auf unserem Kontinent verwirklicht werden kann, zusammengeführt werden. Es wird sich um keine alltägliche Konferenz handeln, sondern um einen bisher einzigartigen Versuch, verschiedene Anschauungen und Auffassungen bei Respektierung grundsätzlicher Unterschiede zu erörtern. Der offene Charakter, in dem diese Initiative entwickelt wird, erlaubt es allen politischen und sozialen Kräften in Europa, an der Vorbereitung dieser Konferenz teilzunehmen und in sie die eigenen Überlegungen einzubringen. Es geht um den Nachweis, daß bei offener Diskussion der europäischen Probleme ein Sicherheitssystem trotz unterschiedlicher ideologischer Auffassungen verwirklicht werden kann und daß sich in Europa die Kräfte konsolidieren, die es tragen können.

SPD und Bundeswehr

Von Martin Kempe

Zwei Jahre Regierungspolitik der SPD/FDP-Regierung und ihres Bundeswehrministers Helmut Schmidt haben gezeigt, daß die Bevölkerung von dieser Regierung keineswegs die Erfüllung jener Hoffnungen erwarten kann, die vielfach bei ihrem Amtsantritt artikuliert worden sind. Weder sind die Sozialleistungen wesentlich verbessert worden, noch konnte das Versprechen von „mehr Demokratie" auch nur in Ansätzen konkretisiert werden.

Auf dem Gebiet der Militärpolitik zeigt sich besonders deutlich die Richtung der politischen Arbeit der neuen Regierung: nicht „mehr Demokratie", sondern mehr Effektivität im Interesse einer reibungsloseren Herrschaft des Großkapitals, welches in zunehmendem Maße mit seinen inneren Widersprüchen konfrontiert wird. So ist beispielsweise nicht versucht worden, den Einfluß der Militärs und ihrer zivilen Verbündeten zurückzudrängen, sondern Schmidt richtete eine regelmäßig tagende Gesprächsrunde von Militärs, Ministerialbürokraten und Rüstungsbossen ein, um deren Zusammenarbeit besser koordinieren zu können. Und mit dem jetzigen Staatssekretär und früheren Thyssenmanager Mommsen, der bei den Nazis auch schon im Rüstungsministerium beschäftigt war, holte sich Schmidt die Rüstungsindustrie sogar direkt ins Haus. Schmidt unternahm auch nichts gegen die Verantwortlichen der Schnez-Studie und der Denkschrift der Hauptleute von Unna, und Bundeskanzler Brandt machte sich schließlich zum Sprecher der Militärs, als er die Ministerpräsidenten der Länder in einem Brief aufforderte, dafür zu sorgen, daß die „Notwendigkeit und Probleme der Landesverteidigung" stärker im Unterricht behandelt werden [1]). Es ist an der Zeit, die Kontinuität und Tradition dieser Politik der SPD darzustellen, die ein Aspekt ihrer seit langem erreichten Identifikation mit dem kapitalistischen Gesellschaftssystem der Bundesrepublik ist und deshalb auch im Zusammenhang damit gesehen werden muß.

I. Die Anpassung der SPD an die Militärs

Nachdem es dem westdeutschen Großkapital gelungen war, mit Hilfe der Westmächte und der bürgerlichen Parteien ihre Herrschaft über die Katastrophe des Faschismus und Kriegsendes hinweg zu behaupten, wurden schon bald nach dem Kriege die ersten Stimmen laut, sich nun auch wieder — im Bündnis mit den westlichen Alliierten — eine Armee zuzulegen. Dies entsprach sowohl den Interessen der kapitalistischen Großmächte, die das Potential an Menschen und ökonomischen Kapazitäten Westdeutschlands dem Kampf gegen den sich ausbreitenden sozialistischen Block eingliedern wollten, als auch dem Interesse des westdeutschen Großkapitals, das seine Herrschaft im antikommunistischen Kampf und im militärischen Bündnis mit den anderen kapitalistischen Mächten abzusichern trachtete. Dieses Interesse war eindeutig stärker als gewisse ökonomische Hemmnisse gegen eine schnelle und erhebliche Aufrüstung, die von einzelnen Sprechern der Wirtschaft hervorgehoben wurden [2]). Die in Form der CDU/

[1]) Vgl. Brief Brandts an die Ministerpräsidentenkonferenz der Länder vom 19. November 1970, auszugsweise abgedruckt in: Haug/Maessen (Hrsg.), Kriegsdienstverweigerer: Gegen die Militarisierung der Gesellschaft, Frankfurt/M. 1971, S. 165.

[2]) Vgl. dazu besonders Brandt, Gerhard, Rüstung und Wirtschaft in der Bundesrepublik, in: Picht, Georg (Hrsg.), Studien zur politischen und gesellschaftlichen Situation der Bundeswehr, Witten/Berlin 1965 u. 66. Brandt ist der Ansicht, daß die deutsche Wirtschaft zu Anfang der 50er Jahre gegen die Aufrüstung gewesen sei.

CSU und ihrer bürgerlichen Anhängsel wieder zur politischen Macht gelangte herrschende Klasse in Westdeutschland schuf sich also mit der Bundeswehr ein Machtinstrument, um es in den Dienst der Zurückdrängung des sozialistischen Einflusses in Europa zu stellen.

Das Verhältnis der Bundeswehr zu den politischen Parteien richtete sich bei ihrer Gründung danach, inwieweit diese dem antikommunistischen und antisozialistischen Weltbild entsprachen, unter dem die Soldaten angetreten waren; inwieweit sie bereit waren, sich aktiv am Kalten Krieg zu beteiligen. Die Bundeswehr fand in den antikommunistischen, antisozialistischen bürgerlichen Parteien, die die Regierung stellten und denen sie ihre Existenz zu verdanken hatte, über Jahre hinaus ihre natürlichen Verbündeten. Sie verstand sich als der militärische Garant des herrschenden Wirtschaftssystems, was allerdings bei vielen Soldaten eingehüllt war in die allgemeine Ideologie der „Freiheitsideale" der „westlichen Demokratie". Einer der im Verhältnis zu den anderen Militärs Fortschrittlichsten, Wolf Graf Baudissin, schrieb im Februar 1955: „Der deutsche Soldat muß sich dessen bewußt sein, daß er nicht nur das eine oder andere politische System verteidigt, sondern eine Lebensform" — womit er dem deutschen Soldaten gleich zu Anfang wieder so etwas wie eine höhere Mission mitgab [3]).

1) SPD-Wehrpolitik bis Godesberg

Die Weigerung der SPD, der Wiederaufrüstung zuzustimmen, ist keineswegs das Ergebnis einer nach innen gerichteten sozialistischen Zielsetzung gewesen, wie sie die Partei ja noch auf dem Parteitag 1956 verbal vertrat: Sie bezeichnete sich als „Sachwalter des arbeitenden Volkes" und forderte eine „Neuordnung der Wirtschaft auf sozialistischer Grundlage" [4]). Die entscheidende Frage für die Sozialdemokraten war vielmehr, „ob wir unsere militärische Sicherheit solange den ehemaligen Siegermächten anvertrauen sollten, bis das ganze Deutschland seine Geschicke wieder als souveräner Staat in die Hand nehmen könne, oder ob die Bundesrepublik Deutschland die drei westlichen Schutzmächte bei der militärischen Sicherung Europas aus eigener Kraft unterstützen sollte, bevor die vier Mächte ihre in Potsdam übernommene Verpflichtung zur Schaffung eines demokratischen deutschen Gesamtstaates erfüllt hatten" [5]). Das Motiv für die Ablehnung der Wiederaufrüstung der Bundesrepublik war also ein nationalstaatliches.

Die nur situationsbedingte Ablehnung eines „Wehrbeitrages" der kapitalistisch restaurierten Bundesrepublik ermöglichte den Wehrexperten der SPD um Erler und Schmidt, die ohnehin sich nur zögernd der ablehnenden Haltung der Fraktion und der Gesamtpartei gebeugt hatten, eine aktive und gestaltende Mitwirkung an der Wehrgesetzgebung, welche die innere Verfassung der Bundeswehr und ihre Einordnung in Staat und Gesellschaft regeln sollte. Besonders Erler arbeitete in dieser Zeit eng mit einigen reformerischen Offizieren im damaligen Amt Blank und auch Abgeordneten der Regierungsparteien zusammen, um ein Wiederentstehen preußischen Drills und Seecktschen Eigenständigkeitsstrebens in der neuen Armee zu verhindern. Auf diese Weise entstand das Baudissinsche Konzept der Inneren Führung und eine Gesetzgebung zur politischen Kontrolle und Einordnung der Armee, die den Bedingungen bürgerlich-liberaler Demokratie angepaßt war [6]).

3) Baudissin, Wolf Graf v., Die neue deutsche Bundeswehr, Artikel in Foreign Affairs, Oktober 1955, abgedr. in: Baudissin, Soldat für den Frieden, Entwürfe für eine zeitgemäße Bundeswehr, München 1969, S. 159.
4) Flechtheim, Ossip K. (Hrsg.), Dokumente zur parteipolitischen Entwicklung in Deutschland seit 1945, 8 Bde., 1962 ff., 3. Bd. S. 146 f.
5) Erler, Fritz, Opposition und Wehrbeitrag, in: Raven, Wolfram v. (Hrsg.), Armee gegen den Krieg, Wert und Wirkung der Bundeswehr, Stuttgart 1966, S. 81.
6) Der Antikommunismus gehörte von Anbeginn an auch bei den „Reformern" zu den Grundlagen ihrer Konzep-

Mag schon ein Widerspruch bestanden haben zwischen der sozialistischen Programmatik der SPD einerseits und ihrer tatsächlichen Mitwirkung am Wiederaufbau einer bewaffneten Macht für den bürgerlich-kapitalistischen Staat andererseits, so brachten die Jahre 1957/58 eine erhebliche Verschärfung dieses Widerspruchs. Noch 1956 hatte Erler in der Fraktion durchgesetzt, daß die SPD nicht aus prinzipiellen Gründen gegen das Wehrpflichtgesetz stimmte, sondern weil ein Berufsheer sinnvoller sei. Im September 1956 erhoben die SPD-Wehrexperten sogar die Forderung nach einem Generalstabschef für die Bundeswehr, um eine „klare" Regelung für die Spitzengliederung der neuen Streitkräfte zu erreichen [7]). Und Anfang 1957 ließen die sozialdemokratischen Wehrexperten in der Bundestagsfraktion verlauten, sie stimmten der Errichtung eines Führungsstabes der Bundeswehr unter dem Vorsitz eines Generalinspekteurs zu, weil dies in etwa den früheren Vorschlägen der SPD zur Spitzengliederung der Bundeswehr entspreche [8]).

Diese ausgesprochen wehrfreudige Politik der SPD-Bundestagsfraktion fand in den unteren Gliederungen der Partei kaum Resonanz. Die Stimmung dort blieb vorwiegend antimilitaristisch und pazifistisch, was Erler noch 1966 um der „gerechte(n) Beurteilung" willen die entschuldigende Bemerkung abnötigte, „daß jene pazifistische, gegen jede Remilitarisierung gerichtete Grundstimmung nicht nur bei den Sozialdemokraten vorhanden war" [9]). Diese Grundstimmung prägte auch die Wahlkampagne der SPD zur Bundestagswahl 1957 in sehr starkem Maße, wodurch die Beziehungen zwischen der Bundeswehr und der SPD bis aufs äußerste gespannt wurden. Ein Wahlsieg der SPD, den allerdings niemand erwartete, hätte zweifellos schwere innere Krisen zwischen einer eventuellen SPD-Regierung und der militärischen Führungsspitze zur Folge gehabt.

Bald nach der Wahlniederlage 1957 jedoch begann die SPD von ihren bisherigen Wahlkampf-Positionen sowohl in der Gesellschaftspolitik wie auch in der Wehrfrage abzurücken. Die Kampagne „Kampf gegen den Atomtod" wurde im Frühjahr 1958 zwar noch begonnen, aber halbherzig — eher zum Zwecke der Kanalisierung als zur Mobilisierung der Opposition gegen die atomare Aufrüstung der Bundesrepublik, bis man sie schließlich völlig links liegen ließ [10]). Schon im Mai auf dem Parteitag in Stuttgart verzichtete die SPD dann auch in ihren Entschließungen auf die Forderung nach einer sozialistischen Wirtschaftsordnung, und Erler setzte bei den Delegierten einen Beschluß durch, der ein grundsätzliches Einverständnis mit der Wiederbewaffnung enthielt — allerdings mit der absurden Einschränkung, daß sie der Wiedervereinigung nicht widersprechen dürfe.

Im Oktober 1958 beschloß die SPD-Fraktion des Bundestages, sich wieder um Kontakte zur Bundeswehr zu bemühen, um eine allzu einseitige Orientierung der Armee auf die CDU/CSU zu verhindern. Man beschloß, daß sich Sozialdemokraten freiwillig zum Dienst in der Bundeswehr melden sollten, und war sich darin einig, sich um eine positivere Haltung der Gewerkschaften zur Wieder-

tion von der Inneren Führung, die damit folglich in Widerspruch kommen mußte zu ihren aufklärerischen Elementen. Zur Illustration eine Passage aus dem bereits zitierten Aufsatz Baudissins, S. 150: „Die Bedrohung der Menschheit durch ein Lebensprinzip, das alle personalen Werte leugnet und vom einzelnen bedingungslose Unterwerfung fordert, ist zu einer Auseinandersetzung ohne Raum oder Zeit geworden, die den einzelnen zur Entscheidung fordert und in der geistigen Neutralität bereits zur Unterstützung der Gegenseite wird. Der Feind richtet seinen Angriff auf den einzelnen. Mit meisterhafter Beherrschung der Propaganda, im Spiel aller Register von der frechen Drohung bis zur einschläfernden Beruhigung, von der sozialen Zersetzung bis zum Appell an das Nationalgefühl, durch Verkehrung aller Begriffe versucht er den einzelnen in die Unterwerfung zu zwingen, lange bevor er daran denkt, Gewalt anzuwenden."

7) Vgl. „Süddeutsche Zeitung", 19. 9. 1956.

8) Vgl. „Frankfurter Allgemeine Zeitung", 14. 2. 1957.

9) Erler, Opposition, a.a.O., S. 95.

10) Vgl. dazu Rupp, Hans Karl, Außerparlamentarische Opposition in der Ära Adenauer. Der Kampf gegen die Atombewaffnung in den fünfziger Jahren, Köln 1970, S. 213 ff.

bewaffnung zu bemühen. Dieser Fraktionsbeschluß zeigte die konkrete Bereitschaft der Führungsspitze der Partei an, aktiv am Aufbau der Bundeswehr teilzunehmen, einer Armee, die man ohnehin nie aus gesellschaftspolitischen Gründen abgelehnt hatte, sondern auf Grund einer außenpolitischen Konzeption zur Wiedervereinigung Deutschlands, die nach Abschluß der Pariser Verträge keinerlei Realitätsgehalt mehr besaß.

Die Verabschiedung des Godesberger Programms bedeutete für die Partei nun auch programmatisch die Aufgabe der fundamentalen Opposition gegen das wiedererstandene monopolkapitalistische System in der Bundesrepublik und damit auch das Einverständnis mit den gegebenen gesellschaftlichen Machtverhältnissen. Der Beschluß zur Landesverteidigung spiegelte dies neue Selbstverständnis der Sozialdemokratie deutlich wider: „Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands bekennt sich zur Verteidigung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Sie bejaht die Landesverteidigung ... Die Streitkräfte müssen der politischen Führung durch die Regierung und der Kontrolle durch das Parlament unterworfen sein" [11]).

Mit der Wandlung der SPD von der (dem Anspruch nach) sozialistischen zur offen reformkapitalistischen Partei — und der sich daraus zwangsläufig ergebenden Befürwortung des Wehrbeitrages der Bundesrepublik im Rahmen des antikommunistischen westlichen Bündnisses — hatte sie nicht nur ihren Frieden mit dem gesellschaftlichen System der Bundesrepublik geschlossen, sondern auch mit dessen Verteidigern, den Soldaten der Bundeswehr. Die Wehrexperten und Wehrideologen der SPD bestimmten von nun an den Kurs der Gesamtpartei gegenüber der Bundeswehr. Die Beschlüsse von Godesberg sind also als Wendepunkt für die Beziehungen zwischen der Bundeswehr und der SPD anzusehen, weil erst sie die Voraussetzungen dazu schufen, daß Militärs und SPD zueinander in ein nichtfeindliches Verhältnis kommen konnten.

2) Die CDU-Armee

Die Schwenkung der SPD hatte keineswegs zur Folge, daß sich das Verhältnis zwischen ihr, den Militärs und Berufssoldaten bald entspannte. Strauß hatte als Verteidigungsminister seit 1957 planmäßig dafür gesorgt, daß die Loyalität der Militärs allemal zunächst den Unionsparteien gehörte. Zu Beginn des Aufbaus der Bundeswehr war die Schulung der Soldaten unter dem Druck einer aufrüstungsfeindlichen Öffentlichkeit weitgehend an dem von einigen weniger traditionalistisch denkenden Offizieren entworfenen Idealbild des „Staatsbürgers in Uniform" orientiert. Das änderte sich mit der Übernahme des Verteidigungsministeriums durch Strauß. Von nun an trat an die Stelle eines langfristigen, am Ideal der bürgerlich-liberalen Demokratie orientierten Erziehungsdenkens (das natürlich streng antikommunistisch ausgerichtet war [12]), aber immerhin abstrakt den aufgeklärten, mündigen und toleranten Staatsbürger zum Ziel hatte) eine Strategie der psychologischen Rüstung, die einzig und allein aus antikommunistischer Indoktrination bestand [13]).

Der Antikommunismus wurde zur entscheidenden Triebkraft, mit dessen Hilfe die politische und militärische Führungsspitze die Wiedererweckung der alten, obrigkeitsstaatlichen Traditionen des deutschen Soldatentums betrieben. Alle die Gruppen oder Parteien, die diese Entwicklung nicht befürworteten oder gar die Aufrüstung gänzlich ablehnten, wurden von dieser politisch-militärischen

11) Godesberger Programm, in: Flechtheim, Dokumente Bd. III, S. 213.
12) Vgl. Anm. 6.
13) Vgl. dazu Grimm, Siegfried, Die ‚geistige Rüstung' des deutschen Soldaten — Untersuchungen zum Konzept staatsbürgerlichen Unterrichts in der Bundeswehr, Diss. Marburg/Lahn 1970, masch.geschr. Manuskript, S. 109 ff.

Führungsclique als Helfershelfer des Kommunismus diffamiert — so auch die damalige Oppositionspartei SPD, um ganz zu schweigen von sozialistischen Parteien und Gruppen, die damit für die Bundeswehr zum eigentlichen inneren Gegner wurden.

Ihre obrigkeitsorientierte, zum Teil geradezu vorinustrielle Ideologie und Mentalität führte jedoch nicht unbedingt zu sozialer Desintegration der Militärs, weil es ein erhebliches Maß an Übereinstimmung in ähnlichen Denkkategorien in der Zivilgesellschaft gab und gibt — politisch vorwiegend gebündelt in den konservativen Parteien, insbesondere der damals regierenden CDU/CSU. Im allgemeinen erleichtert ihr Selbstverständnis als gesellschaftsbewahrende, über den Parteien stehende Kraft den Militärs die Aufrechterhaltung einer offiziellen Parteineutralität, aber nur solange, wie sich die Parteien dem konservativen Weltbild der Militärs nicht entgegenstellen, sondern sich ihm unterordnen. Dies war in den Anfangsjahren der Bundeswehr bei der SPD nicht der Fall, und selbst in der Zeit nach der Verabschiedung des Godesberger Programms blieb die ideologische Distanz und politische Feindschaft der Militärs zur SPD unvermindert groß und die Verbindung mit der CDU unvermindert eng.

Für die ersten Jahre kann man zu Recht von einer Identifikation der Militärs mit der CDU/CSU und einigen ihrer Vertreter sprechen. Diese haben das auch nach Kräften gefördert durch ein propagandistisches Eingehen auf die soldatische Ideologie und eine massiv parteiorientierte Personalpolitik. Einer der wichtigsten Förderer des Reideologisierungsprozesses der Bundeswehr war der frühere Leiter der Personalabteilung und spätere Staatssekretär im Verteidigungsministerium Karl Gumbel. Er beförderte die konservativen Offiziere in die entscheidenden Stellen und schob die „Reformer", soweit sie nicht resignierten, auf NATO-Posten im Ausland ab. Die wichtige Stelle des stellvertretenden Personalchefs im Ministerium, die nach der damaligen Regelung einem Soldaten zustand, besetzte Gumbel mit dem früheren CDU-Landrat Brigadegeneral Karl-Theodor Molinari, der nach dem Krieg unter der Beschuldigung, an Partisanenerschießungen in Frankreich beteiligt gewesen zu sein, in Abwesenheit zum Tode verurteilt worden ist [14]). Der Nachfolger des Generals Heusinger als Generalinspekteur, der extrem konservative General Foertsch, wurde ernannt, obwohl die Sowjetunion in einer Note darauf hingewiesen hatte, daß Foertsch von einem sowjetischen Militärgericht zu 25 Jahren Arbeitslager wegen Kriegsverbrechen verurteilt worden war und der Bundesregierung 1955 ausdrücklich als „Nichtamnestierter" übergeben wurde. Auch der Nachfolger Foertschs, General Trettner, gehörte der konservativen Richtung an.

Eine Untersuchung von Eric Waldmann [15]) über die Parteipräferenzen der Bundeswehrsoldaten in den Jahren 1961/62 bestätigt die fast totale Fixierung auf die regierende CDU/CSU bei den Längerdienenden. Auf die Frage, welches Parteiprogramm ihren Ansichten am nächsten komme, gaben 74,6 % der Offiziere die CDU/CSU an. 11,5 % waren für den damals ebenfalls noch eindeutig konservativen Koalitionspartner FDP und nur eine verschwindende Minderheit von 4,8 % befürwortete das Programm der SPD. Man muß dabei berücksichtigen, daß diese Befragung schon rund zwei Jahre nach Verabschiedung des Godesberger Programms stattgefunden hat. Bei den Offiziersanwärtern und den Unteroffizieren lag der CDU/CSU-Anteil ähnlich hoch wie bei den Offizieren, lediglich die Verteilung zwischen FDP und SPD verschob sich hier geringfügig zugunsten der SPD [16]).

14) Vgl. „Der Spiegel", Nr. 31, 27. 7. 1971.
15) Waldmann, Eric, Soldat im Staat. Der Staatsbürger in Uniform. Vorstellungen und Wirklichkeit, Boppard am Rhein 1963.
16) Genaue Prozentzahlen in Waldmann, a.a.O., S. 234 ff.

Strauß versuchte erst gar nicht, die CDU/CSU-Fixierung der Militärs in Abrede zu stellen, die er schließlich während seiner Zeit als Minister zielbewußt herbeigeführt hatte. Er brachte immer wieder das scheinheilige Argument vor, man könne es der Bundeswehr ja nicht verwehren, sich mit dem Verteidigungskonzept der Bundesregierung zu identifizieren [17]). Die „Bundeswehr-Korrespondenz", ein Sprachrohr der militärischen Führungsspitze, pflichtete dem — scheinbar naiv — bei: „Es gibt sachliche Einsichten des Soldaten wie z. B. die Notwendigkeit der Wehrpflicht oder die Notwendigkeit einer bestimmten Bewaffnung. Wenn sich diese Einsichten zufällig mit der Position der Regierungsparteien decken, soll der Soldat dann verpflichtet sein, ‚keine Meinung zu haben', um zu verhindern, daß er als CDU-Anhänger abgestempelt wird?" [18])

Strauß sah denn auch den einzigen Ausweg aus diesem Dilemma in der Aufhebung der Parteiengegensätze in der Wehrpolitik, was im Klartext eine Aufforderung an die SPD zur Anpassung an die Wehrpolitik der CDU/CSU war [19]). Solange die SPD diese Anpassung nicht vollzogen hatte, konnten die CDU/CSU und Strauß sich der Loyalität der Bundeswehr völlig sicher sein, und zwar weit über die Achtung des verfassungsmäßig gebotenen Primats der Politik hinaus. So antwortete z. B. der Generalinspekteur Foertsch auf dem Höhepunkt der Fibag-Bestechungsaffäre auf die Frage von Strauß, ob die Bundeswehr ihrem Oberbefehlshaber noch vertraue, mit einer Ergebenheitsadresse: „Die Bundeswehr stellt sich in voller Loyalität hinter Sie" [20]).

Noch im August 1960 schaltete sich die Führungsspitze der Bundeswehr auf Geheiß ihres Ministers aktiv in die propagandistische Bekämpfung der SPD ein, als sie die Generalsdenkschrift „Voraussetzungen einer wirksamen Verteidigung" veröffentlichte. In dieser Denkschrift wurden gerade jene beiden Punkte, die damals durch die SPD noch abgelehnt wurden, nämlich die allgemeine Wehrpflicht und die atomare Bewaffnung der Bundeswehr, aufgegriffen und ihre eherne Notwendigkeit dargestellt: „Das Ja zur Landesverteidigung erzwingt das uneingeschränkte Ja zur allgemeinen Wehrpflicht." Und: „Wer eine wirksame Verteidigung will, kann sich der Notwendigkeit einer Aufrüstung der Schildstreitkräfte mit atomaren Waffen nicht verschließen" [21]).

Selbst als Strauß im Verlauf der Spiegel-Affäre zum Rücktritt gezwungen wurde, verabschiedeten die Militärs den scheidenden Minister demonstrativ mit einer Parade am 12. Dezember 1962 auf dem Flughafen Köln-Wahn [22]).

3) Von der Anpassung bis zur Zusammenarbeit

Nach Godesberg wurde allgemeinpolitisch und wehrpolitisch der Anpassungskurs der SPD konsequent fortgesetzt. Im Rahmen ihres allgemeinen Konzepts, sich immer stärker als unverzichtbarer Stützpfeiler der „freiheitlich-demokratischen Grundordnung" des CDU-Staates zu erweisen und anzubieten, verfolgte die Partei hinsichtlich ihres Verhältnisses zur Bundeswehr die Linie, daß es nicht nur genüge, die Wiederbewaffnung im Grundsatz zu billigen, sondern auch jede kritische Opposition zu unterlassen und sich für die Militärs als der bessere Verfechter ihrer Interessen zu erweisen.

17) Vgl. Grimm, Geistige Rüstung, a.a.O., S. 126.
18) Bundeswehr-Korrespondenz, Bonn, Nr. 88, 3. 11. 1959.
19) Vgl. Grimm, Geistige Rüstung, a.a.O., S. 126.
20) Vgl. „Der Spiegel", 10. 10. 1961.
21) Voraussetzungen einer wirksamen Verteidigung. Denkschrift der Führungsspitze der Bundeswehr, Bonn 1960, S. 4 u. 7.
22) Vgl. dazu Borries, Achim v., Um den Primat der Politik, in: „Blätter für deutsche und internationale Politik", Köln, Nr. 1/1963, S. 15.

Ab etwa 1960 begann die Partei sich intensiv in ihren Gliederungen mit der Bundeswehr und der Wehrpolitik zu befassen. Wehrpolitische Informationstagungen wurden abgehalten und Soldaten dazu eingeladen. Diese Bemühungen wurden schließlich so forciert, daß sie die Aktivitäten der anderen Parteien weit in den Schatten stellten. Der wichtigste Wortführer für die SPD-Wehrpolitik war in dieser Zeit Fritz Erler, der es auch unternahm, den Soldaten und der Bevölkerung die Motive der bisherigen SPD-Wehrpolitik zu verdeutlichen, wobei er besonders gern auf die „nationale Haltung" früherer sozialdemokratischer Führungspersönlichkeiten hinwies [23]). Gleichzeitig mit der Kritik an einer allzu einseitigen parteipolitischen Beeinflussung der Bundeswehr durch die CDU/CSU [24]) verzichteten die SPD, bzw. ihre militärpolitischen Sprecher, auf nahezu jede Kritik an der Bundeswehr selbst. Selbst bei der Veröffentlichung der Generalsdenkschrift griff man in einem Präsidiumsbeschluß nicht das Verhalten der Generale an, sondern „den gesetzwidrigen politischen Mißbrauch der Soldaten durch Verteidigungsminister Strauß ..." [25]), anstatt klar zu erkennen, daß Strauß und die Generale hier eindeutig aus einem Konsensus heraus gehandelt haben.

Aber die SPD ging sogar noch einen Schritt weiter — sie kam den Forderungen der Generalsdenkschrift nach. Schon auf dem Parteitag in Hannover im November 1960 gab sie ihr Berufsheerkonzept zugunsten der allgemeinen Wehrpflicht auf — wie es die Generale von ihr gefordert hatten. Konsequent stimmte sie dann auch bei der ersten Lesung des Gesetzes zur Änderung des Wehrpflichtigengesetzes im Januar 1962 einer Verlängerung des Wehrdienstes von 12 auf 18 Monate zu [26]).

Mochte diese Änderung der SPD-Politik vielleicht noch in der Konsequenz ihrer grundsätzlichen Zustimmung zur Wiederaufrüstung und Eingliederung der Bundesrepublik in den NATO-Pakt liegen, so kann das sicher nicht mehr von ihrer Schwenkung in der Frage der atomaren Bewaffnung der Bundeswehr und der Beteiligung an der atomaren Verfügungsgewalt gesagt werden. Anfang 1963 kündigte sich aber in einer Rede Erlers auch hier eine Wendung an, als er zur Ausrüstung der Bundeswehr mit atomaren Trägerwaffen ausführte: „Verbände, die gleiche Aufgaben zu erfüllen haben, müssen auch gleichartig bewaffnet sein" — egal, ob es sich um deutsche oder amerikanische Verbände handele [27]). Nach dem Karlsruher Parteitag sprachen sich Erler und Schmidt offen für eine deutsche Beteiligung an der Verfügungsgewalt über das amerikanische Atompotential aus [28]).

Bestandteil der Anpassungspolitik der SPD und ihrer Wehrexperten an die herrschende CDU-Politik war auch ihr schwindendes Engagement für die Innere Führung, die einmal unter ihrer Mithilfe konzipiert worden war, und eine Tendenz, der reaktionären Ideologisierung der Bundeswehr dadurch Rechnung zu tragen, daß man sich ihr in öffentlichen Äußerungen anschloß. So glaubte Erler die Soldaten vor der „Greuelliteratur im Sinne eines 08/15-Romans" warnen zu müssen [29]). Helmut Schmidt stimmte in seinem Buch „Strategie des Gleich-

23) Vgl. Erler, Opposition, a.a.O., S. 78.
24) Z. B. Erler, Fritz, Ein Volk sucht seine Sicherheit. Bemerkungen zur deutschen Sicherheitspolitik, Frankfurt/M. 1961, S. 56: „Die Armee gehört dem ganzen Volke und nicht nur einem Teile".
25) Jahrbuch der SPD 1960/61, hrsg. vom Vorstand der SPD, Hannover/Bonn, S. 453.
26) Vgl. Erler, Fritz, Bereit zur Verantwortung für das Ganze. Rede im Bundestag bei der ersten Lesung der Novelle zum Wehrpflichtgesetz, Januar 1962, abgedr. in: Flechtheim, Dokumente Bd. III, a.a.O., S. 274 f.
27) Rede von Fritz Erler am 23. 1. 1963, Auszug in: Bauer, Karl, Deutsche Verteidigungspolitik 1947—1967, Dokumente und Kommentare, Boppard am Rhein 1968, S. 213.
28) Vgl. Schmidt, Helmut, in einem Inteview, abgedr. in Bauer, Verteidigungspolitik, a.a.O., S. 54; Erler, Fritz, Demokratie in Deutschland, Stuttgart-Degerloch 1965, Vorlesungsreihe an der Harvard-Universität, S. 120 und 125.
29) Vgl. Henze, Ludwig, Der lebendige Leichnam. Zur Diagnose des Militarismus, in: „Blätter", a.a.O., 3/1965, S. 284.

gewichts" dem autoritären Staatsideal der Militärs zu: „Für die breiten Massen der Bürger bleibt auch in der industriellen Massengesellschaft die Notwendigkeit zur Identifikation mit der Gemeinschaft in Staat und Nation", wobei er davor warnte, „das Nationalbewußtsein auf den Geltungsbereich des Grundgesetzes reduzieren zu wollen" [30]). So ist es nicht mehr erstaunlich, wenn der „Vorwärts" den Journalisten Adelbert Weinstein, wahrhaftig kein übermäßig Progressiver, kritisierte, weil dieser anläßlich des Truppenfahnenerlasses die Fahne als „funktionsloses Tuch" bezeichnet hatte [31]).

In den Beschlüssen des Karlsruher Parteitages wurde die Anpassung der SPD-Wehrpolitik an die Vorstellungen der CDU/CSU und darüber hinaus an die der führenden Militärs sanktioniert und die Grundlage für die Politik der darauffolgenden Jahre gelegt. Neben den Passagen zur Inneren Führung und zur atomaren Mitbestimmung, die keine wesentlichen Abweichungen gegenüber den Äußerungen Schmidts und Erlers aus der Zeit vor dem Parteitag enthalten, wurden in Karlsruhe Beschlüsse zur Spitzengliederung der Streitkräfte gefaßt, die für das zukünftige Verhältnis zwischen der Partei und der Bundeswehr eine wesentliche Rolle gespielt haben.

Schon vorher hatte Schmidt für eine allgemeine Kompetenzstraffung und Kompetenzerweiterung zugunsten der Militärs im Ministerium plädiert. In diesen mit dem Problem des „civil control" engstens verbundenen Fragen kamen die Karlsruher Beschlüsse den Militärs soweit entgegen, wie es selbst die CDU zur damaligen Zeit noch nicht tat. Das Ministerium sollte in vier Abteilungen gegliedert werden, eine davon sollte einen Bundeswehrführungsstab bilden [32]). Dieser Führungsstab, nach Ansicht vieler Kritiker eine Neuauflage des alten Generalstabs der Wehrmacht [33]), sollte — anders als zu Zeiten der Weimarer Republik — im Ministerium verbleiben und damit der ministeriellen Kontrolle unterliegen.

Nach Karlsruhe kann festgestellt werden, daß es nur noch minimale verteidigungspolitische Differenzen zwischen den Militärs und der SPD gab. Das hatte zur Folge, daß die parlamentarische Kontrolle durch die Oppositionspartei SPD faktisch aufgehoben war.

Die Aufhebung der parlamentarischen Kontrolle durch die SPD zeigte sich an vielen Beispielen. Sowohl nach dem Bekanntwerden der Nagold-Affaire, in der 1963 Fälle von extremer Schikane gegenüber Wehrpflichtigen an die Öffentlichkeit kamen, als auch nach der Enthüllung der Atomminenpläne der militärischen Führung begnügte sich die SPD mit einfachen Erklärungen bzw. Dementis des Ministeriums, daß die Grundsätze der Inneren Führung noch gültig seien und Atomminenpläne nicht existierten [34]). Noch deutlicher zeigte sich die verhängnisvolle Politik der SPD während der Heye-Affäre, als sie es nicht nur unterließ, die Kritik Heyes inhaltlich zu unterstützen, sondern sogar durch Helmut Schmidts Erklärungen in der BILD-Zeitung an der Anti-Heye-Kampagne des Springer-Konzerns teilnahm [35]). Der Niedergang der Institution des Wehrbeauftragten, der nach der Heye-Affaire besiegelt war, ist zu einem erheblichen Teil darauf zu-

30) Schmidt, Helmut, Strategie des Gleichgewichts. Deutsche Friedenspolitik und die Westmächte, Stuttgart 1969, S. 284.
31) Vgl. dazu Henze, a.a.O.
32) Vgl. Entschließung des Karlsruher Parteitages v. 25. 11. 1964 „Zur Lage der Bundeswehr", in: Grundsätze Sozialdemokratischer Wehrpolitik, hrsg. v. Vorstand der SPD, Bonn, S. 24 ff.
33) So Mosen, Wido, Bundeswehr — Elite der Nation? Neuwied/Berlin 1970, S. 241.
34) Vgl. ausführlich zur Nagold-Affäre Klausenitzer, Franz Albrecht, Die Diskussion um die Innere Führung. Zum Verhältnis von Bundeswehr und Öffentlichkeit, in: Picht, Studien, a.a.O., Bd. II, S. 182 ff.; und zur Atomminen-Affäre: Heiden, Horst, Atomminen — Fakten und Dementis, eine dokumentarische Übersicht, in: Blätter, a.a.O., 2/1965, S. 134 ff.
35) Vgl. „Bild"-Zeitung, Hamburg, v. 3. 7. 1964.

rückzuführen, daß die SPD dieses Instrument parlamentarischer Kontrolle nicht unterstützt hat [36]).

Die SPD vernachlässigte nicht nur planmäßig ihre Rolle als Opposition, trug nicht nur zum Verfall der Institution des Wehrbeauftragten bei, sondern sie stellte sich sogar bei Konflikten zwischen den Militärs und der politischen Führung konsequent auf die Seite der Generale — wie es ihrem in Karlsruhe beschlossenen Programm entsprach. Dies zeigte sich besonders deutlich in der „Generalskrise" [37]) im Herbst 1966, als die Generale Trettner (Generalinspekteur der Bundeswehr), Panitzki (Inspekteur der Luftwaffe) und Pape (Kommandierender General des Wehrbereichskommandos III) innerhalb weniger Tage zurücktraten bzw. ihre Entlassung provozierten (Panitzki) — Trettner und Panitzki mit der eindeutigen Begründung, die Militärs hätten innerhalb des Ministeriums nicht genug Befugnisse.

Es gelang dem Nachfolger Trettners, Generalleutnant de Mazière, und dem neuen Luftwaffeninspekteur Steinhoff tatsächlich, mit Hilfe der Krise bedeutende Kompetenzausweitungen für die Militärs innerhalb des Ministeriums zu erpressen. Die SPD stellte sich bei diesem Manöver von Anfang an eindeutig auf die Seite der Generale, gegen die politische Führung, was bei der inhaltlichen Nähe der Karlsruher Beschlüsse und der Generalsforderungen nicht verwunderlich war [38]). Schmidt führte für die Fraktion aus, die SPD habe nie von einem Aufstand der Generale gesprochen, weil sie in der Sache recht hätten [39]). Auch in den Sitzungen des Verteidigungsausschusses stellten sich die SPD-Abgeordneten eindeutig auf die Seite der Generale [40]).

Es kann nicht nachgewiesen werden, daß Trettner und Panitzki bewußt mit der Opposition kooperiert haben, denn die SPD hat von sich aus die Generale unterstützt. Aber zumindest liegt die Vermutung nahe, daß die Generale in ihrer Planung der Krise und besonders in ihrem Auftreten vor dem Verteidigungsausschuß die Unterstützung der SPD antizipiert haben. Konsequent sprach die SPD schließlich, nachdem de Mazière und Steinhoff ihre Forderungen weitgehend durchgesetzt hatten, von „einem vollen Sieg Trettners und Panitzkis" [41]).

II. Die SPD in der Großen Koalition

Die Zeit der Großen Koalition bedeutete für die Militärs die nun auch institutionelle Aufhebung parlamentarischer Kontrolle, denn die FDP war zu schwach, und ihr wichtigster Wehrexperte, Fritz Rudolf Schultz, war ein ausgesprochener Anhänger der konservativen Richtung unter den Militärs. Die SPD war durch ihre Selbstfesselung im labilen Machtgleichgewicht der Koalition gezwungen, die Ressorts der Koalitionspartei vor Kritik zu verschonen. Das gilt auch für das Verteidigungsministerium, in welchem die Militärs, insbesondere die Gruppe um die Führungsspitze des Heeres, im Verein mit dem CDU-Minister Schröder darangingen, die Grundsätze der Inneren Führung nun auch offiziell im Sinne der konservativen Richtung zu liquidieren und wieder jene militaristische Zucht- und Unterwerfungsideologie einzuführen, die in Reichswehr und faschistischer Wehrmacht gültig gewesen ist.

36) Vgl. dazu ausführlich Bredow, Wilfried v., Der Primat militärischen Denkens. Die Bundeswehr und das Problem der okkupierten Öffentlichkeit, Köln 1969, und: ders., Der Wehrbeauftragte, Konzeption und Verfall einer Kontrollinstitution, in: „Blätter", a.a.O., 8/1968.
37) Vgl. zur Generalkrise meine Diplomarbeit, Die Haltung der Bundeswehr zur SPD seit dem Godesberger Programm, Berlin, Otto-Suhr-Institut 1970, S. 53 ff.
38) Z. B. die SPD-Forderung nach Einrichtung eines Bundeswehrführungsstabes, an dessen Spitze der Generalinspekteur stehen sollte, vgl. den Beschluß von Karlsruhe „Zur Lage der Bundeswehr", a.a.O., S. 25 f.
39) Vgl. „Frankfurter Allgemeine Zeitung", 22. 9. 1966.
40) Vgl. „Der Spiegel", Nr. 38, 12. 9. 1966.
41) Vgl. „Die Welt", Hamburg, 7. 10. 1966.

Mit Hilfe des wohlwollenden und ansonsten weitgehend passiven Schröder kamen die konservativen Ideologen in die entscheidenden Schlüsselstellungen, und die Führungsspitze des Heeres wurde zum Zentrum der militärischen Eigenständigkeitsbestrebungen. Die SPD hat sich während der gesamten Zeit der Großen Koalition nicht wesentlich zu Verteidigungs- und Bundeswehrfragen geäußert, weil das um des Koalitionsfriedens willen nicht opportun war. Sie duldete stillschweigend die Besetzung der Führungsspitze des Heeres mit Offizieren der reaktionärsten Richtung (Schnez, Grashey, Karst usw.), sie duldete eine intensive Propagandaarbeit dieser Gruppe in der Truppe, insbesondere in den Lehrgängen für den Offiziersnachwuchs [42]), sie schwieg zum Erfolg des reaktionären Pamphlets „Rettet die Bundeswehr" [43]) des „Christ und Welt"-Redakteurs Hans-Georg v. Studnitz in den Offizierskasinos, und sie beließ es bei punktueller Kritik, als der stellvertretende Inspekteur des Heeres vor der Führungsakademie in Hamburg-Blankenese den Wehrbeauftragten als „institutionalisiertes Mißtrauen" gegenüber den Soldaten bezeichnete [44]), dessen Einrichtung allein als Konzession an die SPD zu verstehen sei.

So machte es die Selbstfesselung der SPD in der Großen Koalition und das inhaltliche Desinteresse ihrer Wehrexperten an der Inneren Führung unwahrscheinlich, daß sich die Partei den Bestrebungen der Militärs und des Ministers Schröder entgegenstellte, die Innere Führung in einem Sinne neu zu konzipieren, der ihrer Abschaffung gleichkam. Ein Teil dieser Bestrebungen ist in der an die Öffentlichkeit gekommenen Schnez-Studie dokumentiert [45]), die auf Anweisung des Generalinspekteurs erstellt wurde, um die Grundlagen der Inneren Führung neu zu definieren. Die anderen Teilstreitkräfte haben ähnliche Studien angefertigt, die allerdings nicht veröffentlicht sind. Die SPD beteiligte sich an der Diskussion über diese heftig kritisierte Schrift praktisch nicht, ebenso wie sie zu den Versuchen schwieg, schon jetzt wesentliche Bestandteile der Inneren Führung (etwa bei der Behandlung der kriegsdienstverweigernden Soldaten, bei der Schulungsarbeit für Offiziere und Unteroffiziere) allmählich aufzulösen [46]).

Der Niedergang der Inneren Führung, die bei all ihrer inneren Widersprüchlichkeit ursprünglich doch einige demokratische Elemente enthielt, ist auch auf das Versagen der SPD zurückzuführen, was wiederum auf dem schweigenden Einverständnis der SPD-Wehrexperten mit der restaurativen Entwicklung beruht.

Trotzdem hat die SPD während der 60er Jahre unter den Berufs- und längerdienenden Soldaten keinen Sympathiezuwachs in erheblichem Maße erzielt. Ihr Stimmenanteil mag 1967/68 vielleicht bei 20 % gelegen haben [47]). Die CDU/CSU-Präferenz der Masse der längerdienenden Soldaten war auch Ende der 60er Jahre noch ungebrochen. Noch immer betrug 1967 der Anteil der Befragten, die der CDU/CSU den Vorzug gaben, etwa 60 bis 75 %. Darüber hinaus fand der allgemeine Anstieg des Rechtsradikalismus in diesen Jahren in der Bundeswehr eine überdurchschnittliche Resonanz. In der ursprünglichen Fassung der Studie von Wildenmann, die nicht veröffentlicht worden ist, schätzten die Autoren das Potential der NPD in der Bundeswehr auf 20 bis 25 % gegenüber 10 bis 15 % in

42) Vgl. dazu Wessling, Hermann, Die Generalität auf dem Wege nach Athen. Der Ungehorsam des „Erziehungsgenerals" Karst, vervielfältigtes Manuskript, Hamburg 1969.
43) Studnitz, Hans-Georg v., Rettet die Bundeswehr!, Stuttgart 1967.
44) Vgl. „Der Spiegel", Nr. 15, 7. 4. 1969.
45) Die „Schnez-Studie", abgedr. in: „Blätter", a.a.O., 3/1970.
46) Zur Einschränkung des Rechts auf Kriegsdienstverweigerung von Soldaten vgl. Monnerjahn, Rudolf, Soldat und Kriegsdienstverweigerung, in: „Blätter", a.a.O., 5/1969 — Für die Schulung von Offizieren und Unteroffizieren wurden nach einer Prüfungsreform des Generals Karst die Fächer Gesetzeskunde, Staatsbürgerkunde und etwa das Wissen über die Institution des Wehrbeauftragten als für die Wertung der Prüfungskandidaten nicht entscheidend eingestuft, vgl. „Süddeutsche Zeitung" v. 15. 5. 1970.
47) Vgl. Wildenmann, Rudolf / Schatz, Heribert, Das Wahlverhalten an Bundeswehrstandorten, in: Sozialwissenschaftliches Jahrbuch für Politik, Bd. 1/1969, München/Wien 1969, S. 89 ff.

der Gesamtbevölkerung [48]). Das heißt nicht, daß jeder vierte längerdienende Bundeswehrsoldat (etwa in den Landtagswahlen 1967/68 oder in der Bundestagswahl 1969) die Rechtsradikalen tatsächlich wählte oder sich selbst aktiv in ihren Organisationen betätigte. Aber die Berufs- und Zeitsoldaten weisen ein Maß an sozialer und politisch-inhaltlicher Affinität zum Rechtsradikalismus auf (z. B. der Vertriebenenanteil von 50 % bei den Berufsoffizieren), daß sie unter den Bedingungen allgemein wachsender Radikalisierung und Unzufriedenheit, zum Beispiel im Falle einer Wirtschaftskrise und sich verschärfender Klassenkämpfe, zu den Rechtsradikalen stoßen würden. Inhaltlich wurde der spezifisch soldatische Radikalismus besonders deutlich in der Polemik v. Studnitz' „Rettet die Bundeswehr!" formuliert, die in den Offiziers- und Unteroffizierskasinos vielleicht zum meistdiskutierten und erfolgreichsten Buch des Jahres 1968 wurde.

Die schließlich veröffentlichte Wildenmann-Studie, korrigiert und geglättet, sagt dann lediglich noch aus, daß der FDP-Anteil bei den längerdienenden Soldaten seit der Waldmann-Befragung (s. o.) in etwa konstant geblieben ist, während die SPD geringfügig gewonnen hat: rund 10 bis 25 % aller Längerdienenden, vor allem der Unteroffiziersdienstgrade, bevorzugten zum Zeitpunkt der Befragung die Sozialdemokraten [49]). Über die NPD gibt es keine klaren Aussagen mehr. Die SPD hat also mit ihrer jahrelangen Anpassungspolitik und ihrem Verzicht auf kritische Opposition lediglich eine etwas günstigere Position bei den Zeit- und Berufssoldaten erreichen, keineswegs aber die CDU/CSU-Orientierung wesentlich abschwächen oder gar einen Prozentsatz von Anhängern gewinnen können wie in der Gesamtbevölkerung.

Trotz der immer noch ziemlich eindeutigen CDU/CSU-Präferenz der längerdienenden Soldaten und ihrer militärischen Führung erreichte die SPD durch ihre Anpassungspolitik, daß zwischen ihr und den Militärs bei einem eventuellen Regierungswechsel nun eine pragmatische Kooperation möglich geworden war. Die Voraussetzung einer solchen Zusammenarbeit war und ist der seit Godesberg praktizierte Verzicht der SPD auf die Durchsetzung einer von der bisherigen im Grundsatz abweichenden Wehrkonzeption sowie das gemeinsame Interesse der Partei und der Militärs an einer Reform der Bundeswehr im Sinne technokratischer Effizienzsteigerung. So ist es zu erklären, daß Schmidt, der selbst einen großen Teil der konservativ-reaktionären Ideologie übernommen hat, dieser nur soweit folgen kann, wie sie seinem aufs Funktionale gerichteten Denken nicht widerspricht und entgegensteht. Deshalb steht Schmidt auch im Gegensatz zu dem extremen Radikalismus eines Studnitz und seiner Anhänger (Grashey mußte ja sehr schnell nach dem Regierungswechsel seinen Hut nehmen). Aber generell waren zur Wahl 1969 die Bedingungen für einen relativ reibungslosen Wechsel der Regierung und des Verteidigungsministers zugunsten der SPD (d. h. ihres rechten Flügels) gegeben. Eine ernste Loyalitätskrise unter den Militärs brauchte Schmidt nicht zu fürchten, wenn auch den meisten Militärs eine CDU/CSU-Regierung sicher sympathischer gewesen wäre als eine sozialdemokratische.

III. Die SPD in der Regierung

Schmidt sah seine Aufgabe bei seinem Amtsantritt darin, die Kampfkraft der Bundeswehr „rasch und erheblich" zu steigern [50]). Gleichzeitig gab die bekannte konservative Grundhaltung Schmidts den Militärs die Gewißheit, daß die Reformen den Rahmen des Technokratischen nicht sprengen würden, sondern ihren

48) Vgl. „Frankfurter Rundschau", 29. 7. 1969.
49) Vgl. Wildenmann/Schatz, Das Wahlverhalten, a.a.O., S. 100 f.
50) Vgl. Baukloh, Friedhelm, Helmut Schmidt und Albert Schnez. Zum heutigen politisch-militärischen Führungskonzept der Bundeswehr, in: „Blätter", a.a.O., 1/1970, S. 27.

eigenen Vorstellungen über die Funktionalität militärischer Organisationsformen entgegenkamen.

1) Der Verzicht auf politische Reform

So war eine der ersten Amtshandlungen Schmidts, den Inspekteuren der Teilstreitkräfte vom 1. April 1970 an die Eigenschaft von Truppenvorgesetzten zu geben und ihnen dadurch — über die ihnen nun zustehende Disziplinargewalt — einen weitgehenden Einfluß auf die Personalpolitik einzuräumen und damit eine noch stärkere Abschirmung des inneren Dienstbetriebes der Bundeswehr gegen jegliche Art von Kontrolle zu ermöglichen. Jahrelang war dies unter CDU-Ministern eine vergebliche Forderung der Militärs gewesen. Gleichzeitig aber versuchte Schmidt, da er nun selbst Minister war, die Verselbständigungsbestrebungen der Militärs zu bremsen. So lehnte er den Vorschlag der CDU/CSU ab, die Führungsstäbe der Teilstreitkräfte aus dem Ministerium auszugliedern.

Die Behandlung der Schnez-Studie zeigte deutlich, daß Schmidt keine politische Reform wollte. Er spielte die Diskussion um die Studie planmäßig herunter („diskussionswürdig, aber auch diskussionsbedürftig") [51]), würgte sämtliche Anträge ab, die sich auf dem Saarbrücker Parteitag 1970 mit ihr auseinandersetzten [52]), und behielt schließlich auch Schnez selbst, der die Studie verantwortete, trotz heftigster Kritik aus Partei und Öffentlichkeit im Amt.

Schmidt hält sich in seiner Personalpolitik streng an die Regel, sich nicht zu sehr zu den konservativen Offizieren in Gegensatz zu bringen. Zwar behält er sich alle Personalentscheidungen vom Obersten an aufwärts vor und betrachtet Personalpolitik für „auf lange Sicht gesehen so ziemlich das Wichtigste" [53]), aber andererseits schreckt er vor einer konsequenten Anwendung dieses Mittels zurück. Einige Offiziere, die sich als besonders extreme Konservative hervorgetan hatten, wie z. B. Karst, haben von sich aus den Abschied eingereicht. Andere Offiziere von gleicher oder ähnlicher Geisteshaltung aber behielten ihre Positionen, wie Schnez oder der gerade neu von der CDU eingesetzte Personalchef, Generalleutnant Stangl. Manche von ihnen wurden sogar auf einflußreiche Posten gesetzt, wie der General Friedrich, der seit Oktober 1970 „Beauftragter für Erziehung und Bildung beim Generalinspekteur der Bundeswehr" ist. Insgesamt läßt sich die Tendenz erkennen, daß Schmidt allmählich Offiziere in die Spitzenpositionen bringen will, die seinem an technokratischer Reform orientierten Denken und politischen Programm nahestehen.

2) Der Primat technokratischer Reform

Das „Weißbuch 1970 zur Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und zur Lage der Bundeswehr" [53a]) spiegelt den Primat technokratischer „Reform" deutlich wider. Von den etwa 200 Seiten sind auf die wichtigen gesellschaftlichen und ideologischen Fragen nur 16 Seiten abgefallen. Darin werden die Prinzipien der Inneren Führung, deren Destruktion unter Schröder noch betrieben wurde, relativ deutlich bekräftigt. Jedoch bestehen berechtigte Zweifel, inwieweit diese

51) Vgl. „Der Spiegel", Nr. 6., 2. 2. 1970.
52) Von den insgesamt 35 Anträgen zur Sicherheitspolitik wandten sich allein acht gegen die Schnez-Studie und verlangten die Entlassung der für sie verantwortlichen Offiziere. Zwölf Anträge verlangten — im scharfen Gegensatz zur Studie — eine stärkere Garantie des Rechtes auf Kriegsdienstverweigerung und eine Besserstellung der Verweigerer, und zwei Anträge sprachen sich schließlich allgemein für eine stärkere Durchsetzung der Prinzipien der Inneren Führung aus, welche die Verfasser der Schnez-Studie mehr oder weniger liquidieren wollten.
53) Schmidt, Helmut, Unsere Sicherheitspolitik, Analyse und Zielsetzung. Rede vor Parteivorstand, Parteirat und Kontrollkommission am 20. 2. 1970, in: Grundsätze Sozialdemokratischer Wehrpolitik 1, Hrsg. Vorstand der SPD, Bonn 1970, S. 124.
53a) Weißbuch 1970: Zur Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und zur Lage der Bundeswehr, hrsg. vom Bundesminister der Verteidigung, Bonn 1970.

verbalen Bekenntnisse zur Inneren Führung, zum Recht auf Wehrdienstverweigerung usw., auch in der Praxis realisiert werden. So wurden zum Beispiel die Autoren der kritischen Studie „Soldat 70" [54]) ohne Ausnahme entweder bestraft oder entlassen, während die Autoren der Hauptmannsstudie [55]) bislang nicht disziplinarisch belangt wurden und nach den Worten Schmidts auch nicht mehr werden [56]).

Die Haltung Schmidts, der „diesen Jungen" sogar noch bescheinigte, sie hätten seine Sympathie [57]), ist im Falle der Unnaer Hauptleute um so unbegreiflicher, als der Ablauf der Geschehnisse von der Erarbeitung des Hauptmannspapiers bis zu seiner auszugsweisen Veröffentlichung die latente Bereitschaft der Autorengruppe zur Meuterei auch praktisch demonstrierte [58]). Auch hier wieder ein eindeutiges Beispiel dafür, daß die sozialdemokratisch-liberale Regierung und ihr Verteidigungsminister nicht bereit sind, den Verfechtern einer „zeitgemäß" aufgeputzten militanten soldatischen Ideologie innerhalb der Bundeswehr entgegenzutreten. Es besteht bei der Hauptmannsdenkschrift eine deutliche Kontinuität zur Schnez-Studie, sowohl dem Inhalt der Dokumente nach als auch hinsichtlich der sozialdemokratischen Reaktion auf diese Vorstöße der rechten Bundeswehrideologen: abwiegeln, beilegen, vergessen, um dann möglichst ungestört die technokratische Reform vorantreiben zu können.

Bei oberflächlicher Betrachtungsweise mögen einige der Reformpläne Schmidts tatsächlich den Widerstand der konservativen Militärs hervorrufen. Und wie die Kampagne gegen das Ellwein-Institut beweist, haben sie genug zivile Verbündete in den Redaktionen der deutschen Rechtspresse, um ihre Opposition wirksam in die Öffentlichkeit zu tragen. Der wirkliche Charakter solch scheinbar fortschrittlicher Reformvorhaben ist aber leicht zu erkennen, denn dem Effekt nach sind sie allesamt auf die Effektivitätssteigerung der militärischen Organisation ausgerichtet, die Schmidt als Leitidee über sein Wirken als Bundeswehrminister gestellt hat.

Es mag sich zum Beispiel zunächst recht fortschrittlich anhören, wenn die von Schmidt eingesetzte Wehrstrukturkommission unter dem Schlagwort der Wehrgerechtigkeit die Verkürzung der Wehrpflicht auf 16 Monate vorschlägt, um dadurch die Möglichkeit zu gewinnen, alle Wehrpflichtigen eines Jahrgangs auch tatsächlich einberufen zu können [59]). Inzwischen hat Schmidt sogar die Verkürzung auf 15 Monate im Kabinett beschließen lassen. Diese Maßnahme entspringt sicher nicht dem Bestreben, die Lage der Wehrpflichtigen zu verbessern, was lediglich vorgeschobene Propaganda war, sondern sie hat klar erkennbare militärpolitische Gründe. Sie führt zu einer erheblichen Erhöhung des Reservistenpotentials der Bundeswehr, zu einer Reduzierung des Leerlaufs im Ausbildungsgang der Wehrpflichtigen und — zusammen mit den für die Erweiterung des Ersatzdienstes vorgeschlagenen Maßnahmen — zu einer allgemeinen Dienstpflicht der männlichen Jugend der Bundesrepublik. Eine solche totale Erfassung aller männlichen Jugendlichen eines Jahrgangs durch den militärischen Apparat (bzw. in kleinerem Umfange den Ersatzdienst) böte gegenüber einer seit ein paar

54) „Soldat '70" — Eine Stellungnahme sozialistischer Wehrpflichtiger, abgedr. in: „Berliner Extra-Dienst", Nr. 37 v. 13. 5. 1970.
55) Niederschrift der Ergebnisse einer Arbeitstagung von Hauptleuten (KpChefs) 7. PzGrenDiv im Dezember 1970, zuerst am 21. 3. 71 in der „Welt am Sonntag" und einigen Provinzzeitungen auszugsweise abgedruckt, später fast vollständig in der „Frankfurter Rundschau" veröffentlicht.
56) Vgl. Bulletin der Bundesregierung, Hrsg. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Nr. 55, Bonn, 8. 4. 1971, S. 564.
57) Ebenda, S. 563.
58) Vgl. dazu die ausführliche und zutreffende Berichterstattung im „Spiegel", Nr. 14, 29. 3. 71.
59) Vgl. den Bericht der Wehrstruktur-Kommission an die Bundesregierung über „Wehrgerechtigkeit in der Bundesrepublik Deutschland", hrsg. v. der Wehrstruktur-Kommission im Einvernehmen mit der Bundesregierung, Bonn 1971, S. 26 f.

Jahren nur mehr bedingt lenkbaren Jugend ein Maß an Disziplinierungsmöglichkeiten, wie es bisher noch nicht bestanden hat.

Außerdem sollen nach den Vorstellungen Schmidts dadurch unnötige Reibungsverluste von der Armee ferngehalten werden, daß sich wehrunwillige Jugendliche künftig durch einfachen Gewissensentscheid für den Ersatzdienst entscheiden können, der dann allerdings soweit ausgebaut werden soll, daß alle Verweigerer tatsächlich erfaßt werden. Das kasernierte Arbeitsheer der Verweigerer kann dann nach den Vorstellungen der Reformer in den strukturellen Krisenbereichen des Kapitals eingesetzt werden, in denen es keine Möglichkeit zur Profitrealisation sieht, die aber trotzdem — wie Post, Eisenbahn, Krankenhäuser usw. — für einen geordneten Funktionsablauf des Gesamtsystems lebensnotwendig sind. Komplettiert wird dieses System durch eine geplante Wehrsteuer für Nichtgediente, welche auch den letzten Bundesbürger der Militarisierung der bundesdeutschen Gesellschaft unterwirft.

Eine ähnliche Tendenz läßt sich bei der Behandlung der Problematik der Inneren Führung durch die neue SPD/FDP-Regierung feststellen. Kurz nach Schmidts Regierungsantritt waren die Grundsätze der Inneren Führung noch einmal durch die „Leutnante '70" im alten Baudissinschen Geist, weniger durch den Kalten Krieg geprägt, aber nicht weniger in sich widersprüchlich, spektakulär formuliert worden [60]: im wesentlichen ein Appell an die Vorgesetzten in der Bundeswehr, doch mit den Untergebenen menschlich umzugehen, gekrönt von der absurden Forderung, das Kriegs- und Unterdrückungsinstrument Bundeswehr solle zum aktiven Friedensinstrument umfunktioniert werden, das gestalterisch auf die Gesellschaft einwirken solle. Immerhin aber hätten die Leutnantsthesen einen Ansatzpunkt abgeben können, um die tendenziell demokratischen Gehalt des alten Konzepts der Inneren Führung wieder stärker in die Diskussion einzuführen und im Dienstbetrieb durchzusetzen.

Die Leutnante sind jedoch von der neuen SPD-Regierung und ihrem Verteidigungsminister keineswegs unterstützt, sondern nur geduldet worden, gewissermaßen auf gleicher Stufe mit der faschistoiden Schnez-Studie, nur nicht von gleicher Wichtigkeit. Dadurch wird das Bekenntnis zur Inneren Führung, welches im „Weißbuch 1970" vorgetragen wird, nicht gerade glaubwürdiger. Die Enthaltsamkeit Schmidts in dieser Angelegenheit ist insofern konsequent, als er noch nie sonderlich an einer Wahrung und Ausdehnung der potentiell demokratischen Teile des Konzepts der Inneren Führung interessiert war, sondern immer nur an der technokratischen Reform, an der schnellen Effektivitätssteigerung bei der Produktion von Kampfkraft.

Zur Erreichung dieses Ziels aber braucht er nicht den liberalen und demokratischen „Staatsbürger in Uniform", der notfalls auch — so jedenfalls Baudissin und die Leutnante — einmal in Maßen rebellisch ist, sondern den technisch versierten, flexiblen, verwendungsfähigen und funktionierenden Soldaten. Dieser aber kann zweifellos nicht dem Bild des Soldaten entsprechen, wie es sich die traditionellen Gegner der Inneren Führung, die Verfechter der alten Reichswehrtradition, wünschen, aber es entspricht auch nicht dem Ideal des „Staatsbürgers in Uniform".

Die Reformbemühungen gehen denn auch nicht in die Baudissinsche Richtung, die bei aller Widersprüchlichkeit u. a. doch noch einige demokratische Elemente in die Bundeswehr hineinzutragen versuchte, sondern in Richtung auf eine Ausbildungsreform, die letztlich eine effektivere Waffenbeherrschung und Führungs-

[60] Neun Thesen junger Offiziere, veröffentlicht in Hamburg, Januar 1970, abgedr. in: „Blätter", a.a.O., 3/1970.

technik zum Ziel hat und gleichzeitig durch die Attraktivität berufsbezogener Ausbildungsangebote den Personalmangel der Bundeswehr zu beheben versucht. Diesem Ziel dienen im wesentlichen die Vorschläge der „Ellwein-Kommission" (Kommission zur Neuordnung der Ausbildung und Bildung in der Bundeswehr), die im Dezember 1970 als „Rahmenkonzept" und im Juni 1971 als fertiges Vorschlagspaket vorgelegt worden sind [61]). Kernpunkte der Reformvorschläge sind ein dreijähriges Studium für alle Offiziere an bundeswehreigenen (was wohl kein Zufall ist) Hochschulen sowie Meister- und Facharbeiter-Diplome für Unteroffiziere und Mannschaften und schließlich die Schaffung von Möglichkeiten zur Erlangung von Abitur- und Realschulabschlüssen. Außerdem sollen die Laufbahnen in der Bundeswehr allgemein durchlässiger werden.

Ziel dieser Vorschläge ist es, die Ausbildung in der Bundeswehr effektiver und attraktiver zu machen und den Zeitsoldaten eine leichtere Rückkehr in das Zivilleben zu ermöglichen (was wiederum eine größere Bereitschaft zur mehrjährigen Verpflichtung hervorrufen soll). Durch eine verstärkte Vermittlung von Allgemeinbildung soll vor allem im Offizierskorps eine größere Verwendungsbreite, eine größere allgemeine Flexibilität erreicht werden. Durch die stärker aufs Zivilleben bezogenen Berufsausbildungsprogramme, die sich auch aus der waffentechnischen Entwicklung ableiten lassen, soll die Attraktivität der Unteroffizierslaufbahn gesteigert und die Personalnot wenigstens teilweise behoben werden. Hier wird die Übereinstimmung mit den Interessen des Großkapitals besonders deutlich, das sich die Einsparung erheblicher Ausbildungsinvestitionen ausrechnen kann und außerdem mit den ausscheidenden Unteroffizieren geradezu ideal vorgebildetes Aufsichtspersonal geliefert bekommt, welches dann in den Betrieben die frühere Rolle nur unter etwas anderen Bedingungen weiterspielen kann und sicher nicht auf die Idee kommt, seine Interessen als gegen das Kapital gerichtete zu erkennen.

Über die politischen Inhalte der neuen Ausbildungsgänge steht denn im ganzen Gutachten auch nichts zu lesen. Damit wird der rein technokratische Charakter der geplanten Reform offenbar. Die Diskussion um die Innere Führung, soweit sie in ihren tendenziell demokratischen Teilen für die wehrpflichtigen Soldaten relevant ist, wird durch die Ellweinschen Reformvorschläge keine Belebung erfahren. Die Innere Führung wird auch unter der SPD-Regierung und trotz der begonnenen Reformen weiterhin vorgeschobene Ideologie bleiben, die die Funktion hat, den Gewaltcharakter der Autoritätsverhältnisse in der Armee zu verschleiern, Unterwerfung effektiver zu machen und — als Nebeneffekt — die jungen Wehrpflichtigen im Interesse des Kapitals an die Bedingungen moderner Produktionsweisen anzupassen [62]).

3) *Störfaktoren*

Der faktische Verzicht Schmidts auf eine politische Reform der Bundeswehr ließ bisher nennenswerte Konflikte zwischen ihm und der Bundeswehrführung nicht aufkommen. Die Militärs sind durchaus zur Reform der Bundeswehr im Sinne technischer und organisatorischer Verbesserungen bereit, als deren Ergebnis der

61) Gutachten der Bildungskommission an den Bundesminister der Verteidigung zur Neuordnung der Ausbildung und Bildung in der Bundeswehr, Bonn 1971.

62) Vgl. dazu den trefflichen Ausspruch des damaligen Bundeskanzlers Kiesinger in einer Rede vor dem Bundeswehrverband am 18. 6. 1969 in Bad Godesberg, in: Die Bundeswehr Nr. 7, Juli 1969, Bonn: „Aber noch eins, ich war vor vierzehn Tagen Gast eines Unternehmers in meiner Heimat, der über allerlei Dinge klagte, aber mir dann plötzlich sagte: ‚Aber eines, Herr Bundeskanzler, muß ich Ihnen sagen, die jungen Arbeiter, die aus der Bundeswehr zurückkehren, die sind in Ordnung, das sind prächtige Kerle, und viele von ihnen haben sich in dieser Zeit völlig gewandelt' ".
Die Reformvorschläge der Ellwein-Kommission haben in modifizierter, zeitgemäßerer Weise den Wunsch Kiesingers aus der gleichen Rede in den Bereich des Möglichen gerückt, daß nämlich „die Bundeswehr eine große Schule der Nation für unsere jungen Leute wird".

militärische Komplex funktionsfähiger und damit die Militärs auch politisch mächtiger wären als vorher. Das Verhältnis der Führung der Bundeswehr zur SPD insgesamt ist jedoch trotz Schmidt seit dem Regierungswechsel mit Sicherheit schlechter geworden. Mit der neuen Ostpolitik verstößt die Regierung gegen das antikommunistisch geprägte Feindbild der Militärs. Die auf ein starres Feindbild fixierten Militärs müssen jede „Entspannungspolitik" für verhängnisvoll und illusionär halten, denn sie trifft die Berufssoldaten an einer entscheidenden Stelle ihres Selbstverständnisses als Verteidiger gegen den — ihrer Ansicht nach grundsätzlich aggressiven — Bolschewismus. Es bleibt die Frage, wann eine ernstgemeinte Entspannungspolitik zu Konflikten zwischen der Regierung und der militärischen Führungsspitze führen würde. Dieser Punkt würde sicher dann erreicht, wenn eine zukünftige Regierung (von der jetzigen ist Derartiges sicher nicht zu erwarten) die Zugenörigkeit der Bundesrepublik zum westlichen Bündnis in Frage stellen sollte. Die Ostpolitik dieser Bundesregierung hat in den meisten Militärs eindeutige Gegner, aber eine offene Auflehnung der Generale gegen den Primat der Politik ist gegenwärtig noch unwahrscheinlich.

In den letzten Jahren ist durch das Aufkommen radikaldemokratischer und sozialistischer Strömungen für die Militärs ein Feind entstanden, der ebenso wie der sozialistische äußere Feind die Aggressivität der antikommunistisch indoktrinierten Berufs- und Zeitsoldaten auf sich zu lenken vermag. Auch unter diesem Aspekt erhält die „Reformpolitik" Schmidts und der rechten SPD eine spezifische Bedeutung. Eine gewachsene Schlagkraft der Bundeswehr steht auch für den Einsatz im Inneren zur Verfügung, um mit um so größerer Effektivität im Interesse der Monopole gegen eine wachsende demokratische und sozialistische Bewegung vorgehen zu können.

Repression und Widerstand in den Gefängnissen der USA

Von Martin Hall

I

„Wie zivilisiert eine Gesellschaft ist, kann man beurteilen, wenn man ihre Gefängnisse betritt", schrieb Dostojewski. Wenn dieser Maßstab angelegt wird, dann muß der Zivilisation in den Vereinigten Staaten in der Tat ein sehr niedriger Wert zugewiesen werden.

Bereits die Bauweise vieler amerikanischer Gefängnisse muß den angeblichen Versuch vereiteln, den straffällig Gewordenen zu rehabilitieren. Anstelle von vier Wänden mit Fenster und Tür haben die Zellen nur drei Wände. Die vierte Seite, die zum Gang hin liegt, besteht nur aus Eisenstäben vom Fußboden bis zur Decke. Auf diese Weise wird dem Gefangenen das Recht auf einen privaten

Bereich verweigert, der zu den primären Voraussetzungen der Menschenwürde gehört. Vor einigen Jahren ging der Verfasser durch ein Gefängnis in Chicago. Rechts und links Zellen. Männer schliefen oder saßen mit starrem Blick hinter den Eisenstäben. Hier und da lag auf den waagerechten Eisenverstrebungen ein Sandwich — wie in einem Zoo, wo das Futter durch die Stäbe gereicht wird. Eins ist zwar festzuhalten: Nicht alle Gefängnisse sehen so aus. Aber unter den Strafanstalten des Landes gibt es nur wenige neue Gebäude. Und noch weniger unter den „maximal gesicherten" Gefängnissen.

In einigen westlichen Ländern gelten Bestimmungen, die eine Ausbildung in Psychologie und Strafrecht für jeden vorschreiben, der Gefängniswärter werden will. Für die höheren Verwaltungsbeamten gilt das auch in Amerika, jedoch nicht für die Wärter, die in täglichem Kontakt mit den Häftlingen stehen und deren Haltung ihnen gegenüber täglich eine positive oder aber die entgegengesetzte Wirkung auf ihre Rehabilitation ausübt. Die Bezahlung ist schlecht. Zwangsläufig werden Gefängniswärter aus den Reihen derjenigen rekrutiert, die keine andere, besser bezahlte Arbeit finden konnten oder denen es aus Gründen eigener seelischer Defekte Spaß macht, Macht über andere ausüben zu können. Das Wachpersonal ist überarbeitet. Und es schwebt ständig in akuter physischer Gefahr seitens der verbitterten Gefängnisinsassen.

Die Verbitterung hat nicht im Gefängnis begonnen. Wie in allen Ländern stammt die Mehrzahl der Insassen aus den Armutsgebieten. Arme Schwarze, arme Mexiko-Amerikaner, arme Puertorikaner, die Armen aller rassischen Minderheiten bilden die Mehrheit der Gefängnisbevölkerung. Die Minderheit besteht aus armen Weißen. Es ist eine bekannte Tatsache, daß Rassenspannungen am schärfsten zwischen den Armen der jeweiligen Rassen verlaufen. Der erbitterte Kampf um Arbeitsplätze und billige Wohnungen gehört zu den objektiven Gründen dafür. Die ständige Frustration und Unzufriedenheit mit jedem Aspekt des Lebens liegt dem Haß und der Gewalt in den Ghettos rassischer und wirtschaftlicher Gefangenschaft zugrunde. Die Menschen, die ins Gefängnis kommen, bringen all diesen Haß, diese Vorurteile und die Gewalt mit. Unter den für ihr Seelenleben tödlichen Bedingungen des Gefängnislebens steigen diese Spannungen ständig weiter an. Ein anderer Faktor kommt noch hinzu. Heute — und das ist eine relativ neue Erscheinung — ist die Mehrzahl der Gefängnisinsassen jünger als 30 Jahre. Dr. Daniel Glaser, der Verfasser des Buches „Die Effektivität von Gefängnissen und das Bewährungssystem", hat für die Ford Foundation eine größere Studie zu diesem Thema ausgearbeitet. Er schreibt: „Über die Hälfte derjenigen Personen, die in den letzten Jahren wegen schwerer Verbrechen (Raubüberfall, schwerer Diebstahl, Autodiebstahl, Einbruchdiebstahl, Notzucht, schwere Körperverletzung und Mord) inhaftiert wurden, ist zum Zeitpunkt der Festnahme jünger als 19 Jahre ... In Rauschgiftfällen ist die Hälfte der Festgenommenen unter 20." Dies ist von großer Wichtigkeit, wenn man die heutigen Gefängnisrevolten verstehen will. Viele dieser jungen Leute waren an den Aufruhraktionen in den Ghettos der Städte beteiligt oder waren als Augenzeugen anwesend. Sie wurden ermahnt, rassebewußt zu werden. Sie waren Anhänger der Drogenkultur oder doch von ihr umgeben. Gewalt war ihre tägliche Erfahrung.

Politischen Gefangenen ergeht es nicht besser, oft schlechter als Kriminellen. Die Auffassung, nach der ein politischer Gefangener auch in der Niederlage ein ehrenwerter Gegner ist, ist den Vereinigten Staaten fremd. Er stellt hier eine Gefahr für das Establishment dar. Der unpolitische Gefangene bekämpft in der Regel nicht grundsätzlich die Gesetze des Landes. Er bestreitet nicht die Berechtigung des Privateigentums; als er versuchte, es sich mit „anderen Mitteln" zu

verschaffen, geriet er mit den Stellen aneinander, die für die Durchsetzung des Gesetzes zu sorgen haben. Der politische Gefangene sitzt im Gefängnis, weil er die Gültigkeit des Gesetzes und die bestehende Ordnung in Frage gestellt hat, die unter dem Schutz dieses Gesetzes steht. Für die höhergestellten Autoritäten ist er der gefährlichere Typ des Gefangenen. Für die Wärter und — bis vor kurzem jedenfalls — auch für viele Mithäftlinge ist er ein Typ, den man nicht verstehen kann und daher verachtet. Es können zahlreiche Fälle angeführt werden, in denen politische Häftlinge von Mitgefangenen mißhandelt wurden; in der McCarthy-Periode wurden einige umgebracht oder schwer verletzt, wie zum Beispiel Wm. Remington im Jahre 1954, als er eine Gefängnisstrafe wegen „Verrats" verbüßte.

In diesem Zusammenhang muß der jüngste Ausbruch blutiger Gefängnisrevolten gesehen werden, zu denen es im kalifornischen San Quentin und im New Yorker Staatsgefängnis Attica gekommen ist. Natürlich sind Gefängnisrevolten nichts Neues. Und sie scheinen zyklisch aufzutreten. Immer wieder haben verzweifelte Gefängnisinsassen voller Zorn und Verzweiflung vergeblich in der Hoffnung revoltiert, ihre Lebensbedingungen zu verbessern, sei es nun im Hinblick auf besseres Essen, bessere sanitäre Einrichtungen oder bessere sportliche Betätigungsmöglichkeiten. Während der letzten Massenrevolten von Häftlingen hat sich jedoch im amerikanischen Gefängnisleben etwas völlig Neues entwickelt. Wohl zum ersten Male wurden die Gefängnisinsassen in weitem Maße politisiert. Und es waren schwarze Gefangene.

Dies ist ein neuer Faktor im Gefängnisleben. Die Geschichte der politischen Prozesse in Amerika bis zurück zum Haymarket-Prozeß soll nicht näher untersucht werden, es ist hier nicht der Platz dazu. Während der McCarthy-Periode kamen viele Menschen ins Gefängnis, jedoch nicht so viele, daß sie durch die Bildung einer Gruppe in irgendeiner Institution ins Gewicht gefallen wären. Die sehr vielen jungen Menschen, die in ihrer Ablehnung des Vietnamkrieges bis zum äußersten gehen und mit langen Gefängnisjahren dafür zahlen, daß sie dem Diktat ihres Gewissens folgen, sind in den meisten Fällen weiß. Sie befinden sich meist nicht in Gefängnissen mit maximalen Sicherheitsvorkehrungen. Die Männer, die in San Quentin revoltierten, waren schwarz, und sie waren eine Gruppe.

Viele der Gefangenen stammten aus den Großstadtghettos, wo der Kampf um die eigene Identität und für Selbstbestimmung ungefähr seit fünf Jahren zusammen mit dem Kampf gegen Hunger und Armut geführt wird. Wenn sie damals bereits im Gefängnis waren (amerikanische Gerichte verhängen längere Haftstrafen als in anderen westlichen Ländern üblich), dann haben sie alles darüber von Neuankömmlingen oder durch Verwandtenbesuche erfahren. Einige der politisch bewußten Häftlinge haben damit begonnen, ihren Mithäftlingen klarzumachen, daß ihre Fälle nicht isoliert sind, sondern daß sie die Opfer einer sich rapide zum Schlechteren entwickelnden, demoralisierten Gesellschaft sind. Und die Gefangenen haben schnell gelernt. Einigen von ihnen hat das neue Wissen neue Kraft und eine gewisse Würde gegeben.

Wie in jeder Gruppe von Männern oder Frauen gibt es auch unter den Gefängnisinsassen einige hervorragende Menschen. Hochbegabt und entschlossen, ihre Gefängniszeit ohne Einbuße an geistiger und physischer Energie zu überstehen, haben sie zu studieren begonnen. Einige haben sich selbst in den kniffligen Fragen der Gesetze unterrichtet, die ihnen zum Verhängnis wurden; und sie haben sich auf diesem Gebiet zu Spezialisten entwickelt, die mit ihrer Intelligenz und ihrem Wissen oft genug ihre Anwälte verblüffen. Einige der faszinierendsten Bei-

träge zur Literatur von heute, einschließlich der Lyrik, stammen aus den Gefängnissen. Zum Teil behandeln sie die politischen und sozialen Probleme der Gegenwart. In der Bundesrepublik bekannt ist „Seele auf Eis" von Eldridge Cleaver. Einige Autoren haben sich zu Revolutionären entwickelt, etwa Bobby Seale, Huey P. Newton, George Jackson und viele andere.

II

Das kurze Leben George Jacksons verdient es geschildert zu werden. Er war erst 29 Jahre alt, als er am 21. August von einem Wachtposten erschossen wurde — angeblich bei einem Fluchtversuch. Seine Lebensgeschichte ist die Geschichte eines armen Schwarzen, der im Ghetto aufwuchs, im Alter von 18 Jahren zum jugendlichen Kriminellen wurde, der sich dann jedoch in der zweiten Hälfte der elf in Gefängnissen verbrachten Jahre zu einem politisch bewußten Revolutionär entwickelte. In seinem Buch „Soledad-Brüder: Die Gefängnisbriefe George Jacksons" beschreibt er die Aufgabe, die er sich im Gefängnis gesetzt hatte: die Umwandlung „der Mentalität des schwarzen Kriminellen in die Mentalität eines schwarzen Revolutionärs". Wie Malcolm X, der auf dem Höhepunkt seines Lebens als Führer seines Volkes von der Kugel eines Meuchelmörders getroffen wurde, durfte auch George Jackson nicht am Leben bleiben, da er sich zu einem der vielversprechendsten Führer der Afro-Amerikaner entwickelt hatte.

1960 wurde er wegen angeblicher Teilnahme an einem Raubüberfall verhaftet, dessen Beute in 71 Dollar bestand. Auf Anraten seines Pflichtverteidigers bekannte sich der damals 18jährige George Jackson in der Hoffnung schuldig, ein mildes Urteil zu erwirken. In Kalifornien läßt das Gesetz unbefristete Gefängnisstrafen zu; ihre definitive Dauer wird dann vom Verhalten des Strafgefangenen im Gefängnis und vom Stand seiner „Rehabilitation" bestimmt. George wurde zu einer Gefängnisstrafe von einem Jahr bis lebenslänglich verurteilt. Er hat das Gefängnis nie wieder verlassen. Im Soledad-Gefängnis, wo er zunächst inhaftiert war, wurde er am 13. Januar 1970 in einen Zwischenfall verwickelt. Rassenbedingte Spannungen zwischen schwarzen und weißen Häftlingen kommen häufig zum Ausbruch. Es ist üblich geworden, die beiden Gruppen während der einstündigen Erholungszeit voneinander zu trennen, um Zusammenstöße zu vermeiden. An diesem Tage jedoch ließen die Wärter aus unbekannten Gründen ein Zusammensein zu. Es kam zu einer Schlägerei. Ein weißer Wachtposten eröffnete von einem der Mauertürme aus das Feuer, erschoß drei Schwarze und verwundete einen Weißen. Drei Tage später urteilte eine Grand Jury in Monterey, die den Zwischenfall untersuchen sollte, die Erschießung der Gefangenen sei „gerechtfertigter Totschlag" gewesen. Am gleichen Tag wurde diese Entscheidung über das Lautsprechersystem des Gefängnisses bekanntgegeben, und wenige Stunden danach fand man einen zu Tode geprügelten Gefängniswärter.

George Jackson und zwei weitere schwarze Häftlinge, John Cluchette und Fleeta Drumgo, wurden drei Wochen lang in Einzelhaft gehalten und dann vor der gleichen Jury angeklagt — wegen Mordes und der Verschwörung zur Ermordung eines Gefängniswärters.

In allen Teilen der USA kam es zu einer Kampagne zur Unterstützung der drei, die von nun an als „Soledad-Brüder" bekannt wurden. Angela Davis spielte in dieser Kampagne eine führende Rolle.

Am 7. August 1970 brachte Jonathan Jackson, Georges 17jähriger Bruder, einen eigenen verzweifelten Plan zur Ausführung. (Vgl. „Die Mordanklage gegen Angela Davis", „Blätter" 1/71) In San Rafael (auch in Kalifornien, jedoch von

Soledad weit entfernt) drang er in einen Gerichtssaal ein, in dem ein Prozeß gegen drei Häftlinge aus San Quentin stattfand. Sie sollten angeblich während ihres Gefängnisaufenthaltes eine Straftat begangen haben. Jonathan Jackson schaffte es, den angeklagten Gefangenen Waffen in die Hand zu drücken und zwang den Vorsitzenden sowie drei Geschworene, zusammen mit ihm und den drei Angeklagten den Gerichtssaal zu verlassen. Während Richter und Geschworene als Geiseln festgehalten wurden, versuchte die Gruppe, in einem vor der Tür stehenden Lieferwagen zu entkommen. Der Plan bestand darin, den Richter und die Geschworenen so lange als Geiseln festzuhalten, bis irgend etwas für George Jackson erreicht wäre. Irgend etwas — wir wissen nicht, was das sein sollte, weil Polizisten herbeistürzten, die das Feuer eröffneten, und weil in dem folgenden Schußwechsel Jonathan Jackson, der Richter und zwei Gefangene erschossen wurden.

Einige Tage später teilten Regierungsagenturen mit, eine der von Jonathan Jackson mitgebrachten Waffen sei vor zwei Jahren von Angela Davis gekauft worden. Ferner sei eine zweite, von Jackson benutzte Waffe wenige Wochen vor der Verzweiflungstat von San Rafael von Angela Davis erworben worden. Die Leser dieser Zeitschrift werden sich daran erinnern, daß Jonathan Jackson als Leibwächter von Angela Davis fungierte, als diese öffentlich für die Soledad-Brüder auftrat. Beide Waffen hatte Angela Davis korrekt unter ihrem Namen registrieren lassen. Da sie um ihr Leben fürchtete, tauchte Angela Davis unter. Das FBI setzte sie schließlich auf die Liste der zehn meistgesuchten Verbrecher und verhaftete sie einige Monate später. Sie wird wegen Mordes und Verschwörung mit Mordabsicht im Zusammenhang mit dem San-Rafael-Fall angeklagt. Inzwischen ist sie seit einem Jahr in Gefängnishaft, zeitweise völlig isoliert, und wartet auf ihren Prozeß. Eine Kaution wurde abgelehnt, obwohl sie erklärte, sie habe mit den Ereignissen in San Rafael nichts zu tun.

Aber zurück zu George Jackson. Er wurde von Soledad in das maximal gesicherte Zuchthaus von San Quentin überführt und dort in dem Zellenblock für die gefährlichsten Verbrecher untergebracht, der euphemistisch als „Anpassungszentrum" bezeichnet wird. Die offiziellen Berichte über seinen Tod am 21. August sind so widersprüchlich, daß jeder Unvoreingenommene einen absichtlichen Plan vermuten muß, George Jackson ein für alle mal zum Schweigen zu bringen. Schließlich war er der beredtste Sprecher einer ständig zunehmenden Zahl von politisch bewußten Gefangenen geworden. Die Gefängnisbehörden erklären nach wie vor, am Nachmittag des 21. August habe der junge weiße Anwalt Stephen Bingham Jackson besucht. Bingham war nicht Jacksons Anwalt, sondern der Verteidiger eines Mithäftlings in San Quentin. Bei der Vorbereitung der Verteidigung dieses Gefangenen erhielt Bingham die Erlaubnis — eine gesetzlich im Mandatsverfahren geregelte Erlaubnis —, mit Jackson zur Klärung irgendeines Punktes zu sprechen. Es muß hier festgehalten werden, daß Personen, die sich in Untersuchungshaft befinden, in den gleichen Strafanstalten inhaftiert sind wie Verurteilte. Ihre Anwälte, aber auch andere Rechtsanwälte oder Personen, die einen Beitrag zu ihrer Verteidigung leisten können, haben Zutritt. Als wegen Raubüberfalls Verurteilter war Jackson in San Quentin in Untersuchungshaft wegen der Anklage im Zusammenhang mit dem Tod des Gefängniswärters von Soledad. Wir kennen den Status des Gefangenen nicht, in dessen Sache Bingham Jackson aufsuchte. Die Behörden behaupten jedenfalls, während dieses Besuches habe Stephen Bingham Jackson eine eingeschmuggelte Waffe zugesteckt, und dieser habe sie bei seiner Rückkehr aus dem Besuchsraum erfolgreich unter seiner Afro-Perücke versteckt. Als Jackson dann zum „Anpassungszentrum" zurückbegleitet

wurde, soll er die Pistole gezogen und den Wärter erschossen haben. Er soll weiter einen unbewaffneten Aufseher bedroht und ihn gezwungen haben, die Zellen von 26 Mithäftlingen im Trakt 1 des Zentrums zu öffnen. Danach sollen Jackson und andere Gefangene drei Wärter sowie zwei Häftlinge umgebracht haben, die nicht mitmachen wollten. Jackson soll dann eine Tür aufgebrochen haben, die zu einem Gefängnishof führt. Dieser Hof wiederum ist von einer über sechs Meter hohen und mit Stacheldraht versehenen Mauer umgeben. Nach dem offiziellen Bericht rannte Jackson dann quer über den Hof bis hin zur Mauer und wurde von einem Wachtposten von einem Beobachtungsturm aus erschossen.

George Jacksons Anwalt John Thorne wies diesen Bericht öffentlich zurück. Er erklärte, es sei unmöglich, eine Pistole unter einer Perücke zu verstecken. Der „San Francisco Chronicle", die größte Tageszeitung dieser Stadt, pflichtet ihm darin bei. Der „Chronicle" ging dem offiziellen Bericht anhand der in ihm enthaltenen Angaben nach und spielte die Szene mit der eingeschmuggelten Pistole praktisch durch. Die Zeitung schrieb dazu, es sei nicht einfach, eine Pistole unter eine Perücke zu placieren; gelinge das, dann werde sie jedoch von der Perücke nicht festgehalten. Aufgrund ihres Gewichtes werde die Pistole immer zur Seite des Kopfes rutschen, sofern der Perückenträger nicht mit der Hand die Perücke an der Stelle festhalte, unter der die Waffe verborgen sei. Das sei jedoch kaum eine Körperhaltung, schreibt der „Chronicle", die der begleitende Beamte hätte übersehen können. Thorne betonte, Jackson habe keinerlei Selbstmordabsichten gehabt; er habe ganz im Gegenteil auf seinen Prozeß als eine Gelegenheit gewartet, die Verhältnisse in den Gefängnissen von Soledad und San Quentin zu enthüllen. John Thorne fügte noch hinzu, er habe seinem Klienten erklärt, er sei als Verteidiger überzeugt, man werde die Anklage fallen lassen. Außerdem sei ein anderer Häftling von San Quentin bereit auszusagen, einer der Wärter habe ihn zur Ermordung Jacksons anzustiften versucht. Als er, Allan Mancino, sich geweigert habe, sei er in ein anderes Gefängnis verlegt worden. Rechtsanwalt Bingham hat wenige Stunden nach seinem Gespräch mit Jackson seinen Onkel besucht. Er soll dabei in einer sehr entspannten Verfassung gewesen sein. Kurz vor sechs Uhr abends ging er wieder und ist seitdem verschwunden. Alle Versuche, ihn ausfindig zu machen, sind bisher vergeblich gewesen. Seine Familie fürchtet, daß er das Opfer irgendeines falschen Spiels geworden ist.

Äußerst verdächtig ist die vom Gefängnisdirektor eingestandene Tatsache, daß Jackson anläßlich des Gesprächs mit Bingham auf dem Hin- und Rückweg keine Handschellen getragen hat. Das steht im Widerspruch zu der durchweg praktizierten Verfahrensweise. Der Beamte, der Jackson und Bingham während ihrer Unterhaltung beobachten mußte, hat zugegeben, das nicht getan zu haben. Ein von Bingham mitgebrachtes Tonbandgerät wurde beim Betreten des Gefängnisses untersucht, aber die Pistole, die er angeblich in dem Tonbandgerät durchgeschmuggelt haben soll, wurde dabei nicht gefunden.

Nach dem Tode Jacksons gab es nicht weniger als drei Autopsieberichte, von denen jeder im Gegensatz zu den beiden anderen stand. Nichts scheint auch mit weiteren Berichten übereinzustimmen. Zum Beispiel: Der Gefängnisdirektor erklärt, er habe bereits drei Wochen vor dem 21. August Kenntnis von einem Ausbruchplan gehabt. Sollte das zutreffen, dann würde die Behauptung, Jackson sei nach Ablauf der Besuchszeit nicht durchsucht worden, noch unglaubwürdiger. Drei Tage nach dem Tode Jacksons erschienen die beiden überlebenden Soledad-Brüder, Cluchette und Drumgo, vor Gericht. Umfangreiche Vorkehrungen waren getroffen worden, um eine Wiederholung des Fluchtversuchs aus dem Gerichtsgebäude von San Rafael zu verhindern. Die Zuhörer im Gerichtssaal waren von

den Angeklagten, den Anwälten, dem Richter und den Geschworenen durch kugelsichere Glaswände getrennt. Was zwischen Richter, Anwälten und Angeklagten vor sich ging, konnten sie sehen und hören, letzteres jedoch nur über Lautsprecher. Die Zuhörer konnten sehen, wie Cluchette und Drumgo schrien, und sie hörten die Worte: „Er (George Jackson) kriegte Schüsse in den Rücken, und als sie sahen, daß er immer noch nicht tot war, da haben sie ihn in den Kopf geschossen!" Das würde die letzte Version bestätigen, die als korrigierter Bericht des Coroners ausgegeben wurde: Jackson sei von einem Rückenschuß getroffen worden, die Kugel habe zwei Rippen gestreift und sei schließlich durch den Kopf ausgetreten. Wenn wir hier „bestätigen" sagen, dann meinen wir, daß in dieser Version sowohl Kopf- wie Rückenwunde erwähnt wird. Ob eine Kugel wirklich einen derartigen Querschlägerkurs zurücklegen kann, wissen wir nicht.

Die Glaubwürdigkeit der offiziellen Berichte wird noch stärker erschüttert durch eine von 27 Häftlingen unterzeichnete Zeugenaussage, die aus dem Gefängnis geschmuggelt wurde. Darin heißt es, die Gefängniswärter hätten plötzlich die Zellen des ersten Traktes geöffnet, unmittelbar danach seien Schüsse gefallen. Die Gefangenen hätten sich aus Angst, erschossen zu werden, in den Zellen zu Boden geworfen und sich geweigert, ihre Zellen zu verlassen. Die letzte Schlußfolgerung dieser Zeugenaussage lautet: „Die Szene sollte wie ein Ausbruchsversuch aussehen. Das Ganze war ein Komplott, um die Soledad-Brüder zu ermorden."

Es kann sein, daß man die Wahrheit über diese blutige Affäre nie erfahren wird. In Marin County (in diesem Bezirk liegt San Quentin) brauchte man bis zum Oktober, bevor gegen Rechtsanwalt Bingham, Fleeta Drumgo und fünf weitere Gefangene Anklage wegen Ermordung der getöteten Gefängniswärter und wegen Verschwörung zur Ermordung weiterer nicht genannter Wärter erhoben wurde. Die 19 Mitglieder der Grand Jury nahmen die Aussagen von 25 Zeugen entgegen und tagten zwanzig Stunden lang. Etwas noch nie dagewesenes passierte: drei Mitglieder der Grand Jury verließen unter Protest die Sitzung. Einer von ihnen — Greal A. Hawes, ein Forschungsbeauftragter des Gesundheitsministeriums — legte sein Amt nieder. Alle drei gaben als Grund für ihren Auszug die Anklageerhebung gegen Bingham und die sechs Gefangenen an. Das Gesetz schreibt vor, daß das Beratungsprotokoll der Grand Jury nach der Anklageerhebung veröffentlicht werden muß. Das Protokoll ist jedoch auf Gerichtsbeschluß ohne jede weitere Erklärung versiegelt worden.

III

Die hier angeführten Details der Morde in San Quentin erleichtern vielleicht das Verständnis für die Ereignisse in Attica, einer kleinen Stadt im Staate New York, wo sich das Staatsgefängnis befindet.

Auch in diesem Gefängnis ist wie in jeder anderen Haftanstalt der Vereinigten Staaten die Mehrzahl der Insassen schwarz. In Attica gibt es außerdem eine große Gruppe Puertorikaner und eine Minderheit von weißen Gefangenen. Am Nachmittag des 9. September, als die meisten Gefangenen von der Arbeit zurückkamen, war der Hof mit Häftlingen gefüllt. Ray Lamorie, ein weißer Gefangener und Trainer der Football-Mannschaft des Gefängnisses, zeigte einem schwarzen Gefangenen, Leroy Dewer, einige Tricks der Balltechnik. Leutnant Richard Monroney hielt diese Bewegungen der beiden Gefangenen irrtümlich für eine Prügelei und schritt dagegen ein. Er trat von hinten an den jungen schwarzen Gefangenen heran und faßte ihn an der Schulter. Instinktiv drehte der Mann sich um und schlug den Beamten. Der Leutnant, der nun von drei Wärtern unterstützt wurde,

befahl Dewer, sich in eine Einzelzelle zu begeben und dort auf seine Bestrafung zu warten. Die ganze Zeit über protestierte Lamorie und beteuerte Dewers Unschuld. Dewer selbst verweigerte den Gehorsam und blieb bei einer Gruppe Gefangener, die um ihn herum eine schützende Kette bildeten.

Die Gefängniswärter zogen sich zurück. Erst nachdem alle Gefangenen in ihre Zellen zurückgekehrt waren, wurden Lamorie und Dewer zum Verhör abgeholt. Kurz darauf verbreitete sich im Gefängnis das Gerücht, beide würden geschlagen. Am nächsten Morgen beim Frühstück stürzte eine Gruppe Gefangener, deren Zellen im gleichen Block wie die von Lamorie lagen, unter Führung von Richard Clarke, einem Prediger der Black Muslims, ins Hauptvestibül, überwältigte fünf Wärter und stürmte danach den „Times Sqare", einen strategischen Wachturm, der an der Stelle errichtet ist, wo die vier Gefängnishöfe zusammenlaufen. Von dort war der Zugang zu den anderen drei Blocks leicht. In der Zwischenzeit wurde ein Wärter, der von den Gefangenen verprügelt worden war, von zwei Häftlingen zu einem Tor geführt, das den von den Rebellen kontrollierten Teil des Gefängnisses von den übrigen Teilen trennte, und wurde von ihnen durch dieses Tor hindurchgeleitet. Clarke und ein Gefangener namens Blyden wurden zu Sprechern der Rebellen gewählt. Wärter, die als Geiseln gehalten wurden, standen unter Beobachtung von Gefängnisinsassen, um ihre Sicherheit zu gewährleisten.

Eine Woche vor dem Ausbruch hatte der neue Beauftragte für den Strafvollzug, Russel G. Oswald, drei Tage in Attica verbracht und sich Forderungen angehört, die von einer Gruppe Gefangener aufgestellt worden waren. Diese Gruppe nannte sich „Befreiungsfront von Attica". Einige ihrer Forderungen bezogen sich auf bessere ärztliche Betreuung, befriedigende Arbeitsbedingungen, Aufhebung der Postzensur und freien Zugang zu den von ihnen gewünschten Büchern und Veröffentlichungen. Außerdem wurde eine Änderung des Bewährungsverfahrens gefordert. Bis jetzt entscheidet ein Bewährungsausschuß über den Antrag eines Gefangenen; lehnt der Ausschuß ab, so wird der Gefangene weder über die Gründe für diese Entscheidung informiert noch hat er das Recht, eine Revision zu verlangen. Als die Rebellion ausbrach, flog Oswald zurück nach Attica, um eine Situation zu klären, der er sich aufgrund seines Rufs als Reformer gewachsen fühlte. Bevor Oswald zu den Verhandlungen hineinging, hatte er Herman Schwartz, einem Professor der Rechtswissenschaftlichen Fakultät an der Universität von Buffalo, sowie Arthur O. Eve, einem schwarzen Parlamentarier des Staates Buffalo, erlaubt, das Gefängnis zu betreten und die Forderungen der Insassen entgegenzunehmen. Die Gefangenen weigerten sich jedoch, Kontakt mit diesen Männern aufzunehmen und forderten, Oswald solle selbst kommen. Es wurde ein zweites Treffen vereinbart mit Oswald, Schwartz und Eve, das teilweise in Rundfunk und Fernsehen übertragen wurde.

Bei diesem Stand der Dinge verlangten die Rebellen die Anwesenheit einiger Außenstehender, denen sie vertrauten; und hier setzte der politische Aspekt der Revolte ein.

Die Gefangenen forderten, William Kunstler (prominenter Hauptverteidiger im Prozeß gegen die „Sieben von Chicago"), Huey P. Newton, Bobby Seale (Führer der Black-Panther-Partei) und Louis Farrakhan (ein Geistlicher der Black Muslims) sollten nach Attica gebracht werden. Sie verlangten ferner eine Verfügung des Bundesgerichtshofes zur Verhinderung physischer und psychischer Repressalien in der Folge der Revolte. Als Schwartz am nächsten Morgen mit einem offiziell unterzeichneten Gerichtsbeschluß erschien, in dem nicht allen Forderungen entsprochen wurde, wurde dieses Papier sofort als unzureichend zerrissen.

William Kunstler und Bobby Seale kamen nach Attica. Die Delegation Außenstehender wurde später verstärkt durch den Kongreßabgeordneten Herman Badillo, den einzigen Puertorikaner im Kongreß, ferner durch Staatssenator John Dunne, durch den Muslim-Geistlichen Kenyatta, Rev. Wyatt Wagner, einen Sonderassistenten von Gouverneur Nelson Rockefeller, und schließlich durch Tom Wicker, den Korrespondenten der „New York Times". Während die Verhandlungen noch liefen und die Forderungen der Gefangenen jetzt auch die freie und sichere Ausreise in ein „nicht-imperialistisches" Land enthielten, stieg draußen der Druck, durch Anwendung von Gewalt die Sackgasse zu überwinden. Alle möglichen phantastischen Horror-Stories über die angebliche Mißhandlung von Geiseln und nicht willigen Mitgefangenen zirkulierten. Als die Rebellen forderten, der Gouverneur solle an den Verhandlungen teilnehmen, lehnte dieser ab — trotz dringender Bitten des Gefängnisdirektors, des Staatssenators und anderer, die in Kontakt mit den Gefangenen standen. Stattdessen stimmte Rockefeller einer Erstürmung des Gefängnisses zu. Der Angriff begann mit drei tieffliegenden Hubschraubern, die schweres Tränengas über den von den Rebellen gehaltenen Block sprühten. Dann kamen Truppen und Nationalgarde hinzu. Scharfschützen wurden angewiesen, diejenigen Gefangenen auszuwählen, die die Geiseln bewachten. Allein im Verlauf dieser Operation wurden zwei Geiseln und elf Gefangene durch Angehörige der Polizei oder der Staatstruppen erschossen. Alles in allem wurden neun der 38 Geiseln erschossen, 25 schwer verwundet. Im offiziellen Bericht wird festgestellt, daß sie Opfer der Polizei und Staatstruppen waren, da im Rebellenblock keinerlei Schußwaffen gefunden wurden. Nach $3^1/_2$ Stunden war das gesamte Gefängnis wieder in der Hand der Behörden: 42 Menschen waren tot, 33 Gefängnisinsassen und 9 Geiseln. Die Zahl liegt jedoch noch höher, denn viele von den Schwerverwundeten sind inzwischen gestorben. Die Gefangenen hatten damit gerechnet, daß der Angriff mit Tränengas, Hartgummigeschossen und Schlagstöcken ausgeführt würde. Er erfolgte jedoch mit scharfer Munition, in der Absicht zu töten. Wieso wurde zu keinem Zeitpunkt in Erwägung gezogen, der Gefängnisrevolte mit anderen als tödlichen Waffen Herr zu werden? Wenn wilde Tiere bei einem Brand oder einer anderen Katastrophe aus ihren Käfigen ausgebrochen sind, dann schießt man ihnen harmlose Beruhigungsmittel in nicht lebenswichtige Körperteile, die sie einschläfern, jedoch nicht töten.

Scheußliche Berichte über die Brutalität von Gefängniswärtern, über die äußerste Erniedrigung von Gefangenen als Vergeltung für den fünftägigen Aufstand, ja sogar Berichte über die Ermordung von Gefangenen nach der Einnahme des Gefängnisses kommen noch immer aus Attica. Die volle, fürchterliche Wahrheit dieser fünf Tage kommt unter Umständen nie ans Tageslicht.

Mangel an Information hat Nixon jedoch noch nie abgeschreckt. Er wartete nicht einmal bis zur Veröffentlichung des abschließenden offiziellen Berichts und drahtete an Gouverneur Rockefeller sofort seine volle Unterstützung für die Art und Weise, in der die Revolte niedergeschlagen wurde. Vizepräsident Agnew blieb es überlassen, sich darüber zu wundern, daß einige Leute nicht nur gegen die Ermordung der Geiseln, sondern auch der vielen Gefangenen protestierten. Er erklärte: „Wenn der Tod derjenigen, die die Gesetze der Gesellschaft brechen, mit dem Tod derer auf eine Stufe gestellt wird, deren Aufgabe es ist, die ersteren aufzuhalten, dann richtet sich das nicht nur gegen jedes Einfühlungsvermögen, sondern ist eine Beleidigung der Vernunft." Norman Cousins, der Herausgeber der „Saturday Review", schrieb in seinem Leitartikel „Attica und Agnew": „Wir akzeptieren Mr. Agnews Appell an die Vernunft. Er ist der zweithöchste Mann in der Regierung der USA. Jeden Augenblick könnte er der höchste werden. Es

ist vernünftig, wenn man erwartet — sei er nun die Nummer Eins oder Zwei —, daß er die grundlegenden Ideen und Prinzipien der Regierung, der er dient, versteht und unterstützt ... Ja, Mr. Agnew, das Leben eines Gefangenen ist in der amerikanischen Tradition genau so wertvoll wie das eines Gefängniswärters oder eines Leitartikelschreibers oder eines Vizepräsidenten der Vereinigten Staaten."

In der gleichen Rede forderte Vizepräsident Agnew, man solle Gefängnisinsassen nicht „verhätscheln". Explosionen wie in Attica, in San Quentin, in Stockton und anderen amerikanischen Gefängnissen während der letzten Wochen beantworten die Frage, ob Gefangene in Amerika „verhätschelt" werden. Ihr Leben ist in Gefahr von dem Moment an, in dem sie das Gefängnis betreten. Die durch ihre Gefängniserfahrungen für immer ruinierten Menschenleben von Hunderttausenden von Männern und Frauen, unter ihnen vielen Jugendlichen, lasten schwer auf dem Gewissen der Nation.

Aber vielleicht erwacht dieses Gewissen allmählich. Da Tausende als politische Gefangene in die Gefängnisse gehen und Familien und Freunde zurücklassen, die sich nicht mehr wegen eines Sohnes im Gefängnis schämen, sondern den Kämpfer für Frieden, Gerechtigkeit oder Rassengleichheit verstehen und unterstützen; da sich Hunderte, die als gewöhnliche Kriminelle in die Gefängnisse kamen, zu politisch bewußten Männern und Frauen entwickeln, während sie hinter Gittern leben, und da sie nach ihrer Freilassung der Außenwelt berichten, was hinter diesen Mauern vor sich geht, beginnt die Einstellung der Bevölkerung zum amerikanischen Gefängnissystem sich zu wandeln. Die Vervielfachung der Organisationen, die sich für eine Gefängnisreform einsetzen, ist bezeichnend für diese Entwicklung. In dem Maße wie der Begriff des politischen Gefangenen allmählich akzeptiert wird, erwacht auch das Engagement für alle Gefangenen.

Parteilichkeit als Bildungsprinzip

Zur Diskussion um die kategoriale Neubegründung der Erziehungswissenschaft

Von Hans-Jochen Gamm

I

Bürgerliche Wissenschaftsauffassung sieht ihren Ehrentitel in strikter Objektivität und macht ihr Ethos davon abhängig. Aber es ist kaum die Rede davon, welchen Interessen ein derartiges Prinzip dienen, wie es mit bestimmten Herrschaftsverhältnissen zusammenhängen könnte. Überhaupt zeigt sich in einer solchen Behauptung von Neutralität die Sklerose bürgerlichen Denkens, die sich Wissenschaft nur als einen von Interessen nicht gestörten Bezirk vorzustellen vermag, in dem lediglich „reines Erkenntnisinteresse" obwalte, das um die Entdeckung verborgener Natur- oder Sozialzusammenhänge bemüht sei. Freilich

steckt in einer solchen Selbstbeschränkung auch ein durch die gesellschaftlichen Verhältnisse bedingter Mechanismus, ein Verdrängungsprozeß eigener Art: die „reine" Wissenschaft übernimmt eine psychische Entlastungsfunktion gegenüber den unleugbaren Brutalitäten kapitalistischer Verhältnisse, für deren Stützung ja auch alle jeweils neuen Erkenntnisse herhalten müssen, insofern sie auf bestimmte Realitäten bezogen sind. Wenn Wissenschaft aus dem menschlichen Erkenntnisstreben abgeleitet, wenn ihr eine spezifisch humane Attitude unterstellt wird, dann repräsentiert sie die ideale Seite der Existenz und entlastet gleichsam spielerisch von den konkreten Verhältnissen, die den postulierten Fortschritt zur Humanisierung so wenig erkennen lassen.

So betrachtet, hat Wissenschaft eine Funktion der christlichen Religion übernommen, die ebenfalls die tatsächlichen Sozialbedingungen für irrelevant gegenüber dem Wachstum des „Reiches Gottes" erklärt. Nach christlicher Ideologie wird die Welt ja nicht durch menschliche Kräfte saniert, sondern sie ist gerettet durch das „Heilshandeln" Gottes, indem dieser durch seinen „Sohn" die Welt mit sich selbst versöhnte. So kommt den tatsächlichen sozialen Verhältnissen in christlicher Perspektive trotz Apostolat, Diakonie und Caritas nur sekundäre Bedeutung zu. Der Begründer christlicher Theologie, Paulus, rät dem entflohenen Sklaven Onesimus, er möge zu seinem Herrn freimütig zurückkehren; denn Sklave wie Sklavenhalter seien beide „Knechte Christi" und unterständen seinem Spruch [1]). Dieses Beispiel zeigt, daß die primäre Tatsache ideologisch deklariert und das subjektive Bedürfnis nach Freiheit und Selbstbestimmung nur als nachgeordnet verstanden wird. Gleichzeitig aber können bei solchen Unklarheiten der gesellschaftlichen Grenzen die Machtverhältnisse unangetastet überdauern. Die Religion verhilft ihnen zu einem Charakter der Vorläufigkeit, indem „das letzte Wort" vom Menschen nicht gesprochen werden kann und daher die endgültige Definition im „Diesseits" ausbleibt. Gleichzeitig aber verhilft die Religion zu einem „getrösteten Gewissen", bereit zum Alibi gegenüber denjenigen Umständen, die schlechterdings jeder Humanitätsidee widersprechen.

Wenn unsere Gedankenführung schlüssig ist, dann stellen Religion und Wissenschaft zwei Bereiche bürgerlichen Denkens dar, in denen prinzipieller sozialer Agnostizismus gilt und kein Interesse an Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse zu erkennen ist. Wir wollen in der nachfolgenden Abhandlung versuchen, diese These anhand spezieller erziehungswissenschaftlicher Gegebenheiten zu untermauern und daraus politische Konsequenzen für die pädagogische Praxis in der heutigen Schulwirklichkeit abzuleiten.

II

Aus jüngster Zeit liegt eine Reihe ideologiekritischer und bildungsökonomischer Untersuchungen vor, die zeigen können, wie sich das Bildungssystem im Radius entschiedener Herrschaftsinteressen befindet und welche Konsequenzen daraus für die pädagogischen Prozesse entstehen [2]). In der Linie dieser Forschungsansätze ist es möglich, nun am Problem der Objektivität des Erziehers eine spezielle Untersuchung durchzuführen.

Herman Nohl (1879—1960), der Begründer der Göttinger Schule der Erziehungswissenschaft [3]) und wirkmächtiger Tradent der geisteswissenschaftlichen Ansätze seines Lehrers Wilhelm Dilthey (1833—1911), hat gemeint, der Lehrer erziehe

1) Vgl. dazu im Kanon des Neuen Testaments den Brief des Paulus an Philemon.
2) Vgl. u. a. E. Altvater/F. Huisken, Materialien zur Politischen Ökonomie des Ausbildungssektors. Erlangen 1971; M. Baethge, Ausbildung und Herrschaft. Unternehmerinteressen in der Bildungspolitik. Frankfurt 1970; F. Nyssen, Schule im Kapitalismus. Der Einfluß wirtschaftlicher Interessenverbände im Felde der Schule. Köln 1969.
3) Zur geschichtlichen Einordnung vgl. E. Blochmann, Herman Nohl in der pädagogischen Bewegung seiner Zeit. Göttingen 1969.

zum Staat und nicht zur Partei [4]). Für ihn war der Staat das übergeordnete neutrale Ganze, an das der einzelne appellieren konnte und dem er sich durch seine Loyalität verbunden wußte. Das Parteiengezänk dagegen schien ihm abstoßend; überhaupt hätte — so meinten auch andere Zeitgenossen — bei größerer Einmütigkeit aller Deutschen die Aufspaltung in Parteien vermieden werden können.

Es kann an dieser Stelle nicht ausgeführt werden, in welcher Weise eine spezifisch bürgerliche Auffassung vom Staat als Schirmherrn privater Interessen und als Garanten persönlichen Eigentums die deutsche Sozialgeschichte belastete. Für unseren Gedankengang bedeutsam ist lediglich die pädagogische Komponente, die es jetzt näher zu bestimmen gilt.

Die Konzeption von einem Staat, der über dem Gewirr schwer durchschaubarer Bedürfnisse unangetastet thronte und daher auch der Kritik des einzelnen unzugänglich blieb, hat das Weltbild bis heute bestimmt und die Erziehungsgrundsätze geprägt. An diesem Staatsverständnis haben die Pädagogen festgehalten, die infolge ihrer mißlichen Lage zu Beginn des 19. Jahrhunderts soziale Sicherheit erstrebten. Das galt insbesondere für Volksschullehrer, deren Emanzipation von den erniedrigenden örtlichen Küsterdiensten nicht gelingen wollte und deren Bevormundung durch die Ortsgeistlichen zum großen Teil bis zum Ende des Kaiserreichs bestehen blieb [5]). Zum Staatsbeamten aufzusteigen, war das Verlangen gerade dieses Teils der Pädagogenschaft, um den belastenden Verhältnissen der agrarischen Rückständigkeit und der daraus produzierten Ideologie zu entrinnen. Der politische Kampf Adolf Diesterwegs und K. F. W. Wanders im Zusammenhang mit den revolutionären Bewegungen von 1848 blieb dafür ein Modell.

Wenn der Staat derart als Freiheitshort für den bedrängten Einzelnen erscheinen konnte und als höhere Stufe idealer Selbstverwirklichung angesehen wurde, dann schloß diese emotionale Vorgabe eine zugleich kritische Sichtung der Institutionen für viele aus. Durch diese spezifischen sozialgeschichtlich veranlaßten Prägungen der Lehrermentalität blieb der Staatsbegriff unbelastet von konkreten Konflikten. Seine didaktische Aufbereitung trug diesem Verständnis Rechnung; die Konsequenzen im Bewußtsein der nachwachsenden Generation zeigen sich bis heute. Für den Schulalltag gewann die „Staatsbürgerkunde" ein Dauerprofil [6]). Die Kinder und Jugendlichen sollten ein positives, d. h. respektvolles Verhältnis zu der ihre Wohlfahrt garantierenden obersten Instanz aufbauen. Den Arbeitern freilich schien dieser Wohlfahrtaspekt nicht gleichermaßen offenkundig wie den Bürgern; denn ihnen wurde lediglich der Verkauf ihrer Arbeitskraft garantiert; schon die horizontale Mobilität war stark eingeschränkt. Die ostelbischen gutsuntertänigen Tagelöhner zum Beispiel hatten keinen Spielraum für ihre Entscheidung.

---

4) Vgl. dazu H. Nohls Ausführungen über Unparteilichkeit, in: H. Nohl, Ausgewählte pädagogische Abhandlungen. Paderborn 1967. S. 65.

5) S. dazu auch die Untersuchung von Arno Combe, Kritik der Lehrerrolle. München 1971. Combe hat in dieser Studie die sozialpsychologischen Bedingungen genauer analysiert, aus denen die spezifische politische Abstinenz der Lehrer zu erklären ist.

6) Dieser neue Unterrichtsgegenstand ist durch Georg Kerschensteiners programmatisches Buch „Staatsbürgerliche Erziehung der deutschen Jugend", das 1901 erschien, ideologisch verhängnisvoll festgelegt worden. Die reaktionäre Konzeption seines Ansatzes ergab sich zwangsläufig aus dem Herrschaftsinteresse, das jene Schrift veranlaßte. Die Königliche Akademie Gemeinnütziger Wissenschaften zu Erfurt formulierte nämlich im Jahre 1899 folgende Preisaufgabe: „Wie ist unsere männliche Jugend von der Entlassung aus der Volksschule bis zum Eintritt in den Heeresdienst am zweckmäßigsten für die bürgerliche Gesellschaft zu erziehen?" Den ersten Preis erhielt Georg Kerschensteiner für die genannte Arbeit. In ihr und in seinem 1910 erschienenen Buch „Der Begriff der staatsbürgerlichen Erziehung" ging der Verfasser davon aus, daß der Religionsunterricht allein nicht mehr die sittliche Erziehung des Volkes im Sinne der herrschenden Klassen zu sichern vermochte; die sich verschärfenden sozialen Gegensätze sollten vielmehr durch „staatsbürgerliche Erziehung" abgeschirmt werden. Diese Konzeption Kerschensteiners wird in der Lehrerbildung der Bundesrepublik immer noch unkritisch vorgetragen, und seine Bücher erleben daher bis heute ständig weitere Auflagen.

So blieb die Apotheose des Staates auf das Bürgertum beschränkt, dem sich die Lehrer zu inkorporieren wünschten und das die herrschende Ideologie produzierte, deren Leitbilder nicht den wahren Interessen des größeren Teils der kapitalistisch organisierten Gesellschaft entsprachen. Die Nötigung für die Lehrer freilich ergab sich aus diesen Widersprüchen: Weil sie bürgerliche Integrität erstrebten, mußten sie ihre Loyalität beweisen. Sie praktizierten diese, indem sie die ideologische Leitstelle der Herrschenden, den Staat, hierarchisch verstanden. Eine Folge ihrer gesellschaftlichen Gedrücktheit war also der Wunsch nach der unabhängigen fiskalischen Richterinstanz gegenüber den Querelen der kapitalistischen Bedingungen, die sie durch ihre Einstellung zugleich unterstützten; denn ihre Wünsche deckten sich mit den objektiven Interessen des herrschenden Bürgertums, das ein Machtaggregat als Sicherungsinstanz der ökonomischen Verhältnisse benötigte. Beide Gruppen brauchten Symbole und eine Vaterfigur als Staatsoberhaupt, die weise und gut alle Untertanen regierte und für den Bedrängten stets ein offenes Ohr besaß, wie man sagte, wenn man den „gnädigen Landesherrn" meinte. So konnten die Lehrer ihrerseits für die Unterdrückten nicht Partei nehmen, sondern sie vielmehr nur auf die parteilose übergreifende „Gerechtigkeit" verweisen, auf eine Idee, die in ihrer Abstraktheit kaum überbietbar war. Der „pädagogische Bezug", den Herman Nohl als das besonders geartete Verhältnis zwischen Erzieher und Zögling in den zwanziger Jahren theoretisch entwickelte [7]), bezeichnete also das ideologische Versatzstück einer bestimmten sozio-ökonomischen Situation mit den Determinanten einer sozialen Aufstiegs- und Sicherungsabsicht der Lehrer, die den Klasseninteressen der herrschenden Schicht entsprach. Was man gemeinhin „Geschichte der Pädagogik" nennt und zumeist als Abfolge geistesgeschichtlicher Daten und großer Erzieherpersönlichkeiten traktiert, ist in Wahrheit Reflex auf gesellschaftliche Bedingungen. Insofern existiert Geschichte der Pädagogik als Disziplin überhaupt noch nicht, sondern wäre an einer gegen den Strich bisheriger Interpretation gebürsteten Sozialanalyse und ihren entsprechenden Dokumenten erst programmatisch zu entwickeln.

Halten wir zunächst fest: Die soziale Aufstiegstendenz der Lehrer und das Herrschaftsinteresse des Bürgertums fielen zeitgeschichtlich zusammen. Diese Disposition wurde mit einem „Selbstverständnis der Erziehungswissenschaft" (Wilhelm Flitner) verkleistert [8]), in welchem Begriffe wie Interesse, Klasse, gesellschaftliche Widersprüche u. a. nicht auftauchten, sondern nur der hermeneutische Zirkel obwaltete. Man interpretierte ausgewählte Umstände — reduzierte Wirklichkeit — im Sinne seines eigenen idealistischen „Vorverständnisses" und fand darum die verkürzte Realität immer neu interpretationsbedürftig vor. Man personalisierte und entdeckte folglich das Individuum in seinen Denkbewegungen und als Schöpfer seiner geistigen Werke. Dieses Konstruktionsschema bedurfte eben des archimedischen Moralpunktes außerhalb gewisser, auch mit solchen Verfahren nicht völlig zu leugnender Spannungen im „zwischenmenschlichen Bereich". Dieser Punkt war mit dem vermeintlich unparteiischen Staat markiert.

III

Wir haben in unseren Überlegungen die Plattform erreicht, auf der nun die Bestimmung von Parteilichkeit in pädagogischer Perspektive versucht werden kann, nachdem es zuvor darum gehen mußte, die gesellschaftlichen Vorausset-

7) H. Nohl, Die pädagogische Bewegung in Deutschland und ihre Theorie. Frankfurt ⁶1963. Vgl. darin besonders S. 130—140 (Der pädagogische Bezug und die Bildungsgemeinschaft).
8) W. Flitner, Das Selbstverständnis der Erziehungswissenschaft in der Gegenwart. Heidelberg ²1958.

Kritische Sachbücher

Neu im November

Christen und Revolution
Konvergenz und Theologie

Herausgegeben von Heinrich Werner, Kleine Bibliothek Bd. 20, 150 S., engl. br. DM 9,80.

Inhalt: Gerhard Bassarak, Einflüsse der Konvergenztheorie auf die gegenwärtige Theologie. — Heinrich Treblin, Theologiegeschichtliche Voraussetzungen der Konvergenztheorie (von Wichern bis Dibelius). — Arthur Schweizer, Die Konvergenztheorie in der Ökumene. Ingo Roer, Konvergenztheoretische Elemente in der Theologie der Gesellschaft. — Karl-Jakob Jockers, Zum Dialog zwischen Christen und Marxisten. — Heinrich Werner, Zur Funktion der „Theologie der Revolution". — Horst Stuckmann, Theologie der Information. — Heinrich Werner, Versöhnung und Parteinahme.

Sergio Vilar
Die spanische Opposition

Aus dem Spanischen. Solidaritätsausgabe, 400 Seiten, Leinen DM 30,—, Studienausgabe DM 20,—.

Inhalt: Einführung und chronologische Übersicht über die Geschichte der spanischen Opposition seit dem Bürgerkrieg. — Interviews: Die Linke, Das Zentrum, Die Rechte — Ökonomische, soziale, gewerkschaftliche und Erziehungsprogramme — Politische Programme.

Das Buch erschien zunächst in einem Pariser Exilverlag in spanischer Sprache und wurde als Sensation begrüßt. Inzwischen haben Nadeau und Feltrinelli es in französischer und italienischer Sprache veröffentlicht.

Igor S. Kon
Soziologie der Persönlichkeit

Aus dem Russischen, 488 Seiten, Leinen DM 19,80.

Einige Aspekte der Stellung der Persönlichkeit in der Gesellschaft aus der Sicht der marxistischen Soziologie. Kon möchte das System der Begriffe präzisieren, mit deren Hilfe die Wissenschaft das Verhalten der Persönlichkeit und ihre Wechselwirkung zu anderen Menschen und der Gesellschaft als Ganzes beschreibt; zweitens zeigen, daß die Persönlichkeit nicht nur Produkt, sondern auch tätiges Subjekt der gesellschaftlichen Verhältnisse ist (daraus entspringt das Interesse für die innere Welt der Persönlichkeit, für ihr Ich); drittens eine Reihe unausgearbeiteter oder strittiger Fragen der soziologischen Theorie der Persönlichkeit klären.

Pahl-Rugenstein

zungen der behaupteten Unparteilichkeit einer bürgerlichen Erziehungswissenschaft und damit das Elend der spätbürgerlichen Pädagogik zu kennzeichnen.

Parteilichkeit im erzieherischen Handeln muß sich zunächst von der falschen Vorstellung freimachen, der Schüler könne sein verbrieftes Recht auf bestmögliche individuelle Förderung irgendwo außerhalb seiner „Bildungsanstalt" einklagen, oder jedem sei jederzeit die Bewährung im Leben möglich. Als man das Militär eine „Schule der Nation" nannte, war auch vom „Marschallstab im Tornister" die Rede. Von diesen Beschwichtigungen ist radikal abzurücken, sonst wird die gebotene Entschiedenheit der sozialen Stellungnahme — das heißt Parteilichkeit — unmöglich. Die Regel lautet: Alle Bildungsprozesse werden aktuell entschieden, also im Horizont ihres konkreten gesellschaftlichen Verhältnisses. Die aktuelle Bildungsbenachteiligung ist deshalb unaufholbar. Wer als Pädagoge nicht politisch gegen sie Stellung nimmt, hebt seine erklärte Erziehungsabsicht auf: Er verhindert nach Auffassung Siegfried Bernfelds exakt das, was er verspricht [9]). Denn alle Erziehung ist das Versprechen von Freiheit; einen anderen sozialphilosphisch legitimierbaren Sinn können sich Erziehungsabsichten nicht geben. Die klassenmäßig bedingten Unterschiede, denen sich jeder Erzieher gegenübersieht und die sein praktisches Handeln vorherbestimmen, sind demnach die markanten Punkte des Gesellschaftsprofils, an denen Partei ergriffen wird.

Diese Parteinahme vollzieht sich in zwei Schritten: im Bewußtmachen der nicht durch Anlage, sondern sozial bedingten unterschiedlichen Ausstattung der Schülerrolle und im Bereitstellen eines Instruments, mit dem der Kampf gegen die undemokratischen Strukturen aufgenommen werden kann, die solche Verhinderungen verursachen. Wenn der Erzieher diese politische Sicht akzeptiert, dann ist sie in die altersmäßig bedingten Vorstellungsmöglichkeiten der Schüler zu übersetzen. Deren Emanzipation zu unterstützen, gehört im Bereich pädagogischer Konzeption heute freilich noch zu den am wenigsten geklärten Aufgaben. Das Verhältnis von Theorie der Emanzipation zu ihrer pädagogischen Praxis dokumentiert das auf weite Strecken ungeklärte Theorie-Praxis-Problem der Erziehung überhaupt, das die bürgerliche Pädagogik mit erzieherischen „Leitbildern" oder normativen Vorgaben zu lösen versucht, obwohl sich die gesellschaftlichen Diskrepanzen damit nicht fortzaubern lassen.

Die Übernahme des Bildungsprinzips „Parteilichkeit" durch die Pädagogen setzt der bisherigen Neutralität dieser Gruppe ein Ende. Denken sei immer parteilich gewesen, stellt Ernst Bloch fest, und es gehöre zu den „Herrschaftsgeheimnissen der bürgerlichen Macht, sich als neutral hinzustellen". Der bürgerliche Staat, in Wahrheit „geschäftsführender Ausschuß der herrschenden Klasse", behänge sich „mit der Robe interessenfreier Objektivität" [10]).

Nachdrücklich ist daher der Scheincharakter von Neutralität zu denunzieren, denn wie sollte sie real bei den Widersprüchen einer Klassengesellschaft möglich sein [11])? Auch und gerade der Verzicht auf Stellungnahme im politischen Kräftefeld ergibt nicht etwa eine selbstverfügbare Reserve, sondern schlägt als nicht genutztes Potential unvorhersehbar zu Buch — und dies in einem Sinne, der dem subjektiv glaubwürdigen Anhänger einer Neutralitätsthese kaum willkommen sein kann. Denn es sind die politischen Interessenvertreter selbst, die aus einem verweigerten Votum das für ihre Belange Nützliche ableiten können,

---

9) S. Bernfeld, Sisyphos oder Die Grenzen der Erziehung. Frankfurt 1967. S. 11.
10) E. Bloch, Pädagogica. Frankfurt 1971. S. 78 f.
11) Vgl. J. Beck, Erziehung in der Klassengesellschaft. München 1970; H.-J. Heydorn, Über den Widerspruch von Bildung und Herrschaft. Frankfurt 1970.

und da sie keinen Widerspruch von den Indifferenten selbst erhalten, bleiben ihre propagandistischen Vereinnahmungen nicht ohne sozialen Effekt.

Der Verzicht auf Neutralität wird den Pädagogen endgültig aus der fatalen Anlehnung an die kapitalistischen Werte der Staatsideologie entlassen. Er kann dann nicht mehr als der Zeremonienmeister getarnter ökonomischer Wünsche mißbraucht werden, sondern nimmt das Recht jedes Bürgers für sich in Anspruch, seine berufliche Funktion auch politisch zu verstehen und zu nutzen. Der Staat ist eben keineswegs neutral, sondern hat im Kapitalismus — wie gesagt — eine dienende Rolle für die herrschenden Kräfte zu spielen. Er muß den Privatbesitz an Produktionsmitteln garantieren und außerdem seine Zoll- und Steuerpolitik so einrichten, daß eine Meistbegünstigung für diejenigen entsteht, die ohnehin die höchste Kapitalzuwachsrate verzeichnen [12]). Denn solange es im Ermessen privater Unternehmer liegt, zu investieren oder diese Gelder anders zu verwenden, z. B. in finanziell günstigere Auslandsanlagen zu transferieren mit allen Perspektiven der Steuerflucht und damit der Liquidation von einheimischen Arbeitsplätzen, solange bleibt dieser Staat auf die Gutwilligkeit von etwa einem Prozent der Bevölkerung angewiesen, nach dem sich die übrigen 99 % zu richten haben. Die demokratisch gewählte Spitze muß also zu undemokratischen Praktiken greifen, weil sie auf Grund der bestehenden wirtschaftlichen Verhältnisse in ihren Entschlüssen gebunden ist. Der Pädagoge — so sagten wir — dürfe dieser fadenscheinigen Objektivität nicht verfallen, deren Zweckcharakter deutlich genug ist. Seine Aufgabe besteht darin, den Disparitäten im Erziehungsfeld unablässig auf der Spur zu bleiben und ihren undemokratischen Ursprung aufzudecken. Das geschieht, indem „Schichtenunterschiede" als Klassengegensätze, „Sozialisationsdefizite" von Arbeiterkindern als künstlich aufrechterhaltene Bildungshindernisse verdeutlicht werden, die im Widerspruch zu Verfassungsabsichten stehen. Solche Aufklärungsarbeit gehört generell in die tägliche Unterrichtspraxis, in der die politischen Umstände zur Sprache kommen, so daß die Verhältnisse erkennbar werden. Bertolt Brecht hat in seinem Exilgedicht „Verjagt mit gutem Grund" die Aufgabe folgendermaßen charakterisiert: „Das Lateinisch ihrer bestochenen Pfaffen übersetze ich Wort für Wort in die gewöhnliche Sprache, da erweist es sich als Humbug."

Diese Technik der Dechiffrierung politischer Umstände ist die bisher unzulänglich wahrgenommene Pflicht jedes Erziehers. Parteinahme für die Unterprivilegierten beginnt mit der Denkhilfe für deren Interessen und mit der Einübung wirksamer Gegenargumente und solidarischer Handlungsmöglichkeiten. An solchen Programmpunkten, die im einzelnen auszuführen wären, läßt sich politisch-pädagogische Praxis entwickeln. Freilich steht ihr Profil im Gegensatz zu jeder mehr oder weniger verdeckten Form von Neutralität, in der behauptet wird, sozialpolitische Entscheidungen zu vermitteln, dürfe nicht Aufgabe der Schule sein, da dann Verwirrungen unausbleiblich entstünden. Pädagogische Parteilichkeit erkennt im Konflikt das geeignete Mittel des gesellschaftlichen Fortschritts und nutzt es daher. Das Elend der spätbürgerlichen Pädagogik besteht in ihrer Enthaltsamkeit gegenüber der Inanspruchnahme gesellschaftlicher und politischer Kampfmittel. Dadurch liefert sie sich denen aus, die solche Mittel gebrauchen — freilich nicht immer in groben Angriffen, sondern auch im entschiedenen Festhalten an überlebten gesellschaftlichen Verhältnissen. Wenn der weitaus überwiegende Teil der Bevölkerung von der Verfügung über die Produktionsmittel ausgeschlossen ist und nicht einmal eine qualifizierte Mitbestimmung zugestanden erhält, dann ist dies eine Form des Kampfes, des Klassen-

12) Vgl. dazu auch W. I. Lenin, Werke. Bd. 19. S. 3.

kampfes, in dem Unterdrückung und Emanzipationsstreben immer noch die beiden Lager kennzeichnen. Die Entscheidung der Pädagogen angesichts dieser Umstände wird von Bedeutung sein. Parteilichkeit als Bildungsprinzip ist das Mittel, die Selbstfesselung der spätbürgerlichen Pädagogik zu durchbrechen und ihren humanistischen Anspruch endlich zu konkretisieren.

IV

Parteilichkeit wird zum Bildungsprinzip, weil nur mittels Parteinahme für die Beseitigung des fundamentalen Unrechts des kapitalistischen Systems auch erst Erkenntnis der inhumanen Bedingungen selbst entsteht. Parteinahme ist radikale Behauptung eines richtenden Standortes, von dem aus es nicht länger möglich ist, die Verhältnisse zu tolerieren, nur weil sie bestehen und weil etwa „der" Sozialismus in seiner realen Gestalt sich noch nicht hinlänglich als Alternative habe profilieren können. Der richtende Standpunkt denunziert vielmehr die lediglich aus organisatorischen und pragmatischen Erwägungen noch behaupteten Sicherheiten des kapitalistischen Systems und erschließt die Erkenntnis, daß die Gesellschaft als kostbare Summe und kollektive Gestalt humaner Bedürfnisse es nicht dulden kann, Unzählige um ihre fundamentale Verwirklichung betrogen und zur Entfremdung verurteilt zu sehen. Die Reichtümer der kapitalistischen Gesellschaft verwandeln sich unter diesen ökonomischen Bedingungen zu gesellschaftlichen Bedrohungen, zu Mitteln der Repression. Sie erzeugen Angst und produzieren dauernde Ungerechtigkeit, weil sich in ihnen stets der Grundwiderspruch kapitalistischer Verhältnisse erneuert: der Widerspruch zwischen gesellschaftlich produziertem Reichtum für alle und der privaten Aneignung dieses Reichtums durch wenige.

Diesen Umständen gegenüber muß Parteilichkeit zum regulierenden Prinzip pädagogischer Theorie und Praxis erhoben werden, weil damit auch präzise erst die erzieherische Einflußnahme in einen gesellschaftsanalytischen Gesamtzusammenhang gestellt werden kann. Regulierender Bezugspunkt pädagogischer Parteilichkeit aber ist die Arbeiterklasse. Je stärker der Pädagoge deren Belange in erzieherische Handlungszusammenhänge übersetzt, um so stärker wird er das pädagogisch-politische Prinzip Parteilichkeit vertreten. Damit stößt er zugleich das vermeintlich unpolitische Denken ab, das mittelständisches Denken ist und dem Wahn einer Selbstbehauptung der Person unterliegt. Parteilichkeit zerreißt dieses historische Lügengespinst von Objektivität. Mit der internationalen Solidarität der Arbeiterklasse, die freilich selbst Werk von Kampf, Agitation und Erziehung ist, bieten sich für den Pädagogen neue Möglichkeiten der Bundesgenossenschaft. Sie erschließen erst bei ihrer Realisierung, welchen entwürdigenden Zwängen der Erzieher als unparteiische Existenz unterworfen blieb, als er zum „Wohle des Schülers" zu handeln glaubte und dabei die Geschäfte der Herrschenden besorgte, indem er die herrschenden Interessen als gesellschaftliche Regulative anerkannte und didaktisch vermittelte. Das pädagogische Prinzip Parteilichkeit macht erst dem Faktum der pädagogischen Kollaboration mit den Mächtigen ein Ende.

Das pädagogische Prinzip Parteilichkeit ist als ein spezifischer Ausdruck erzieherischen Kampfes zu verstehen. Diese Handlungsmaxime der Lehrer wäre entsprechend in die Verständnis- und Handlungsmöglichkeiten der Schüler zu übersetzen, weil dadurch auch die Bereitschaft, am Klassenkampf teilzunehmen, gefördert werden kann. Das proletarische Kind vergangener Jahrzehnte wurde unmittelbar in den Kampf seiner Klasse hineingezogen, weil es die Verelendungsmerkmale entwicklungsbedingt vielfach noch deutlicher aufwies als seine

Eltern. Friedrich Engels hat das große historische Verdienst, mit seinem Werk „Die Lage der arbeitenden Klasse in England" (1845) die Kinderarbeit in ihrer mörderischen Auswirkung gebrandmarkt und eine sich christlich verstehende Nation beschämt zu haben. Der frühzeitigen Invalidität wirkt heute eine Reihe sozialpolitischer Maßnahmen entgegen. Ausbeutung und Entfremdung gehören jedoch weiterhin zur kapitalistischen Gesellschaft. Wenn die bürgerliche Schule behauptet, die Jugendlichen auf Fairneß und Gerechtigkeit zu orientieren, so hätte ein „parteilicher" Lehrer die Aufgabe, die Schüler nicht an ideale Begriffe zu fesseln, sondern sie kämpferisch für das in ihrer Gesellschaft konkret geschehende Unrecht zu erschließen und sie zu ermutigen, sich mit den Ausgebeuteten solidarisch zu erklären. Informationen über Streiks und andere politische Aktionen der Arbeiterschaft werden deshalb auch zur Analyse der gesellschaftlichen Verhältnisse dem Unterricht einbezogen werden müssen. Daher ist eine „Friedenserziehung", die nach dem späten Beginn der Friedensforschung in der Bundesrepublik am Ende der sechziger Jahre jetzt als Aufgabe der Pädagogik naiv postuliert wird, außerordentlich problematisch [13]). Die Bereitschaft, am Kampf gegen die überständigen Produktionsverhältnisse aktiv teilzunehmen, ist höher zu bewerten als ein prinzipieller oder relativer Pazifismus, so respektabel die subjektive Entscheidung für ihn auch sein mag. Die didaktische Erschließung eines Bildungsziels „soziale und politische Kampfbereitschaft" wird freilich von der bürgerlichen Pädagogik verworfen werden. Unter sozialistischem Vorzeichen aber wird es möglich, Empörung und Enttäuschung über die gesellschaftlichen Bedingungen mit dem Willen nach einer Veränderung dieser Verhältnisse zu verbinden. Die „verwirrte, folgsame und erniedrigte Menschheit", wie André Gorz sie nennt [14]), muß erst die ihr eigene „qualitative Armut" und ihre daraus entspringenden Aggressionen auf den Feind ihrer Klasse zu beziehen lernen und damit Empörung zielgerecht politisch nutzen.

Sobald Entscheidungen für den Verzicht auf eine scheinbare schulische Neutralität vollzogen werden, ändert sich die pädagogische Praxis grundlegend. Wichtige Konsequenzen für die Anthropologie des Kindes und des Jugendlichen sind daraus abzuleiten [15]). Hier hat die weitere erziehungswissenschaftliche Analyse anzusetzen. Die These von der Autonomie der Pädagogik degradiert sich im Munde ihrer Befürworter zur ohnmächtigen Proklamation, solange sich die Pädagogen selbst keine entschiedene politische Begründung für ihre Praxis erarbeiten und solange daraus nicht organisatorisch gesicherte soziale Bündnisse zwischen Lehrern und Schülern entstehen.

---

13) Vgl. dazu H.-J. Gamm, Aggression und Friedensfähigkeit in Deutschland. München 1968.
14) A. Gorz, Zur Strategie der Arbeiterbewegung im Neokapitalismus. Frankfurt ⁴1969. S. 118.
15) Diese kann sich freilich nicht mehr auf der geisteswissenschaftlichen Ebene bewegen und etwa auf die Arbeiten von O. F. Bollnow, A. Flitner, M. J. Langeveld, F. Pöggeler u. a. zurückgreifen. Es wird darum gehen, mit Hilfe einer marxistischen Anthropologie die konkreten Bedingungen und gesellschaftlichen Verhältnisse aufzuzeigen, in denen Erziehung geschieht. Vgl. dazu H.-J. Gamm, Das Elend der spätbürgerlichen Pädagogik. Studien über den politischen Erkenntnisstand einer Sozialwissenschaft. München 1972.

Zur Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes

Von Regine Meyer

I

Voraussichtlich im November 1971 wird der Bundestag ein neues Betriebsverfassungsgesetz (BetrVG) verabschieden und damit entscheidenden Einfluß nehmen auf die Möglichkeiten gewerkschaftlicher Interessenvertretung im Betrieb. Das Ergebnis wird zugleich ein Indikator für die Stärke der westdeutschen Gewerkschaftsbewegung und ihre Bereitschaft zur Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse sein.

Das jetzt gültige Gesetz vom 11. Oktober 1952 wurde gegen den Willen der Gewerkschaften und gegen die Stimmen von SPD und KPD verabschiedet. Es war der Markierungspunkt für den vorläufigen Sieg des wiedererstarkten Großkapitals über die westdeutsche Arbeiterbewegung, der den Weg freigab für die Restauration des staatsmonopolistischen Systems in der BRD. Zum Teil ist diese Niederlage zweifellos auf die inkonsequente Haltung der Gewerkschaften zurückzuführen, die im entscheidenden Moment keinen Widerstand mehr leisteten.

Im Hinblick auf die notwendigen Kampfmaßnahmen für eine Revision des Gesetzes im Sinne der Interessen der Lohnabhängigen erscheint es nützlich, einen kurzen Rückblick auf die Entwicklung zu werfen, die zu der Niederlage von 1952 führte. Bevor daher das geltende Gesetz ebenso wie die Entwürfe der Bundesregierung und des DGB zur Novellierung untersucht werden [1]), sollen zunächst die Auseinandersetzungen um die Verabschiedung des jetzigen BetrVG geschildert werden.

Von den weitreichenden gesellschaftspolitischen Vorstellungen, die die Gewerkschaften nach dem Zusammenbruch des Faschismus vertreten hatten, konnten sie aufgrund der spezifischen gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse im besetzten Deutschland nur die paritätische Mitbestimmung in der Montanindustrie durchsetzen. Sie wurde 1947 noch unter westalliierter Kontrolle eingeführt. Bedeutete die paritätische Mitbestimmung auch einerseits den vorläufigen Verzicht auf die Überführung der Schlüsselindustrien in Gemeineigentum, so zeigte sie andererseits doch die immer noch relativ schwache Position der Unternehmer. Drei Jahre später dagegen konnte selbst dies Überbleibsel von den gewerkschaftlichen Neuordnungs-Konzeptionen nur durch massive Streikdrohungen erhalten werden. Im November 1950 äußerte Ludwig Erhard, die Mitbestimmung müsse wieder abgeschafft werden, da sie gegen westdeutsches Recht verstoße [2]). Nur durch Urabstimmungen in der Montanindustrie, in denen über 95 % der Stimmberechtigten für den Streik stimmten, konnte die Verabschiedung des Montanmitbestimmungsgesetzes (MBG) erzwungen werden. Aber dieser Erfolg konnte nicht darüber hinwegtäuschen, daß sich die Gewerkschaften bereits in der Defensive befanden, und zwar nicht nur im Hinblick auf die Mitbestimmung, die sie nicht auf die gesamte Großindustrie ausweiten konnten, sondern in bezug auf ihre Stellung und ihren Einfluß in dem neuen Staat überhaupt. Der Briefwechsel zwischen

[1]) Die Zahlreichen Entwürfe anderer Organisationen (DAG, Parteien, Unternehmerverbände) sollen der Übersichtlichkeit halber vernachlässigt werden, zumal für die Endfassung des Gesetzes die beiden genannten Entwürfe die größte Bedeutung haben dürften.

[2]) Vgl. Wolfgang Hirsch-Weber, Gewerkschaften in der Politik, Köln und Opladen 1959, S. 89.

Adenauer und dem DGB-Vorsitzenden Hans Böckler ebenso wie die Bundestagsdebatte über das MBG zeigten, daß es sich in dieser Auseinandersetzung gar nicht primär um die Mitbestimmung handelte, sondern um den Kampf der herrschenden Klasse gegen die außerparlamentarische Kampfkraft der Gewerkschaften, gegen den politischen Streik und gegen den gesellschaftspolitischen und gesellschaftsverändernden Einfluß der Gewerkschaften insgesamt [3]).

Bei der Auseinandersetzung um das Betriebsverfassungsgesetz im Jahre 1952 brachen die Fronten offen auf. Bereits 1950 hatten in Hattenheim und in Maria Laach Gespräche zwischen den Unternehmerverbänden und den Gewerkschaften stattgefunden, die aber am Widerstand der Unternehmer gegen die Forderungen der Gewerkschaften nach einem einheitlichen BetrVG für die gewerbliche Wirtschaft und den öffentlichen Dienst mit voller, d. h. paritätischer Mitbestimmung in Großbetrieben scheiterten. Bald nach der ersten Lesung des Gesetzes am 27. Juli 1950, die den Entwurf an die Ausschüsse für Arbeit und Wirtschaftspolitik zurückverwies, rückte die Verteidigung der Montanmitbestimmung in den Vordergrund der Gewerkschaftspolitik. Erst zwei Jahre später kam die Vorlage wieder vor den Bundestag. Inzwischen hatte sich die politische Lage in der BRD weiter verschärft. Im Juni 1951 war das politische Strafrecht verabschiedet worden. Zur gleichen Zeit wurde die Freie Deutsche Jugend (FDJ) verboten. Im November — einen Tag nach der Fertigstellung des EVG- und Generalvertrages — stellte die Bundesregierung einen Verbotsantrag gegen die KPD [4]). Im Dezember 1951 zog der DGB endgültig aus den paritätischen Ausschüssen der Bundesregierung für Investitionen, für Löhne und Preise sowie für Import und Export aus. Es könne den Gewerkschaften nicht zugemutet werden, „daß sie in den Augen der Öffentlichkeit mit Verantwortung für eine Wirtschaftspolitik beladen werden, für die sie keine Verantwortung tragen können, da sie auf ihre Gestaltung keinen Einfluß haben" [5]).

Unter diesen Umständen mußte der Kampf um das BetrVG sehr hart werden. Schon Anfang des Jahres 1952 hatten die Gewerkschaften Kritik an der Arbeit der Bundestagsausschüsse geübt, da sie ihre wesentlichen Forderungen nach einem einheitlichen Gesetz, nach Mitbestimmung der Betriebsräte in allen betrieblichen Fragen und nach paritätischer Mitbestimmung in Großbetrieben nicht berücksichtigten. Vor allem war der Entwurf daraufhin angelegt, die Gewerkschaften weitgehend aus den Betrieben auszuschließen und einen Keil zwischen Betriebsräte und Gewerkschaften zu treiben.

Im Mai 1952 fand der genannte Briefwechsel zwischen Christian Fette, dem nach dem Tode Hans Böcklers 1951 neugewählten DGB-Vorsitzenden, und Adenauer statt. Fette kritisierte die Gesetzgebung des Bundestags, die schon mehrmals bestehende Regelungen zwischen den „Sozialpartnern" verschlechtert habe und nun dasselbe mit dem BetrVG zu tun drohe. Er betonte noch einmal, daß die gewerkschaftlichen Forderungen nicht aus „Machtstreben" entstanden seien, sondern um der Demokratie eine feste Basis zu verleihen. Der Brief schloß mit den Worten: „Der Deutsche Gewerkschaftsbund vermag die Verantwortung für diese Entwicklung nicht mehr zu tragen und ist daher gezwungen, seine Mitglieder zu gewerkschaftlichen Kampfmaßnahmen aufzurufen für die Schaffung eines einheitlichen Betriebsverfassungsgesetzes, das dem gemeinsamen Wollen nach einer neuen Ordnung gerecht wird" [6]). Der Kanzler antwortete, die Ausschüsse hätten

---

3) Vgl. Theo Pirker, Die blinde Macht, Bd. 1, München 1960, S. 184 ff.; Deppe u. a., Kritik der Mitbestimmung, Frankfurt/M. 1969, S. 96 ff.; Hirsch-Weber, a.a.O., S. 88 ff.
4) Vgl. KPD 1945—1965, Abriß, Dokumente, Zeittafel, Berlin (DDR) 1966, S. 71 f.
5) Zit. nach Hirsch-Weber, a.a.O., S. 100.
6) Zit. nach Hirsch-Weber, a.a.O., S. 103.

sich bemüht, den Interessen der „Arbeitnehmer" Rechnung zu tragen. Weiterhin führte er aus: „Ich darf auch heute keinen Zweifel darüber aufkommen lassen, daß ich eine organisierte Schädigung der Volkswirtschaft durch Streiks, die nur unternommen werden, um der Parlamentsmehrheit den gewerkschaftlichen Willen aufzuzwingen, als einen Verstoß gegen das Grundgesetz und als eine gefährliche Störung der inneren Ordnung unseres Staatswesens ansehen muß ... Die Ankündigung gewerkschaftlicher Kampfmaßnahmen fällt zeitlich zusammen mit der aus der Sowjetzone kommenden Drohung, das Zustandekommen des Deutschlandvertrages unter anderem durch Ausrufung eines Generalstreiks in der Bundesrepublik zu verhindern ... Weite Kreise des deutschen Volkes werden das zeitliche Zusammenfallen unter diesen Umständen nicht für einen Zufall halten ..." [7]). Das war eine offene Kampfansage: es ging jetzt um die Position der Gewerkschaften in dem neuen Staat. Die herrschende Klasse war fest entschlossen, die Gewerkschaften ein für allemal zu integrieren, um sie als außerparlamentarischen Machtfaktor auszuschalten. Die Gewerkschaften hätten alles wagen müssen, um sich durchzusetzen. Sie befanden sich aber schon in einer geschwächten Position: durch die Verabschiedung des MBG entfiel ein wichtiger kampfbereiter und -erfahrener Teil der Arbeiterklasse für die Auseinandersetzung. Zudem war die öffentliche Meinung gegen die Gewerkschaften eingestellt. Es wurden vielerlei Gerüchte über die angeblichen Kampfmaßnahmen der Gewerkschaften verbreitet, zum Teil auch aufgrund verbalradikaler Reden führender Gewerkschafter. In Wirklichkeit existierte jedoch keineswegs so etwas wie ein Generalstabsplan der Gewerkschaften. Am 12. Mai 1952 ließ der DGB 10 Mio. Flugblätter verteilen, in denen die Arbeiter, Angestellten und Beamten zum Kampf für ein fortschrittliches BetrVG aufgerufen wurden. Mitte Mai fanden Kundgebungen und Demonstrationen statt, die mit kurzen Arbeitsniederlegungen verbunden waren. Die Aufrufe der Gewerkschaften wurden massenhaft befolgt — es demonstrierten Hunderttausende; darin wurde die potentielle Kampfkraft der westdeutschen Arbeiterklasse sichtbar.

Trotzdem war es in dieser Situation, in der die öffentliche Meinung, d. h. die Massenmedien, fast geschlossen gegen die Gewerkschaften war, taktisch äußerst ungeschickt, den Zeitungsstreik auszurufen, der vom 27. bis 29. Mai 1952 stattfand. Zwar war der Streik organisatorisch ein großer Erfolg, aber nun war der Vorwand vorhanden, den Gewerkschaften auch noch vorzuwerfen, sie verstießen gegen die Pressefreiheit. Zudem fand der Streik gerade in den Tagen statt, als der Deutschlandvertrag unterzeichnet wurde. Aber dieser Kampfmaßnahme, die wie ein Auftakt zu weitreichenden Aktionen aussah, folgten keine weiteren. Anfang Juni ließen sich die Gewerkschaften auf Verhandlungen mit der Bundesregierung und einer Gruppe von Bundestagsabgeordneten ein, die sich einen Monat lang ohne viel Erfolg hinzogen. Die DGB-Führung hatte die Aktionen bis auf weiteres eingestellt und glaubte, auf dem Verhandlungswege etwas erreichen zu können. Erst am 7. Juli, als die Gewerkschaftsvertreter erfuhren, daß die Bundesregierung bereits am 13. Juni hinter dem Rücken der Gewerkschaften einen separaten Entwurf zu einem Personalvertretungsgesetz verabschiedet hatte, verließen sie die Verhandlungen. Die Gewerkschaften waren auf die Verschleppungstaktik der Bundesregierung hereingefallen. Nun war es zu spät für Aktionen; die 2. Lesung fand schon am 16./17. Juli statt.

Auch die Hoffnung, die 3. Lesung werde erst nach den Parlamentsferien stattfinden, erfüllte sich nicht. Im Gegenteil, die Sitzungsperiode wurde sogar um einen Tag verlängert, um das Gesetz am 19. Juli noch durchpeitschen zu können.

7) Zit. nach Pirker, a.a.O., S. 261/262.

Die Gewerkschaften waren geschlagen, ihre Pläne zur „Neuordnung" von Wirtschaft und Gesellschaft hatten sie nicht durchsetzen können. Von nun an rückten die traditionellen tarifpolitischen Aufgaben in den Vordergrund der Gewerkschaftspolitik. Die Mitbestimmung kam erst wieder in den 60er Jahren in die Diskussion.

Das nun verabschiedete und heute noch gültige Betriebsverfassungsgesetz wurde zu Recht von den Gewerkschaften abgelehnt. Nachdem durch die Sonderregelung des Montanmitbestimmungsgesetzes dieser Teil der Arbeiterklasse bereits für den Kampf um das BetrVG ausgefallen war, wurde die Arbeiterklasse nun durch die Ausklammerung des öffentlichen Dienstes nochmals gespalten. Das 1955 verabschiedete Personalvertretungsgesetz fiel auch dementsprechend noch schlechter aus als das BetrVG.

II

Kernstück des BetrVG ist der § 49, der den Charakter des Gesetzes als eines Instruments der herrschenden Klasse zur Knebelung der Arbeiterklasse und ihrer Interessenvertreter deutlich kennzeichnet. Darin heißt es: „Arbeitgeber und Betriebsrat arbeiten ... vertrauensvoll ... zum Wohle des Betriebs und seiner Arbeitnehmer unter Berücksichtigung des Gemeinwohls zusammen. Arbeitgeber und Betriebsrat haben alles zu unterlassen, was geeignet ist, die Arbeit und den Frieden des Betriebs zu gefährden ..." Hier wird mit unverblümter Offenheit die Betriebsgemeinschafts-Ideologie der NS-Zeit übernommen. Otto Brenner schreibt dazu: „Die dem Gesetzeswerk innewohnende Ideologie entspricht einer Zeit, die wir 1945 ein für allemal überwunden glaubten. Ein Textvergleich mit dem Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit vom 20. Januar 1934 macht deutlich, was ich meine ... Seit Jahren müssen wir erleben, wie die spezifisch nationalsozialistische Ideologie von der ‚Volks- und Betriebsgemeinschaft' dem Gesetz unterschoben wird" [8]).

Mit diesem Zwang zur „Partnerschaft" sollen die Betriebsräte in eine Pufferstellung zwischen Kapital und Arbeit gebracht werden, die eine konsequente Interessenvertretung im Sinne der Lohnabhängigen verhindert und sie an das „Wohl des Betriebs", d. h. das Profitstreben, kettet. Durch die Bindung an die Friedenspflicht ist der Betriebsrat gezwungen, bei spontanen Streiks z. B. die Arbeiter wieder zur Arbeit anzuhalten. Er selbst darf natürlich auch keinen Streik ausrufen. Hinzu kommt, daß die Betriebsräte ebenso wie die Mandatsträger der Lohnabhängigen in den Aufsichtsräten als Vertreter der Belegschaften und nicht der Gewerkschaften gewählt werden. Damit sollen die Belegschaften und ihre Vertreter von den Gewerkschaften getrennt und der Betriebsegoismus bei den Betriebsräten gestärkt werden. Bei den Belegschaften soll die Illusion geweckt werden, sie könnten auch ohne eine starke gewerkschaftliche Interessenorganisation ihre Forderungen durchsetzen. Zudem wird der Unternehmer-Propaganda Vorschub geleistet, die Gewerkschaften seien „betriebsfremde Elemente". Viele Betriebsräte haben sich aufgrund mangelnder Schulung und Erkenntnis ihrer Interessen und Aufgaben diesem „Profitsicherungsparagraphen" untergeordnet; andere werden in ihren Bemühungen um kompromißlose Interessenvertretung stark behindert. Immerhin gibt es auch viele Betriebsräte, die den Klassencharakter des § 49 sowie des gesamten BetrVG erkannt haben und aufgrund ihrer star-

[8]) Otto Brenner, Gewerkschaftliche Dynamik in unserer Zeit, Frankfurt/M. 1966, S. 125. Die §§ 1 und 2 des Gesetzes zur Ordnung der nationalen Arbeit von 1934 lauten: „Im Betrieb arbeiten der Unternehmer als Führer des Betriebes, die Angestellten und Arbeiter als Gefolgschaft gemeinsam zur Förderung der Betriebszwecke und zum gemeinsamen Nutzen von Volk und Staat. Der Führer des Betriebes entscheidet der Gefolgschaft gegenüber in allen betrieblichen Angelegenheiten ... Er hat für das Wohl der Gefolgschaft zu sorgen. Diese hat ihm die in der Betriebsgemeinschaft begründete Treue zu halten."

ken Basis in der Belegschaft in der Lage sind, das Gesetz zu unterlaufen. Trotzdem bleibt der § 49 eine gefährliche juristische Fessel für die Entwicklung des Klassenbewußtseins und des Kampfes der westdeutschen Arbeiterklasse, zumal er die Belegschaften in entscheidenden Auseinandersetzungen der Führung beraubt [9]).

Ein weiteres einschneidendes Hemmnis für die Arbeit des Betriebsrats ist die Schweigepflicht. Im § 55 heißt es: „Alle Mitglieder oder Ersatzmitglieder des Betriebsrats sind verpflichtet, über vertrauliche Angaben oder Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse, die ihnen wegen ihrer Zugehörigkeit zum Betriebsrat bekanntgeworden und vom Arbeitgeber ausdrücklich als geheimzuhalten bezeichnet worden sind, Stillschweigen auch nach dem Ausscheiden aus dem Betriebsrat zu wahren . . ." Dasselbe gilt auch für den paritätisch besetzten Wirtschaftsausschuß (§§ 67—71), der im übrigen dem Betriebsrat nur ein Informationsrecht gewährt und wegen seiner Wirkungslosigkeit auch nur in einem Drittel der in Frage kommenden Betriebe besteht. Gerade am Wirtschaftsausschuß zeigt sich der Verschleierungscharakter des BetrVG sehr deutlich: Hier wird Einsicht in die Geschäftsbücher vorgespiegelt, aber nur „soweit dadurch nicht die Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse des Unternehmens gefährdet werden." Der Unternehmer bestimmt also allein, welche Informationen der Betriebsrat bekommt; außerdem kann der Betriebsrat damit kaum etwas anfangen, da er der Schweigepflicht unterliegt. Weiterhin ist nur ein Teil des Betriebsrats im Wirtschaftsausschuß vertreten, so daß die Gefahr einer neuerlichen Siebung der Informationen besteht. Zwar gilt auch hier, daß ein klassenbewußter Betriebsrat die Schweigepflicht unterlaufen kann, indem er Informationen unter der Hand weitergibt [10]); trotzdem muß die Schweigepflicht abgeschafft werden — der Betriebsrat darf allein der Belegschaft und der Gewerkschaft verantwortlich sein, und lückenlose Information ist die erste Voraussetzung für die Mobilisierung der Lohnabhängigen.

Auf derselben Linie wie die Friedens- und die Schweigepflicht liegt das Verbot „jede(r) parteipolitische(n) Betätigung im Betrieb" (§ 51) — formal ausgesprochen für „Arbeitgeber und Betriebsrat"; in der Praxis wird natürlich nur der Betriebsrat davon betroffen. Es gibt den Unternehmern eine Handhabe, um jegliche politische Stellungnahme im Betrieb zu unterdrücken und mit Sanktionen zu bedrohen. Von Mitbestimmung des Betriebsrats kann überhaupt keine Rede sein; mitbestimmen darf er lediglich in sozialen Angelegenheiten (§ 56), aber die entscheidenden wirtschaftlichen und personellen Fragen sind seinem Einfluß entzogen. So wichtig auch soziale Probleme sind (Regelung von Beginn und Ende der Arbeitszeit, Zeit und Ort der Lohnauszahlung, Urlaubsplan, Berufsausbildung, Sozialeinrichtungen, Betriebsordnung, Akkord- und Stücklohnsätze, Entlohnungsmethoden), so versuchen die Unternehmer doch oft, den Betriebsrat mit der Verwaltung von betrieblichen Sozialeinrichtungen zu beschäftigen bzw. als Ordnungsfaktor bei der Aufstellung und Überwachung der Betriebsordnung einzusetzen, um ihn von wichtigeren Problemen abzulenken. Selbstverständlich darf auf dies Mitbestimmungsrecht nicht verzichtet werden, aber es reicht nicht aus. Bei personellen Angelegenheiten beispielsweise hat der Betriebsrat nur ein Anhörrecht. Er kann gegen eine Einstellung nur innerhalb von einer Woche und nur aus im Gesetz angegebenen und schwer beweisbaren Gründen (z. B. wenn der Bewerber aufgrund von Beziehungen eingestellt wird) Einspruch erheben (§ 61). Bei Einzelkündigungen hat er ebenfalls nur Anhörrecht. Nur bei Massenentlassungen — die Zahl ist je nach Betriebsgröße gesetzlich festgelegt und wird deshalb von den

[9]) Vgl. dazu Mitbestimmung als Kampfaufgabe, hrsg. vom Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF), Frankfurt/M., Köln 1971, besonders S. 248—250 und S. 292/293.
[10]) Vgl. a.a.O., besonders S. 248—250 und S. 253.

Unternehmern meist gerade um eine Person unterschritten — muß er vom Unternehmer „so früh wie möglich" unterrichtet werden und mit diesem „über Art und Umfang der erforderlichen (...) Entlassungen sowie über die Vermeidung von Härten bei Entlassungen ... beraten" (§ 66). In der Praxis sieht das meist so aus, daß der Betriebsrat erst in letzter Minute von den Entlassungen erfährt, denn was „so früh wie möglich" heißt, bestimmt allein die Unternehmensleitung [11]). Sodann läuft die Unternehmertaktik darauf hinaus, die Entlassungskandidaten vom Betriebsrat auswählen zu lassen, damit dieser bei der Belegschaft in ein schlechtes Licht gerät und sich die Aggressionen der Arbeiter nicht gegen den wirklich Verantwortlichen, den Unternehmer, richten, sondern gegen den Betriebsrat.

In wirtschaftlichen Angelegenheiten schließlich hat der Betriebsrat überhaupt kein Mitbestimmungsrecht, wie schon an der Institution des Wirtschaftsausschusses deutlich wurde. Lediglich bei Betriebsänderungen, „die wesentliche Nachteile für die Belegschaft oder erhebliche Teile der Belegschaft zur Folge haben können" (§ 72), besteht ein formales Mitbestimmungsrecht. Dies gilt aber nicht für „grundlegende Änderungen des Betriebszwecks oder der Betriebsanlagen, soweit sie ... offensichtlich auf einer Veränderung der Marktlage beruhen", und für die „Einführung grundlegend neuer Arbeitsmethoden, soweit sie ... offensichtlich dem technischen Fortschritt entsprechen." Nun werden die Unternehmer sicherlich keine technisch veralteten Anlagen anschaffen und den Betriebszweck nicht ändern, wenn der Markt es nicht erfordert. Damit ist das Mitbestimmungsrecht nach diesem Paragraphen eine reine Farce.

Für die Belegschaftsvertreter im Aufsichtsrat gilt dasselbe wie für den Betriebsrat, denn erstens besetzen sie nur ein Drittel der Aufsichtsratssitze, können somit immer überstimmt werden, und zweitens sind sie durch das Aktiengesetz an das „Wohl des Unternehmens" gebunden [12]).

In den sogenannten Tendenzbetrieben schließlich (Betriebe, die politischen, gewerkschaftlichen, konfessionellen, karitativen, erzieherischen, wissenschaftlichen, künstlerischen und ähnlichen Bestimmungen dienen) ist die Interessenvertretung der Belegschaften noch weiter eingeschränkt. Die §§ 67 bis 77 (Wirtschaftsausschuß, Mitbestimmung bei Betriebsänderungen, Beteiligung am Aufsichtsrat) finden überhaupt keine Anwendung und die übrigen Bestimmungen des BetrVG nur insoweit, „als nicht die Eigenart des Betriebs dem entgegensteht" (§ 81). Damit wird ein beträchtlicher und mit der Tendenz zur Proletarisierung auch der Künstler und Wissenschaftler wachsender Teil der Lohnabhängigen eines wirksamen Schutzes gegen materielle Ausbeutung und Reglementierung ihres Schaffens beraubt [13]).

III

Sind auch Institutionen und Besetzungsparitäten nicht das Wesentliche in den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen, sondern die realen Machtverhältnisse der Klassen [14]), so wirken sich doch Gesetze wie das BetrVG außerordentlich hemmend auf die Bewußtwerdung der westdeutschen Arbeiterklasse aus und müssen daher bekämpft werden. Aus diesem Grunde müssen vor allem folgende Forderungen für die Novellierung des BetrVG gestellt werden:

11) Vgl. dazu das Protokoll einer Betriebsversammlung in einer Zeche kurz vor der Stillegung, in: Erika Runge, Bottroper Protokolle, Frankfurt/M. 1968, S. 115 ff.
12) Vgl. Deppe u. a., a.a.O., S. 113 ff.
13) Vgl. hierzu die Bestrebungen zur Gründung einer IG Kultur, „Frankfurter Rundschau", 25. 6. 1970, 8. 12. 1970, 3. 6. 1971.
14) Vgl. dazu Mitbestimmung als Kampfaufgabe, a.a.O., S. 303 ff.

1) Aufhebung des § 49; klare Festlegung des Betriebsrats auf die Interessen seiner Wähler; imperatives Mandat; jederzeitige Abwählbarkeit;

2) Aufhebung der Schweigepflicht; Rechenschaftspflichtigkeit des Betriebsrats vor Belegschaft und Gewerkschaft; Pflicht zur ständigen und umfassenden Information der Belegschaft über alle betrieblichen und gewerkschaftlichen Vorgänge;

3) umfassende Mitbestimmung in allen wirtschaftlichen, personellen und sozialen Fragen; paritätische Besetzung der Aufsichtsräte;

4) freier Zugang der Gewerkschaften zu den Betrieben; Wahl der Betriebsräte als Vertreter der Gewerkschaften und nicht nur der Belegschaften;

5) Kündigungsschutz und volle Mitbestimmung der Jugendvertreter in allen Jugendfragen; regelmäßige Teilnahme an den Betriebsratssitzungen; volle Unterrichtung über alle betrieblichen und gewerkschaftlichen Fragen;

6) ersatzlose Streichung des Tendenzschutzparagraphen.

An diesen Kriterien sind die vorliegenden Entwürfe der Bundesregierung und des DGB zum BetrVG zu messen. Der Regierungsentwurf vom 3. Dezember 1970, der übrigens auf Betreiben der Unternehmerverbände, der FDP und — was offiziellerseits gern vertuscht wird — rechter SPD-Kreise gegenüber dem ursprünglichen Arendt-Entwurf verschlechtert wurde, genügt diesen Anforderungen keineswegs. Im Gegenteil: er fällt in vielen Punkten hinter das geltende Gesetz zurück. Die wesentlichen Kritikpunkte sind:

1) Der Zwang zur „Sozialpartnerschaft" und die Bindung an die Friedenspflicht sowie die Schweigepflicht bleiben bestehen (§ 2).

2) Während nach § 2 des Regierungsentwurfs den Gewerkschaften nur „im Benehmen mit dem Arbeitgeber und dem Betriebsrat Zugang zum Betrieb" gewährt werden sollte, wurde diese Formulierung nun vom Bundestagsausschuß für Arbeit und Sozialordnung dahingehend geändert, daß die Gewerkschaften „nach Unterrichtung des Arbeitgebers oder seines Vertreters" den Betrieb betreten dürfen. Dem Wortlaut nach ist dies eine eindeutige Verbesserung; die Praxis wird erweisen müssen, ob dieser Passus wirklich als reines Informationsrecht des Unternehmers ausgelegt wird oder ob der Zugang von Gewerkschaftsvertretern weiterhin von der Genehmigung des Unternehmers abhängig gemacht und damit beschränkt wird [15]). Des weiteren bietet die Formulierung des ursprünglichen Regierungsentwurfs, daß den Gewerkschaften nur Zutritt zum Betrieb zu gewähren ist, „soweit dem nicht unumgängliche Notwendigkeiten des Betriebsablaufs, zwingende Sicherheitsvorschriften oder der Schutz von Betriebsgeheimnissen entgegensteht" (§ 2), den Unternehmern unübersehbare Vorwände, um die Gewerkschaftsvertreter von den Betrieben fernzuhalten.

3) Durch Tarifvertrag können „zusätzliche betriebsverfassungsgesetzliche Vertretungen der Arbeitnehmer bestimmter Beschäftigungsarten oder Arbeitsbereiche (Arbeitsgruppen)" (§ 3) errichtet werden. Diese Regelung soll den Unternehmern eine neue Handhabe bieten, um die Gewerkschaften zu schwächen und den Betriebsrat durch Einrichtung von Konkurrenzorganen lahmzulegen. Da in vielen Betrieben diese Arbeitsgruppensprecher identisch sein würden mit den gewerkschaftlichen Vertrauensleuten, würden diese, die bisher nicht betriebsverfassungsrechtlich gebunden sind, auch an die Kette der „Sozialpartnerschaft", der Friedens- und der Schweigepflicht gelegt. Darüber hinaus besteht die Gefahr, daß durch die Wahl von Arbeitsgruppensprechern unter den jetzigen Bedingungen Illusionen von Mitbestimmung am Arbeitsplatz geweckt werden, die darüber hinwegtäu-

[15]) Vgl. „Unsere Zeit" (UZ), Nr. 39, 25. 9. 1971; Metall, Nr. 20, 23. Jg., 28. 9. 1971.

schen sollen, daß in den entscheidenden unternehmenspolitischen Fragen keinerlei Mitbestimmung besteht [16]).

Ebenso wie die Betriebsräte durch Einrichtung von Konkurrenzvertretungen geschwächt werden sollen, dient die Verstärkung der Minderheitenrechte innerhalb der Betriebsräte der Spaltung der Belegschaften und ihrer Interessenvertretungen (§ 27).

4) In engem Zusammenhang damit steht das Problem der „leitenden" Angestellten. Während der Regierungsentwurf diesen Begriff zunächst derart ausgeweitet hatte, daß damit ein großer Personenkreis dem Einfluß der Gewerkschaften und der Vertretung durch den Betriebsrat entzogen wurde, hat der Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung die Definition der vom Gesetz ausgeschlossenen leitenden Angestellten wieder auf die in § 4, Abs. 2 c des geltenden Gesetzes gegebene Bestimmung beschränkt. Ebenso wurde die von der CDU/CSU geforderte Sondervertretung der leitenden Angestellten neben dem Betriebsrat abgelehnt. Bei der Ruhrkohle AG sollten solche, mit dem Betriebsrat konkurrierenden „Gesprächskreise" Anfang 1971 bereits eingeführt werden; sie konnten nur durch den entschlossenen Widerstand des Betriebsrats und Streikdrohungen der Belegschaft verhindert werden [17]). Trotzdem entspricht die jetzt vorgeschlagene Regelung noch nicht den Forderungen des DGB. Der DGB will den Kreis der „leitenden" Angestellten, die vom BetrVG ausgenommen sind, auf diejenigen beschränkt wissen, die zur Einstellung und Entlassung aller Beschäftigten befugt sind und damit wirklich Unternehmerfunktionen ausüben. Zwar haben viele der Betroffenen ihre objektiven Interessen noch nicht erkannt, aber in absehbarer Zeit werden auch sie im Zuge der wissenschaftlich-technischen Revolution auf kapitalistischer Grundlage die Arbeitsplatzunsicherheit zu spüren bekommen und Forderungen nach tariflicher Absicherung, nach geregelter Arbeitszeit und nach gesichertem Einkommen, vor allem im Alter, stellen. Eine gesetzliche Blockierung der Interessenvertretung durch Betriebsrat und Gewerkschaften würde dann ernsthafte Folgen haben.

5) Eine Verschlechterung gegenüber dem geltenden Recht ist die Beschränkung der Betriebsversammlungen von vier auf zwei im Jahr (§ 43). Die restlichen zwei sollen durch Abteilungsversammlungen ersetzt werden. Hier wird die Absicht deutlich, die Belegschaften eines wichtigen Forums zu berauben, das zur allgemeinen Information und Diskussion über betriebliche und politische Probleme dient und damit eine wesentliche Funktion für die Mobilisierung hat [18]). Die großbürgerliche „Frankfurter Allgemeine Zeitung" zitiert daher triumphierend — offensichtlich korrumpierte — Betriebsräte, die bei dem Hearing über das BetrVG „die größten Befürchtungen ... mit Betriebsversammlungen zu verbinden (scheinen), in denen plötzlich politische Agitation betrieben und nicht mehr über die Fragen des Betriebes sachlich diskutiert wird" [19]). Der Regierungsentwurf beschränkt aus diesem Grunde die Themen der Betriebs- und Abteilungsversammlungen auf Probleme tarifpolitischer, sozialpolitischer und wirtschaftlicher Art, „die den Betrieb oder seine Arbeitnehmer unmittelbar berühren" (§ 45), und bedroht damit jede breitere politische Diskussion mit Sanktionen. Dies wird weiterhin dadurch verschärft, daß parteipolitische Betätigung im Betrieb nach wie vor verboten bleibt (§ 74).

6) Die Bestimmungen über die Jugendvertretung (§§ 60—73) sind zwar besser als die jetzt geltenden, aber sie genügen noch keineswegs den Forderungen des

16) Vgl. dazu Deppe u. a., a.a.O., S. 235 ff.
17) Vgl. „Frankfurter Allgemeine Zeitung", 25. 2. 1971; „Frankfurter Rundschau", 30. 6. 1971.
18) So Mitbestimmung als Kampfaufgabe, a.a.O., besonders S. 189 ff.
19) Frankfurter Allgemeine Zeitung", 2. 3. 1971.

Bundesjugendausschusses des DGB. So fehlt ein wirksamer Kündigungsschutz für Jugendvertreter; fernerhin müßte die gesamte Jugendvertretung grundsätzlich an allen Betriebsratssitzungen teilnehmen dürfen und nicht nur bei der Behandlung von Jugendfragen. Bei Jugendfragen müßte die Jugendvertretung Stimmrecht im Betriebsrat haben. Jugendversammlungen müßten ebenso wie Betriebsversammlungen viertel- und nicht halbjährlich stattfinden. Weiterhin muß die Möglichkeit geschaffen werden, auch in Betrieben ohne Betriebsrat eine Jugendvertretung zu wählen, damit die Lehrlinge in kleinen Handwerksbetrieben eine Interessenvertretung bekommen.

7) Das Mitbestimmungsrecht des Betriebsrats ist nach wie vor kümmerlich. Zwar ist die Mitbestimmung in sozialen Angelegenheiten (§ 87) leicht ausgeweitet worden, aber bei den wesentlichen wirtschaftlichen und personellen Entscheidungen ist der Betriebsrat weiter machtlos. Bei der Planung neuer Bauten, technischer Anlagen, Fertigungsverfahren, der Arbeitsplatzgestaltung und des Arbeitsablaufs hat der Betriebsrat nur ein Unterrichtungs- und Beratungsrecht (§ 90). Erst wenn die Veränderungen „den gesicherten Erkenntnissen der Arbeitswissenschaft über die menschengerechte Gestaltung der Arbeit offensichtlich widersprechen", kann der Betriebsrat Abhilfe verlangen (§ 91). Auch der Wirtschaftsausschuß hat weiterhin nur ein Anhörrecht über wirtschaftliche Angelegenheiten und deren Auswirkung auf die Personalplanung, „soweit dadurch nicht die Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse des Unternehmens gefährdet werden" (§ 106). Bei Massenentlassungen und Umsetzungen, die den betroffenen Lohnabhängigen wesentliche Nachteile bringen, hat der Betriebsrat nach dem Regierungsentwurf ein Mitbestimmungsrecht. Dies gilt aber nicht, wenn die Maßnahmen „durch nicht geplante Einschränkungen der Beschäftigungsmöglichkeiten im Betrieb, insbesondere aufgrund einer Veränderung der Auftragslage oder der wirtschaftlichen Lage des Betriebs bedingt sind" (§ 111). Mit diesem Zusatz ist das Mitbestimmungsrecht faktisch wieder aufgehoben. Die Unternehmer können beruhigt sein. Auch bei den Rechten des Betriebsrats in personellen Fragen hat sich nicht viel geändert. Bei Einzelmaßnahmen wie Einstellungen, Umsetzungen usw. kann er die Zustimmung nach wie vor nur verweigern aus bestimmten, im Gesetz angeführten Gründen. Bei Einzelkündigungen (§ 102) hat er sogar nur ein Anhörrecht; zwar ist eine Kündigung ohne Anhörung des Betriebsrats unwirksam, aber die Anhörung bedeutet ja keineswegs, daß die Einwände des Betriebsrats auch berücksichtigt werden. Vielmehr hat er ein Widerspruchsrecht gegen ordentliche Kündigungen wiederum nur aus den im Gesetz angegebenen Gründen.

8) Die Einschränkung der Interessenvertretung in Tendenzbetrieben bleibt unverändert bestehen (§ 119).

IV

Insgesamt läßt sich sagen, daß der Regierungsentwurf zum BetrVG starke gewerkschaftsfeindliche Tendenzen aufweist, die Belegschaften spalten will und den Betriebsrat weiterhin an das Profitziel des Betriebes fesselt[20]). Der Entwurf liegt genau auf der Linie der Unternehmer, die die „Rechte der einzelnen Arbeitnehmer" ausbauen wollen, um die Belegschaften völlig aufzusplittern und die Illusion zu wecken, die Lohnabhängigen könnten als Vereinzelte — ohne Gewerkschaft und ohne Betriebsrat — ihre Interessen durchsetzen[21]). Die neuen Rechte des einzelnen „Arbeitnehmers" bestehen in dem Recht auf Einsicht in die Personalakte, einem Beschwerderecht und dem Recht, „Vorschläge für die Gestaltung

[20]) S. dazu auch Nachrichten-Sonderdruck, Synopse zur BetrVG-Novelle, Frankfurt/M. 1971.
[21]) S. „Frankfurter Allgemeine Zeitung", 2. 3. 1971.

des Arbeitsablaufs und des Arbeitsplatzes zu machen" (§§ 81—86). Letzteres ist besonders für die Unternehmer sehr nützlich und profitträchtig.

Im übrigen meint die Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), die Grundzüge des geltenden BetrVG, „mit denen eine bewährte und anerkannte Ordnung geschaffen werden konnte", sollten erhalten bleiben. Sie warnt davor, „durch ehrgeizige Neugestaltungsprojekte an bewährten Grundlagen zu rühren und die Funktionsfähigkeit der Betriebe zu gefährden" [22]). Dazu besteht allerdings bei dem Regierungsentwurf keine Gefahr, wenn auch die Unternehmerverbände dagegen opponieren, aber dies wohl weniger aus grundsätzlichen Erwägungen als aus der Hoffnung, vielleicht ihre Interessen noch ausschließlicher durchsetzen zu können.

Der Entwurf des DGB zum BetrVG vom 4. März 1970 bringt entscheidende Verbesserungen im Detail, die unbedingt unterstützt werden müssen; trotzdem muß er schärfstens kritisiert werden, weil er — entgegen den Interessen der Lohnabhängigen und den Aufgaben der Gewerkschaften — ebenfalls an der Formel der „vertrauensvollen Zusammenarbeit zwischen Betriebsrat und Arbeitgeber" sowie an der Schweigepflicht (§ 55) festhält. Dagegen waren von Anfang an die Anträge der Verwaltungsstelle Düsseldorf (Nr. 646) und der Verwaltungsstelle Mannheim (Nr. 658) zum 10. ordentlichen Gewerkschaftstag der IG Metall im September 1971 zu unterstützen, in denen es heißt: „ ‚Vertrauensvolle Zusammenarbeit' ist aufgrund der gegensätzlichen Interessen im Betrieb, im Unternehmen und in der Gesellschaft eine Fiktion und durch Gesetze nicht zu erzwingen", und „der ... Passus von der ‚vertrauensvollen Zusammenarbeit' zwischen Betriebsrat und Unternehmer hat sich nicht zuletzt in den letzten Lohnkämpfen als ein der Wirklichkeit in unserer Gesellschaft widersprechender Ausdruck von ‚Sozialpartnerschaft' erwiesen, deren Nutznießer nur die Unternehmer sind" [23]).

Zu kritisieren ist weiterhin, daß auch der DGB-Entwurf am Tendenzschutz festhält (§ 81); allerdings sollen Theater, Orchester, Kernforschungsanlagen und Großforschungszentren nicht unter die Tendenzbetriebe fallen. Die IG Druck und Papier fordert dagegen die ersatzlose Streichung dieses Paragraphen [24]).

Wichtige Verbesserungen im DGB-Entwurf sind:

1) Die Öffnungsklausel, die die tarifvertragliche Einführung über das BetrVG hinausgehender Rechte ermöglicht (§ 1);

2) die oben schon genannte Einengung des Kreises der „leitenden" Angestellten;

3) grundsätzlich gemeinsame Wahl des Betriebsrats durch die Arbeiter und Angestellten, um die Solidarität der Belegschaften zu stärken (§ 13);

4) das Recht eines jeden wahlberechtigten Lohnabhängigen oder einer im Betrieb vertretenen Gewerkschaft, eine Betriebsversammlung einzuberufen, um einen Wahlvorstand für die Betriebsratswahl zu wählen; sowie Kündigungsschutz auch für den Wahlvorstand und die Betriebsratskandidaten, um Maßregelungen durch die Unternehmensleitung vorzubeugen (§§ 16 und 19);

5) das Recht eines Beauftragten der im Betrieb vertretenen Gewerkschaft, mit beratender Stimme an den Betriebsratssitzungen teilzunehmen, sofern ein Viertel des Betriebsrats dieser Gewerkschaft angehört (§ 31);

6) die oben genannten Rechte sowie Kündigungsschutz für die Jugendvertretung (§§ 26a—26j);

22) „Frankfurter Allgemeine Zeitung", 19. 2. 1971.
23) „Metall", 23. Jg., 30. 7. 1971, Sonderdruck, S. 56 und 58.
24) Vgl. „Frankfurter Allgemeine Zeitung", 19. 4. 1971; „Gewerkschaftsspiegel", Nr. 17/1971, S. 33.

7) ferner sieht der DGB-Entwurf die volle Mitbestimmung des Betriebsrats bei Betriebsänderungen und bei personellen Fragen vor. Das Recht des Betriebsrats, die Entlassung betriebsstörender Beschäftigter zu fordern, soll auch auf leitende Angestellte ausgedehnt werden, da ein betriebsstörendes Verhalten dieser Personen sich oft besonders nachhaltig auswirkt. Auf den Wirtschaftsausschuß verzichtet der DGB-Entwurf, weil er sich in der Praxis als unwirksam erwiesen hat. Allerdings ändert sich an der Sachlage nichts Wesentliches, wenn lediglich das schmale Informationsrecht des Wirtschaftsausschusses auf den Betriebsrat übertragen wird, der weiterhin keine Mitbestimmung in wirtschaftlichen Angelegenheiten hat (§ 67) und der Schweigepflicht unterliegt.

Wesentlicher aber als alle Einzelheiten des Wortlauts ist die Frage der Mobilisierung der westdeutschen Arbeiterklasse für die Durchsetzung eines fortschrittlichen BetrVG. Der DGB hat zwar schon im Dezember 1970 „erbitterten Widerstand" gegen eine Verschlechterung der bestehenden Regelungen angekündigt [25]), aber geschehen ist seitdem nicht viel.

Bisher haben lediglich örtliche Veranstaltungen, Kundgebungen und einige Demonstrationen stattgefunden. Es ist den progressiven Kräften in den Gewerkschaften aber nicht gelungen, die Vorstände dazu zu zwingen, die eigenen Gewerkschaftsbeschlüsse durchzuführen und die Mitglieder auf breiter Basis zu mobilisieren. In letzter Zeit mehren sich allerdings die Forderungen verschiedener Gewerkschaftsgremien nach energischen Aktionen für ein BetrVG im Sinne der Lohnabhängigen. So forderte der Bezirksvorstand der IG Druck und Papier in Bayern den DGB-Bundesvorstand auf, eine Großkundgebung in Bonn durchzuführen und die Möglichkeit eines politischen Streiks zu prüfen [26]). Auch der Bezirksleiter der IG Metall in Bayern, Erwin Essl, sprach vom politischen Streik [27]). Mitglieder der IG Druck und Papier verabschiedeten die folgende Resolution an den DGB-Landesbezirksvorstand von Nordrhein-Westfalen: „Nach allen Erfahrungen der letzten Jahre, insbesondere der jüngsten Diskussionen um die Betriebsverfassung, können sich die Mitglieder des DGB nicht nur auf den Bundestag verlassen. Aus diesem Grunde ist es notwendig, noch vor der ersten Beratung des BVG zu demonstrativen Aktionen zu kommen. Wir fordern den DGB-Landesbezirksvorstand auf, an der geplanten Kundgebung am 16. Oktober festzuhalten. Gleichzeitig rufen wir zur Durchführung eines Marsches auf Bonn auf, wie er bereits vom Landesbezirkstag der IG Druck und Papier gefordert worden ist. Spontane Aktionen in und vor den Betrieben finden unsere volle Sympathie" [28]). Entsprechende Forderungen brachte auch der Gewerkschaftstag der IG Druck und Papier in der letzten Oktoberwoche in Nürnberg.

Wenn diese Aktionen allerdings nicht konsequent durchgeführt werden, droht sich die Niederlage von 1952 zu wiederholen. Die historische Erfahrung beweist, daß durch Verhandlungen und Appelle allein weder die Unternehmerverbände noch die Bundesregierung zur Berücksichtigung gewerkschaftlicher Kritik in prinzipiellen Fragen bewogen werden können. Sollte der Regierungsentwurf Gesetz werden, dann gilt es, sich an die Worte von Bundesarbeitsminister Arendt auf dem 10. ordentlichen Gewerkschaftstag der IG Metall zu erinnern, daß die Diskussion über die Betriebsverfassung auch über das neue Gesetz hinaus weitergeführt werden müsse [29]).

25) Vgl. „Frankfurter Allgemeine Zeitung", 3. 12. 1970.
26) „Gewerkschaftsspiegel", Nr. 17/1971, S. 33.
27) „Frankfurter Allgemeine Zeitung", 27. 9. 1971.
28) UZ, Nr. 40, 2. 10. 1971.
29) „Frankfurter Allgemeine Zeitung", 29. 9. 1971.

Italien im Spätherbst 1971

Von Wilfrid Schilling

I

Nichts kennzeichnet die derzeitige Lage in Italien besser als der zweideutige und sicher auch so gemeinte Satz des Arbeitsministers Donat-Cattin, der auf eine Anfrage im römischen Parlament sagte: „Die Regierung weiß nichts; sie weiß nicht, wie es weitergehen soll." Eine Äußerung, die man bei Donat-Cattin, der dem linken Flügel der Christdemokraten angehört, auch als pro domo, für die eigene Partei gedacht werten kann, die jüngst mit wenig Erfolg einmal mehr versucht hat, sich eine einheitliche politische Linie zurechtzubasteln, was nach dem Einbruch der Neofaschisten bei den sizilianischen Regionalwahlen und verschiedenen Gemeindewahlen im Frühjahr mehr als je notwendig wäre.

Zu diesem, nach Ansicht sämtlicher Experten bedrohlichen Anzeichen, Ausdruck für die wachsende Unzufriedenheit über die Mitte/Links-Regierung in Rom, an der die Democrazia Cristiana alles andere als unschuldig war, galt es Stellung zu nehmen, galt es als katholische Massenpartei Beschlüsse zu fassen, sich an die Brust zu schlagen und politische Kurskorrekturen anzubringen. Stattdessen zeigte die jüngste Beratung der Christdemokraten, daß der politische Moment verpaßt wurde, daß geredet wurde, wo gehandelt werden müßte, daß der in neun verschiedene politische Strömungen und unzählige Unterströmungen zerfallenen, seit 25 Jahren staatstragenden Regierungspartei Kraft, Willen und Ideen fehlen, politisch wirkungsvoll zu handeln, wie sie es vor langer Zeit vielleicht einmal, ob nun im Guten oder Schlechten, fertiggebracht hatte. Im höheren politischen Sinn bewies die Ratlosigkeit der DC in Rom, wie sehr sich die Mitte/Links-Formel, diese „historische Begegnung" zwischen dem parteilich konzentrierten politischen Katholizismus und dem weltlichen Sozialismus à la Nenni, verbraucht und zerschlissen hat. Man weiß es, aber man steckt den Kopf in den Sand und fürchtet sich, Tatsachen zu sehen, weil sich angesichts dieser evidenten Tatsachen jeder die Frage vorlegen müßte: und nun? Was soll daraus werden?

Als der berühmte Strohhalm für den Ertrinkenden bieten sich die üblichen Kompromisse an, festzuhalten und doch nicht so festzuhalten am Bündnis mit den Sozialisten, Augenaufschläge nach rechts, also eine eindeutig zweideutige Politik, und die Schatten über dem sonnigen Land werden länger, tiefer und schwärzer. Die allgemeine Resignation breitet sich aus. Im Regierungslager weiß niemand mehr, wie es weitergehen soll, die Regierten wissen es schon gar nicht, und die wiederholt vorgetragenen kommunistischen Vorschläge werden vorläufig noch prinzipiell überhört. Man hofft auf ein Wunder, doch bekanntlich ereignen sich Wunder — wenn überhaupt — in so verworrenen Lagen am allerwenigsten. Im Gegenteil, die düsteren Zeichen nehmen zu, und zum Rechtsruck des Frühjahrs tritt nach zehnjährigem Experiment die völlige Erschöpfung der Mitte/Links-Formel.

Zusätzlich hat der Tiefschlag Freund Nixons die wirtschaftliche und damit politische Unsicherheit vermehrt. Geängstigt starrt man jetzt auf die nicht ausblei-

benden Wirkungen in den Fabriken, und die bedrohlich ins Wackeln geratenen Arbeitsplätze werden von den Unternehmern als billiges Druckmittel gegen die Arbeiterschaft benutzt. Nach dem Motto „Das geschieht euch ganz recht, was habt ihr auch gestreikt, jetzt werdet ihr mal sehen, wie der Brotkorb höhergehängt wird." Eine hübsche Rechtfertigung für eigene Fehler, die mit dem kurzsichtigen Wunsch verbunden ist, daß der entstehende Druck durch das richtige „rechte" Ventil entweichen möge. Bei diesem Gedanken bekommt man unbezahlte und hochwillkommene Schützenhilfe von ultralinken Utopisten, oft bürgerlich-intellektueller Abkunft, die täglich nach Revolution schreien, wobei sie fehlende Gefolgschaft, anorganische Verzerrung oder die Tatsache, daß auch Arbeiter und ihre Familien essen wollen, wenig kümmert. Jene Utopisten agieren lautstark als politische Traumtänzer und tun aus unerfindlichen Gründen so, als bewegten sie sich auf dem politischen Boden Rußlands vor sechzig Jahren oder vor fünfundzwanzig Jahren in China und nicht im Italien von 1971. Oft recht apolitisch und ideologisch unvorbereitet, sind diese Sektierer Individualisten (Italien ist reich daran) die alles sofort, heute und jetzt haben wollen; es sind die Sprunghaften und Ungeduldigen, die niemals übersehen, welche Schäden sie anrichten, wie sehr sie der Repression von rechts in die Hand arbeiten. Zu der Furcht um den Arbeitsplatz kommt die Streikmüdigkeit unter den Arbeitern und das Wissen, daß man dem Gegner in der gegenwärtigen Situation nicht noch billige Vorwände zum diktatorischen Eingreifen zuspielen darf.

II

Ein weiterer Schatten, der besonders hart über den arbeitenden Massen liegt, ist die inflationistische, völlig ungerechtfertigte Teuerung, die das Land buchstäblich über Nacht getroffen hat. Als nämlich die Italiener erholt aus ihren Sommerferien nach Hause zurückkehrten, fanden sie mit einem Schlag die Lebensmittelpreise um 25 bis 30% erhöht vor. Wie konnte das geschehen? Fast jeder Italiener weiß, daß das von ihm gekaufte Endprodukt schon immer teurer war als jenes in anderen, auch kapitalistischen europäischen Ländern; teurer deshalb, weil es durch vielzuviele Hände von Verteilern und Zwischenhändlern läuft, von denen ein jeder auf Kosten des Endverbrauchers leben und möglichst gut leben will. Nun wäre nach den allgemeinen Maßstäben der inflationistischen Kurve und auch an internationalen Werten gemessen eine vierprozentige Teuerung verständlich und in diesem Rahmen akzeptabel gewesen. Doch bei einer Teuerung von 30% tauchte in linkspolitischen Kreisen der sicherlich nicht unbegründete Verdacht auf, daß sie künstlich von rechts manipuliert und politisch instrumentalisiert wurde, um den Marsch zu einer gewissen „Ordnung" zu beschleunigen. Der christdemokratische Innenminister Restivo griff auf eine verstaubte Verordnung aus der Kriegszeit zurück. Aber die Preise oszillieren weiter, denn Italien ist immer noch ein Land, in dem alles verboten und alles erlaubt ist. Hingegen werden die Löhne an gefährdeten Arbeitsplätzen keinesfalls steigen. Das Problem wird nicht einmal diskutiert, denn schon werden hier und dort Fabriken der kleinen und mittleren Industrie geschlossen und Arbeiter, denen man wegen der vielen Streiks der letzten Jahre immer und ausschließlich die Schuld an allen wirtschaftlichen Krisen zuschiebt, auf die Straße gesetzt. Wobei gern vergessen wird, daß unter allen Unternehmern in der EWG der italienische die meisten stillen Reserven, sprich Profite beiseitebringt, die er nicht zu investieren gewillt ist.

Ebensowenig ist das Problem einer rentablen Betriebsführung gelöst worden. Monströse Verwaltungsapparate, geboren aus eingewurzeltem Nepotismus und dem weitverzweigten System der „Empfehlungen", die negativ und unproduktiv zu Buche schlagen, sind ein allgemeines Übel. Aber sparen läßt sich bekanntlich am besten beim sozial Schwachen.

Das sind die wirtschaftlichen Schlagschatten, und an diesem Punkt darf die neue Steuerreform des sozialdemokratischen Ministers Preti nicht unerwähnt bleiben. Rein theoretisch sicherlich von den besten Absichten geleitet, sollte das umwälzende Reformwerk ab 1. Januar 1972 in Gang gesetzt werden. Eine Tatsache, die die Gemüter der Bürger eher verdüsterte, als hoffnungsvoll erhellte. Heute schon zittert man vor den unbekannten wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen dieser Reform, so daß schon jetzt von der Regierung die ersten Aufschübe verfügt werden mußten (ein halbes Jahr für die neue Verbrauchssteuer, ein Jahr für die Direktssteuer). Durch diese Atempause gewinnt das Parlament Zeit, kann die möglichen Folgen auf das soziale Gefüge besser abschätzen und das Gesetz der demokratischen Entwicklung des Landes anpassen. So notwendig ein reformiertes Steuerwesen für Staat und Gesellschaft ist, wird es jedoch nicht allein durch Aufstellen von Computern erreicht. Man muß sich nach allen Erfahrungen fragen, ob die Computer auch mit den Namen der reichen und großen Steuerflüchtigen gefüttert werden. Daß Lohn- und Gehaltsempfänger genau erfaßt werden, die zu allen Zeiten die Hauptlast getragen haben, bezweifelt niemand. Hingegen bleibt zweifelhaft, ob ein schwerfälliger, auf traditionelle Feindschaft gegen den erfaßten Steuerpflichtigen eingeschworener Apparat durch moderne technische Mittel gerechter werden wird.

Die Vorstellungen von Steuerehrlichkeit und Steuergerechtigkeit sind ebenso schön wie erstrebenswert, doch ist leicht vorauszusagen, welche Schwierigkeiten nach jahrzehntelangen Versäumnissen entstehen werden, wenn es für Kleingewerbetreibende, Kleinbetriebe und Händler gilt, echte Zahlen hinzuschreiben, während doch ihre Geschäfte nur auf Paketen von Wechseln laufen und Bargeld kaum vorhanden ist. Die ganze Fiktion vom Wirtschaftswunder gerät lange nach seinem Abklingen in Gefahr, aufzubrechen wie ein überreifes Furunkel. Mit anderen Worten: entweder wird bei zukünftigen Steuererklärungen (aus Notwehr oder aus Unehrlichkeit) genauso frisiert wie bisher, oder die Gefängnisse werden bei genauer Auslegung des Gesetzes die Sünder nicht mehr fassen können. Und die Kenner der Mentalität sehen bei übermäßigem Anziehen der Steuerschraube bereits einen Rückgang der Produktivität voraus. Steuermoral hängt immer mit Zahlungsmoral zusammen, und hier liegt der Steuerhund begraben. Der Artikelschreiber möchte dies an einem einfachen Beispiel erläutern: ein ihm bekannter Textilienvertreter, früher stets unterwegs mit zwei Gehilfen, die große Musterkoffer hinter ihm herschleppten, kommt jetzt allein mit einem kleinen schwarzen Köfferchen daher. Auf die Frage, ob er den Job gewechselt habe, verneint er lächelnd und öffnet das Köfferchen. Es ist gefüllt mit Packen uneingelöster Wechsel für vergangene Lieferungen an Stoffgeschäfte, Wert 800 Millionen Lire (viereinhalb Millionen Mark). Wenn es gut geht, so sagt er, wird er davon etwa zehn Millionen Lire (58 000 Mark) bei den Schuldnern flüssig machen können. Und wenn morgen die Banken in ganz Italien keine Wechsel mehr annähmen, lächelte er ironisch, dann sei es aus mit unserer Wirtschaft.

Wie aber, so fragt sich nicht nur der Laie, soll dieses Leben in den Tag hinein plötzlich an einem bestimmten Stichtag durch lautere Ehrlichkeit ersetzt werden?

III

Nicht weniger schwarz sind die Schatten, die sich auf kulturpolitischem Gebiet abzeichnen. Spricht man von der innenpolitischen Situation Italiens, so kann man den Vatikan dabei nicht unerwähnt lassen, obwohl es sich hier um zwei verschiedene Staaten handelt. Die gegenseitige Nichteinmischung und Souveränität ist zwar in jenem berühmten Konkordat von 1929 festgelegt worden, doch im italienischen Staatsgefüge ist der Vatikan stets präsent und unterhält, zumindest in starken Teilen der christdemokratischen Partei, ein beachtlich gut und der Natur der Sache angepaßt mehr leise als laut funktionierendes politisches Hebelwerk. Um dies völlig zu übersehen, müßte man eine angeborene Verachtung für das Konkrete haben. Angesichts der vielen Schwierigkeiten mit aufbegehrenden fremden Kardinälen, Theologen, Zölibatsgegnern und Klerikern, welche die Kirche sozial zu verändern suchen, ist der Heilige Vater gewissermaßen aus der konservierenden Defensive herausgetreten, um Italien, das Land des klassischen Katholizismus von überbordenden weltlichen Einflüssen zu reinigen und als Hort katholischer Christenheit zu bewahren. Von seinen Würdenträgern gut oder schlecht beraten, hat er genau den Augenblick gewählt, in dem Italien politisch und wirtschaftlich ohnehin schwer in der Krise steckt, und ließ bedächtig den Apfel der Zwietracht zwischen das Volk rollen. Wie nicht anders zu erwarten, wurde der Einwand des Heiligen Vaters von klerikalen und politischen Konservativen und von allen reformfeindlichen Kreisen begierig aufgenommen. Es handelt sich um das Referendum zur Abschaffung der Ehescheidung nach dem Gesetz Fortuna/Baslini; an den Scheidungsgesetzen anderer Länder gemessen, ohnehin nur eine halbe oder Viertellösung des Problems.

Zweifellos war das Ehescheidungsgesetz von Anfang an für die katholischen Ultras ein Sakrileg. Für sie waren und sind Spanien und Italien die letzten Horte der Moral in einem Meer der Verderbnis. Doch damals verhielten sich Papst und Kurie bei prinzipieller Ablehnung abwartend und flexibel, offensichtlich bestrebt, den frontalen Zusammenstoß mit den weltlichen Kräften zu vermeiden. Unter der neuen Restaurationswelle, die im Laufe der letzten zwei Jahre über den Vatikan hinwegging, und mit der intransigenten Gruppe unter dem einflußreichen Kardinal Dell'Acqua änderte sich das schnell. Heute scheut man den Zusammenstoß nicht mehr, nein, man sucht ihn offenbar, und das in einem Augenblick, da sich ohnedies im Lande die sogenannten Ordnungskräfte und Antireformisten zusammenschließen. Ein gewisser Professor Lombardi, der schon vor zwei Jahren auf die Durchführung eines vorsorglichen Referendums zwecks Verhinderung der Scheidungsgesetze losgelassen, aber zurückgepfiffen wurde, bekam jetzt freie Bahn. Zur Verblüffung der Anhänger des Gesetzes über diesen deus ex machina sammelte der katholische Aktivist in Venetien und im Latium 1,3 Millionen Stimmen zugunsten einer Volksbefragung zur Abschaffung der Scheidung und kündigte eifrig weitere Plebiszite gegen die Abtreibung, gegen die Verweigerung des Militärdienstes aus Gewissensgründen und sogar gegen die Universitätsreform an. Mit dieser Fleißarbeit ist er natürlich des Beifalls und der Unterstützung aller Reaktionäre sicher. Gleichgültig für die Sache ist, was die Verantwortlichen momentan zu erreichen trachten: das Nahziel, das darin besteht, dem Scheidungsgesetz durch Abänderungen soviel Wasser zuzusetzen, daß es sich am Ende als impraktikabel erweist, oder das Fernziel, nämlich das Scheidungsgesetz überhaupt abzuschaffen. Beides ist ein Politikum ersten Ranges und von höchster Brisanz, hervorragend geeignet, das Land rücksichtslos in zwei Blöcke zu spalten und somit einen Kulturkampf anzuheizen, der quer durch das politische Gelände hindurch der modernen Welt ringsum einen Anachronismus vorführen

würde und den kläglichen Beweis erbrächte, daß Italien eine Bastion der „Ordnung" wäre. Also eindeutige Bestrebungen, dieses Ordnungsprinzip mit anderen Ordnungssehnsüchten gewisser bürgerlich-klerikal-faschistischer Kreise zu konzertieren. (Nicht zufällig haben die Neofaschisten Scheidungsfeindschaft auf ihre Fahnen geschrieben.)

Einen ersten Torpedo hat auch schon der Christdemokrat und Fraktionsführer Andreotti, einstiger Kronprinz von de Gasperi, der in jüngster Vergangenheit durch ein äußerst verständnisvolles Gespräch mit dem Faschistenführer Almirante im Fernsehen auch bei eigenen Parteigenossen unangenehm auffiel und dem man besonders enge Beziehungen zur Kurie nachsagt, in Richtung auf das Scheidungsgesetz abgeschossen. Als versierter Politiker sprach er von der unverzichtbaren Notwendigkeit, in den juristischen Konsequenzen die Zivilehe von der kirchlichen Ehe zu unterscheiden. Letztere müßte unauflöslich bleiben, es sei denn, beide Teile verlangten „übereinstimmend" ihre Aufhebung, unerläßliche Voraussetzung für eine Änderung des Gesetzes, um das Referendum zu verhindern. Danach müßte sich also nur ein scheidungsunwilliger Partner als „Katholik" erklären, um mit einem doppelgleisigen Gesetz die Gleichheit der Bürger abzuschaffen. Das Andreotti'sche Manöver ist — man muß es anerkennen — recht geschickt. Es erhöht die innenpolitische Konfusion, reißt neue Spaltungen auf und stellt die ohnehin verbrauchte Mitte/Links-Koalition einmal mehr in Frage, der ja außer der klerikalen DC die drei weltlichen Parteien, Sozialisten, Sozialdemokraten und Republikaner angehören. Diese drei Partner sind zwar nicht bereit, Andreottis harten Brocken zu schlucken, doch fanden sie sich bereit, in Diskussionen einzutreten, und einigen Abänderungen nicht entgegenzutreten, womit schließlich das Ziel der DC doch noch erreicht werden könnte.

Gesetzesänderungen würden das Referendum abstoppen, das bereits seinen Lauf genommen hat und über dessen Verfassungsmäßigkeit der Verfassungsgerichtshof Ende Januar 1972 zu entscheiden haben wird. Die geschaffene Lage ist also einmalig heikel, nebulös und ungewiß. Die DC drückt sich wie immer gewunden aus. Sie glaubt, das Scheidungsgesetz allein schon durch Textänderungen verstümmeln zu können und benutzt gleichzeitig das Referendum als undurchsichtiges Druckmittel. Die regierungstragenden weltlichen Parteien zeigen sich diskussionsbereit, weil sie nicht wissen, was bei einem gewaltsamen Bruch an die Stelle der Mitte/Links-Regierung treten könnte. Alle zusammen wollen so lange wie möglich den politischen Status quo aufrechterhalten. Vor dem „Kulturkampf", vom Vatikan angezettelt, schrecken alle zurück, weil er, wie gesagt, das Land unweigerlich in zwei Blöcke spalten würde. Zudem vermutet die Linke, daß damit die angestrebte Einheit zwischen den Gewerkschaften mitverhindert werden soll. Das Ganze stellt also ein unerhört riskantes Spiel dar, und die politischen Fäden sind so unheilbar ineinanderverknotet, daß kein Mensch mehr in der Lage ist, einen Ausgang vorherzusagen; ein Knäuel aus Konkordat, Referendum, Vatikan und Quirinal, womit dem nichtitalienischen Beobachter schwergemacht wird, an die Souveränität des italienischen Staates zu glauben.

Die Alternative, das Referendum zu verhindern, wäre die Ausschreibung von Parlamentsneuwahlen. Andreotti bezeichnete dies als „dummen und unannehmbaren Ausweg", womit er zumindest für sich und seine Parteifreunde gesehen recht haben könnte, denn die Frühjahrswahlen im Süden brachten den Christdemokraten auch nach ihrer gezielten Rechtswendung erhebliche Stimmenverluste und die Situation hat sich für sie seitdem nicht gebessert. Da mag das Hinüberspielen in den für Italien kulturpolitisch wie politisch so wichtigen religiösen Sektor weniger riskant erscheinen. Allerdings wäre auch der Ausgang in

der Frage des Referendums selbst, wenn man es dazu kommen lassen würde, ziemlich ungewiß.

Nach einer Umfrage des Meinungsinstitutes Doxa vom Mai 1970 sprachen sich 56 % der Befragten gegen das Referendum aus. Die späteren Ergebnisse wurden geheimgehalten. Dennoch ist durchgesickert, daß bei einer neuerlichen Umfrage 57 % Referendumsgegnern 35 % Befürworter bei 8 % Schwankenden und Uninteressierten gegenüberstehen. Sofern man Meinungsfragen als verbindlich ansehen kann (und besonders Süditalien mahnt zur Vorsicht), so wären 57 % Scheidungsanhänger für Italien ein erstaunlich fortschrittlicher Barometerstand und Grund genug, den weltlichen Politikern im Parlament den Rücken gegen das christdemokratische Ansinnen zu steifen, wenn, ja wenn nicht die ganze italienische Politik so unheilbar ineinander verknotet wäre. Ob es nun tatsächlich in allernächster Zeit zu einem offenen Konflikt kommen wird, hängt davon ab, wie weit diesmal der Vatikan und seine politischen Vertreter in der Führungsschicht der katholischen Partei zu gehen bereit sind. Der Sozialist Lombardi jedenfalls sieht es so: „Wir wollen nicht übertreiben. Wer bei diesem Zusammenstoß am meisten zu verlieren hat, ist die Democrazia Cristiana, die dabei riskiert, die politische Einheit der Katholiken aufs Spiel zu setzen."

Auch dies ist eine Wahrheit, denn die Fronten werden nicht so reinlich verlaufen, wie die Urheber es sich wünschen, die im Namen der „Freiheit" zum Kampf gegen diese und andere Reformen aufrufen. Gerade im katholischen Epizentrum wird sich die Auseinandersetzung zwischen den orthodoxen „Gläubigen", den Moderierten und den neuerungswilligen „Atheisten" herauskristallisieren, was die Gefahr eines bösen Bruchs innerhalb der Democrazia Cristiana heraufbeschwört.

Eng verflochten mit diesem politischen Angriff der Restauration (mit Blick auf Schaffung eines „Ordnungsblocks") läuft parallel eine zweite Offensive, um den Christdemokraten verlorenes Terrain zurückzugewinnen und Italien nach rechts zu manövrieren: die Wahl eines neuen Präsidenten der Republik Ende Dezember. Die Wiederwahl Saragats steht kaum zur Debatte. Ziel der DC ist es, wieder einen der Ihren auf den Präsidentenstuhl, dessen Verlust sie nie verwunden hat, im Quirinal zu lancieren. Der ehrgeizige, im ewigen persönlichen Antagonismus zu Moro stehende Senatspräsident Fanfani konnte sich bis vor kurzem für den geeigneten Mann halten. Aber schon jetzt stößt er bei den linken Flügeln der eigenen Partei auf kalte Ablehnung. Noch zu frisch und unvergessen sind seine gaullistischen Attitüden eines „Retters des Vaterlandes". Moro hingegen wird von den Kommunisten abgelehnt, die ein nicht minder gewichtiges Wort bei der seinerzeitigen Wahl Saragats mitzureden hatten und auch bei der neuen Wahl werden die kommunistischen Stimmen die Waagschale entscheidend beeinflussen. Die weltlichen Parteien, einschließlich der Liberalen, werden schon aus Ärger über die Referendumsfrage mit der KP für einen weltlichen Kandidaten stimmen. Also tritt genau das ein, was die Führungsschicht der DC vermieden sehen möchte. Ohne prophetisch vorgreifen zu wollen, könnte zum Beispiel der neue Präsident im Quirinal Pietro Nenni heißen.

IV

Insgesamt gesehen bietet die Innenpolitik ein unruhiges Bild. Statt die dringenden Reformen beschleunigt anzugehen, trat die katholische Parteiführung der Mitte nach dem linken Trend der Nationalwahlen 1968 auf die Bremse. Das Reformwerk, Sinn und Inhalt der „historischen Begegnung" mit den Sozialisten,

wurde von den Rechten und Attentisten in der DC mit sozialdemokratischer Unterstützung verwässert und verschleppt. Die Folgen zeichnen sich klar ab. Selbst die Idee des katholisch-sozialistischen Bündnisses verlor ihre experimentelle politische Berechtigung, denn auf allen wirklichen Knöpfen des Kommandos lagen keine sozialistischen Hände, wie Nenni es sich einst vorgestellt hatte. Die Haltung der rechten DC versteifte sich, gefangen in ihren sterilen Vorstellungen vom Antikommunismus, nach dem Motto „Ja keine sozialen Experimente, und ein Minimum von Zugeständnissen" immer mehr. Für sie war die Mitte/Links-Lösung von Anfang an ein saurer Apfel, in den man aus augenblicklicher Notwendigkeit heraus hineinbiß, immer in der Hoffnung, damit ein weiteres Abrutschen nach Links aufhalten zu können. Geschluckt wurde der Bissen nie. Vor den Regionalwahlen in Sizilien im Juni dieses Jahres proklamierte der DC-Parteisekretär Forlani die nicht nur wahltaktisch gemeinte Rechtswendung der Partei. Ergebnis war das sprunghafte Anschwellen der Neofaschisten bei starken Verlusten der DC. Bei der eingangs erwähnten DC-Beratung sollte nun wieder Bilanz gezogen werden und zahlreiche innere Zwiespälte der Partei mit ihren verschiedenen Strömungen — man leidet sozusagen längst am Verlust der Mitte — wurden noch einmal überkittet. Die augenblickliche Parteiführung zog, um aus der Krise herauszufinden, erneut die politische Bremse an, immer mit dem Ziel, die Kontrolle über den Staatsapparat wieder in die Hand zu bekommen, um sich dem Bürgertum als einzige Macht zu empfehlen, die vermag, jede „Gefahr" einer Alternative nach links zu bannen. Der Widerspruch dieser Politik liegt darin, daß das Spiel der „Ordnungsmacht" auf der einen Seite notwendigerweise eine ernste Reformpolitik auf der anderen Seite ausschließt. Hier schielt sozusagen ein Auge nach rechts und das andere nach links. Folge: die Mitte/Links-Formel, längst ihres Inhalts beraubt, siecht ihrem Ende entgegen. Diese Koalition, einst als einzige politische Alternative besungen, ist ein Konglomerat von vier Parteien geworden, das nur noch von Resignation und Ratlosigkeit zusammengehalten ist, eine formale Geste, die der Demokratie ein Überleben garantieren soll, um „Schlimmeres" zu verhüten.

Auch die Sozialisten haben einsehen müssen, daß ihr Experiment gescheitert ist, daß ihr „Opfer" nutzlos war. Auf der letzten Sitzung ihres Zentralkomitees wurde deutlich, daß ihre einstigen Illusionen nunmehr zerstoben sind. Außer Nenni, der weiterhin einsam mit wenigen Getreuen an seiner Schöpfung festhält, verbleiben sie mehr aus einer Art Pflichtbewußtsein in der Regierung, obwohl sie sich des Scheiterns der Mitte/Links-Formel bewußt sind. Im Schlußbericht dieser ZK-Sitzung heißt es, daß der Parteikongreß im Februar 1972 „das Problem zwischen dem bestehenden und dem neu angestrebten Gleichgewicht" zu lösen haben werde.

Dies, und die Formulierung des Begriffes von einem „weiter vorgeschobenen Gleichgewicht" bedeutet das Niederreißen aller Schranken gegen die Kommunisten. Und so zeichnet sich nun eine grundlegend neue und eigenständige Strategie der Sozialisten ab. Man darf gespannt sein, wie sich die Viererkoalition mit dieser provokanten These des vorgeschobenen Gleichgewichts arrangieren wird. Das Fazit ist, daß zwar die Mitte/Links-Regierung formal weiterbesteht, daß jedoch die Politiker der vier Parteien damit beschäftigt sind, Auswege zu suchen, die ihnen die Flucht aus der substanzlos gewordenen Hülle ermöglichen.

Und während im Volk die Furcht vor dem Verlust des Arbeitsplatzes immer mehr um sich greift, verstärken die Faschisten ihre Provokationen und Aggressionen, gegen die sich die Antifaschisten aller Parteien enger und enger zusammenschließen.

Gewerkschaftliche Aktion und politisches Bewußtsein der wissenschaftlich-technischen Intelligenz in Frankreich

Von Hellmuth Lange

Der folgende Beitrag untersucht am Beispiel der wissenschaftlich-technischen Intelligenz in Frankreich die Frage, welches die hauptsächlichen Bedingungen für jene Politisierung der Intelligenz sind, die nicht nur in Serge Mallets Theorie der „neuen Arbeiterklasse", sondern auch in den tatsächlichen gewerkschaftlichen und politischen Aktionen von Teilen der wissenschaftlich-technischen Intelligenz — vor allem während der Generalstreikbewegung des Jahres 1968 — zum Ausdruck kommen. Da man davon ausgehen kann, daß sich die soziale Lage und die Arbeitsbedingungen dieser Gruppen in Frankreich und in der BRD nicht qualitativ voneinander unterscheiden, kann die Analyse des Politisierungsprozesses der Intelligenz in Frankreich zugleich Aufschlüsse darüber vermitteln, unter welchen Bedingungen auch in der BRD objektive Widersprüche und deren Entfaltung in Klassenbewußtsein und politische Praxis umgesetzt werden könnten. Die folgende Darstellung stützt sich vor allem auf neuere soziologische Untersuchungen über die gewerkschaftliche Orientierung und die politische Praxis der „neuen Arbeiterklasse" während und nach dem französischen „Mai 68" [1]).

I

Die Heterogenität der wissenschaftlich-technischen Intelligenz sowie die Ambivalenz der objektiven Lage und Funktion ihrer einzelnen Mitglieder konkretisiert sich in der Widersprüchlichkeit und Differenziertheit des gewerkschaftlichen Verhaltens und der politischen Orientierung ihrer einzelnen Gruppen. Die von Mallet vertretene Ansicht, daß sich eine in sich homogene und in ihrer gewerkschaftlichen Orientierung einheitliche Gruppe herausbildet, ist ebenso falsch wie die Ansicht, daß die Forderungen der sogenannten „neuen Arbeiterklasse" sie als Avantgarde der Arbeiterbewegung qualifizieren.

Weit entwickelte Formen gewerkschaftlichen Bewußtseins lassen sich in Frankreich in den größten verstaatlichten Unternehmen beobachten (z. B. Renault) [2]), denen auch in der Generalstreikbewegung der Arbeiter des Jahres 1968 eine führende Rolle zukam. Die Intensität der gewerkschaftlichen und politischen Tätigkeit nimmt demgegenüber in dem Maße ab, wie die Unternehmensgrößen sinken, wie die Unternehmen in ländlichen Regionen liegen [3]) und nur geringe Traditionen im Arbeitskampf vorhanden sind [4]).

*) Hellmuth Langes Beitrag ist im Zusammenhang mit Frank Deppes „Überlegungen zur Klassenanalyse der wissenschaftlich-technischen Intelligenz" zu sehen, die unter dem Titel „‚Alte' und ‚neue' Arbeiterklasse" abgedruckt sind in „Blätter" 10/71, S. 1042—56. Vgl. die Anmerkung ebenda, S. 1042.

1) A. Willner/C. Gajdos/B. Benguigui, Les Cadres en mouvement, Paris: Epi 1969. R. Cornu/M. Maurice, Note de Recherche: Revendications, orientations syndicales et participation à la grève, in: Sociologie du Travail, 3/1970, S. 330. — Les évènements de mai-juin 1968 vus à travers 100 entreprises, CNIPE (1968).

2) Die sogenannten Spitzenindustrien (‚industries de pointe') traten erst später in den Streik. Siehe Les évènements de mai-juin 1968 vus à travers 100 entreprises, CNIPE (1968), S. 22. — Auslösende Funktion hatten in den Betrieben vielfach nicht die hochqualifizierten Arbeiter, sondern die minder qualifizierten, angelernten (O.S.) zumeist jugendlichen Arbeiter. Ebenda, S. 21.

3) Ebenda, S. 18. Eine Rolle spielte offenbar auch der Umstand, ob die Unternehmensleitung sich im Rahmen ihrer Personalpolitik um eine systematische Integration des Personals bemüht hatte oder nicht. Siehe A. Willner u. a., Les cadres . . ., a.a.O., S. 233.

4) Dieser Umstand bestätigte sich auch im Verlaufe der Septemberstreiks der Jahre 1969 und 1970 in der BRD.

Innerhalb der Betriebe unterscheiden sich die verschiedenen Teile der wissenschaftlich-technischen Intelligenz in ihrem gewerkschaftlichen und politischen Bewußtsein und den praktischen Formen ihrer Aktivität nach Maßgabe ihrer objektiven sozialen Lage und ihrer betrieblichen Funktion: Gruppen, die überwiegend kaufmännische oder disziplinierende Funktionen zu erfüllen haben — und dementsprechend honoriert werden —, tendieren zum kapitalistischen Management. Technische und unselbständige Kräfte ohne nennenswerte Dispositionsbefugnis, deren Lohn und Arbeitsplatzsicherheit ebenso beschränkt sind wie ihre Aufstiegschancen, befinden sich dagegen in einer Lage, in der die Merkmale der Lohnarbeit ebenso deutlich hervortreten wie bei der Masse der Arbeiter und Angestellten.

Zu unterscheiden sind im wesentlichen drei Gruppen: 1) das obere Leitungspersonal (cadres supérieurs), 2) das einfache Leitungspersonal sowie Hochqualifizierte ohne nennenswerte Leitungsfunktionen, z. B. Ingenieure (cadres moyens) und 3) das am wenigsten qualifizierte technische Personal wie Techniker, technische Zeichner und ähnliche [5]).

Zu 1): Der größte Teil dieser Gruppe hat der Streikbewegung neutral oder ablehnend, zum Teil sogar feindlich gegenübergestanden [6]).

Zu 2): Das einfache Leitungspersonal — soweit es Vorgesetztenfunktionen zu erfüllen hatte [7]) — hat in seiner überwiegenden Mehrheit der Streikbewegung ebenfalls ablehnend gegenüber gestanden, ohne indessen — wie seine eigenen Vorgesetzten — über die Möglichkeit zu verfügen, sich den kritischen Fragen und Forderungen seiner Untergebenen entziehen zu können. Das gleiche gilt für die Gruppe der Meister [8]).

Ein Teil des einfachen Leitungspersonals, insbesondere das technisch qualifizierte Personal der Forschungs- und Entwicklungsabteilungen, hat sich dagegen aktiv an der Streikbewegung beteiligt [9]). Es wäre jedoch falsch, diese Beobachtung überzubewerten, denn die Mehrheit des einfachen Leitungspersonals war weniger eine Avantgarde als eine Nachhut der Streikbewegung: Sofern es die Streikbewegung unterstützt hat, blieb auch diese Unterstützung begrenzt. Ausdruck dieser Begrenztheit ist beispielsweise der Umstand, daß es sich häufig in eigenen Gruppen zusammengeschlossen hat, um seine Situation zu besprechen, ohne daß zwischen ihm und den übrigen Streikenden immer eine ausreichende Kommunikation bestanden hätte oder auch nur beabsichtigt gewesen wäre.

Zu 3): Eine nennenswerte Unterstützung sozialistischer Kräfte innerhalb der Streikbewegung dürfte lediglich bei den Technikern, technischen Zeichnern und ähnlichen, also dem am wenigsten qualifizierten Personal stattgefunden haben [10]).

Schon unter diesen Umständen erscheint die von Mallet vorgetragene These von der angeblichen Avantgardefunktion der sogenannten „neuen Arbeiter-

Siehe: Die Septemberstreiks 1969. Darstellung. Analysen. Dokumente der Streiks in der Stahlindustrie, im Bergbau, in der metallverarbeitenden Industrie und anderen Wirtschaftsbereichen, Autorenkollektiv, Köln 1970.

5) Die Bezeichnung „cadre" läßt sich ungenau mit „Leitungspersonal" übersetzen. Eine genauere Bestimmung ist deswegen schwierig, weil der Begriff von verschiedenen Seiten verschieden interpretiert wird. Hierin wird die Unsicherheit darüber deutlich, wie — angesichts der sozialen Entprivilegierung, des Auseinanderstrebens von Qualifikation und Anweisungskompetenz und der zunehmenden Spezialisierung — die Inhaber hoher Qualifikationen (in der Regel des Ingenieurgrades oder vergleichbarer Ausbildungen) innerhalb der betrieblichen Hierarchie einzustufen sind. Im allgemeinen wird der Akzent auf die Qualifikation gelegt, wenn die Inhaber dieser Qualifikation mehr Rechte oder größere soziale Leistungen fordern; wo es darum geht, derartige Ansprüche abzuwehren, wird dagegen der Akzent mehr auf den Besitz von Dispositions- und Anweisungskompetenzen gelegt. Siehe in diesem Zusammenhang etwa die Definitionen der CGC, z. T. auch des INSEE auf der einen Seite und der „Echelle Parodie" auf der anderen Seite.

6) Les évènements de mai . . ., a.a.O., S. 40, 29; A. Willner u. a., Les cadres . . ., a.a.O., 77.

7) A. Willner u. a., Les cadres . . ., a.a.O., S. 233.

8) Les évènements de mai . . ., a.a.O., S. 39.

9) Exemplarisch: J. Pesquet, Räte in Gaclay, Trikont München, o. J.

10) Ebenda, a.a.O., S. 29, A. Willner u. a., Les cadres . . ., a.a.O., S. 77.

klasse" höchst fragwürdig. Zweifel ergeben sich auch, wenn man, hinausgehend über die bisher angestellten quantitativen Überlegungen, nach der Qualität, nämlich dem gewerkschaftlich-politischen Inhalt ihrer Forderungen im Zusammenhang eines Konzepts zur Überwindung des Kapitalismus fragt. Abgesehen von einer Minderheit in den großen nationalisierten Unternehmen reflektiert das Verhalten des gehobenen und des einfachen Leitungspersonals fast durchweg seine widersprüchliche betriebliche Stellung: Auf der einen Seite sah es sich von den Arbeitern dazu gedrängt, deren Forderungen so weit wie möglich zu unterstützen. Andererseits sah es sich insbesondere in Unternehmen des privaten Bereichs gezwungen, gegenüber den Unternehmensleitungen nur solche Forderungen zu unterstützen, bzw. zu erheben, die auch kurzfristig die Produktivität und die Konkurrenzfähigkeit der Unternehmen nicht in Frage stellten. Diese Zwangslage, in der im übrigen die Furcht vor unternehmerischer Repression eine nicht unwesentliche Rolle spielte [11]), spiegelt sich in den Forderungen des Leitungspersonals deutlich wider.

Die wichtigste und häufigste Forderung lautete „Teilnahme an den Entscheidungen". Diese Forderung hat aus einleuchtenden Gründen — schließlich wurde sie im Rahmen einer sich weitgehend als antikaptialistisch verstehenden Streikbewegung erhoben — die Aufmerksamkeit der Beobachter auf sich gezogen und wurde vielfach als eine Bestätigung der Voraussagen Mallets interpretiert [12]). Eine genauere Untersuchung vermag jedoch diese These nicht zu bestätigen.

Bereits J. Leenhardt hatte in seiner Untersuchung des Streikverhaltens von qualifiziertem technischen Personal im Mai 1968 in einem Elektrokonzern beobachtet, daß die z. T. sogar scharfe Kritik an den Unternehmensleitungen keineswegs auf ihre Eigenart als kapitalistische Unternehmensleitung abzielte, sondern im Gegenteil diese im kapitalistischen Konkurrenzkampf leistungsfähiger gestalten wollte [13]). Ganz in diesem Sinne erklärte ein Angehöriger des streikenden Leitungspersonals in einem anderen Unternehmen: „In der Einschätzung des Funktionierens eines Unternehmens muß man vernünftig sein. Wir wollen nicht, daß das Unternehmen zusammenbricht. Was wir wollen, das ist: sein Funktionieren verbessern ... Das Leitungspersonal ist sich des Problems des Produktivität bewußt, eines Problems, das bis heute von den Arbeitergewerkschaften und der Gesamtheit der Arbeiter geleugnet wird. Das Leitungspersonal hat daher eine erzieherische Aufgabe im Personal zu erfüllen, indem es ihm das Problem der Produktivität näherbringt" [14]). Der Ruf nach „Information" über den Gang des Unternehmens, nach „Kommunikation" zwischen den verschiedenen Ebenen des Betriebs, nach „Effizienz" und nach „Verantwortung" richtet sich offensichtlich in erster Linie gegen eine unfähige Betriebsleitung und ihren autoritären bzw. bürokratischen Führungsstil. Der Vorwurf der mangelnden Rationalität meint nicht von vornherein, daß der Kapitalismus unfähig sei, eine rationale Entwicklung der Produktion zu gewährleisten, sondern daß dieses oder jenes Unternehmen nicht rational genug verfährt, um sich im Kapitalismus zu behaupten, oder daß sich diese oder jene staatliche Stelle überflüssiger- und inkompetenterweise nicht hinlänglich für die Interessen der arbeitenden Bevölkerung einsetzt. Darüber hinaus richtet sich diese Orientierung auf „Rationalität", z. T. offen gegen die Bestimmung sozialer und ökonomischer Auseinandersetzungen als Manifestationen des Klassenkampfs und gegen die marxistischen Organisationen der Arbeiterbewegung, die in diesen Fälllen einem Ideologieverdikt

11) Les évènements de mai . . ., a.a.O., S. 41.
12) So etwa: A. Glucksmann/A. Gorz/E. Mandel/J.-M. Vincent, Revolution. Frankreich 1968. Ergebnisse und Perspektiven, Frankfurt 1969.
13) J. Leenhardt, Die neue Arbeiterklasse im Streik, in: Die neue Arbeiterklasse, a.a.O., S. 174—187.
14) A. Willner u. a., bes. cadres . . ., a.a.O., S. 75.

verfallen. Zugleich neigen Vertreter derartiger Positionen, wie das vorangegangene Zitat zeigt, zu elitären Einstellungen gegenüber den Arbeitern [15]). Cornu und Maurice bemerkten dann auch zu Recht: Die Forderung nach „Beteiligung an den Entscheidungen" kann bei dem Leitungspersonal „zugleich die Sehnsucht nach einer verlorenen Position, die Sorge um die Aufrechterhaltung sozialer Unterschiede und Trennungen oder den Wunsch zur Bekämpfung von Autorität und Macht in Unternehmen und Gesellschaft ausdrücken" [16]).

Die bisherigen Aussagen stützen sich auf die Beobachtung kleinerer, nur begrenzt repräsentativer Gruppen von Angehörigen der wissenschaftlich-technischen Intelligenz während der Streikbewegung im Mai 1968. Die genannte Studie von Cornu und Maurice erlaubt indessen eine, wenn auch nur indirekte Quantifizierung. Hier wurden einzelne Angehörige der wissenschaftlich-technischen Intelligenz, getrennt nach gewerkschaftlicher Zugehörigkeit bzw. Orientierung auf die verschiedenen Richtungsgewerkschaften CGC, CFDT, CGT, nach ihrer gewerkschaftlichen und politischen Einstellung befragt. Da die Mitgliederzahlen bzw. die Anhängerschaft dieser Gewerkschaften unter den einzelnen Gruppen der Lohnabhängigen auf nationaler Ebene bekannt ist, läßt sich wenigstens ein annäherndes Bild von der mutmaßlichen gewerkschaftlichen und politischen Orientierung der wissenschaftlich-technischen Intelligenz in Frankreich geben.

Die CGC ist vergleichbar mit der westdeutschen ULA (Union der Leitenden Angestellten) und organisiert im wesentlichen gehobenes Leitungspersonal. Die CFDT ist aus der katholischen CFTC entstanden, die sich im Verlauf der fünfziger Jahre aus einer Angestelltengewerkschaft zu einer Gewerkschaft aller Gruppen der Lohnabhängigen entwickelt hat und während dieser Periode ihre vormalige Orientierung auf die katholische Soziallehre zunehmend aufgegeben und sich sozialistischen Positionen angenähert hat [17]). Die CGT ist vor allem die Massenorganisation der sozialistisch und kommunistisch orientierten Arbeiter. Sie bildet historisch den Kern der französischen Arbeiterbewegung überhaupt [18]).

Die Anhänger der CGC sind im wesentlichen mit dem gehobenen Leitungspersonal und mit dem Teil des einfachen Leitungspersonals identisch, der dem Streik feindlich oder neutral gegenübergestanden hat. Dies entspricht der „Doktrin" der CGC, die sich als „dritte Kraft" zwischen Arbeitern einerseits und Unternehmern andererseits versteht, die zur Zusammenarbeit mit den Unternehmensleitungen auffordert und explizit jeden Klassenkampf ablehnt.

In den Wahlen zu den „comités d'entreprise" (die in etwa den westdeutschen Betriebsräten vergleichbar sind), erhielt die CGC im Jahre 1967 [19]) in der Gruppe „Leitungspersonal und Ingenieure" [20]) von allen konkurrierenden Organisationen mit Abstand die stärkste Unterstützung (30 %) [21]). In der Untersuchung von Cornu und Maurice sprachen sich nun 75 % der CGC-Anhänger für eine „Teilnahme an den Entscheidungen" als der wichtigsten Forderung eines

15) Ebenda, a.a.O., S. 74, 80.
16) R. Cornu/M. Maurice, Note de Recherche a.a.O., S. 330.
17) Zur Geschichte der CFTC siehe G. Adam, La CFTC 1940—1958. Histoire politique et idéologique, Paris: Colin 1964. Diese Arbeit behandelt zwar nicht die gesamte Geschichte der CFTC, wohl aber die Phase, in der die wesentlichen ideologischen Umorientierungsprozesse dieser Gewerkschaft stattfinden.
18) Zur Geschichte der französischen Arbeiterbewegung siehe die verschiedenen, zeitlich aneinander anschließenden Veröffentlichungen von G. Lefranc, insbesondere: Le mouvement syndical sous la IIIe république, Paris: Payot 1967 und Le mouvement syndical de la libération aux évènements de mai-juin 1968, Paris: Payot 1969.
19) Diese Zahlen haben sich ebenso wie die folgenden weder vor noch nach 1967 wesentlich verändert. Siehe etwa F. Jacquin, Les cadres de l'industrie et du *commerce en France*, Paris: Colin 1955, S. 191.
20) Das ist im wesentlichen die erste und zweite Gruppe unserer Einteilung.
21) 31,1 % unterstützten unorganisierte Kandidaten. Somit entfallen bereits fast zwei Drittel der Stimmen auf Kandidaten, an deren offen antisozialistischer Position kaum ein Zweifel bestehen kann. Diese und die folgenden Zahlen stützen sich auf die Veröffentlichungen des Arbeitsministeriums, zitiert nach Le Creuset. La Voix des cadres, Nr. 69/1969, Bulletin Economique, S. 7.

ganzen Forderungskataloges aus. Das bedeutet: Trotz aller Differenzierungen zwischen politischer Orientierung, gewerkschaftlicher Orientierung und praktischem Verhalten im Streik — eine Problematik, auf die hier nicht näher eingegangen werden kann [22]) — muß auf Grund des Selbstverständnisses der CGC angenommen werden, daß ein erheblicher Teil der CGC-Anhänger, die sich für eine „Teilnahme an den Entscheidungen" aussprachen, dessen ungeachtet sozialen und politischen Veränderungen ausgesprochen ablehnend gegenübergestanden haben. Dem entspricht, daß sich aus der gleichen Gruppe nur 41 % für eine — nicht weiter spezifizierte — Veränderung der Gesellschaft und nur 30 % für einen Wechsel in der politischen Macht aussprachen (und dies zur Zeit der schärfsten Bedrohung der Herrschaft de Gaulles seit ihrem Bestehen!). Bereits unter diesen Umständen erscheint die Forderung nach Teilnahme an den Entscheidungen als weitaus weniger radikal, als von einigen Beobachtern des Geschehens angenommen wurde.

Ähnliches gilt — wenn auch in deutlich abgeschwächter Form — für die Anhänger der CFDT. Während diese Gewerkschaft 1967 in der Gruppe „Leitungspersonal und Ingenieure" überhaupt nur 11,9 % der Stimmen erhielt, sprachen sich immerhin 88 % der Anhänger dieser Gewerkschaft an erster Stelle für eine erweiterte „Beteiligung an den Entscheidungen" aus. Die Zahl derer, die zugleich eine Veränderung der Gesellschaft begrüßten (88 %) oder die sich für eine politische Veränderung aussprachen (67 %), liegt nun zwar deutlich höher als im Falle der CGC-Anhänger. Politische Veränderungen forderten aber eben nur 3/4 der CFDT-Anhänger, die sich für eine erweitete „Beteiligung an den Entscheidungen" ausgesprochen hatten. 48 % votierten für Mitbestimmung. Auch hier kann also — ganz abgesehen vom geringen prozentualen Anteil der CFDT-Anhänger an der gesamten Gruppe — von einer aktiven bzw. radikalen Infragestellung der kapitalistischen Leitungsstruktur noch kaum die Rede sein.

Zugleich muß darauf hingewiesen werden, daß die Anhängerschaft der CFDT bei den einfachen Angestellten mit 23,2 % und den Meistern mit 24,4 % am höchsten ist. Das bedeutet, daß die Radikalität der CFDT-Anhänger im Vergleich zu den Anhängern der CGC eine Radikalität ist, die mit sinkendem sozialen Status und niedrigerer betrieblicher Position einhergeht und sich in diesem Sinne umgekehrt proportional zur Qualifizierung verhält.

Diejenigen Angehörigen der wissenschaftlich-technischen Intelligenz, die sich für die CGT aussprachen, das waren nicht mehr als 9,5 % in der Gruppe „Leitungspersonal und Ingenieure" — setzten im Unterschied zu den Anhängern der übrigen beiden Gewerkschaften nicht die „Beteiligung an den Entscheidungen", sondern materielle Forderungen (Arbeitsbedingungen, Sicherheit der Arbeitsplätze etc.) an die erste Stelle ihrer Forderungen. Hierin spiegelt sich der Umstand wider, daß die Anhänger der CGT vorwiegend am unteren Ende der Hierarchie des Leitungspersonals stehen. Andererseits verlangten die CGT-Anhänger in der Gruppe „Leitungspersonal und Ingenieure" am häufigsten Veränderungen der politischen Macht (75 %). Die stärkste Unterstützung findet die CGT — wie nicht anders zu erwarten — bei den Arbeitern mit 55,2 %.

Aus diesen Beobachtungen läßt sich folgendes schließen: Die Annahme, die Angehörigen der wissenschaftlich-technischen Intelligenz zeichneten sich durch ein gemeinsames gewerkschaftliches und politisches Verhalten aus, ist falsch. Vielmehr unterscheiden sich die Forderungen ihrer einzelnen Teile nach Maßgabe

22) Der häufigen Differenz zwischen vorgreifender Absichtserklärung und der schließlichen Praxis sowie zwischen gewerkschaftlicher und politischer Orientierung entspricht die Schwierigkeit der sozialwissenschaftlichen Forschung, eine exakte Beschreibung gegebener Bewußtseinsinhalte zu geben. Siehe hierzu die Bemerkungen von S. Herkommer in Das Argument, Nr. 50/2, S. 208—222.

ihrer jeweiligen betrieblichen und sozialen Position, und zwar in der Weise, daß mit sinkender Position materielle Forderungen und die Forderungen nach politischen Veränderungen zunehmen, während die Forderungen nach „Beteiligung an den Entscheidungen" an Bedeutung verliert.

Die Forderung nach „Beteiligung an den Entscheidungen" selbst ist nicht eindeutig. Sie kann in ihren Extremen sowohl Mitbestimmung nach der westdeutschen Montanmitbestimmung als auch — zusammen mit weiteren Forderungen — die grundlegende Veränderung des Kapitalismus zum Inhalt haben. Welche der verschiedenen möglichen Inhalte der Forderung tatsächlich zugrunde liegen, hängt offensichtlich erheblich von der betrieblichen und sozialen Position ihrer Verfechter ab. Das gilt auch für die vor allem von der CFDT als „qualitativ" neu propagierte Forderung nach „Selbstbestimmung" (autogestion).

Eine klassenkämpferische Avantgardefunktion kann unter diesen Umständen weder für die Gesamtheit der wissenschaftlich-technischen Intelligenz noch gar für ihre qualifiziertesten, im Betrieb am wenigsten entbehrlichen und entsprechend honorierten Teile angenommen werden. Wesentlicher als das Moment der Qualifikation ist offensichtlich der Grad, in dem der Ausbeutungscharakter der Lohnarbeit erfahrbar wird und zu einer unmittelbaren Bedrohung der eigenen Existenz (d. h. der Sicherheit des Arbeitsplatzes, des Einkommens und der Qualifikation) führt. Dies trifft nach wie vor nur auf einen kleinen Teil der wissenschaftlich-technischen Intelligenz, und zwar seinen am wenigsten qualifizierten Teil, zu. Es muß jedoch festgehalten werden, daß ein nicht unerheblicher Teil der wissenschaftlich-technischen Intelligenz den Interessengegensatz, der ihn von den Unternehmern trennt, erkannt hat, daß er die Arbeiter als Bündnispartner akzeptiert und sich — wenn auch z. T. noch in Grenzen — an deren Kämpfen beteiligt. Innerhalb dieses gemeinsamen Kampfes kann dem bewußtesten und politisch aktivsten Teil der wissenschaftlich-technischen Intelligenz trotz partieller Unterschiedlichkeit der Forderungen die Funktion einer Avantgarde insofern zukommen, als sie aus ihrer spezifischen betrieblichen Position und Funktion heraus mit der Forderung nach Kontrolle und Beeinflussung der betrieblichen und unternehmerischen Entscheidungen und ihrer Fähigkeit, diese zu konkretisieren, die Forderungen der Arbeiter um entscheidende Punkte ergänzen und erweitern und den gemeinsamen Kampf damit auf eine höhere Ebene heben können. Andererseits bedürfen sie jedoch im Rahmen einer sozialistischen Gewerkschaftsbewegung der beständigen theoretischen und praktischen Korrektur, damit sichergestellt ist, daß ihre Forderung nach „Beteiligung an den betrieblichen Entscheidungen" in der Praxis nicht lediglich zu einer betriebsbezogenen Effektivierung der kapitalistischen Leitung führt. Diese Korrektur kann nur im gemeinsamen Kampf der gesamten Arbeiterbewegung geleistet werden. Die These von der angeblichen Überlegenheit der sogenannten „qualitativen" Forderungen der wissenschaftlich-technischen Intelligenz über die angeblich bloß „quantitativen" Forderungen der Arbeiter erweist sich vor diesem Hintergrund als falsch und ihrem politischen Stellenwert nach als Spaltung der notwendigen Einheit des Kampfes der Arbeiterbwegung.

II

Die Entwicklung von Formen gewerkschaftlichen oder gar sozialistischen Bewußtseins bei Teilen der wissenschaftlich-technischen Intelligenz in Frankreich hat sich nicht spontan vollzogen, sondern sie trägt Prozeßcharakter, der sich nicht zuletzt in der Geschichte ihrer Organisationen widerspiegelt [23]). Die Geschichte

[23]) Eine Einführung bietet neben der schon zitierten Studie von F. Jacquin die Arbeit von M. Maurice/C. Monteil/R. Guilon/J. Gaulon, Les cadres et l'entreprise, Aix-en-Provence 1967.

dieser Organisationen ist sowohl durch die innere soziale Differenzierung der wissenschaftlich-technischen Intelligenz als auch durch die sukzessive Entprivilegierung ihrer verschiedenen Teile und die hierin begründete Veränderung ihres sozialen und politischen Bewußtsein geprägt.

Auf einer noch wenig entwickelten Stufe der Entfaltung der Planungs- und Leitungsstrukturen in Produktion und Reproduktion durften sich Ingenieure und teilweise sogar noch Meister begründete Hoffnungen darauf machen, an der Leitung der Unternehmen und Betriebe teilhaben zu können. Im Verlaufe der weiteren Entwicklung wird diese Möglichkeit zunehmend geringer. Die anfänglichen Führungskräfte sehen sich schließlich selbst als Geführte und — wie etwa im Falle der sozialen Auseinandersetzungen während der Volksfrontperiode 1936 — von den Unternehmern im Stich Gelassene oder gar — wie die Techniker und einfachen Angestellten — als Lohnabhängige, deren Schicksal sich von dem der Arbeiter nicht mehr wesentlich unterscheidet [24]). Diese Erfahrungen schlagen sich im Selbstverständnis der verschiedenen Teile der wissenschaftlich-technischen Intelligenz und ihrer Organisationen nieder.

Bei ihren qualifiziertesten und sozial gehobensten Teilen findet dieser Umorientierungsprozeß in der Weise statt, daß ihre Organisationen, die Vororganisationen der CGC, ihren Charakter als Freundschaftsbünde der Absolventen gleicher Eliteschulen verlieren und seit 1936 dazu übergehen, die Mitgliedschaft von Unternehmern zu unterbinden, um sich — wie zunächst die CFTC — als Exponenten einer „dritten Kraft" zu verstehen.

Die CFTC ihrerseits, die als Angestelltenorganisation mit offenem Kollaborationsspruch gegründet wurde, gibt ihren anfänglich formulierten Anspruch [25]), vermittelnde „dritte Kraft" zwischen den Arbeitern und Unternehmern sein zu wollen, auf und versteht sich in wachsendem Maße als Kampforganisation der Lohnabhängigen insgesamt, um schließlich ihr Ziel in der Verwirklichung eines sogenannten „demokratischen Sozialismus" zu sehen [26]).

Die ideologische Ausrichtung der CGT ist im wesentlichen erhalten geblieben. Nach wie vor ist sie der „Charte d'Amiens", dem Grundsatzdokument der sozialistischen Arbeiterbewegung in Frankreich, verpflichtet, in der der „Kampf für die Abschaffung der Lohnarbeit und des Unternehmertums" als deren zentrale Aufgabe bestimmt wurde [27]). Allerdings hat sich im Verlaufe der historischen Entwicklung ihre politische Orientierung insofern verändert, als bis zu ihrer vorläufigen Auflösung in der Zeit des Vichy-Regimes ihre Leitung überwiegend in der Hand von Sozialisten lag, während sich in den folgenden Jahren innerhalb der Führung sehr schnell eine kommunistische Mehrheit bildete. Der Einfluß der Sozialisten ging dementsprechend zurück. Wenn es der CGT trotzdem gelungen ist, bis auf den heutigen Tag Teile der wissenschaftlich-technischen Intelligenz zu organisieren, und zwar mit größerem Erfolg als in ihrer überwiegend sozialistischen Phase vor dem Zweiten Weltkrieg, so muß dies als ein Zeichen dafür gedeutet werden, wie sehr sich inzwischen die objektive Proletarisierung von Tei-

24) Siehe hierzu die Ausführungen von Frank Deppe in „Blätter" 10/71.
25) Bei ihrer Gründung stellt sie ihre Arbeit ganz unter die Gebote der Encyclica „Rerum Novarum" (1891) und erklärt, daß sie „gedenkt, sich der Hilfe religiöser, moralischer und intellektueller Kräfte zu bedienen, die geeignet sind, die berufliche und soziale Ausbildung der Arbeiter zu befördern und die dazu beitragen, in ihnen die Disziplin, die Demut und die Loyalität zu entwickeln, die zur vollen Entfaltung der Berufsorganisation vonnöten ist". Die nötigen sozialen Veränderungen sollen dementsprechend auch „nicht auf dem Wege des Klassenkampfs, durch die Erziehung und Zusammenarbeit der produktiven Elemente" stattfinden (zit. n. J. Capdevielle/R. Mouriaux, Les syndicats ouvriers en France, Paris: Colin 1970, S. 17, und E. Coornaert, La France, in: S. H. Scholl, 150 ans de mouvement ouvrier chrétien en Europa de l'ouest de 1789 à 1939, Louvain-Paris: Nauwelaerts 1966, S. 207—266, hier S. 254).
26) Eine Einführung in den Inhalt des Begriffs „socialisme démocratique", findet sich bei G. Adam, a.a.O., 3. Teil, S. 217 ff.
27) Zitiert nach G. Lefranc, Le Mouvement syndical sous la IIIe république . . ., a.a.O., S. 406.

len der wissenschaftlich-technischen Intelligenz auch zunehmend im Bewußtsein der Betroffenen niedergeschlagen hat.

Der hierin deutlich werdende Prozeß der Organisierung der verschiedenen Teile der wissenschaftlich-technischen Intelligenz sowie der Entwicklung ihres gewerkschaftlichen und politischen Bewußtseins verläuft in keiner Weise kontinuierlich. Er ist vielmehr durch den Verlauf der Auseinandersetzungen zwischen Unternehmern und Arbeiterbewegung vermittelt. Die wesentlichsten Einschnitte dieser Entwicklung bilden die sozialen Kämpfe der Volksfrontperiode und der Machtzuwachs der Arbeiterbewegung nach der Befreiung von der deutschen Besatzung. Allein nach dem Sieg der Volksfrontkoalition stieg die Zahl der Mitglieder der Technikerförderation der CGT von 1200 auf 80 000 [28]). Obwohl die Mitgliederzahlen in der Folgezeit wieder beträchtlich abfallen, vollzieht sich nach der Befreiung von der deutschen Besatzung ein ähnlicher Prozeß. Insgesamt bildet aber unzweifelhaft die Erfahrung der vorangegangenen Periode die Grundlage dafür, daß die zunächst noch rein defensiv ausgerichtete Organisierung des eigenen Kampfes zu einer Verstärkung der eigenen Machtposition führt, die in der praktischen Auseinandersetzung die Gegenseite zu rigoroseren Abwehrmaßnahmen zwingt und so die Auseinandersetzungen verschärft. Damit ist ungeachtet der Tatsache, daß die ersten Organisationen der wissenschaftlich-technischen Intelligenz in Frankreich allenfalls reformistische Ziele hatten, die Grundlage dafür gelegt, daß die Organisierten im Verlauf der praktischen Auseinandersetzungen ihre objektive Lage und Funktion im gesellschaftlichen Prozeß richtiger sehen lernen, daß sie in der Konsequenz ihre Kampfziele erweitern und im Gefolge auch ihre Organisationen den neuen Einsichten anpassen.

III

Der Prozeß der Entwicklung sozialistischen Bewußtseins bei Teilen der wissenschaftlich-technischen Intelligenz in Frankreich ergibt sich nicht mechanisch aus der Verschlechterung der sozialen Lage ihrer Angehörigen. Er ist historisch näher zu bestimmen aus dem Wechselverhältnis von gesellschaftlich-politischem Bewußtsein und gewerkschaftlich-politischer Organisation der Arbeiterklasse im Prozeß der aktuellen und historischen Klassenauseinandersetzungen und hier der Schärfe und Kontinuität, mit der diese in Frankreich unter Führung der Kommunistischen Partei ausgetragen wurden.

Die Geschichte der ausgehenden III., der IV. und der V. Republik und insbesondere die ihrer politischen Linken — und hier nicht zuletzt der wissenschaftlich-technischen Intelligenz — ist ohne Berücksichtigung der politischen Funktion des PCF schlechterdings nicht zu verstehen. Den Kommunisten war es 1936 und 1945 gelungen, durch ihre Unterstützung breiter Bündnisse einerseits faschistische Bedrohungen der Republik abzuwehren und sich andererseits innerhalb der Bündnisse durch ihr Eintreten für die Sicherung der Arbeiterinteressen im Tageskampf zur weitaus stärksten Partei innerhalb der Linken und zu einer der stärksten Parteien insgesamt zu entwickeln. Das damit gegebene und im wesentlichen bis heute bestehende politische Kräfteverhältnis in Frankreich bestimmt die Bedingungen der Entwicklung politischen Bewußtseins innerhalb der Arbeiterklasse und eben auch innerhalb der wissenschaftlich-technischen Intelligenz in entscheidender Weise:

Der in die Minderheit geratenen nichtkommunistischen Linken blieb in der Konkurrenz um die kommunistische Wählerschaft nur die Möglichkeit, entweder „bessere" Perspektiven zur Erreichung des prinzipiell gleichen Zieles anzu-

28) F. Jacquin, Les cadres de l'industrie . . ., a.a.O., S. 177.

bieten — auf diese Weise wurden Versuche einer zunehmenden Orientierung auf die politische „Mitte" enorm erschwert —, oder aber sie mußten auf die Arbeiterschaft als Hauptwählerpotential verzichten, so daß das relative Gewicht der Kommunisten hier noch zunahm [29]).

Die bürgerliche Linke [30]) wurde durch den Druck von links einerseits gezwungen, sich deutlich von konservativ-autoritären Tendenzen innerhalb des bürgerlichen Lagers abzugrenzen, und andererseits in der Vertretung radikaldemokratisch-republikanischer Standpunkte bestärkt.

Das Verhältnis zwischen den Kommunisten und den übrigen Gruppierungen der Linken hat auf diese Weise nie zu einem Verhältnis zweier gänzlich voneinander geschiedener Welten werden können. Es bestimmt sich vielmehr als lebendiger Prozeß beständiger wechselseitiger Kontrolle und Beeinflussung.

Insbesondere am Beispiel der PSU läßt sich zeigen, wie ihre Gründungsmitglieder (ein Teil der Gründungsmitglieder des Jahres 1960 waren ehemalige Sozialdemokraten, Sozialisten und Kommunisten, ein weiterer Teil setzte sich aus ehemaligen Radikalsozialisten und ein nicht unbeträchtlicher Teil aus ehemaligen Anhängern des Sozialkatholizismus zusammen [31]), sofern sie früher bürgerlichen Gruppierungen wie der Radikalsozialistischen Partei oder z. T. auch der CFTC angehörten, in der ständigen Auseinandersetzung zwischen eigener Kritik und kommunistischer Herausforderung ihre ehemaligen Positionen verlassen und sich trotz fortbestehender Differenzen mit den Kommunisten diesen im Endergebnis angenähert haben [32]).

Die Widersprüchlichkeit dieses Verhältnisses gilt offensichtlich auch für die Marxisten unter den Gründungsmitgliedern. Nicht zuletzt der Exkommunist Serge Mallet formuliert seine Theorie der „neuen Arbeiterklasse" in bewußter Opposition und Kritik der Kommunistischen Partei bei gleichzeitiger prinzipieller Anerkennung des Zieles der Errichtung einer sozialistischen Gesellschaft. Serge Mallet bezieht sich auf den Umstand, daß der PCF gegen Ende der fünfziger Jahre dem Problem der wachsenden Proletarisierung und politischen Bewußtwerdung von nicht zur traditionellen Industriearbeiterschaft gehörenden Lohnabhängigen keine hinreichende Aufmerksamkeit geschenkt hat. Diese Kritik ist, wenn auch nur zum Teil, berechtigt gewesen [33]). Zugleich ist jedoch offensichtlich, daß Mallet selbst Partei ist, und zwar in einer Weise, die ihn sowohl die wissenschaftliche als auch die politische Seite des zugrunde liegenden Problems falsch einschätzen läßt. Auf diese Weise gelangt er trotz der richtigen Einsichten, auf die seine Analyse aufbaut, zu falschen Schlußfolgerungen: Dies gilt sowohl für den wissenschaftlichen Aspekt, denn weder die tatsächliche Entwicklung der industriellen Arbeit noch die Entstehung sozialen und politischen Bewußtseins voll-

29) Bezeichnend für eine Strategie der linken Kritik am PCF ist die Konzeption des PSU. Dagegen ist die SFIO während der 50er und 60er Jahre ein typisches Beispiel für eine linke Partei gewesen, die ihre schwache Basis innerhalb der Arbeiterschaft durch verstärkte Aktivität innerhalb der Angestellten wettzumachen suchte und sich im Verlaufe dieses Prozesses den Positionen der politischen Mitte annäherte.

30) Hier ist vor allem an die Radikalsozialistische Partei und an die Convention des Institutions Républicaines und später an die „Fédération de la Gauche Socialiste Democratique" (FGDS) zu denken. Die Convention hat sich zusammen mit den Sozialisten vor wenigen Wochen zu einer neuen sozialistischen Partei zusammengeschlossen.

31) Siehe: Vorwort des Buches von M. Roccard, Le PSU et l'avenir socialiste en France, Paris: Seuil 1969 und G. Mania, Un Parti de la Gauche, Paris: Librairie Gedalge o. J.

32) Das prominenteste Beispiel ist vielleicht Pierre Mendès-France, der aus der Radikalsozialistischen Partei in die PSU übertrat. Die Fusion der Convention mit den Sozialisten bildet das jüngste Beispiel für Prozesse dieser Art.

33) So schrieb etwa Waldeck-Rochet im Jahre 1959: „Die Zahl derjenigen Ingenieure und Techniker wird immer zahlreicher, die die ‚Distanz' oder besser den ‚Graben', der sie von den Großunternehmern trennt, erkennen und die feststellen, daß sie genau genommen nichts als Lohnabhängige sind und sich in einer Situation befinden, die sich tendenziell im gleichen Maße verschlechtert wie die der Arbeiterklasse." Waldeck-Rochet, Aux ingénieurs et techniciens, Auszug aus einer Rede auf der Veranstaltung „Studientage der kommunistischen Ingenieure und Techniker", Saint-Quen, 1959, zit. n. Le parti communiste français, la culture et les intellectuels, Paris: Editions Sociales (1962), S 97.

ziehen sich in der Weise, wie dies von Mallet dargestellt wird. Die Fehlerhaftigkeit seiner Schlußfolgerungen bezieht sich aber auch und vor allem auf deren politischen Aspekt und gerade dieser Umstand weist die Analysen Mallets als Bestandteil des Prozesses wechselseitiger Auseinandersetzung zwischen der nichtkommunistischen Linken und den Kommunisten aus, die ein Spezifikum der französischen Reflexion über Strategie und Taktik der Arbeiterbewegung ausmacht: Innerhalb seiner Strategie kommt der Kommunistischen Partei trotz deren realer Macht keinerlei Funktion zu, ja sie wird schlicht ignoriert. Daß eine solche Perspektive im höchsten Maße unrealistisch ist, bedarf kaum einer Erläuterung. Bemerkenswerter ist der Umstand, daß die „alte Arbeiterklasse" und dies ist eben gerade auch die Massenbasis des PCF, in politischer Hinsicht bei Mallet zu einem bloßen Anhängsel der „neuen Arbeiterklasse" wird, die sich darüber hinaus bei näherer Betrachtung als Fiktion erweist. An diesem Punkte geht die Theorie Mallets völlig in die Irre. Gleichwohl hat sie mit dazu beigetragen, daß die Kommunistische Partei Frankreichs sehr bald begann, sich mit den Problemen der wissenschaftlich-technischen Intelligenz intensiver auseinanderzusetzen und aus der veränderten sozialen Position und betrieblichen Funktion ihrer einzelnen Teile sowohl theoretisch [34]) als auch praktisch [35]) Konsequenzen zu ziehen.

IV

Die Analyse der französischen Verhältnisse läßt sich folgendermaßen zusammenfassen:

1) Gewerkschaftliches und politisches Bewußtsein sind nicht der unmittelbare Ausdruck einer objektiven Klassenlage und eines bestimmten Entfaltungsgrades der Produktivkräfte. Obwohl sich das gewerkschaftliche und politische Bewußtsein auf der Grundlage dieser Bedingungen entwickelt, wird es inhaltlich und konkret erst im praktischen Prozeß der Entfaltung der Klassenwidersprüche im organisierten Kampf der Lohnabhängigen. Die Entfaltung der Auseinandersetzungen zwischen den bewußtesten Teilen der Arbeiterbewegung und den Repräsentanten der Kapitaleigner, an die sich die Politisierung von Teilen der wissenschaftlich-technischen Intelligenz historisch anschließt und von der sie abhängig ist, setzt in diesem Sinne die Existenz einer starken gewerkschaftlichen und politischen Organisation der Arbeiterschaft voraus.

2) Wenngleich die Politisierung von Teilen der wissenschaftlich-technischen Intelligenz in Abhängigkeit von der Entfaltung der Klassenwidersprüche durch die organisierte Arbeiterbewegung erfolgt, wäre es falsch, daraus einen prinzipiellen Unterschied zwischen „alter" und „neuer" Arbeiterklasse zu konstruieren. Die wissenschaftliche und technische Intelligenz ist weder eine in sich homogene „neue Arbeiterklasse" noch gar insgesamt ein Teil der „alten Arbeiterklasse". Wesentliches Merkmal ihrer inneren Struktur ist vielmehr ihre weitgehende Heterogenität, die sich aus der Verschiedenheit der Funktionen ihrer einzelnen Angehörigen im System der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit ergibt.

---

34) Für die intensiven Bemühungen des PCF um die wissenschaftlich-technische Intelligenz im Rahmen der Klassenanalyse steht eine Vielzahl von Aufsätzen in der theoretischen Zeitschrift „Economie et Politique", von denen zwei der wichtigsten genannt werden sollen: S. Laurent, Donnés sur les classes sociales in France à l'èpoque du capitalisme monopoliste d'etat, Nr. 149/50, Dez.-Jan. 66/67, S. 47—65. — J. Metzger, Le PCF et les ingénieurs, cadres et techniciens, Sonderheft anläßlich der nationalen Studientage zum gleichen Thema vom 18./19. 1. 1969. Beide Aufsätze sind auszugsweise übersetzt in: *Die neue Arbeiterklasse*, hrsg. v. F. Deppe/H. Lange/L. Peter . . ., a.a.O., S. 142—167.

35) Der gestiegenen Bedeutung der Ingenieure und Techniker trugen die Kommunisten seit 1965 in der Weise Rechnung, daß diesen eine besondere Organisationsstruktur innerhalb der CGT zugestanden wurde: Die Basisgruppierungen der Union Syndicale des Ingenieurs et Cadres (USIC) werden innerhalb der Industrieföderationen durch selbständige Körper gebildet, die auf nationaler Ebene noch einmal zusammengefaßt und im Bureau Confédéral repräsentiert sind. Seit Januar 1970 existiert auch eine eigene Zeitung der wissenschaftlich-technischen Intelligenz: ITC-Ingénieurs, Techniciens et Cadres.

3) Die weitere ökonomische und soziale Entwicklung wird — mehr noch als bisher — einen Teil der wissenschaftlich-technischen Intelligenz objektiv zu einem Teil der Arbeiterklasse werden lassen, ohne daß dieser Prozeß von den Betroffenen bereits immer schon adäquat realisiert wird und sich in ihrem sozialen, ökonomischen und politischen Bewußtsein niederschlägt. Es wäre jedoch vom Standpunkt der Arbeiterbewegung aus falsch, diesen Teil der wissenschaftlich-technischen Intelligenz im Kampf zu isolieren. Vielmehr gilt es, den Kampf der wissenschaftlich-technischen Intelligenz unter Berücksichtigung ihrer inneren sozialen Differenzierungen zusammen mit dem Kampf der traditionellen Industriearbeiterschaft zu vereinen, und zwar in der Weise, daß die spezifischen Forderungen der einzelnen Gruppen sich innerhalb einer gemeinsamen Strategie zusammenfügen und sich gegenseitig zu einer neuen Qualität ergänzen.

Von der Verwirklichung dieser Strategie wird es abhängen, ob die Mehrheit der wissenschaftlich-technischen Intelligenz in Zukunft zu einer Stärkung des Kampfes der Arbeiterbewegung beiträgt oder aber in kleinbürgerliche und politisch reaktionäre Formen des Protestes gegen ihre zunehmende objektive Proletarisierung zurückfällt und so die Kampfkraft der Arbeiterbewegung schwächt.

Bücher

Das Herrschaftssystem der BRD

Autorenkollektiv unter Leitung von Otto Reinhold, Der Imperialismus der BRD, Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt (M.) 1971, 687 Seiten, 11,— DM.

Mit „Der Imperialismus der BRD" wird an die Analyse angeknüpft, die erstmals in geschlossener Form 1965 mit dem Buch „Imperialismus heute" vom gleichen Autorenkollektiv vorgelegt wurde. Allerdings handelt es sich nicht einfach um eine Neuauflage dieser Arbeit. Die Methodik der Untersuchung ist zwar im wesentlichen die gleiche geblieben, doch schlägt sich in der neuen Untersuchung inhaltlich das vorläufige Ergebnis einer lebhaften Diskussion nieder, die seit 1965 in der DDR um die Analyse der politischen Ökonomie des Kapitalismus geführt wurde.

Die zentrale Frage der Diskussion war es, inwieweit die neuen Entwicklungstendenzen des Kapitalismus, die wachsende Rolle des Staates, die immanenten Gesetzmäßigkeiten des kapitalistischen Systems modifizieren oder sogar außer Kraft setzen können, welche Möglichkeiten einer umfassenden Regulierung bestehen und welche Grenzen dabei gesetzt sind.

Anknüpfend an die Leninsche Bezeichnung wird das politische und ökonomische System der Bundesrepublik mit dem Begriff „staatsmonopolistischer Kapitalismus" umschrieben, nach Lenin die „vollständige materielle Vorbereitung des Sozialismus". Während in „Imperialismus heute" vor allem die Herausbildung des staatsmonopolistischen Kapitalismus untersucht wurde, befaßt sich der „Imperialismus der BRD" schwerpunktmäßig mit den Reaktionen des entwickelten Systems auf die wachsenden Widersprüche.

In ersten Elementen begann die Herausbildung des staatsmonopolitischen Systems bereits vor dem Ersten Weltkrieg. Der deutsche Kapitalismus, der sich wesentlich später ausbildete als z. B. der Kapitalismus

in England, wies schon sehr frühzeitig monopolistische Elemente auf. Mit Hilfe des junkerlich-bourgeoisen Staates wurde versucht, den Vorsprung der weiter entwickelten kapitalistischen Länder aufzuholen. Schon 1881 versuchte Bismarck, einen deutschen Volkswirtschaftsrat ins Leben zu rufen. Das „Zu-Spät-Kommen" des deutschen Kapitalismus bei der Verteilung der Welt prägte denn auch bis heute seinen stark expansiven und aggressiven Charakter. Die Perioden des Ersten und des Zweiten Weltkriegs, beide vom deutschen Imperialismus begonnen, um die Neuaufteilung der Welt zu seinen Gunsten zu erzwingen, trieben die Entwicklung zum Staatsmonopolismus rasch voran. Nachdem die Phase des Wiederaufbaus und der Konsolidierung in der Bundesrepublik beendet war, trat mit Beginn der sechziger Jahre „der Imperialismus der BRD in die Phase der Expansion ein." (S. 88)

Die zentrale Kategorie der Untersuchung der neuesten Entwicklungstendenzen der BRD ist die der „Anpassung". Der staatsmonopolistische Kapitalismus der Gegenwart, die „Vereinigung der privaten Monopole mit dem Staatsmonopol" (S. 102) ist gezwungen, sich einem doppelten Druck „anzupassen": an „die von der Existenz des Sozialismus auf ihn wirkenden Einflußfaktoren und auf die inneren Gesellschaftskonflikte, die mit der wissenschaftlich-technischen Revolution verstärkt zu einer sozialistischen Lösung drängen." (S. 124) Doch jeder Schritt zur zeitweiligen Lösung dieser Widersprüche ist mit der „Ausdehnung des Wirkungsfeldes der Monopole und der Funktion des Staates" (S. 124) verbunden und läßt den Grundwiderspruch des Kapitalismus, den Widerspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung, immer deutlicher hervortreten. "Was also der ‚Gesundung' des Kapitalismus dienen soll, untergräbt in Wirklichkeit die Basis dieser Ausbeuterordnung, treibt deren Fäulnisprozeß voran und läßt ihre historische Überlebtheit noch deutlicher hervortreten." (S. 124)

Die Zentralisierung des Kapitals hat die „Gestalt von Großfusionen" angenommen, wobei den Banken eine führende Rolle zukommt. Der Staat selbst ist es, der diese Zusammenschlüsse organisiert, besonders soweit es den Bereich der Rüstungsindustrie betrifft. Gleichzeitig verläßt der Zentralisierungsprozeß die zu eng gewordene nationale Basis, es kommt zur Herausbildung internationaler Konzerne und Monopole. (S. 238)

Die Konzentration der wirtschaftlichen Macht bedingt die Konzentration der politischen Macht und den Abbau bürgerlich-demokratischer Herrschaftsformen. „Mit der zunehmenden ökonomischen Machtkonzentration, tendiert auch die politische Entwicklung immer stärker zur Zentralisierung der politischen Gewalt..." (S. 182) Das Parlament wird faktisch entmachtet, der Föderalismus abgebaut zugunsten einer Verstärkung der Machtbefugnisse der zentralen Exekutive. Es kommt zu einer „Verschmelzung der (Unternehmer-)Verbände mit den Exekutivorganen des Staates..." (S. 198)

Eine der wichtigsten ökonomischen Funktionen des kapitalistischen Staates ist die Regulierung des Konjunkturablaufs. Die spontane Regulierung der Wirtschaftsentwicklung wird durch die immanenten Gesetzmäßigkeiten des Systems allein nicht mehr ausreichend gewährleistet. Dabei muß auch gesehen werden, daß die Auswirkungen ökonomischer Krisen angesichts eines erstarkenden sozialistischen Systems in unmittelbarer Nachbarschaft an die Grundlagen der Kapitalherrschaft rühren können. So muß sich der Staat bemühen, „eine übermäßige Zuspitzung der Widersprüche in der Konjunkturphase zu verhindern und den Übergang von der Krise zur Konjunktur zu beschleunigen." (S. 332) Doch können die staatlichen Eingriffe nicht die grundlegende Zyklizität der Wirtschaftsentwicklung im Kapitalismus außer Kraft setzen. Die Ursachen der zyklischen Krisen liegen in der kapitalistischen Produktionsweise selbst begründet, die ja durch das staatliche Eingreifen gerade aufrechterhalten werden soll. Sie können lediglich den Ablauf des Krisenzyklus modifizieren, können die Auswirkungen der Krise teilweise auf den gesamten Zyklus verteilen. „Daraus ergibt sich eine Kombination von zyklisch ablaufendem Reproduktionsprozeß und einer wachsenden Zahl von Krisen in Teilbereichen der Wirtschaft, die an Zahl und Umfang weiter zunehmen." (S. 333)

Gerade auf dem Gebiet der Krisentheorie lassen sich in der neuen Arbeit, verglichen mit „Imperialismus heute", einige durch die intensive Diskussion darüber bewirkte Akzentverschiebungen feststellen, die

sicher auch die seit 1965 mit dem Krisenablauf der BRD gemachten Erfahrungen widerspiegeln. Insgesamt werden die Möglichkeiten der Krisenregulierung durch den kapitalistischen Staat im Band „Imperialismus der BRD" erheblich vorsichtiger bewertet als in dem vorausgegangenen Band „Imperialismus heute"

Die Konzentration der ökonomischen und der politischen Macht schmälert objektiv die Massenbasis des kapitalistischen Systems. Der Anteil der Lohnabhängigen an der Bevölkerung wächst, der Anteil der „Selbständigen" geht zurück. Als Folge der wissenschaftlich-technischen Revolution verändert sich auch die innere Struktur der Arbeiterklasse. Dabei überwiegt die Tendenz zur Vereinheitlichung.

Der Kampf der Arbeiter für ihre ökonomischen Interessen nimmt objektiv einen politischen Charakter an, die ökonomischen Forderungen stoßen unmittelbar auf den kapitalistischen Staat. Die Mittelschichten und selbst nichtmonopolistische Kapitalisten werden von der Machtausübung verdrängt, sie müssen einen Teil des Mehrwerts an die monopolistischen Schichten abgeben.

Die objektiven Grundlagen für ein Bündnis der Arbeiterklasse mit den Mittelschichten, der Bauernschaft und der Intelligenz bilden sich heraus. Es kommt zu einer wachsenden „Polarisierung der Klassenverhältnisse". (S. 396) Die neuen Bedingungen verstärken die Labilität des kapitalistischen Systems und seine Anfälligkeit gegenüber allen demokratischen Bewegungen, auch wenn sie subjektiv zunächst noch nicht das System als Ganzes anzielen. Vom Ansatz her bloß ökonomische Bewegungen berühren objektiv die Grundlage der Kapitalherrschaft.

Die kapitalistische Expansion vollzieht sich gegenwärtig hauptsächlich in zwei Formen: der „Herausbildung internationaler Monopole" und der „imperialistischen Integration". (S. 400) Die Verengung des Spielraums des Imperialismus durch die wachsende Stärke und Bewußtheit der nationalen Befreiungsbewegungen bedingen eine Verschärfung der Gegensätze zwischen den imperialistischen Staaten. Gleichzeitig beeinflußt das gemeinsame Interesse an der Erhaltung des imperialistischen Systems selbst die Austragungsformen der gegensätzlichen Interessen.

Durch Förderung des Kapitalexports, durch den Ausbau der EWG zu einem wirtschaftlichen und politischen Block unter Führung der Bundesrepublik versucht der westdeutsche Imperialismus, seine Position vor allem gegenüber der USA zu verbessern, ohne das Bündnis mit ihr grundsätzlich in Frage zu stellen.

Die Rolle als ewig „Zu-Spät-Gekommener", das Mißverhältnis zwischen ökonomischer Kraft und politischem Einfluß und seine Funktion als „Sperrspitze gegen die sozialistischen Länder" (S. 470) bedingen die besondere Aggressivität des Imperialismus der BRD. Daran ändert auch nichts die Tatsache, daß sich die Formen der Auseinandersetzung mit dem sozialistischen Lager gewandelt haben, daß die Methode der offenen Konfrontation als Folge der wachsenden Stärke der sozialistischen Länder teilweise zugunsten anderer, flexiblerer Mittel zurückgestellt wurde. In Wechselwirkung mit dem verstärkt expansiven Kurs des Imperialismus der BRD erhält das Militär und die Rüstungsindustrie eine wachsende Bedeutung. Es entwickelt sich ein militärisch-industrieller Komplex, der zunehmenden Einfluß auf die politischen Entscheidungen erlangt.

Die wachsende Stärke der antiimperialistischen Bewegung in allen ihren Formen schlägt sich sehr deutlich auch im Bereich der ideologischen Auseinandersetzung nieder. Dabei gewinnt gerade die Ideologie in dem Maße an Bedeutung für die Aufrechterhaltung des Systems, wie die Konzentration der wirtschaftlichen und politischen Macht die objektive Massenbasis des Kapitalismus schmälert.

Ebenso wie die Methode der offenen Konfrontation in der internationalen Auseinandersetzung mit dem Sozialismus zurückgestellt wurde, gewannen auch in der ideologischen Sphäre flexiblere und subtilere Mittel ihre Anwendung. Der platte Antikommunismus, die kritiklose Apologie des Kapitalismus, wurden modifiziert und differenziert. Wenn auch der Apparat der Manipulation ständig ausgebaut und vervollkommnet wird, findet die Manipulation doch ihre Grenzen in den größer und offener werdenden Widersprüchen des Systems. Die Geschwindigkeit, mit der „neue Theorien" zur Verschleierung der Gegensätze propagiert werden und wieder aus der Mode geraten, spiegelt die „Krise

der bürgerlichen Ideologie" wider (S. 503), das Resultat dieser Widersprüche.

Als Konsequenz aus der Analyse der einzelnen Erscheinungsformen des Systems und seiner Reaktionen entwickeln die Autoren eine Strategie des Kampfes der Arbeiterbewegung unter den veränderten Bedingungen. Es wird davon ausgegangen, daß „ein unvermittelter Übergang zum Sozialismus nicht möglich" ist. (S. 628) „Zwischen der Diktatur des staatsmonopolistischen Kapitalismus und der Errichtung des Sozialismus liegt die Erkämpfung und Entfaltung einer antimonopolistischen Demokratie." (ebenda). Die Verwirklichung der antimonopolistischen Demokratie erfordert die Errichtung einer Staatsmacht antiimperialistischer Kräfte, wobei zwar die Arbeiterklasse als stärkste Klasse der Gesellschaft die Führung hat, aber auch andere, nichtmonopolistische Kräfte ihre Rolle spielen. Die antimonopolistische Demokratie ist dabei „keine dritte Gesellschaftsordnung zwischen Kapitalismus und Sozialismus" (S. 567), sondern Bestandteil des revolutionären Prozesses, des Kampfes für den Sozialismus.

Wichtige Einzelfragen der Strategie der Arbeiterklasse werden behandelt, so die Rolle des Parlamentes, die Stellung zur Gewalt, die Bündnisfrage, die Aktionseinheit der Arbeiterklasse. Diese Fragen werden ausführlicher und detaillierter behandelt, als es in „Imperialismus heute" der Fall gewesen ist. Auch hier ergeben sich gewisse Akzentverschiebungen, die die seit 1965 gemachten Erfahrungen und die Ergebnisse der Diskussion einschließen.

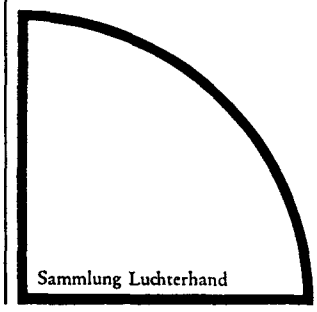
Den Schluß des Buches bildet eine kurze Auseinandersetzung mit der bürgerlichen Futurologie, deren lawinenartiges Anwachsen im Laufe der letzten Jahre als Ausdruck der Perspektivlosigkeit des kapitalistischen Systems gesehen wird. Die „Zukunftsmodelle" sollen einerseits den Herrschenden die Instrumente zur Sicherung des Systems an die Hand geben und andererseits im ideologischen Kampf als Alternative zum Sozialismus angeboten werden. Doch notwendig werden diese

Sammlung Luchterhand
Neuerscheinungen

Leo Löwenthal
Erzählkunst und Gesellschaft
Die Gesellschaftsproblematik in der deutschen Literatur des 19. Jahrhunderts. Mit einer Einleitung von Frederic Tubach.
DM 9,80 Band 32 November

Rosa Luxemburg
Internationalismus und Klassenkampf
Die polnischen Schriften, herausgegeben und eingeleitet von Jürgen Hentze. DM 9,80
Band 41 November

Gisela Steinwachs
Mythologie des Surrealismus oder die Rückverwandlung von Geschichte in ›Natur‹
Eine strukturale Analyse von Bretons »Nadja«. collection alternative, herausgegeben von Hildegard Brenner, Band 3. DM 7,80
Band 40 November



Dorothee Sölle
Das Recht ein anderer zu werden
Theologische Texte. Reihe Theologie und Politik, herausgegeben von Hans-Eckehard Bahr, Band I.
DM 4,80 Band 43 November

Jóhann Páll Árnason
Von Marcuse zu Marx
Prolegomena zu einer dialektischen Anthropologie.
DM 9,80 Band 54 November

Ausführliche Verzeichnisse der »Sammlung Luchterhand« erhalten Sie in Ihrer Buchhandlung.

„Gesellschaftsprognosen" sich — wie auch in der Vergangenheit — als unzutreffend erweisen, da ihr beschränkter Ausgangspunkt ein Erkennen der bewegenden Widersprüche des Systems nicht erlaubt.

Die Arbeit des Autorenkollektivs ist nicht nur wegen der Darstellung des Gesellschaftssystems der BRD interessant. Sie bietet auch methodisch das Beispiel einer fruchtbaren Anwendung der marxistischen Theorie zur Erklärung der Gegenwart. Ausgehend von den wichtigsten Erkenntnissen der Theorie untersucht sie die Entwicklungstendenzen der Gesellschaft und zieht daraus Schlüsse für die Strategie und Taktik der Arbeiterbewegung. Die Geschlossenheit der Darstellung, der Ausweis der theoretischen Ausgangspunkte, machen das Buch auch für Nichtkenner der marxistischen Theorie mit Gewinn lesbar. Zudem wird durch eine Fülle von Tabellen und Statistiken und durch kurze Zusammenfassungen am Ende jedes Kapitels das Verständnis erleichtert.

Wenn mit diesem Buch auch sicher nicht die Diskussion der Marxisten über einzelne Probleme beendet sein wird, so liefert es doch eine in sich geschlossene Darstellung, auf die alle weiteren Analysen aufbauen können.

Jörg Goldberg

Die Watsons und IBM

Thomas J. Watson jr., IBM. Ein Unternehmen und seine Grundsätze. Verlag Moderne Industrie, München 1968, 140 S., 12,80 DM. William H. Rodgers, Die IBM-Saga. Ein Unternehmen verändert die Welt. Hoffmann und Campe Verlag, Hamburg 1971, 448 S., 24,— DM.

Für Hegel waren große Menschen in der Geschichte die, „deren eigene partikulare Zwecke das Substantielle enthalten, welches Wille des Weltgeistes ist", d. h. Menschen, die die Einsicht haben von dem, „was an der Zeit ist". Diese „Geschäftsführer des Weltgeistes", wie er sie auch nannte, seien durchdrungen von Arbeit, Mühe und Leidenschaft. Haben sie jedoch ihren „Zweck erreicht, so fallen sie, die leeren Hülsen des Kernes, ab".

Ohne die Spekulation über den Weltgeist teilen zu müssen — wie Marx richtig erkannte, existierte der nur in der Einbildung des Philosophen —, gibt uns Hegel mit dieser Bestimmung den Rahmen an, in dem allein es lohnt, sich mit individuellen Lebensläufen nachträglich noch zu beschäftigen. Die Biografie als das Einzelne sollte zugleich einen wesentlichen Teil des Besonderen und des Allgemeinen einer Epoche widerspiegeln und zu deren Interpretation beitragen.

Bei Thomas J. Watson verkörpert sich das Allgemeine in der Figur eines der letzten „souveränen" monopolkapitalistischen Industrieführer der USA. Das Besondere liegt in der Tatsache, daß er der Begründer und jahrzehntelange Leiter der International Business Machines Corporation (IBM) war, des siebtgrößten (1969) Monopolunternehmens der Welt mit guten Chancen, im Laufe des nächsten Jahrzehnts an die Spitze zu gelangen. Denn das Geschäft mit Computern, die IBM vor allem neben Textverarbeitungsmaschinen herstellt, ist gerade erst richtig in Gang gekommen. Das „Computer-Zeitalter" hat erst begonnen.

Nach vorsichtigen Schätzungen kommen 70 % und mehr aller in der kapitalistischen Welt eingesetzten EDV-Anlagen von IBM. Der IBM-Marktanteil in der Bundesrepublik Deutschland dürfte sich um denselben Prozentsatz bewegen. Das heißt aber: die zukünftige technologische und damit auch gesellschaftliche Entwicklung bei uns wie anderswo wird nicht unmaßgeblich von diesem Konzern beeinflußt werden. Es lohnt also, sich mit Thomas Watson genauer zu beschäftigen, nach dessen Grundsätzen das Weltunternehmen noch heute geführt werden soll. So behauptet es wenigstens sein ältester Sohn und Nachfolger Thomas J. Watson jr. in einer Vortragsreihe, die er 1962 an der von IBM weitgehend kontrollierten Columbia-Universität gehalten hat. Sie liegt seit 1968 auch in deutsch vor und gehört zur Pflichtlektüre des IBM-Managernachwuchses, auch wenn die Bedeutung der firmeneigenen „Philosophie" wohl nicht mehr so hoch eingeschätzt wird wie noch zu Zeiten des alten Watson. Vielleicht erleben dessen Predigten und Wahlsprüche eine Renaissance, wenn es gilt, eine Mar-

cuse-, Mao-, Leary- und Jesus-müde Jugend für die IBM zu gewinnen.

Zunächst aber hatte IBM Ende der vierziger Jahre erfahren müssen, was es heißt, zu lange an überkommenen, den Anforderungen der wissenschaftlich-technischen Revolution nicht entsprechenden Führungsprinzipien festzuhalten. IBM sah sich in seiner Vorrangstellung innerhalb der USA wie auf dem Weltmarkt gefährdet. Und es bedurfte eines Forschungsaufwandes von 5 Milliarden Dollar, um mit der Systemfamilie /360 die Position wieder zu festigen.

Die autoritäre Führerschaft des alten Watson machte seinerzeit über Nacht einer durch Management dezentralisierten Organisation Platz. Wissenschaftliche Unternehmensführung trat an Stelle des intuitiven Missionseifers, der den alten Watson gekennzeichnet hatte. Das Wort „Think" („Denke"), das in sämtlichen Ländern, in denen IBM vertreten war (inzwischen über 100), Schreibtische und Werkhallen, Flure und Eingänge in der jeweiligen Landessprache zierte, wurde langsam aus dem Verkehr gezogen. Ebenso das IBM-Liederbuch, in dem auch die IBM-Hymne abgedruckt war. Ihre letzte, von einem Chor zu singende Strophe lautete:

„Immer vorwärts — Immer vorwärts! / Wir streben auf den Gipfel und werden niemals stürzen. / Hier und heute schwören wir dankbar / Aufrichtige Treue / Zu der Firma, der besten von allen. / Wir verehren unsere Führer, und da wir hier zusammen sind, / Laßt uns der Welt zeigen, was wir von ihnen denken. / So laßt uns singen, Männer, singt, Männer. / Ein- und zweimal, singt noch einmal / Für die Immer-Vorwärts-IBM."

Wer sich je gefragt hat, warum es in den USA bisher keinen organisierten Faschismus gegeben hat, hier liegt ein Schlüssel. Vieles, was sich in Europa Angehörige des Mittelstandes, aber auch Arbeiter, von den faschistischen Bewegungen versprachen, wurde ihnen von amerikanischen Corporations geboten: Anerkennung und Perspektive, Weltdeutung und relative Sicherheit, Ruhe und Ordnung, Aufmärsche und Fahnen. So wurden z. B. während der großen Depression von der IBM kaum Entlassungen vorgenommen. Watson ließ auf Vorrat produzieren. als dann mit Roosevelts New Deal die Nachfrage nach Büromaschinen gewaltig anstieg, machte IBM das große Geschäft.

In einer überaus fleißigen Materialzusammenstellung hat der Journalist W. H. Rodgers die Entwicklung von Thomas J. Watson und seinen Söhnen und Nachfolgern Thomas J. jr. und Arthur K. nachgezeichnet. Zwar zeigt sich der Autor befangen in der „Männer - machen - Geschichte - Ideologie", die die materialle Basis der Leistungen „großer Männer" verkennt, nämlich die aus der Dialektik von Produktionsverhältnissen, Produktionsweisen und Produktivkräften entstehenden ökonomisch-gesellschaftlichen Notwendigkeiten. Durch eine kritische Distanz zu den Watsons versteht es Rodgers aber trotzdem, die jeweiligen Persönlichkeitsstrukturen, ihre Bedingtheit wie ihre Wirksamkeit, klar und interessant herauszuarbeiten. Von der IBM wird dabei allerdings nur insoweit gesprochen, wie die Firma als Handlungsinstrument der Watsons in Erscheinung tritt. Der amerikanische Titel „Think — A biography of the Watsons and IBM" kommt insofern dem Inhalt des Buches wesentlich näher, doch hat der Verlag wohl auf den höheren Bekanntheitsgrad der drei Buchstaben IBM spekuliert.

Interessant ist, daß im Grunde genommen kein Teil der gepriesenen Firmenphilosophie, kein Grundsatz der Unternehmensführung von Thomas Watson selbst stammt. Vielmehr handelt es sich um eine geglückte Kombination von Erfahrungen, die er bei der National Cash Register Company (NCR) oder der Computer-Tabulating-Recording-Company, dem Vorläufer der IBM, gesammelt hatte. Männer wie J. H. Patterson, Ch. R. Flint und G. H. Johnson können als geistige Väter genannt werden.

Im Mittelpunkt der Watson-Philosophie steht die Hervorhebung des „Faktors Mensch", die Betonung des „positiven Denkens". So heißt der erste der „drei einfachen Grundsätze" der IBM: „Respekt vor dem einzelnen Menschen"; der zweite: „Von allen Unternehmen der Welt wollen wir den besten Kundendienst bieten"; der dritte: „Wir sind der Meinung, daß eine Organisation alle ihre Aufgaben in dem Gedanken verfolgen sollte, sie mit Überlegenheit zu lösen". Dazu erläutert Watson jr.: „Ich nehme an, daß ein derartiges Prinzip eine Sucht nach Vollkommenheit auslöst und von dem entsprechenden psychologischen Druck begleitet ist". Daß es allerdings mit diesen Grundsätzen nicht so weit

her war, wenn es galt, Marktpositionen zu verteidigen oder zu erobern oder sich unbequemer Kritiker zu entledigen, ist bei Rodgers nachzulesen.

Die Tatsache, daß Thomas J. Watson 1937 von Hitler den Verdienstorden mit Deutschem Adler und Stern anläßlich einer Privataudienz beim „Führer" erhielt, daß er bereits Ende der 20er Jahre auf einer IBM-Tagung in Florenz Mussolini als „Großen Führer" gefeiert hatte, daß er schließlich entscheidend dazu beitrug, daß Eisenhower US-Präsident wurde, legte nahe, Watson politisch als reaktionären Mann einzustufen. Doch das wäre nur die halbe Wahrheit. Denn gleichermaßen war er ein Anhänger F. D. Roosevelts und ein eifriger Befürworter des New Deal wie der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur Sowjetunion.

Hier zeigt sich die relative Gleichgültigkeit des Kapitals gegenüber der politischen Sphäre, solange die eigenen Existenzbedingungen, die Reproduktionsmöglichkeiten nicht in Frage gestellt sind.

Deutlich wird das auch in der Gegenwart. Im Juni 1971 zog sich Thomas J. Watson jr. nach einem Herzinfarkt auf den Posten eines Vorsitzenden des Exekutiv-Komitees zurück. Der neue Herrscher heißt T. Vincent Learson, vorher Präsident der IBM und wie die Watsons Großaktionär der Firma. Arthur K. Watson aber, der jüngere Bruder, ist seit Sommer vorigen Jahres US-Botschafter in Frankreich, was der Bedeutung des west- wie osteuropäischen Marktes für die IBM entspricht. Ob er von Paris zur IBM zurück oder einflußreichere politische Ämter anstreben wird, bleibt abzuwarten. Eine wichtige Rolle wird für ihn wohl der Ausgang der Anti-Trust-Klage des US-Justizministeriums gegen die IBM spielen. IBM-Verteidiger ist N. de B. Katzenbach, der Justizminister Kennedys.

Gerd Peter

Personalisierung des Nationalsozialismus

Eberhard Jäckel, Hitlers Weltanschauung. Entwurf einer Herrschaft. Rainer Wunderlich Verlag, Tübingen, 160 S., 18,— DM.

Es sollte vorweg gesagt werden: E. Jäckels Buch ist eine interessante, aber in diesem Rahmen überflüssige Detailstudie „in einem Punkt" (S. 24). Auf rund 160 Seiten lehnt er den „nihilistischen Opportunismus" (S. 14) als Grundlage von Hitlers Handeln ebenso ab wie den „geistesgeschichtlichen Sprung" (S. 18), mit dem nationalsozialistische Ideologen und nicht Hitler für die Programmatik der NSDAP verantwortlich gemacht werden. Auf dem „Mittelweg nüchterner Analyse" (S. 22) sucht Jäckel diesen durch Werturteile (S. 23) belasteten Thesen zu entgehen, da sie die historische Forschung in ein „Dilemma" zwischen angeblicher Bedeutungslosigkeit in Fragen der Weltanschauung und erstaunlicher, immer stärkerer Betonung von Hitlers politisch-historischer Bedeutung (S. 19) gebracht hätten.

Einen ersten „befreienden Durchbruch zu einem unverstellten Blick auf die Wirklichkeit" (S. 29) gewinnt laut Jäckel erst der im folgenden häufig erwähnte englische Historiker H. R. Trevor-Roper, wenn er feststellt, daß Hitler ab 1923 eine festgelegt außenpolitische Zielvorstellung gehabt habe und diese konsequent „in Hitlers Handlungen zum Ausdruck gekommen sei" (S. 30). Dieses Konzept — Bodenpolitik, Revisionspolitik und sogar Rassenpolitik — hatte Hitler, so E. Jäckel, 1926 im zweiten Band von „Mein Kampf" in einem in sich geschlossenen Programm" (S. 47) vereinigt.

Die „Entfernung der Juden" soll die gleiche Konsequenz besitzen, zumal eine „Verbindung antisemitischer und außenpolitischer Überlegungen" (S. 71a) vorliege. „Die Ausrottung der Juden war von Anfang an Teil des Krieges" (S. 83), da Hitler diese als „zentrale Mission der Geschichte" (S. 84) erschien. Nur durch eine Bekämpfung des jüdischen Internationalismus war Deutschland nämlich fähig, eine wirklich nationale, sprich expansionistische Politik zu betreiben (S. 70). Damit wird für E. Jäckel der Antisemitismus und der Nationalismus zum zentralen Punkt der Motivation Hitlerschen Handelns. Folgerichtig sind alle anderen Punkte, die Hitler in die tägliche Propaganda als offizielle Weltanschauung verbreiten ließ, für Jäckel uninteressant. „Die Kritik an der Republik, an Demokratie und Parlamentarismus, an Marxisten, Sozialisten und so fort ... [war] nur ein Unterfall seines Antisemitismus" (S. 97), und allein unter dem Gesetz außen- d. h. boden-

politischer Handlungsfreiheit standen Verfassungs-, Sozial- und Innenpolitik (S. 102).

Miteinander verbunden wurden Antisemitismus und Bodenpolitik jedoch erst durch eine historische Rassentheorie in Hitlers „Zweitem Buch" 1928 (S. 135). Mit dieser Synthese hatte Hitler „ein Geschichtsbild gewonnen ... aus dem er alle seine politischen Forderungen logisch (!) ableiten konnte" (S. 140).

E. Jäckel beabsichtigte mit seinem Werk nicht, etwas über die „historisch-politischen Voraussetzungen des Nationalsozialismus" (S. 108, Anm. 35) zu sagen. Aber gerade hier muß die Kritik einsetzen, denn der Untertitel und wohl auch E. Jäckels Anspruch verspricht die Analyse „einer Herrschaft". Da aber — so E. Jäckel — der Historiker bloß zu erzählen habe (in: ders., Frankreich in Hitlers Europa, S. 11), bleibt sein Werk rein deskriptiv. Mit Akribie werden bisherige Forschungsergebnisse beschrieben — allerdings in Auswahl —, als nicht stimmig befunden und dann aus den Äußerungen Hitlers die Weltanschauung destilliert, die das Geschehen im Dritten Reich maßgebend beeinflußt haben soll.

Niemand bestreitet die Ernsthaftigkeit, mit der E. Jäckel dabei vorgeht. Nur ist er sich nicht im klaren darüber, daß schon die Themenstellung unbefriedigend oder, um mit dem Autor zu sprechen, ein unzulässiges Werturteil ist, das das Ergebnis beeinflußt. Hitler allein in Verbindung mit „Herrschaft" zu bringen, heißt, einer Dämonisierung Hitlers Vorschub zu leisten und die Existenz des Dritten Reiches auf eine Person zu konzentrieren.

Die Nationalsozialismus-Forschung hat daher kaum Gewinn, wenn sich herausstellt, daß sich bei Hitler „eines ins andere" (S. 141) fügt und daß sich aus seinen Schriften und Äußerungen ein kohärentes „Weltbild" (S. 25) destillieren läßt, solange nicht Funktion und Bedingung dieser „Weltanschauung" dargelegt werden. Diese reine Beschreibung des „Widerwärtigen" (S. 160), wie E. Jäckel sie liefert, läuft Gefahr, durch Bescheinigung ungewöhnlicher „Originalität" (S. 158) Hitlers Weltanschauung zum Kunstwerk werden zu lassen. Statt Hitler als den einseitig-genialischen, aber im Grunde genommen beschränkten, halbgebildeten Menschen darzustellen, spricht E. Jäckel von „Wahnsinn", der gleichwohl „Methode" hatte (S. 53). Dadurch und durch

Die
Deutsche Volkszeitung
steht links.

Die
Deutsche Volkszeitung
ist kritisch — und konstruktiv.

Die
Deutsche Volkszeitung
kämpft auf der Seite des demokratischen Fortschritts.

Sie müssen sie kennenlernen!

Probeexemplare unverbindlich und kostenlos durch MONITOR-VERLAG GmbH, 4 Düsseldorf, Oststraße 154, Postfach 5707 — Anforderungskarten liegen dieser Ausgabe bei —

die Feststellung faktischer „Alleinherrschaft" (S. 97) wird das politische „Phänomen" des „Führers" aus einer Weltanschauung begründet und nicht aus der ihn schaffenden Gesellschaft.

Das Ergebnis ist daher ein Buch, das wie so viele der bürgerlich-positivistischen Geschichtsschreibung von Fleiß zeugt, aber im Grunde genommen nichts Neues bringt.

Wolfgang Ritter

Neuerscheinungen Eingesandte Bücher

Kulturkritik und Soziologie

David J. de Levita, Der Begriff der Identität. Aus dem Englischen von Karin Monte und Claus Rolshausen. Suhrkamp Verlag, Frankfurt, 264 S., Balacron 16,— DM.

Rüdiger Lautmann, Wert und Norm. Begriffsanalysen für die Soziologie (2. Auflage 1971). Westdeutscher Verlag, Opladen, 156 S., kart. 19,80 DM (Beiträge zur soziologischen Forschung, Bd. 5).

Matthias Mende, Dürer-Bibliographie. Verlag Otto Harrassowitz, Wiesbaden, XLIV, 707 S. mit 24 Tafeln, Ln. 180,— DM. — Erschien zur 500. Wiederkehr des Geburtstages von Albrecht Dürer am 21. Mai 1971.

Friedrich Heinrich Jacobi — Philosoph und Literat der Goethezeit. Beiträge einer Tagung in Düsseldorf (16. — 19. 10. 1969) aus Anlaß seines 150. Todestages und Berichte. Herausgegeben von Klaus Hammacher. Verlag Vittorio Klostermann, Frankfurt, XII, 380 S., Ln. 62,50 DM, kart. 56,50 DM (Studien zur Philosophie und Literatur des 19. Jahrhunderts, Bd. 11).

Bernhard Jenschke, Zur Kritik der konservativ-revolutionären Ideologie in der Weimarer Republik. Weltanschauung und Politik bei Edgar Julius Jung. Beck'sche Verlagsbuchhandlung, München, VIII, 200 S., Ln. 35,— DM (Münchener Studien zur Politik, Bd. 16).

Dorothea Hollstein, Antisemitische Filmpropaganda. Die Darstellung des Juden im nationalsozialistischen Spielfilm. Verlag Dokumentation, München-Pullach, 368 S., Linson 36,— DM (Kommunikation und Politik, Bd. 1).

Rupert Breitling, Die nationalsozialistische Rassenlehre. Entstehung, Ausbreitung, Nutzen und Schaden einer politischen Ideologie. Verlag Anton Hain, Meisenheim, 77 S. br. 9,80 DM.

Anneliese Hochmuth, Euthanasie. Verlagshandlung der Anstalt Bethel, Bethel bei Bielefeld, 48 S. mit vielen Originaldokumenten, br. 2,20 DM (Arbeitshefte aus Bethel 1).

Empirische Sozialforschung 1969. Eine Dokumentation von Thomas A. Herz und Hagen Stegemann. Herausgegeben vom Zentralarchiv für Empirische Sozialforschung der Universität Köln. Verlag Dokumentation, München-Pullach, 472 S., Linson 36,— DM.

Hans Hielscher, Jugend und Wirtschaftswerbung. Verlagsgesellschaft Neue Deutsche Schule, Essen, 175 S., br. 12,— DM.

Georg Auernheim / Martin Doehlemann, Mitbestimmung in der Schule. Juventa Verlag, München. 232 S., Paperback 12,80 DM.

Felix v. Cube, Was ist Kybernetik? Grundbegriffe, Methoden, Anwendungen. Deutscher Taschenbuch Verlag, München, 300 S., Kunststoffeinbd. 4,80 DM (DTV/ Wissenschaftliche Reihe/Bd. 4079).

Geschichte und Zeitgeschichte

Die UdSSR. Handbuch. Gesamtredaktion und Herausgeber: N. Steinberger und H. Göschel. Brücken-Verlag, Düsseldorf, 836 Seiten, ca. 500 Abb., 4 Farbt., 8 Kt., Kunstleder 42,— DM. — Grundlage dieses Handbuches ist das zum 50. Jahrestag der Oktoberrevolution in Moskau erschienene Werk „UdSSR 1917—1967". Alle Beiträge wurden für die deutsche Ausgabe auf den neuesten Stand gebracht.

Karl-Heinz Schlarp, Ursachen und Entstehung des Ersten Weltkrieges im Lichte der sowjetischen Geschichtsschreibung. Verlag Bernard & Graefe, Frankfurt, 289 S.,

br. 52,80 DM (Darstellungen zur auswärtigen Politik, Bd. 10).

Wolfgang Rosar, Deutsche Gemeinschaft. Seyss-Inquart und der Anschluß. Europa Verlag, Wien, 441 S., Ln. 36,— DM. — Das Buch geht auf eine Dissertation zurück, die der Autor im Jahre 1969 an der Universität Wien zum Thema „Arthur Seyss-Inquart in der österreichischen Anschlußbewegung" vorgelegt hat.

Arnold Ebel, Das Dritte Reich und Argentinien. Die diplomatischen Beziehungen unter besonderer Berücksichtigung der Handelspolitik (1933—1939). Böhlau Verlag, Köln, XVI, 472 S., Ln. 62,— DM (Lateinamerikanische Forschungen/Beiheft zum Jahrbuch für Geschichte von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft Lateinamerikas/ Bd. 3).

Detlef Brandes, Die Tschechen unter deutschem Protektorat. Oldenbourg Verlag, München, 372 S., Ln. 45,— DM.

Christoph Klessmann, Die Selbstbehauptung einer Nation. Nationalsozialistische Kulturpolitik und polnische Widerstandsbis 1945. Bertelsmann Universitätsverlag, Düsseldorf, 277 S., Folieneinbd. 34,— DM (Studien zur modernen Geschichte, Bd. 5).

Emil Carlebach, Von Brüning zu Hitler. Das Geheimnis faschistischer Machtergreifung. Röderberg-Verlag, Frankfurt, 63 S., br. 1,— DM (Texte zur Demokratisierung/ Antifaschistische Arbeitshefte 2). — Als Heft 1 erschien: Neofaschismus in der BRD. Analysen, Argumente, Dokumentationen (161 S., br. 2,— DM).

Big Business und Kalter Krieg. Herausgegeben von David Horowitz. März Verlag, Frankfurt, 236 S., br. 20,— DM.

Aktuelle Themen

Walter Krumholz, Die politische Dokumentation in der Bundesrepublik Deutschland. Untersuchung über den heutigen Stand. Dritte Auflage. Verlag Dokumentation, München-Pullach, 412 S., Linson 58,— DM.

Dieter Stammler, Die Presse als soziale und verfassungsrechtliche Institution. Eine Untersuchung zur Pressefreiheit nach dem Bonner Grundgesetz. Verlag Duncker & Humblot, Berlin, 374 S., 68,60 DM (Schriften zum öffentlichen Recht, Bd. 145). — Als Bd. 144 der Reihe liegt vor: Adalbert Podlech, Gehalt und Funktionen des allgemeinen verfassungsrechtlichen Gleichheitssatzes (315 S., br. 59, 60,— DM).

Josef Dahnen, Taschenbuch der Ausbildungsförderung. Zweite überarbeitete und erweiterte Auflage. Sauer-Verlag, Heidelberg, 152 S., br. 12,— DM (Taschenbücher für die Wirtschaft, Bd. 19).

Hartwig Goerss, Unser täglich Gift, Verschmutzung und Zerstörung unserer Umwelt. Möglichkeiten der Abwehr. Verlag Hinder u. Deelmann, Bellnhausen über Gladenbach (Hessen), 95 S., br. 5,80 DM.

Buch und Buchhandel in Zahlen (Ausgabe 1971). Zusammenstellung und Bearbeitung: Horst Machill. Börsenverein des Deutschen Buchhandels, Frankfurt, 156 S., br. 6,80 DM.

Dokumente zum Zeitgeschehen

Sowjetisch-jugoslawische Erklärung vom 25. September 1971

(Wortlaut)

Der Generalsekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, L. I. Breshnew, und der Präsident der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien, Vorsitzender des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens, Josip Broz-Tito, haben bei einem ausführlichen Meinungsaustausch in Belgrad vom 22. bis zum 25. September 1971 festgestellt, daß eine gute Grundlage besteht für die weitere Entwicklung der sowjetisch-jugoslawischen Beziehungen, für die Vertiefung der Zusammenarbeit zwischen der Kommunistischen Partei der Sowjetunion und dem Bund der Kommunisten Jugoslawiens, zwischen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien im Interesse ihrer Bemühungen um den Aufbau des Sozialismus und Kommunismus, der Gewährleistung des Friedens und der internationalen Sicherheit wie auch im Interesse der Verstärkung des Kampfes für die Freiheit und Unabhängigkeit aller Völker, für den sozialen Fortschritt und für den Sozialismus.

I

Die Zusammenarbeit zwischen der UdSSR und der SFRJ beruht auf der Nähe ihrer historischen Geschicke, auf der Gemeinsamkeit der Grundlagen ihrer sozialen Ordnung, auf der Ähnlichkeit ihres Herangehens an viele internationale Probleme, auf dem Bekenntnis für Frieden, Unabhängigkeit und gleichberechtigte internationale Zusammenarbeit, auf dem Kampf gegen den Imperialismus.

Das schafft günstige Bedingungen für eine fruchtbare Zusammenarbeit unserer Völker, Parteien und Staaten, für eine konstruktive Lösung aller in den wechselseitigen Beziehungen aufkommenden Fragen, wie verwickelt sie auch sein mögen.

Die KPdSU und der BdKJ gehen davon aus, daß es für die Politik von kommunistischen und Arbeiterparteien, die an der Spitze ihrer Völker und der Arbeiterklasse für den Aufbau der sozialistischen Gesellschaft kämpfen, heute und künftig nur eine unwandelbare Grundlage geben kann: die Lehre von Marx—Engels—Lenin, schöpferisch angewandt und entwickelt je nach den Besonderheiten eines jeden Landes. Die Methoden des sozialistischen Aufbaus, die die Erfahrungen und die Spezifik der Entwicklung der einzelnen Länder widerspiegeln, sind Sache der Völker und der Arbeiterklasse dieser Länder und dürfen einander nicht entgegengestellt werden.

Die Entwicklung der vielseitigen sowjetisch-jugoslawischen Beziehungen beruht auf den Grundsätzen, die in der Belgrader Deklaration von 1955, in der Moskauer Erklärung und Deklaration von 1956 und in der gemeinsamen sowjetisch-jugoslawischen Erklärung von 1965 dargelegt sind.

Die Verhandlungsseiten halten es für notwendig, die freundschaftliche Zusammenarbeit zwischen der KPdSU und dem BdKJ als Parteien, die den sozialistischen und kommunistischen Aufbau in ihren Ländern leiten, nach diesen Prinzipien weiter auszubauen und das Vertrauen zu festigen, das die wechselseitigen Beziehungen zwischen beiden Parteien, zwischen beiden souveränen Staaten kennzeichnen muß.

Beide Verhandlungsseiten werden häufigere Begegnungen, Meinungsaustausche und Konsultationen auf verschiedenen Ebenen zwischen der KPdSU und dem BdKJ, zwischen der UdSSR und der SFRJ über Fragen der bilateralen Beziehungen und der Außenpolitik fördern. Sie geben der Gewißheit Ausdruck, daß dies zu einer besseren Verständigung und Zusammenarbeit beitragen wird.

Angesichts der Erfahrungen in den für die Beteiligten nützlichen zwischenparteilichen Beziehungen werden die KPdSU und der BdKJ den Austausch von Parteidelegationen

erweitern, die Zusammenarbeit von Partei- und wissenschaftlichen Institutionen begünstigen sowie die Kontakte und Verbindungen zwischen den örtlichen Parteiorganisationen ausbauen.

Die KPdSU und der BdKJ werden dazu beitragen, daß die Zusammenarbeit zwischen der UdSSR und der SFRJ im politischen und wirtschaftlichen Bereich wie auch in den Sphären der Wissenschaft, der Technik und der Kultur auf jede Weise entwickelt wird.

Die Verhandlungsseiten sind überzeugt, daß große Möglichkeiten für die Erweiterung und Vertiefung der wirtschaftlichen wie auch der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit zwischen der UdSSR und der SFRJ bestehen, einschließlich der auf dem Vertrag zwischen der SFRJ und dem Rat für Gegenseitige Wirtschafthilfe beruhenden Zusammenarbeit auf bilateraler wie auch multilateraler Grundlage. Die Hauptrichtungen für die weitere Entwicklung der sowjetisch-jugoslawischen Wirtschaftsbeziehungen sind Erweiterung des Warenumsatzes, für beide Seiten nützliche Kooperation und Spezialisierung der Produktion wie auch der Projektierungs- und Forschungsarbeiten, besonders in den Zweigen, die den gegenwärtigen wissenschaftlich-technischen Fortschritt bestimmen. In diesem Zusammenhang begrüßen die Verhandlungsseiten das Abkommen, das die UdSSR und die SFRJ für die Jahre 1971 bis 1975 abgeschlossen haben. Beide Parteien halten es für nötig, auf eine beschleunigte Entwicklung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen der UdSSR und der SFRJ hinzuarbeiten.

Der von beiden Regierungen gebildete Ausschuß für wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit wie auch die zuständigen Wirtschaftsorgane und -organisationen beider Länder werden die Möglichkeit einer effektiveren und rascheren Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen prüfen und die dazu erforderlichen Schritte unternehmen.

Die KPdSU und der BdKJ betonen, daß es wichtig ist, die Verbindungen im Bereich von Presse, Funk und Fernsehen, Kultur und Kunst auf der Grundlage der Gegenseitigkeit weiterhin auszubauen. Sie sind der Ansicht, daß die Massenmedien mit ihren großen Möglichkeiten im Interesse einer Festigung der gegenseitigen Achtung und der Freundschaft zwischen den Völkern der UdSSR und der SFRJ wirken müssen. Dazu soll eine objektive und wohlwollende Berichterstattung über die Bemühungen beitragen, die in beiden Ländern im sozialistischen und kommunistischen Aufbau unternommen werden.

Die Verhandlungsseiten messen dem unmittelbaren Verkehr zwischen den Werktätigen der UdSSR und der SFRJ und dem Ausbau der Zusammenarbeit zwischen den Gewerkschafts-, Jugend-, Frauen-, Touristen-, Sport- und anderen Massenorganisationen zwecks besserer gegenseitiger Verständigung und gegenseitiger Bekanntmachung mit dem Leben der Völker beider Länder große Bedeutung bei.

II

Die KPdSU und der BdKJ gehen davon aus, daß die Hauptbesonderheit der nach wie vor komplizierten und widerspruchsvollen internationalen Lage das Erstarken der Kräfte des Friedens, des Fortschritts und des Sozialismus ist. Zugleich läßt die Reaktion nicht in ihren Versuchen nach, den Prozeß der sozialen Erneuerung der Welt zu verlangsamen, den Völkerkampf für Freiheit und Unabhängigkeit zum Stillstand zu bringen.

Die Kräfte des Imperialismus streben nach Beherrschung der Völker, nach ihrer wirtschaftlichen und politischen Unterwerfung, nach der Erhaltung und Stärkung des Kolonialismus und Neokolonialismus, nach Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Völker. Sie suchen das System der kapitalistischen Ausbeutung der Völker zu erhalten und den gesellschaftlichen Fortschritt zu bremsen. Diese Politik ist eine ständige Ursache internationaler Spannungen, lokaler Kriege wie auch der Instabilität des Weltfriedens.

Unter diesen Umständen sind die Interessen aller Länder, deren Ziel der Aufbau des Sozialismus und Kommunismus ist, die Interessen des Kampfes gegen die aggressiven Bestrebungen der imperialistischen Kreise, für die Gewährleistung des Friedens und der internationalen Sicherheit, für die Freiheit, Unabhängigkeit und den sozialen Fortschritt der Völker in vieler Hinsicht die gleichen.

Die KPdSU und der BdKJ messen der größtmöglichen Entwicklung des Zusammenwirkens der kommunstischen und Arbeiterparteien mit der nationalen Befreiungsbewegung, mit allen fortschrittlichen Kräften um des Friedens und der freien und unabhängigen Entwicklung der Völker willen große Bedeutung bei.

Die sowjetische Verhandlungsseite unterstützt die antiimperialistische Zielsetzung der Politik der nichtpaktgebundenen Staaten und schätzt in diesem Zusammenhang ihre Rolle bei der Festigung des Friedens und der internationalen Zusammenarbeit, im Kampf der Völker gegen Kolonialismus und Neokolonialismus, für Unabhängigkeit und sozialen Fortschritt positiv ein.

Die UdSSR und die SFRJ, die KPdSU und der BdKJ sind für die Entwicklung einer umfassenden und gleichberechtigten Zusammenarbeit der Länder und Völker, für die Gewährleistung des Friedens und der internationalen Sicherheit. Sie werden auch weiterhin durch ihre Politik aktiv dazu beitragen, daß die Prinzipien der friedlichen Koexistenz der Staaten unabhängig von ihrer Gesellschaftsordnung in den internationalen Beziehungen festen Fuß fassen.

Die Kampfgemeinschaft während der Jahre des Zweiten Weltkriegs lebt im Gedächtnis der Völker der UdSSR und der SFRJ fort, ihre Traditionen festigen die Entschlossenheit der Sowjetunion und Jugoslawiens, für den Frieden, die internationale Zusammenarbeit und die Sicherheit in der ganzen Welt zu kämpfen.

Die UdSSR und die SFRJ sind als zwei europäische Staaten, die im Kampfe gegen die faschistischen Okkupanten gewaltige Opfer gebracht haben, zutiefst daran interessiert, daß in Europa ein stabiler Frieden herrscht, daß ein zuverlässiges europäisches Sicherheitssystem aufgebaut wird. Sie stellen mit Genugtuung fest, daß in Europa Entspannungsprozesse im Gang sind, daß sich eine Hinwendung zur realistischen Einschätzung der sozialen und politischen Wandlungen der Nachkriegszeit, zur Anerkennung der bestehenden Grenzen abzeichnet. Die Verhandlungsseiten beurteilen den Abschluß der Verträge der UdSSR und der Volksrepublik Polen mit der Bundesrepublik Deutschland positiv und sprechen sich für ihr baldiges Inkrafttreten aus. Ein bedeutender Schritt zur Normalisierung in Europa war das vierseitige Abkommen über die Westberlinfragen. Zur weiteren Gesundung der Lage in Europa soll die demnächst abzuhaltende gesamteuropäische Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit beitragen.

Die Sowjetunion und Jugoslawien sind Anhänger der Festigung des dauerhaften Friedens und der Sicherheit auf dem Balkan. Als wichtiges Element dazu könnte die Ausrufung des Balkans zu einer kernwaffenfreien Zone dienen.

Die KPdSU und der BdKJ verurteilen entschieden die Aggression der USA und ihrer Verbündeten gegen die Völker Indochinas. Sie unterstützen den heroischen Kampf des vietnamesischen Volkes wie auch der Völker von Laos und Kambodscha und bestehen nachdrücklich auf der unverzüglichen und bedingungslosen Zurücknahme der Streitkräfte der USA und ihrer Verbündeten aus Indochina.

Die UdSSR und die SFRJ bestätigen, daß sie den Kampf der arabischen Völker für die Beseitigung der Folgen der israelischen Aggression, um die Befreiung der von Israel okkupierten Gebiete entschieden unterstützen. Die Verhandlungsseiten sind für die restlose Verwirklichung der Resolution des Sicherheitsrats vom 22. November 1967 und für die Wiedereinsetzung des arabischen Volkes von Palästina in seine legitimen Rechte. Sie sind sich darüber einig, daß eine politische Regelung im Nahen Osten das Reifwerden der Bedingungen für militärische Entspannungsmaßnahmen in diesem ganzen Raum, namentlich für die Verwandlung des Mittelmeers in ein Meer des Friedens und der freundschaftlichen Zusammenarbeit, begünstigen würde.

Die UdSSR und die SFRJ betrachten als notwendig eine Steigerung der Rolle der Organisation der Vereinten Nationen als Instrument des Friedens und der internationalen Sicherheit, die unbedingte Einhaltung der Charta der Organisation der Vereinten Nationen und die Gewährleistung der Universalität der UNO. Sie sind für die Wiedereinsetzung der Volksrepublik China in die Rechte, die ihr in der UNO zustehen, für die gleichzeitige Aufnahme der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland in die UNO, für die Einstellung der Diskriminationspolitik, der die Koreanische Volksdemokratische Republik in der UNO ausgesetzt ist.

Rosa Luxemburg
Briefe an Leon Jogiches

Mit einer Einführung von Feliks Tych
Aus dem Polnischen von Mechthild Fricke-Hochfeld und Barbara Hoffmann
392 Seiten, Leinen 28 DM

„Diese Briefe geben ein Bild Rosa Luxemburgs, das unmittelbarer ist als jede Biographie. Aber sie geben genau so ein Bild der polnischen sozialistischen Bewegung, vor allem ein detailliertes Bild von den Kämpfen in der deutschen Sozialdemokratie in den Jahren 1894 bis 1914. . . . Diese Briefe liefern den Beweis, wie wenig sich in diesem Fall persönliches Zusammenhängen und politisches Zusammenarbeiten, persönliche und politische Leidenschaft trennen läßt und wie sehr man die große Figur Rosa Luxemburgs verfälscht und verniedlicht, wenn man sie trennt."
Charlotte Beradt im Westdeutschen Rundfunk

Kapitalismus in den siebziger Jahren

Referate vom Kongreß in Tilburg im September 1970
292 Seiten, Snolin 19 DM, Leinen 25 DM

Mit Beiträgen von Ernest Mandel, Elmar Altvater, Jacques Valier, Robert E. Rowthorne, Herbert Gintis, Maurice Dobb, Theotoneo dos Santos, Marcello de Cecco, Viktor Perlo, Richard D. Wolff, André Gorz und Bob Sutcliffe.

Jürgen Ritsert · Claus Rolshausen
Der Konservativismus der kritischen Theorie

104 Seiten, kartoniert 5 DM

Inhalt: Der Begriff des Paradigmas – seine funktionalistische Variante · Die funktionalistische Analyse spätkapitalistischer Herrschaftsverhältnisse · Das dialogische Konzept von Emanzipation · Das unterdrückte Paradigma: Lohnarbeit und Kapital · Die Revision der Werttheorie · Technik und Wissenschaft als Ideologie

Oswald Todtenberg · Arno Ploog

Du gehörst dir und nicht den Bossen
Ein Buch für Lehrlinge
148 Seiten, kartoniert 8 DM

Dies ist kein Buch **über** Lehrlinge, sondern eins **für** Lehrlinge, junge Arbeiter und Angestellte. Es ist eine Aufforderung zum Handeln.

Europäische Verlagsanstalt

Eine bedeutende Errungenschaft der letzten Jahre ist der Abschluß einer Reihe von internationalen Verträgen, die auf eine Beschränkung des Wettrüstens abzielen. Die UdSSR und die SFRJ halten es für dringend notwendig, den Weg der praktischen Abrüstungsmaßnahmen konsequent weiterzugehen und vor allem die Massenvernichtungswaffen — die nuklearen, bakteriologischen und chemischen Waffen — zu ächten.

Da die UdSSR und die SFRJ die Abrüstung als die materielle Grundlage der Politik betrachten, die auf die Entspannung und Gesundung der internationalen Beziehungen abzielt, halten sie die Frage eines Abbaus der Streitkräfte und Rüstungen in Europa für spruchreif. Die Sowjetunion und Jugoslawien betrachten eine Konferenz der fünf Kernmächte als nützlich. Sie sind für die Einberufung einer Weltabrüstungskonferenz. Die UdSSR und die SFRJ fordern die Abschaffung aller Überreste des Kolonialismus. Sie unterstützen entschieden die Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas, die im Kampf gegen die Kräfte des Imperialismus und Neokolonialismus ihre Freiheit und Unabhängigkeit verteidigen.

Die KPdSU und der BdKJ geben ihrer tiefen Gewißheit Ausdruck, daß die Entwicklung der allseitigen Zusammenarbeit zwischen den beiden Parteien und Ländern den grundlegenden Interessen der Völker der UdSSR und der SFRJ entspricht. Die im gemeinsamen heroischen Kampf gegen die faschistischen Unterjocher gestählte Freundschaft der Völker der UdSSR und der SFRJ ist für sie ein unschätzbares Gut. Die KPdSU und der BdKJ werden alles tun, damit die Freundschaft der Völker beider Länder ständig erstarkt und als wirksamer Faktor im Kampf der UdSSR und der SFRJ für Frieden und Sozialismus dient.

Der Generalsekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, L. I. Breschnew,

Der Präsident der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien, Vorsitzender des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens, Josip Broz-Tito

Belgrad, am 25. September 1971

Abkommen zwischen UdSSR und USA zur Verringerung der Gefahr eines Atomkrieges vom 30. September 1971

(Wortlaut)

Am 30. September 1971 unterzeichneten die Außenminister der UdSSR und der USA, Andrej A. Gromyko und William P. Rogers, in Washington ein Abkommen, durch das die Gefahr eines Atomkrieges verringert werden soll. Wir veröffentlichen nachstehend den Wortlaut des Abkommens. D. Red.

Die Vereinigten Staaten von Amerika und die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, im nachfolgenden Text als Vertragschließende bezeichnet, sind

— unter Berücksichtigung der verheerenden Konsequenzen, die ein Nuklearkrieg für die gesamte Menschheit haben würde, und in Anerkennung der Notwendigkeit, daß jede Anstrengung unternommen werden muß, um das Risiko des Ausbruchs eines solchen Krieges zu vermeiden, wozu auch Maßnahmen zum Schutz gegen einen ungewollten oder unautorisierten Einsatz von Nuklearwaffen gehören,

— und in der Überzeugung, daß ein Abkommen über Maßnahmen zur Verminderung des Risikos des Ausbruchs eines Nuklearkrieges im Interesse der Stärkung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit liegt und in keiner Weise den Interessen eines anderen Landes entgegensteht,

— sowie eingedenk der Tatsache, daß auch in Zukunft fortgesetzte Anstrengungen notwendig sind, um nach Mitteln und Wegen zur Verringerung des Risikos des Ausbruchs eines Nuklearkrieges zu suchen, wie folgt übereingekommen:

ARTIKEL I: Jeder der Vertragschließenden verpflichtet sich, seine vorhandenen technischen und organisatorischen Vorkehrungen zum Schutze gegen einen ungewollten oder unautorisierten Einsatz von Nuklearwaffen unter seiner Kontrolle in notwendigem Maße aufrechtzuerhalten und zu verbessern.

ARTIKEL II: Die Vertragschließenden verpflichten sich, im Falle eines ungewollten, unautorisierten oder in einer anderen Weise unerklärlichen Vorfalls, bei dem es sich möglicherweise um die Explosion einer Nuklearwaffe handelt, durch die das Risiko des Ausbruchs eines Nuklearkrieges entstehen könnte, sich unverzüglich gegenseitig davon in Kenntnis zu setzen. Im Falle eines solchen Vorfalles wird der Vertragschließende, um dessen Nuklearwaffe es sich handelt, unvverzüglich alle Anstrengungen unternehmen, um die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um eine solche Waffe unschädlich zu machen oder sie zu zerstören, ehe sie Schaden anrichtet.

ARTIKEL III: Die Vertragschließenden verpflichten sich, im Falle der Entdeckung unbekannter Objekte durch Raketenwarnsysteme oder im Falle von Anzeichen einer äußeren Beeinflussung dieser Systeme oder der mit ihnen zusammenhängenden Fernmeldeeinrichtungen einander unverzüglich in Kenntnis zu setzen, wenn durch solche Vorkommnisse das Risiko des Ausbruchs eines Nuklearkrieges zwischen den beiden Ländern entstehen könnte.

ARTIKEL IV: Jeder der Vertragschließenden verpflichtet sich, den anderen im voraus über alle geplanten Raketenstarts in Kenntnis zu setzen, wenn solche Starts sich über das nationale Territorium in Richtung auf den anderen Vertragschließenden erstrecken.

ARTIKEL V: Jeder der beiden Vertragschließenden verpflichtet sich, in anderen Situationen, die ungeklärte nukleare Vorfälle betreffen, so zu handeln, daß die Möglichkeit einer Fehlinterpretation seiner Handlungen durch den anderen Vertragschließenden verringert wird. In einer jeden solchen Situation kann jeder der Vertragschließenden den anderen informieren oder um Information ersuchen, wenn dies nach seiner Ansicht durch die Interessen der Abwendung des Risikos des Ausbruchs eines Nuklearkrieges gerechtfertigt ist.

ARTIKEL VI: Für die Übermittlung dringlicher Informationen, Benachrichtigungen und Informationsgesuche in Situationen, die eine sofortige Klärung erfordern, werden die Vertragschließenden in erster Linie die direkte Fernmeldeverbindung zwischen den Regierungen der Vereinigten Staaten von Amerika und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken benutzen. Für die Übermittlung anderer Informationen, Benachrichtigungen und Informationsgesuche können die Vertragschließenden nach eigenem Ermessen gemäß dem Grad der Dringlichkeit jeden Kommunikationsweg, auch diplomatische Kanäle, benutzen.

ARTIKEL VII: Die Vertragschließenden verpflichten sich, wie beiderseits vereinbart, Konsultationen zu pflegen, um die Fragen, die mit der Durchführung der Bestimmungen dieses Abkommens in Verbindung stehen, zu erörtern und auch über mögliche Zusätze zu diesem Abkommen zu sprechen, die auf eine weitergehende Verwirklichung der Zielsetzungen dieses Abkommens gerichtet sind.

ARTIKEL VIII: Dieses Abkommen ist von unbegrenzter Geltungsdauer.

ARTIKEL IX: Dieses Abkommen tritt nach der Unterzeichnung in Kraft.

Unterzeichnet in Washington am 30. September 1971 in zweifacher Ausfertigung jeweils in englischer und russischer Sprache, wobei beide Texte gleichermaßen authentisch sind.

Vertrag über Frieden, Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen Indien und der UdSSR

(Wortlaut)

Am 9. August 1971 unterzeichneten die Außenminister Indiens und der Sowjetunion, Swaran Singh und Andrej A. Gromyko, in Neu-Delhi einen „Vertrag über Frieden, Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der Republik Indien". Der Vertrag, dessen Wortlaut wir nachstehend dokumentieren, wurde bereits am 11. August 1971 von beiden Ländern ratifiziert. D. Red.

Getragen von dem Wunsch, die zwischen ihnen bestehenden Beziehungen aufrichtiger Freundschaft zu erweitern und zu festigen,

in der Ansicht, daß die weitere Entwicklung der Freundschaft und Zusammenarbeit den grundlegenden nationalen Interessen beider Staaten sowie den Interessen eines dauerhaften Friedens in Asien und in der ganzen Welt entspricht,

erfüllt von der Entschlossenheit, zur Festigung des Weltfriedens und der Sicherheit beizutragen und unermüdlich Anstrengungen zu unternehmen, die die Minderung der internationalen Spannung und die endgültige Liquidierung der Überreste des Kolonialismus zum Ziel haben,

ihren festen Glauben an die Prinzipien der friedlichen Koexistenz und der Zusammenarbeit zwischen Staaten mit unterschiedlicher politischer und gesellschaftlicher Ordnung bekräftigend,

davon überzeugt, daß internationale Probleme in der Welt von heute nur durch Zusammenarbeit, nicht aber durch einen Konflikt gelöst werden können,

und ihre Entschlossenheit bekräftigend, sich von den Zielen und Prinzipien der Charta der Organisation der Vereinten Nationen leiten zu lassen,

haben die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken einerseits und die Republik Indien andererseits beschlossen, den vorliegenden Vertrag abzuschließen und zu diesem Zweck folgende bevollmächtigte Vertreter ernannt:

Im Namen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken — den Minister für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR, A. A. Gromyko, und im Namen der Republik Indien — den Minister für Auswärtige Angelegenheiten Indiens, Swaran Singh, die Kraft ihrer in gebührender und entsprechender Form vorgelegten Vollmachten Nachstehendes vereinbarten:

ARTIKEL I: Die Hohen vertragschließenden Seiten erklären feierlich, daß zwischen beiden Ländern und ihren Völkern dauerhafter Friede und Freundschaft bestehen werden. Jede Seite wird die Unabhängigkeit, die Souveränität und territoriale Integrität der anderen Seite respektieren und sich der Einmischung in die inneren Angelegenheiten der anderen Seite enthalten.

Die Hohen vertragschließenden Seiten werden die Beziehungen aufrichtiger Freundschaft, guter Nachbarschaft und allseitiger Zusammenarbeit, die zwischen ihnen bestehen, auf der Grundlage der obengenannten Prinzipien sowie der Prinzipien der Gleichheit und des gegenseitigen Vorteils weiter entwickeln und festigen.

ARTIKEL II: Geleitet von dem Wunsch, in jeder Weise zur Sicherung eines dauerhaften Friedens und zur Gewährleistung der Sicherheit ihrer Völker beizutragen, bekunden die Hohen vertragschließenden Seiten ihre Entschlossenheit, die Bemühungen um die Erhaltung und Festigung des Friedens in Asien und in der ganzen Welt, um die Einstellung des Wettrüstens und die Erreichung einer allgemeinen und vollständigen Abrüstung, die sowohl die Kernwaffen als auch die herkömmlichen Rüstungsarten umfaßt, unter effektiver internationaler Kontrolle fortzusetzen.

ARTIKEL III: Geleitet von ihrer Treue zum hohen Ideal der Gleichheit aller Völker und Staaten, unabängig von Rasse und Konfession, verurteilen die Hohen vertragschließenden Seiten den Kolonialismus und Rassismus in allen Formen und Erscheinungen und bekräftigen erneut ihre Entschlossenheit, nach deren endgültiger und vollständiger Beseitigung zu streben.

Die Hohen vertragschließenden Seiten werden mit anderen Staaten zusammenarbeiten, um diese Ziele zu erreichen und die berechtigten Hoffnungen der Völker in ihrem Kampf gegen Kolonialismus und Rassenherrschaft zu unterstützen.

ARTIKEL IV: Die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken achtet die Politik der Nichtpaktgebundenheit Indiens und bekräftigt erneut, daß diese Politik ein wichtiger Faktor bei der Erhaltung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit und bei der Minderung der Spannung in der Welt ist.

Die Republik Indien achtet die von der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken betriebene Friedenspolitik, die auf die Festigung der Freunschaft und der Zusammenarbeit mit allen Völkern gerichtet ist.

ARTIKEL V: Die Hohen vertragschließenden Seiten, die zutiefst an der Sicherung des Weltfriedens und der Gewährleistung der Sicherheit interessiert sind und ihrer gegenseitigen Zusammenarbeit auf dem internationalen Schauplatz zur Erreichung dieser Ziele große Bedeutung beimessen, werden zueinander reguläre Kontakte zu wichtigen internationalen Problemen, die die Interessen beider Staaten berühren, unterhalten, und zwar durch Treffen und Meinungsaustausch zwischen ihren führenden Staatsmännern, durch Besuche von offiziellen Delegationen und von Repräsentanten beider Regierungen sowie über diplomatische Kanäle.

ARTIKEL VI: Die Hohen vertragschließenden Seiten, die der wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und technischen Zusammenarbeit zwischen ihnen große Bedeutung beimessen, werden die gegenseitig vorteilhafte und allseitige Zusammenarbeit auf diesen Gebieten weiter festigen und ausbauen sowie die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Handels, des Transport- und des Nachrichtenwesens auf den Prinzipien der Gleichheit, des gegenseitigen Vorteils und der Meistbegünstigung erweitern unter Einhaltung der bestehenden Abkommen und der Sonderabkommen mit Nachbarländern, wie dies im Handelsabkommen zwischen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und Indien vom 26. Dezember 1970 vereinbart wurde.

ARTIKEL VII: Die Hohen vertragschließenden Seiten werden zur weiteren Entwicklung der Beziehungen und Kontakte zwischen ihnen auf dem Gebiet der Wissenschaft, der Kunst, der Literatur, des Bildungs- und des Gesundheitswesens, des Filmwesens, des Touristenverkehrs und des Sports beitragen.

ARTIKEL VIII: Entsprechend der traditionellen Freundschaft, die sich zwischen beiden Ländern herausgebildet hat, erklärt jede der Hohen vertragschließenden Seiten feierlich, daß sie nicht irgendwelche gegen die andere Seite gerichtete Militärbündnisse eingehen oder sich daran beteiligen wird.

Jede der Hohen vertragschließenden Seiten verpflichtet sich, sich jedweder Aggression gegenüber der anderen Seite zu enthalten und nicht zuzulassen, daß ihr Territorium für irgendeinen Akt benutzt wird, der der anderen Hohen vertragschließenden Seite militärischen Schaden zufügen könnte.

ARTIKEL IX: Jede der Hohen vertragschließenden Seiten verpflichtet sich, sich jeglicher Hilfe für eine an einem bewaffneten Konflikt mit der anderen Seite beteiligte dritte Seite zu enthalten. Sollte eine der Seiten Objekt eines Überfalls werden oder sollte ihr ein Überfall drohen, so werden die Hohen vertragschließenden Seiten unverzüglich gegenseitige Konsultationen mit dem Ziel aufnehmen, diese Gefahr zu beseitigen und entsprechende effektive Maßnahmen zur Gewährleistung des Friedens und der Sicherheit ihrer Länder zu ergreifen.

ARTIKEL X: Jede der Hohen vertragschließenden Seiten erklärt feierlich, daß sie gegenüber einem oder mehreren Staaten weder geheim noch offen irgendeine Verpflichtung

eingeht, die mit dem vorliegenden Vertrag unvereinbar ist. Jede der Hohen vertragschließenden Seiten erklärt ferner, daß sie gegenüber keinem anderen Staat oder anderen Staaten Verpflichtungen hat und keinerlei Verpflichtungen eingehen wird, die der anderen Seite militärischen Schaden zufügen könnten.

ARTIKEL XI: Vorliegender Vertrag wird für die Zeit von 20 Jahren abgeschlossen und für jede folgende Periode um fünf Jahre automatisch verlängert, wenn keine der Hohen vertragschließenden Seiten ihrem Wunsch Ausdruck gibt, ihn zu lösen, und die andere Hohe vertragschließende Seite 12 Monate vor Ablauf des Vertrages darüber in Kenntnis gesetzt hat.

Der Vertrag unterliegt der Ratifizierung und tritt mit dem Tag des Austauschs der Ratifikationsurkunden in Kraft, der einen Monat nach Unterzeichnung dieses Vertrages in Moskau erfolgen wird.

ARTIKEL XII: Alle Differenzen bei der Interpretation irgendeines Artikels oder irgendwelcher Artikel des vorliegenden Vertrages, die zwischen den Hohen vertragschließenden Seiten auftreten können, werden in bilateraler Form mit friedlichen Mitteln im Geiste der gegenseitigen Achtung und des gegenseitigen Einvernehmens beigelegt.

Die genannten bevollmächtigten Vertreter haben den vorliegenden Vertrag in Russisch, Hindi und Englisch unterzeichnet, wobei alle Texte authentisch sind, und ihn durch ihre Siegel bekräftigt.

Ausgestellt in Neu-Delhi am 9. August 1971

Für die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
A. Gromyko
Minister für Auswärtige Angelegenheiten

Für die Republik Indien
Swaran Singh
Minister für Auswärtige Angelegenheiten

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" erscheinen einmal im Monat. Sie sind direkt vom Verlag, durch die Post und durch jede Buchhandlung zu beziehen. Der Abonnementspreis beträgt DM 3,— (Studenten, Schüler, Wehrpflicht- und Ersatzdienstleistende DM 2,50), zuzüglich DM 0,25 Porto. Das Einzelheft kostet DM 4,—. Herausgeber: Prof. Gerhard Gollwitzer, Prof. Dr. Anton Neuhäusler, Knut Nevermann, Manfred Pahl-Rugenstein, Senatspräsident a. D. Dr. Hermann Rauschning, Prof. Dr. Hans Rheinfelder, Prof. Dr. Helmut Ridder, Oberbürgermeister i. R. Robert Scholl, Prof. Dr. Fritz Strassmann, Karl Graf v. Westphalen. Verlag: Pahl-Rugenstein Verlag, Köln; Redaktion: Karl D. Bredthauer, Paul B. Neuhöffer, Johannes Weidenheim; verantwortlich für den Inhalt: Johannes L. Schmidt, sämtliche in 5 Köln 51, Vorgebirgstraße 115, Tel. 37 41 01. Postscheck: Köln 65 14. Bankverbindung: Deutsche Bank Köln. Erfüllungsort ist Köln. Der Auslandsabonnementspreis beträgt einschl. Porto (ohne Luftpostzuschläge) halbjährlich/jährlich: sfr. 24,—/48,—; öSch. 147,—/294,—; hfl. 20,40/40,80; belg. fr. 285,—/570,—; NF 31,50/63,—; £ 2.7.—/4.14.—; Lire 3650,—/7300,—; dkr 42,50/85,—; skr 29,50/59,—; nkr 40,—/80,—; $ 5,65/11.30. Die Abonnementsauslieferung in andere Währungsgebiete erfolgt nach den geltenden Verrechnungsbestimmungen. Namentlich gezeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion. Druck: Peter Millard & Co KG, Köln.

Autoren dieses Heftes

KADE, Gerhard, geb. 1931, Professor für Statistik und Ökonometrie und Direktor des Instituts für Makro- und Strukturplanung an der Technischen Hochschule Darmstadt. *** *RONDHOLZ, Eberhard*, geb. 1938 in Berlin, studierte Politische Wissenschaft, Geschichte und neugriechische Philosophie in Erlangen, Köln, Bonn und Athen, lebt in Bonn; Buch-, Rundfunk- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *ELLIESEN, Klaus*, geb. 1940 in Halle/Saale, lebt als freier Journalist bei Kiel. *** *MATTHIESSEN, Gunnar*, geb. 1939 in Köln, Studium der Germanistik und Geschichte in Köln, Sekretär des Initiativkreises Europäische Sicherheitskonferenz. *** *KEMPE, Martin*, geb. 1943 in Bad Salzuflen, studierte Politologie und Geschichte an der FU Westberlin, Dipl.-Politologe. *** *HALL, Martin*, geb. 1904 in Gotha, studierte in Marburg, München und Berlin und war anschließend als Journalist tätig. 1933 mußte er emigrieren und lebt seit 1936 als freier Schriftsteller und Rundfunkkommentator in den USA. *** *GAMM, Hans-Jochen*, geb. 1925 in Jörnstorf/Mecklenburg, nach dem Studium geistes- und sozialwissenschaftlicher Fächer zunächst Lehrer, später Dozent, derzeit Professor für Erziehungswissenschaft an der Technischen Hochschule Darmstadt. Unter seinen letzten Veröffentlichungen ist besonders zu nennen „Kritische Schule. Eine Streitschrift für die Emanzipation von Lehrern und Schülern", München 1970. *** *MEYER, Regine*, geb. 1948, Studium der Politologie und Soziologie in Marburg; Mitautorin der Studie von Frank Deppe u. a., Kritik der Mitbestimmung, Frankfurt/Main 1969. *** *SCHILLING, Wilfrid*, geb. 1919 in Stuttgart, studierte zunächst Musik und war später als Journalist, Redakteur und Mitarbeiter beim Rundfunk beschäftigt, lebt als freier Journalist in Italien; Buch-, Zeitschriften- und Rundfunkveröffentlichungen. *** *LANGE, Hellmuth*, geb. 1942 in Berlin, studierte Politik und Soziologie in München und Marburg, promoviert zur Zeit über ein Thema, das dem der abgedruckten Arbeit verwandt ist. *** *GOLDBERG, Jörg*, geb. 1943 in Wittenberge, studierte in Köln Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, promoviert zur Zeit über „Gewerkschaften als Unternehmer". *** *PETER, Gerd*, Dipl.-Politologe, geb. 1941 in Wickenrode/Nordhessen, studierte in Westberlin Politologie, Publizistik und Wirtschaftswissenschaften, promoviert z. Z. am Otto-Suhr-Institut der FU in Westberlin; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *RITTER, Wolfgang*, geb. 1945 in Eberhardzell, studiert nach abgelegtem Examen in Politischer Wissenschaft Geschichte und Germanistik in Stuttgart.

Bemerkungen

Der Verlag bittet darum, Adressenänderungen rechtzeitig mitzuteilen.

Dieser Ausgabe liegen Prospekte bzw. Werbekarten des Suhrkamp-Verlages, der Deutschen Volkszeitung und des Pahl-Rugenstein-Verlages bei, die wir der Aufmerksamkeit unserer Leser empfehlen.

Preisliste für Sonderdrucke

Von allen in der Zeitschrift „Blätter für deutsche und internationale Politik" veröffentlichten Beiträgen können Sonderdrucke bezogen werden. Bestellungen sind bis 30 Tage nach dem Erscheinungstermin jeder Ausgabe beim Pahl-Rugenstein Verlag, 5 Köln 51, Vorgebirgstr. 115, möglich. Die in der untenstehenden Tabelle aufgeführten Preise verstehen sich zuzüglich Versandkosten.

	100 Exempl.	250 Exempl.	500 Exempl.	750 Exempl.	1000 Exempl.	2000 Exempl.	3000 Exempl.	4000 Exempl.
4 Seiten	44,–	50,–	64,–	77,–	88,–	138,–	185,–	227,–
8 Seiten	69,–	81,–	100,–	116,–	132,–	198,–	255,–	308,–
12 Seiten	102,–	116,–	138,–	160,–	182,–	250,–	312,–	370,–
16 Seiten	135,–	150,–	177,–	204,–	232,–	325,–	410,–	495,–
20 Seiten	168,–	187,–	215,–	242,–	270,–	380,–	484,–	585,–
24 Seiten	190,–	215,–	248,–	281,–	310,–	425,–	535,–	640,–
28 Seiten	220,–	245,–	282,–	319,–	355,–	476,–	594,–	708,–
32 Seiten	245,–	270,–	310,–	349,–	381,–	525,–	660,–	785,–
36 Seiten	260,–	287,–	326,–	360,–	390,–	540,–	685,–	805,–
40 Seiten	275,–	300,–	338,–	375,–	410,–	565,–	710,–	845,–

Autoren dieses Heftes

KADE, Gerhard, geb. 1931, Professor für Statistik und Ökonometrie und Direktor des Instituts für Makro- und Strukturplanung an der Technischen Hochschule Darmstadt. *** *RONDHOLZ, Eberhard*, geb. 1938 in Berlin, studierte Politische Wissenschaft, Geschichte und neugriechische Philosophie in Erlangen, Köln, Bonn und Athen, lebt in Bonn; Buch-, Rundfunk- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *ELLIESEN, Klaus*, geb. 1940 in Halle/Saale, lebt als freier Journalist bei Kiel. *** *MATTHIESSEN, Gunnar*, geb. 1939 in Köln, Studium der Germanistik und Geschichte in Köln, Sekretär des Initiativkreises Europäische Sicherheitskonferenz. *** *KEMPE, Martin*, geb. 1943 in Bad Salzuflen, studierte Politologie und Geschichte an der FU Westberlin, Dipl.-Politologe. *** *HALL, Martin*, geb. 1904 in Gotha, studierte in Marburg, München und Berlin und war anschließend als Journalist tätig. 1933 mußte er emigrieren und lebt seit 1936 als freier Schriftsteller und Rundfunkkommentator in den USA. *** *GAMM, Hans-Jochen*, geb. 1925 in Jörnstorf/Mecklenburg, nach dem Studium geistes- und sozialwissenschaftlicher Fächer zunächst Lehrer, später Dozent, derzeit Professor für Erziehungswissenschaft an der Technischen Hochschule Darmstadt. Unter seinen letzten Veröffentlichungen ist besonders zu nennen „Kritische Schule. Eine Streitschrift für die Emanzipation von Lehrern und Schülern", München 1970. *** *MEYER, Regine*, geb. 1948, Studium der Politologie und Soziologie in Marburg; Mitautorin der Studie von Frank Deppe u. a., Kritik der Mitbestimmung, Frankfurt/Main 1969. *** *SCHILLING, Wilfrid*, geb. 1919 in Stuttgart, studierte zunächst Musik und war später als Journalist, Redakteur und Mitarbeiter beim Rundfunk beschäftigt, lebt als freier Journalist in Italien; Buch-, Zeitschriften- und Rundfunkveröffentlichungen. *** *LANGE, Hellmuth*, geb. 1942 in Berlin, studierte Politik und Soziologie in München und Marburg, promoviert zur Zeit über ein Thema, das dem der abgedruckten Arbeit verwandt ist. *** *GOLDBERG, Jörg*, geb. 1943 in Wittenberge, studierte in Köln Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, promoviert zur Zeit über „Gewerkschaften als Unternehmer". *** *PETER, Gerd*, Dipl.-Politologe, geb. 1941 in Wickenrode/Nordhessen, studierte in Westberlin Politologie, Publizistik und Wirtschaftswissenschaften, promoviert z. Z. am Otto-Suhr-Institut der FU in Westberlin; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *RITTER, Wolfgang*, geb. 1945 in Eberhardzell, studiert nach abgelegtem Examen in Politischer Wissenschaft Geschichte und Germanistik in Stuttgart.

Bemerkungen

Der Verlag bittet darum, Adressenänderungen rechtzeitig mitzuteilen.

Dieser Ausgabe liegen Prospekte bzw. Werbekarten des Suhrkamp-Verlages, der Deutschen Volkszeitung und des Pahl-Rugenstein-Verlages bei, die wir der Aufmerksamkeit unserer Leser empfehlen.

Blätter für deutsche und internationale Politik

Monatsschrift · Sechzehnter Jahrgang · Heft 11/1971

Herausgeber

HILDE BENTELE † · MANFRED PAHL-RUGENSTEIN · ROBERT SCHOLL
GERHARD GOLLWITZER · HERMANN RAUSCHNING · FRITZ STRASSMANN
ANTON NEUHÄUSLER · HANS RHEINFELDER · KARL GRAF v. WESTPHALEN
KNUT NEVERMANN · HELMUT RIDDER · ERNST WOLF †

Redaktion

KARL D. BREDTHAUER
PAUL NEUHÖFFER
JOHANNES WEIDENHEIM

Pahl-Rugenstein Verlag Köln Vorgebirgstraße 115

Chronik des Monats Oktober 1971

1. 10. — B R D / D D R. Die Staatssekretäre Bahr und Kohl setzen in Bonn ihre Verhandlungen fort. Nach einer längeren Unterredung heißt es in einem Kommuniqué, es sei über den „Transitverkehr zwischen der BRD und Berlin (West) sowie ein Verkehrsabkommen zwischen der BRD und der DDR" gesprochen worden. Bahr und Kohl treffen in Begleitung von Experten während des Monats mehrfach in Berlin und Bonn zusammen.

4.—5. 10. — C D U. Der Parteitag der Christlich-Demokratischen Union wählt in Saarbrücken mit 344 von 520 gültigen Stimmen Dr. Rainer Barzel zum neuen Vorsitzenden; für den Gegenkandidaten Dr. Helmut Kohl werden 174 Stimmen abgegeben. Das Amt des scheidenden Generalsekretärs Dr. Bruno Heck übernimmt Dr. Konrad Kraske. In einer Grundsatzrede richtet Dr. Barzel erneut heftige Angriffe gegen die Ostpolitik der Regierung und kündigt an, die CDU werde im Bundestag eine Ratifizierung der Verträge mit der Sowjetunion und Polen verweigern.

4.—8. 10. — G r o ß b r i t a n n i e n. Im Mittelpunkt der Jahreskonferenz der Labour-Party in Brighton steht das künftige Verhältnis des Landes zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Mit einem Stimmenverhältnis von 5:1 wird ein Beitritt zu den von der konservativen Regierung ausgehandelten Bedingungen abgelehnt. — Vom 13.—16. 10. behandelt der 89. Jahreskongreß der Konservativen Partei, der ebenfalls in Brighton stattfindet, das gleiche Thema. Die Delegierten sprechen sich mit

8:1 zugunsten eines Beitritts aus. — Vom 21.—28. 10. debattiert das Unterhaus die geplante Mitgliedschaft in den drei Gemeinschaften (EWG, Euratom und Montan-Union), die am 1. Januar 1973 in Kraft treten soll. Fast 170 Abgeordnete melden sich zu Wort. In der entscheidenden Abstimmung werden 356 Ja-Stimmen (darunter 69 Labour-Abgeordnete) und 244 Nein-Stimmen (darunter 39 Konservative) abgegeben. Das Oberhaus votiert mit 451 gegen 58 Stimmen für den Beitritt.

5.—6. 10. — N A T O. Die stellvertretenden Außenminister der Mitgliedstaaten halten in Brüssel eine Sonderkonferenz ab, um eine gemeinsame Position im Hinblick auf westöstliche Verhandlungen über Fragen der europäischen Sicherheit und eine mögliche Truppenverminderung in Europa auszuarbeiten; Frankreich läßt sich als „Beobachter" lediglich durch einen Botschafter vertreten. Der frühere NATO-Generalsekretär Manlio Brosio (Italien) wird beauftragt, Sondierungsgespräche in einigen Hauptstädten der Warschauer-Pakt-Staaten zu führen.

6. 10. — D ä n e m a r k. Nach der Niederlage der bürgerlichen Koalition bei den Parlamentswahlen am 21. 9. beauftragt König Frederik XI. den Führer der Sozialdemokraten und früheren Ministerpräsidenten Jens Otto Krag mit der Bildung einer Minderheitsregierung; die Sozialdemokraten verfügen im Parlament nur über 70 der 167 Sitze, können jedoch mit der Unterstützung von weiteren 19 Abgeordneten rechnen.

7. 10. — U N O. Mit der Aufnahme des ehemaligen Sultanats Oman zählt die Organisation 131 Mitglieder. — Am 26. 10. stimmt die Generalversammlung nach Abschluß einer zum Teil heftig geführten Debatte über einen Antrag Albaniens ab, der die Wiederherstelung der „legitimen Rechte" der Volksrepublik China innerhalb der Vereinten Nationen und damit verbunden den Ausschluß Taiwans aus den UN-Organen vorsieht. Der Versuch der Vereinigten Staaten, die Entscheidung zur „wichtigen Frage" zu erklären und damit von einer Zwei-Drittel-Mehrheit abhängig zu machen, findet mit nur 55 gegen 59 Stimmen (15 Enthaltungen) nicht die notwendige einfache Mehrheit. Die albanische Resolution wird mit 76 gegen 35 Stimmen bei 17 Enthaltungen angenommen. Für die Mitgliedschaft der VR China treten auch 11 der 15 NATO-Staaten ein; Griechenland und Luxemburg üben Stimmenthaltungen. UN-Generalsekretär U Thant setzt die Regierung in Peking unverzüglich vom Beschluß der Generalversammlung in Kenntnis. — Am 29. 10. telegraphiert der amtierende chinesische Außenminister Tschi Peng-fei an U Thant, die VR China werde „in naher Zukunft" eine Delegation nach New York entsenden.

9. 10. — I t a l i e n. Das Zentralkomitee der Sozialistischen Partei (PSI), die der Regierung angehört, befürwortet gegen das Votum des früheren Parteiführers Pietro Nenni eine Politik des „vorgerückten Gleichgewichts" (equilibri avanzati). Diese Politik, die einen Dialog mit den Gewerkschaften und den Kommunisten zur Unterstützung fundamentaler Gesetzesreformen einschließe, sei eine notwendige Phase auf dem Wege zu einem „neuen Kurs", den der kommende Parteikongreß (22.—27. Februar 1972) ausarbeiten solle.

10. 10. — B r e m e n. Mit einem Stimmenzuwachs von rund neun Prozent kann die regierende Sozialdemokratische Partei mit absoluter Mehrheit in das Landesparlament einziehen. Der Anteil der Freien Demokraten, die im Mai d. J. aus der Regierungskoalition ausgeschieden waren, geht um drei Prozent zurück. Die Christlichen Demokraten verzeichnen leichte Gewinne, während die NPD an der Fünf-Prozent-Klausel scheitert und damit aus dem Parlament ausscheidet. Zusammensetzung der neuen Bürgerschaft: SPD 59, CDU 34, FDP 7 Sitze.

Ö s t e r r e i c h: Bei den Wahlen zum vorzeitig aufgelösten Nationalrat (die letzten Parlamentswahlen hatten erst am 1. März 1970 stattgefunden) können die Sozialisten erstmals seit Bestehen der Republik die absolute Mehrheit an Stimmen und Mandaten erreichen. Die beiden anderen im Parlament vertretenen Parteien (Österreichische Volkspartei und Freiheitliche Partei) müssen Verluste hinnehmen. Zusammensetzung des neuen Nationalrats: SPÖ 93, ÖVP 80, FPÖ 10 Sitze. — Am 12. 10. beschließt der Parteivorstand der Sozialisten, in der nächsten Legislaturperiode ohne Koalitionspartner zu regieren. Mit der Regierungsbildung wird wiederum Bundeskanzler Dr. Kreisky beauftragt, der seit März 1970 als Chef eines Minderheitskabinetts amtiert hatte.

11. 10. — U d S S R / Ä g y p t e n. Staatspräsident Sadat trifft zu einem mehrtägigen

Besuch in Moskau ein, wo er auf dem Flughafen von Parteichef Breschnew, Staatspräsident Podgorny und Ministerpräsident Kossygin begrüßt wird. — Am 13. 10. wird in einem Komuniqué über die Gespräche die Forderung nach Abzug der israelischen Truppen aus allen arabischen Gebieten wiederholt und die Bereitschaft der Sowjetunion bekräftigt, angesichts der gegenwärtigen Lage „die militärische Macht Ägyptens weiter zu stärken".

12. 10. — U S A / U d S S R. In Washington und Moskau wird gleichzeitig folgende Mitteilung veröffentlicht: „Im Laufe des Meinungsaustauschs im vergangenen Jahr vereinbarten die Führung der Sowjetunion und der Vereinigten Staaten, daß ein Treffen zwischen ihnen zur Erreichung eines hinreichenden Fortschritts bei den Verhandlungen auf niedrigerer Ebene wünschenswert wäre. Im Lichte der in der letzten Zeit erzielten Fortschritte in den bilateralen und multilateralen Verhandlungen, an denen sich beide Länder beteiligten, wurde die Vereinbarung erzielt, daß ein solches Treffen in der zweiten Maihälfte des Jahres 1972 in Moskau stattfindet. Die Führung der Sowjetunion und Präsident Nixon werden alle Hauptfragen erörtern, wobei sie als Ziel die weitere Verbesserung der zweiseitigen Beziehungen zwischen ihren Ländern und die Festigung der Perspektiven des Weltfriedens ins Auge fassen werden."

17.—25. 10. — K a n a d a / U d S S R. Der sowjetische Ministerpräsident Kossygin besucht Kanada. In einem Kommuniqué über seine Gespräche mit Premierminister Trudeau werden Gemeinsamkeiten „gegenüber einer Reihe von Aspekten der internationalen Politik" betont. Kossygin und Trudeau unterzeichnen ein Abkommen über wissenschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit und setzen eine kanadisch-sowjetische „Gemischte Kommision" ein, die in regelmäßigen Abständen zusammentreten soll. — Am 26. 10. reist Kossygin auf Einladung von Ministerpräsident Fidel Castro für mehrere Tage nach Kuba.

20. 10. — F r i e d e n s n o b e l p r e i s. Das Nobel-Komitee des norwegischen Parlaments verleiht den Friedensnobelpreis 1971 an Bundeskanzler Willy Brandt. Die Entscheidung fällt einstimmig. Brandt soll den Preis im Dezember d. J. in Oslo erhalten.

20.—26. 10. — C h i n a / U S A. Zum zweiten Male konferiert Dr. Henry Kissinger, der Sicherheitsberater des amerikanischen Präsidenten, in Peking über Nixons geplante Reise in die Volksrepublik China. Kissinger verläßt die chinesische Hauptstadt erst nach Abschluß der China-Debatte in den Vereinten Nationen.

25.—27. 10. — F D P. Die Freie Demokratische Partei hält ihren 22. Bundesparteitag in Freiburg ab. Die Delegierten verabschieden ein aus 55 Thesen bestehendes Grundsatzprogram und wählen den bisherigen stellvertretenden Chefredakteur der „Frankfurter Rundschau" Karl Hermann Flach zum ersten Generalsekretär der Partei. — Am 31. 10. erklärt Flach in einem Interview mit dem „Deutschlandfunk", er halte die grundsätzliche Entscheidung der FDP, auch nach den Wahlen 1973 eine Koalition nur mit der SPD einzugehen, für „nicht korrigierbar".

29. 10. — U S A. Der Senat lehnt mit 41 gegen 27 Stimmen das von Präsident Nixon vorgelegte Auslandshilfeprogramm der Regierung in Höhe von 4,2 Mrd. Dollar ab. Während der Präsident die Entscheidung des Senats als „unverantwortlich" kritisiert, äußert sich der einflußreiche demokratische Senator William Fulbright befriedigt. Fulbright erklärt, die Auslandshilfe sei ein „Wohlfahrts-Imperialismus", der die Beherrschung kleiner Nationen durch die Vereinigten Staaten sicherstellen solle.

30. 10. — F r a n k r e i c h / S o w j e t u n i o n. Zum Abschluß eines sechstägigen Besuchs des sowjetischen Parteisekretärs Breschnew in Frankreich wird in Paris eine gemeinsame „Darlegung der Prinzipien der Kooperation zwischen Frankreich und der Sowjetunion" veröffentlicht. Diese Zusammenarbeit, so heißt es darin, richte sich „nicht gegen die Interessen irgendeines Volkes" und berühre „in keiner Weise die Verpflichtungen, die von den beiden Ländern gegenüber dritten Staaten übernommen wurden". In einer Erklärung begrüßen Breschnew und Präsident Pompidou noch einmal die Unterzeichnung der Verträge der BRD mit der Sowjetunion und Polen als „ermutigende Anzeichen einer Entwicklung im Sinne der Entspannung". Das Inkrafttreten dieser Verträge werde „für die Verstärkung des Friedens in Europa eine große Bedeutung haben". Beide Politiker „geben der Erwartung Ausdruck", daß die „Gesamteuropäische Konferenz über Fragen der Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa" im Jahre 1972 stattfinden kann.